Montag, 24. Februar 1986 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 46 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8.75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Arbeitsmarkt: Besser als erwartet wird sich nach Einschätzung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, in diesem Jahr der Arbeitsmarkt entwickeln. Die Zuwachsraten der Wirtschaft dürften möglicherweise über drei Prozent hinausgehen und damit auch auf dem Arbeitsmarkt Wirkung erzielen.

Antisemitismus: Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Nachmann, hat Parteien, Gewerkschaften und Kirchen vorgeworfen, zuwenig gegen das Aufkommen antisemitischer Gefühle in der Bundesrepublik getan zu haben.

Kardinal: Die katholische Kirche Kubas hat Papst Johannes Paul II. ersucht, nach über 20 Jahren wieder einen Kardinal für Kuba zu ernennen.

Spanien: Zehntausende haben in Madrid für den Austritt Spaniens aus der NATO demonstriert und für das Land einen Neutralitäts-Status gefordert. Am 12. März wird in einer Volksbefragung über die NATO-Mitgliedschaft abgestimmt.

Peru: Terroristen haben in Lima eine Serie von Sprengstoffanschlägen verübt. Aus fahrenden Autos warfen sie Dynamit auf fünf Botschaften – darunter die der Bundesrepublik – sowie auf Regierungsbüros. Ein Armeeoffizier wurde getötet.

Jordanien: König Hussein will sich künftig in Europa und der UdSSR um Waffenlieferungen bemühen. Er zeigt sich enttäuscht über die Entscheidung der USA, seine Rüstungswünsche nicht zu erfüllen.

Südlibanon: Israels Truppen haben sich weitgehend wieder aus Südlibanon zurückgezogen, nachdem die Suche nach zwei von schiitischen Guerillas entführten Soldaten erfolglos geblieben war. Die Suche soll „mit anderen Mitteln und in anderem Rahmen" fortgesetzt werden.

Golfkrieg: Die Schlacht um die von iranischen Truppen eroberte Hafenstadt El Fao weitet sich aus. Die irakische Luftwaffe bombardierte fast ununterbrochen gegnerische Stellungen im Kampfgebiet. (S. 5)

exklusiv in der WELT:

Helmut Schmidt: Furcht vor Amerikas Defiziten



Die Europäer haben aufgehört, an der Formulierung einer westlichen Gesamtstrategie mitzuwirken. An der Vorbereitung des Genfer Gipfels zwischen Reagan und Gorbatschow, beispielsweise, hatten sie keinen Anteil – obwohl es auch um ihre vitalen Interessen ging, wie Autor Helmut Schmidt in dieser Folge seiner WELT-Serie betont. Europas Schwäche verleite die Amerikaner immer wieder zu politischen Alleingängen. Seite 7

WIRTSCHAFT

Rohstoffmärkte: Die Regierungsvertreter der 22 Mitgliedsländer im Internationalen Zinnrat wollen heute in London einen Schlußstrich unter die Zinnkrise ziehen, die sich über vier Monate hingezogen hat. Nach 18stündigen Verhandlungen mit den Gläubigerbanken und den Metallhändlern an der Londoner Metallbörse ist ein Lösungsentwurf ausgearbeitet worden, der akzeptabel erscheint. (S. 9)

Israel: Zum erstenmal seit neun Jahren sinken die Lebenshaltungskosten; dagegen steigt die Arbeitslosigkeit weiter und nähert sich der Zehn-Prozent-Marke. Es hat sich der paradoxe Zustand ergeben, in dem die klassische Methode der Inflationsbekämpfung mit dem Opfer kurzfristig steigender Arbeitslosigkeit gerade durch eine Regierung angewandt wird, die unter Führung der Arbeiterpartei steht. (S. 10)

US-Aktienmärkte: Man glaubt nicht mehr an delphische Orakel, wie sie der Chef des Federal Reserve Board, Paul Volcker, häufig von sich gibt. Man greift nach den konkret geäußerten Wünschen des Finanzministers James Baker, der zweimal hintereinander im Kongreß erklärt hat, ein graduell weiter sinkender Dollar, ausgelöst durch niedrigere Zinsen, sei willkommen. (S. 9)

SPORT

Ski: Mit dem zweiten Rang in der Kombination hinter dem Schweizer Pirmin Zurbriggen sicherte sich der deutsche Weltmeister Markus Wasmeier den Weltpokal für Kombinationswertungen.

Biathlon: Zum Abschluß der Biathlon-Weltmeisterschaften in Oslo belegte die deutsche Staffel mit Fritzenwenger, Wudy, Angerer und Fischer den dritten Platz. Es siegte die Sowjetunion vor der „DDR". (S. 14)

Bob: Wolfgang Hoppe und Dietmar Schauerhammer („DDR") wurden in Königssee erneut Zweierbob-Weltmeister. Für die deutschen Meister Anton Fischer und Christoph Langen blieb nur Platz fünf. (S. 14)

Leichtathletik: Mit einer Weite von 20,48 m wurde die Münchnerin Claudia Losch (Foto) in Madrid Hallen-Europameisterin im Kugelstoßen. Mit genau dieser Weite war sie 1984 in Los Angeles bereits Olympiasiegerin geworden. (S. 12)



KULTUR

Entdeckung: Muse der Surrealisten, Fotomodell, Kriegskorrespondentin – das aufregende Leben der Lee Miller, die intensiv gelebten Rollen einer ungewöhnlich begabten Frau, sind Thema der Biographie von Antony Penrose. (S. 15)

„Helden": Shaws frühes Stück im Berliner Schloßparktheater, inszeniert von Bolislaw Barlog – es war eine Huldigung für den früheren Generalintendanten der Städtischen Bühnen, der am kommenden Freitag seinen 80. Geburtstag begeht. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Kreuzfahrer: Erste Untersuchungen des Lecks des gesunkenen sowjetischen Kreuzfahrtschiffes „Michail Lermontow" zeigen, daß der Liner nicht hätte sinken müssen. Jetzt wird gefragt, ob das Schiff nur ungenügend mit Schotten ausgerüstet war. (S. 16)

„Ball des Sports": Es wurde eine „Nacht der Blumen" in der Mainzer Rheingoldhalle mit viel Prominenz unter den 2350 Gästen. Wirtschaftskapitäne, Politiker, Künstler gaben sich ein Stelldichein unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. (S. 16)

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Militärs lassen Marcos im Stich. Philippinen droht Bürgerkrieg

Katholische Kirche ruft Bevölkerung zur Unterstützung der Revolte auf

JOCHEN HEHN, Manila

Seitdem am Wochenende der stellvertretende Generalstabschef der Streitkräfte, Generalleutnant Fidel Ramos, und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile dem philippinischen Staatspräsidenten Ferdinand Marcos ihre Gefolgschaft aufgekündigt haben, droht auf den Philippinen der Bürgerkrieg. Die beiden früheren Marcos-Loyalisten verschanzten sich mit rebellierenden Teilen der Truppe in den beiden Militärcamps Aguinaldo und Crame.

Vor dem Polizeihauptquartier im Lager Crame kam es gestern auch zu ersten Konfrontationen zwischen der Bevölkerung und regierungstreuen Truppen. Anhänger der Oppositionsführerin Corazon Aquino versperrten einer Militärkolonne den Weg mit Bussen und Autos. Rund 20 000 Filipinos skandierten dabei immer wieder ihre Gesänge mit dem Spitznamen von Frau Aquino – „Cory, Cory". Bis gestern abend sollen sich insgesamt 100 000 Marcos-Gegner vor dem Camp versammelt haben.

Der Schritt von Enrile und Ramos, der sowohl von der katholischen Kirche als auch von der Opposition begrüßt wurde, hat die 250 000 Mann umfassenden Streitkräfte der Philippinen in zwei feindliche Lager gespalten.

Der mit den skandalösen Ereignissen der Präsidentschaftswahlen ausgelöste offene Bruch im Militär hat seine tiefen Ursachen jedoch in der desolaten Verfassung der Armee. Marcos hat sie immer mehr zu einem Instrument zur Sicherung seiner persönlichen Machtposition ausgebaut und mißbraucht.

Die beiden feindlichen Lager unterscheiden sich fundamental in ihrer

LEITARTIKEL SEITE 2:
Vor der Entscheidung

Einstellung zu Staat, Präsident und ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Landesverteidigung, voneinander. Weiterhin loyal zum Präsidenten stehen jene militärischen Führer mit dem Generalstabschef Fabian Ver an der Spitze, die in verwandtschaftlicher Beziehung zur Präsidentenfamilie stehen und ihre Position der persönlichen Einflußnahme von Marcos verdanken. Die Zahl dieser Generäle wird auf etwa 20 geschätzt.

Der abtrünnige Generalleutnant Fidel Ramos, der von Marcos als Nachfolger von Ver genannt worden war, zählt zu den schillerndsten Figuren des philippinischen Militärs. Der Westpoint-Absolvent hatte sich in der Vergangenheit immer hinter Marcos gestellt, auch als dieser 1972 das Kriegsrecht ausgerufen hatte und seine politischen Gegenspieler, unter anderen auch den 1983 ermordeten Benigno Aquino, einkerkern ließ.

Ramos war es aber auch, der damit begann, im vergangenen Jahr eine Reformbewegung in der Armee einzuleiten, als General Ver sich wegen der angeblichen Beteiligung am Mord Aquinos vor Gericht verantworten mußte und zeitweilig von seinem Amt entbunden war.

Hauptgrund für die Reformbewegung RAM war die weit verbreitete Korruption der Armee, besonders in der höchsten Führungsebene, sowie die wachsende Unzufriedenheit der nachrückenden Offiziere, die nur wenig Chancen sahen, in einer von Marcos kontrollierten Armee aufsteigen zu können.

Ramos gilt zudem als Verfechter einer Militärpolitik, welche die Loyalität der Armee ausschließlich auf die Republik, nicht jedoch auf die Person des Staatspräsidenten begrenzt sehen möchte.

DER KOMMENTAR

Abgewirtschaftet

FRITZ WIRTH

Die Signale aus Washington, aus der Administration und noch deutlicher aus dem Kongreß, können Präsident Marcos nicht mehr im Zweifel lassen, daß sein einstmals wichtigster Alliierter von ihm abgerückt ist. Marcos ist heute für die USA bereits ein Mann von gestern. Die Politik der Vereinigten Staaten wird zur Stunde vornehmlich von dem Leitsatz bestimmt, dieses traurige Kapitel so gewaltfrei wie möglich zu beenden.

In Washington weiß man freilich, daß damit nur eines der vielen Probleme dieses Landes gelöst ist. Es ist abgewirtschaftet und in seiner gegenwärtigen militärischen Verfassung nicht in der Lage, den beständigen Raumgewinn der kommunistischen Guerrilla zu stoppen. Die neuen Philippinen bedürfen der amerikanischen Hilfe dringender, als sie einst Marcos zuteil wurde.

Frau Aquino gibt Washington noch immer Rätsel auf. Sie hat sich gegenüber den USA nicht unfreundlich geäußert, blieb jedoch stets distanziert. So erklärt sich auch die amerikanische Reaktion gegenüber Manila: in der Sache unmißverständlich, im Ton moderat. Ein Bürgerkrieg wäre nicht nur die schlechtestmögliche Form des Wechsels, sondern gefährdete gleichermaßen die Kontinuität wie die Sicherheitsinteressen der USA in diesem Raum.

Diktatoren haben eines gemeinsam: Sie vermögen die Zeichen an der Wand nicht mehr zu lesen, die ihnen sagen, daß ihre Stunde geschlagen hat. Sie räumen die Szene in der Regel erst fünf Minuten nach zwölf.

Ferdinand Marcos klammert sich an ein Mandat, das er sich mit Betrug und Gewalt gestohlen hat. Die gesamte freie Welt hat ihm den Spiegel vorgehalten. Wäre dieser Mann nicht so heillos von jenem Realitätsverlust heimgesucht, der Diktatoren eigen ist, würde er sein Amt hier und heute verlassen. Reihum fallen die Säulen seines Regimes zusammen. Die von ihm gefälschten Wahlen zeigten, daß der Mittelstand zu ihm auf Distanz geht. Die Rebellion des Verteidigungsministers Enrile und des General Ramos deutet an, daß sein Rückhalt beim Militär schwindet. Das Stundenglas rinnt.

„Schily betreibt Wahlgeschäft der SPD"

WELT-Interview mit Geißler / Historiker Golo Mann: Scharfe politische Berechnung

gba./DW. Bonn

Mit einer nachdrücklichen Betonung der Wahlkampf-Aspekte der Strafanzeige und des daraufhin eingeleiteten Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen angeblicher uneidlicher Falschaussage haben sich führende Politiker der CDU zu Wort gemeldet. Der Bundestagsabgeordnete Otto Schily betreibt nach Ansicht des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler das „Vorwahlgeschäft der SPD". „Es pfeifen in Bonn ja die Spatzen von den Dächern, daß er (Schily, die Red.) in die SPD eintreten will", sagte Geißler in einem WELT-Interview. Schily sei ein „politischer Denunziant", dem es bei seiner Anzeige gegen Kohl nicht darum gehe, eine Frage rechtlich zu klären.

Geißler gab sich zuversichtlich, daß das Verfahren gegen den Kanzler eingestellt wird. Er begrüße, „daß die Staatsanwaltschaft diese Anzeige prüft". Wenn die Staatsanwaltschaft feststelle, daß Schily den Kanzler ohne Grund anschwärzte, sollte dieser Sachverhalt „dieselbe publizistische Breite" erfahren wie jetzt die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, das Ermittlungsverfahren aufzunehmen.

Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble sagte in einem „Spiegel"-Interview, die „politische Diffamierungswirkung" der Anzeige nehme

SEITE 4:
Das Interview im Wortlaut

man ernst. Ein Versuch, „den Kanzler aus einem strafrechtlichen Bereich herauszubringen", sei aber schon deswegen „untauglich, weil der Kanzler gar nicht drin ist". Die Vorwürfe gegen Kohl seien haltlos. Die Staatsanwaltschaft habe den Eindruck vermeiden müssen, etwas „unter den Teppich zu kehren".

Auf die Frage, ob Kohls Wort im Fall des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff, daß im Bundeskabinett niemand Mitglied sein könne, der unter Anklage stehe, weiter gelte, erklärte Schäuble: „Kanzler-Worte gelten grundsätzlich."

Der Historiker Golo Mann nannte die Anzeige gegen Kohl eine „Mischung aus Tugend und äußerst scharfer politischer Berechnung". Sie sei ein „Tugend-Dolch, der in Gift getaucht ist", sagte Mann in einem Interview der „Bild am Sonntag".

Im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre gerät auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ins Kreuzfeuer. Vor dem Untersuchungsausschuß habe Brandt, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Günther Hüsch, erklärt, mit dem ehemaligen SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg nicht über Flick-Spenden gesprochen zu haben. Dazu Halstenberg: „Mein Vorsitzender hat mich gefragt: ‚Hast du Geld bekommen von Flick?' Meine Antwort war: ‚Nein'."

Benda-Gutachten heizt Streit an

DW. Bonn

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Ernst Benda, hat sich nach Ansicht von FDP-Chef Bangemann mit seinem im Auftrag der NRW-Regierung erstatteten Gutachten zur Änderung des Paragraphen 116 AFG „vor den Wahlkampfkarren" der SPD gespannt. Der Entwurf, so Benda, enthalte verfassungswidrige Eingriffe in die grundgesetzlichen Rechte der Koalitionsfreiheit und des Eigentums.

Seiten 2 und 8: Weitere Beiträge

SDI: Moskau setzt Kampagne fort

DW. Bonn

Die Sowjetunion hat einen neuen Versuch unternommen, die Verbündeten der USA von einer Unterstützung des SDI-Programms abzubringen. „Jede gefährliche Herausforderung wird nicht ohne angemessene Antwort bleiben", erklärte Verteidigungsminister Sokolow. Zur Bedeutung des SDI-Programms äußert sich morgen in der WELT Bundesverteidigungsminister Wörner. Er warnt davor, die Chancen, die SDI für die Sicherheit bringe, zu verkennen.

Schließt Paris Pakt mit Nidal?

SAD, Paris

Frankreich soll in Geheimverhandlungen mit dem palästinensischen Terroristenchef Abu Nidal einen „Nichtangriffs-Pakt" geschlossen haben. Aufgrund dieses Abkommens seien in dieser Woche zwei wegen Doppelmordes verurteilte Palästinenser vorzeitig aus einem französischen Gefängnis entlassen und ins Ausland abgeschoben worden. Das wurde in Paris bekannt. Schon 1982 sollen die Geheimverhandlungen mit Nidal begonnen haben.

Sindermann: Ein Anfang ist gemacht

DW. Trier/Saarbrücken

„Herr Sindermann, warum dürfen wir unsere Kinder und Enkel in der DDR nicht besuchen?" Das fragte ein Ehepaar, das vor einem Jahr aus der „DDR" ausreiste, den Volkskammerpräsidenten vor dem Geburtshaus von Karl Marx in Trier. Doch von dem Protest merkte der von Fotografen umringte Sindermann nichts. „Reiseerleichterungen kommen bestimmt, und mit dem Saarland ist schon begonnen worden", meinte er.

Seite 8: „Wir machen deutsche Politik"

Reagan schlägt Moskau Stufenplan vor

In der Antwort an Gorbatschow wurden die Bedenken Bonns gegen die Null-Lösung berücksichtigt

FRITZ WIRTH, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat als Antwort auf die nuklearen Abrüstungsvorschläge des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow einen Stufenplan zum Abbau der Mittelstreckenraketen bis 1989 vorgeschlagen. Die Antwort Reagans an den Kreml-Chef versucht, wie leitende Beamte der Administration versichern, weitgehend die Einwände und Wünsche der Allierten zu berücksichtigen.

So hat der amerikanische Präsident – nicht zuletzt auf Drängen der Bundesregierung – sich nicht wie Gorbatschow auf das Problem der Mittelstreckenraketen konzentriert, sondern auch Fragen der Interkontinentalraketen und eines weltweiten Verbots chemischer Waffen angesprochen. Darüber hinaus umfasse der Plan Reagans nicht nur die in Europa stationierten, sondern auch die östlich des Urals aufgestellten Raketen.

Bundeskanzler Helmut Kohl wurde von Reagan am Samstag über das amerikanische Schreiben an Gorbatschow unterrichtet, hieß es in Regierungskreisen. Die Bundesregierung sei mit den Vorschlägen Reagans zufrieden.

Der amerikanische Stufenplan sieht nach einem Bericht der „New York Times" vor, die Mittelstreckenraketen in Europa im ersten Jahr auf 140 zu reduzieren. Auch in Asien sollen Raketen abgebaut werden. Die Forderung nach dem Abbau aller in Asien stationierten SS-20-Raketen geht auf die Besorgnisse der Japaner zurück. Die UdSSR verfügt nach US-Informationen über insgesamt 441 SS 20, davon 171 in Asien. Im zweiten Jahr des Plans sollen, so das Blatt, die verbleibenden Bestände halbiert, im dritten Jahr vollkommen abgebaut werden.

Washington weigere sich jedoch nach wie vor, Druck auf Großbritannien und Frankreich auszuüben, ihre gegenwärtigen Nuklearbestände einzufrieren und die geplante Modernisierung ihrer weitgehend überalterten Atomwaffen einzustellen.

Unabhängig von diesen amerikanischen Vorschlägen ist in Washington eine gewisse Irritation über die Reaktion einiger europäischer Alliierter bei den Konsultationen über die Antwort an Gorbatschow spürbar. Man ist in Washington besonders verstimmt über die Unterstellung, daß die amerikanischen Vorschläge die USA von dem europäischen Sicherheitsschutz abkoppeln könnten.

Diese Irritation der Administration hat in den vergangenen Tagen deutlich auf die amerikanische Presse übergegriffen. Die ehemalige UN-Botschafterin Kirkpatrick schlägt in einem Beitrag für die „Los Angeles Times" in diese Kerbe: „Eine Übereinkunft, amerikanische und sowjetische Raketen aus Europa abzuziehen, würde weder die rechtlichen noch die moralischen Verpflichtungen gegenüber unseren europäischen Alliierten verletzen."

Senator Fink für „Grundsicherung"

DW. Hamburg

Der Berliner Sozialsenator Ulf Fink hat sich für die Einführung einer Mindestrente ausgesprochen. In der „Welt am Sonntag" sagte Fink, die CDU solle damit einen „Beitrag gegen die verschämte Altersarmut" leisten. Nach seinen Vorstellungen müßten die Renten bei Alleinstehenden auf 800 Mark und bei Verheirateten auf 1200 Mark aufgestockt werden. Die Grundsicherung sollte aus Steuergeldern finanziert werden.

Seite 2: Renten-Spiele

SPD bestätigt Kurs Börners

DW. Darmstadt

Die Entscheidung, in Hessen eine rot-grüne Koalition zu bilden, wird inzwischen in den Reihen der SPD kaum noch kritisiert. Mit 207 von 22? Stimmen segneten die Delegierten des Landesparteitages in Griesheim bei Darmstadt den rot-grünen Kurs Börners ab und bestätigten ihn für weitere zwei Jahre im Amt des Landesvorsitzenden. Das entspricht einer Zustimmung von 92 Prozent der Delegierten.

Seite 4: Börner gestärkt

Herbert Wehner blickt zurück im Zorn

DW. Bonn

Verlegenheit in der „Baracke", dem Hauptquartier der SPD. Knut Terjung, früherer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und heutiger ZDF-Korrespondent in Athen, hat Herbert Wehner ein Interview entlockt, in dem der „Onkel" zu einem Rundumschlag gegen Weggefährten, Mitstreiter und Konkurrenten ausholt, die Partei vor einer Anpassung an die Grünen warnt und zudem wie in einer Vision die von ihm 1966 verantwortlich mitgestaltete Große Koalition von SPD und Union noch einmal empfiehlt. Das Interview erscheint in der März-Ausgabe der Zeitschrift „Tempo".

Wehner: „Ich sehe in der SPD nicht die, die so sind, daß man sagen kann: Gut, also das dauert noch 'n paar Jahre, dann geht es wieder voran." Es werde „vielleicht zehn Jahre" dauern, bis die SPD sich wieder allein als Kraft durchsetzen könne.

Zu Brandt bemerkte er: „Der Brandt kennt nur sich und läßt nur die Leute rankommen, mit denen er kann." Und an anderer Stelle: „Ich kenne seine Art und Weise, wie er andere Leute behandelt, und so habe ich mich von ihm ferngehalten und nichts mit ihm gemacht ... Ich hab' auch nicht den Ehrgeiz gehabt, ihn rausschmeißen zu lassen." Auf den Einwand, er selbst habe Brandt doch zum ersten Mann der Sozialdemokratie gemacht, antwortet Wehner: „Ja. War ja sonst kein anderer da."

Auf die Frage, ob Rau das Zeug habe, neuer Parteivorsitzender der SPD zu werden und ihr wieder Halt geben könne, gab Wehner die Antwort: „Ich schätze ihn nicht so ein. Das ist zwar ein Mann, der in diesem großen Parteibereich Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielt, aber sonst in Wirklichkeit nichts von sich gibt." Terjung erklärte gestern, diese Passage habe nicht veröffentlicht werden sollen, weil Wehner inzwischen zu einer anderen Einschätzung von Johannes Rau gekommen sei.

Über seinen Nachfolger als Fraktionschef, Hans-Jochen Vogel, meinte Wehner, dieser habe ihn „ganz schlimm behandelt". Vogel habe ihm „nie auch nur eine einzige Information gegeben". Vogel sei eine typische „Nummer eins", mit dem er nie ins Gespräch habe kommen können.

Sein Verhältnis zum früheren Bundeskanzler Schmidt charaktisierte Wehner mit den Worten, dieses sei ohne Eifersucht und ohne Verärgerung gewesen. „Der Schmidt ist ein sehr intensiver Mann gewesen. Manchmal war er auch äußerst ironisch ... Ich hatte mit dem Schmidt ein ganz ordentliches Verhältnis, muß ich sagen – trotz seiner Art, sich sehr bedeutend zu halten, sehr wichtig zu halten und sich auch entsprechend wie ein Offizier zu verhalten, indem er kommandierte, was ich ihm nicht übelgenommen habe."

Über Lafontaine und Eppler sagte Wehner, sie seien keine Persönlichkeiten, „die nun Arbeiterbewegung auf eine neue Art und Weise zustande bringen könnten".

Diepgen wirbt in den USA für Berliner Kultur und Industrie

Einladung an Reagan / Bemühungen um mehr US-Touristen

wth. Washington

Mit einem Gespräch bei Vizepräsident George Bush beendet der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, heute den ersten Teil seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten. Diepgen hat die Absicht, im Verlauf des Gesprächs eine Einladung an US-Präsident Reagan zur 750-Jahr-Feier Berlins im nächsten Jahr auszusprechen. Am Freitag war Diepgen mit Außenminister George Shultz zusammengetroffen, dem er besonders dankbar für die Feststellung war, daß die USA ihre Rolle und Aufgabe in Berlin nicht nur als Garant äußerer Sicherheit sähen, sondern auch an der inneren Lebensfähigkeit der Stadt interessiert seien.

Diepgen sieht seine Amerikareise weitgehend als eine Werbetour für Berlin. „Wir wollen deutlich machen, daß Berlin nicht nur die Stadt des Spione-Austauschs und des Stacheldrahts, sondern eine der bedeutendsten Kulturmetropolen der Welt und eine aufstrebende Industriestadt ist." In Gesprächen mit Kongreßmitglieder und Industriellen wies er auf die besonderen Standortvorteile und die Steuererleichterungen für Investoren in Berlin hin.

Im zweiten Teil seiner Amerikareise, der ihn nach New York führt, will Diepgen vor allem versuchen, den amerikanischen Tourismus nach Berlin zu fördern. Er hofft, daß besonders im Jubiläums-Jahr 1987 die Zahl von 66 500 Amerikanern, die 1985 Berlin besucht haben, weit übertroffen wird. In diesem Zusammenhang will er in Gesprächen mit Vertretern der Luftfahrtgesellschaft PanAm erneut auf eine Non-Stop-Verbindung von Berlin in die USA dringen.

Ermutigt zeigte sich Diepgen auch über seine Gespräche mit dem US-Direktor für Öffentlichkeitsarbeit Charles Wick, bei dem das Thema eines von RIAS Berlin ausgestrahlten täglichen Fernsehprogramms von etwa vier Stunden Dauer im Mittelpunkt stand. Die Investitionskosten in Höhe von zwölf Millionen Dollar sollen dabei von amerikanischer Seite und die laufenden Kosten von jährlich 60 Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt bestritten werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Renten-Spiele

Von Peter Gillies

Die Mindestrente für jedermann ist ein Modell, mit dem Sozialpolitiker in allen Parteien liebäugeln. In der CDU/CSU wäre es zwar noch nicht mehrheitsfähig, aber wie lange diese Aussage gilt, ist offen. Die verschämte Armut im Alter gebiete, so meinen ihre Verfechter, eine Art Mindestrente statt des entwürdigenden Antrags bei der Sozialhilfe.

Es gibt viele magere Renten. Aber sie bedeuten keineswegs zwingend Altersarmut, denn die meisten Ruheständler beziehen mehrere Versorgungen. Nur etwa jeder zwanzigste Rentner lebt in einem Haushalt mit einem Monatseinkommen von weniger als tausend Mark. Im Klartext: Den Rentnern geht es im Durchschnitt recht gut. An den Plan, die bedrückend niedrigen Kleinstrenten aufzustocken – und dabei Milliarden auszuschütten an auch diejenigen, die es nicht nötig haben, um wenigen die Peinlichkeit der Antragstellung zu ersparen –, sollten die Sozialpolitiker vorsichtig herangehen.

Das Rentensystem ist beitragsbezogen (wiewohl dieses Prinzip verschiedentlich bereits durchlöchert wurde). Die während des Arbeitslebens eingezahlten Beiträge spiegeln sich im Ruhestand wider. Würde man denen, die nur wenig „geklebt" haben, automatische Zuschläge gewähren, käme alsbald die Forderung, die hohen Renten entsprechend zu kappen. Diese Nivellierung wäre der Tod der beitragsbezogenen Rentenversicherung. Wenn der erarbeitete Beitrag angesichts einer garantierten Mindestrente immer weniger zählte, zerbräche die Altersversorgung an innerer Aussteigermentalität.

Die Rentenversicherung vermag eben nicht alle sozialen Probleme zu lösen, die andere staatliche Kassen zu überfordern drohen. Bei ihr stehen ganz andere, weit gewichtigere Probleme im Vordergrund: Was geschieht, wenn der – heute absehbare – Fall eintritt, daß die schrumpfende Zahl der aktiven Arbeitnehmer unter der wachsenden Rentenlast der Altenteiler die Erfüllung des Generationenvertrags verweigert? Werden die Renten gekürzt, oder aber die Beiträge bis über die Schmerzgrenze der Arbeitnehmer und Betriebe hinaus erhöht? Wann wird der Trend, immer früher in Rente zu gehen, umgekehrt? Dieser Strukturreform sollten sich Sozialpolitiker mit aller Energie widmen.

Bendas guter Rat

Von Enno v. Loewenstern

Man sieht dem Gutachten des ehemaligen Verfassungsgerichts-Präsidenten Benda zum Paragraphen 116 mit Interesse entgegen. Er hat in einer „Gedankenskizze" die beabsichtigten Gesetzesänderungen bereits als verfassungswidrig erkannt. Beispielsweise heißt es, er halte das „Eiltempo" für verfassungswidrig. Das ist neu. Bisher kam es auf das Ergebnis an und nicht auf das Tempo (allenfalls Verzögerungen konnten verfassungswidrig sein).

Auch die ihm nachgesagte Begründung, es gebe keinen Regelungsbedarf, verblüfft. Über den Regelungsbedarf bestimmte bisher der Gesetzgeber. Karlsruhe hatte nur nachzuprüfen, ob die Regelung gegen das Grundgesetz verstößt.

Benda wird mit der Aussage zitiert, es mache keinen Unterschied, ob die Betriebsstillegung auf einer Naturkatastrophe, Konjunktur, Pleite oder Arbeitskampf beruhe. Da sind wir am Kern. Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob ein Unternehmen nicht durch höhere Gewalt, sondern durch willkürliche – wenn nicht mutwillige – Aktionen stillgelegt wird. Wenn Benda recht hat, dann ist die staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit tatsächlich Streikkasse der Gewerkschaften, nur weil die Gewerkschaften behaupten, daß sie ihre Ziele anders nicht erreichen können.

Gebietet die Verfassung, daß eine private Organisation – nur ein Teil ihrer Mitglieder stimmt ab, und es wird nicht einmal von der Allgemeinheit überprüft, ob die Auszählung korrekt erfolgt – bewußt Aktionen so legen darf, daß die Staatskasse angezapft wird bis womöglich zum Ausbluten? Daß die Gelder der Allgemeinheit ausgegeben werden und auch die Nichtgefragten und Nichtorganisierten immer höhere Beiträge zahlen müssen? Oder heißt „Tarif-Autonomie" nicht vielmehr, daß grundsätzlich jede Seite ihren Kampf autonom, also auf ihr Risiko und ihre Kosten zu führen hat? Da kommt der Gewerkschaft ein neuer taktischer Einfall, und schon findet sich jemand, der genau das in den Geist der Verfassungsväter von 1949 einzuordnen weiß. „Nehmen Sie nie einen Rat an,den ein ehemaliger Verfassungsgerichtspräsident Ihnen erteilt" – vielleicht bleibt dies Schlußwort Bendas bei seinem Abgang aus Karlsruhe sein wichtigster Beitrag zum Verfassungsrecht.

Links, zwo, drei, vier

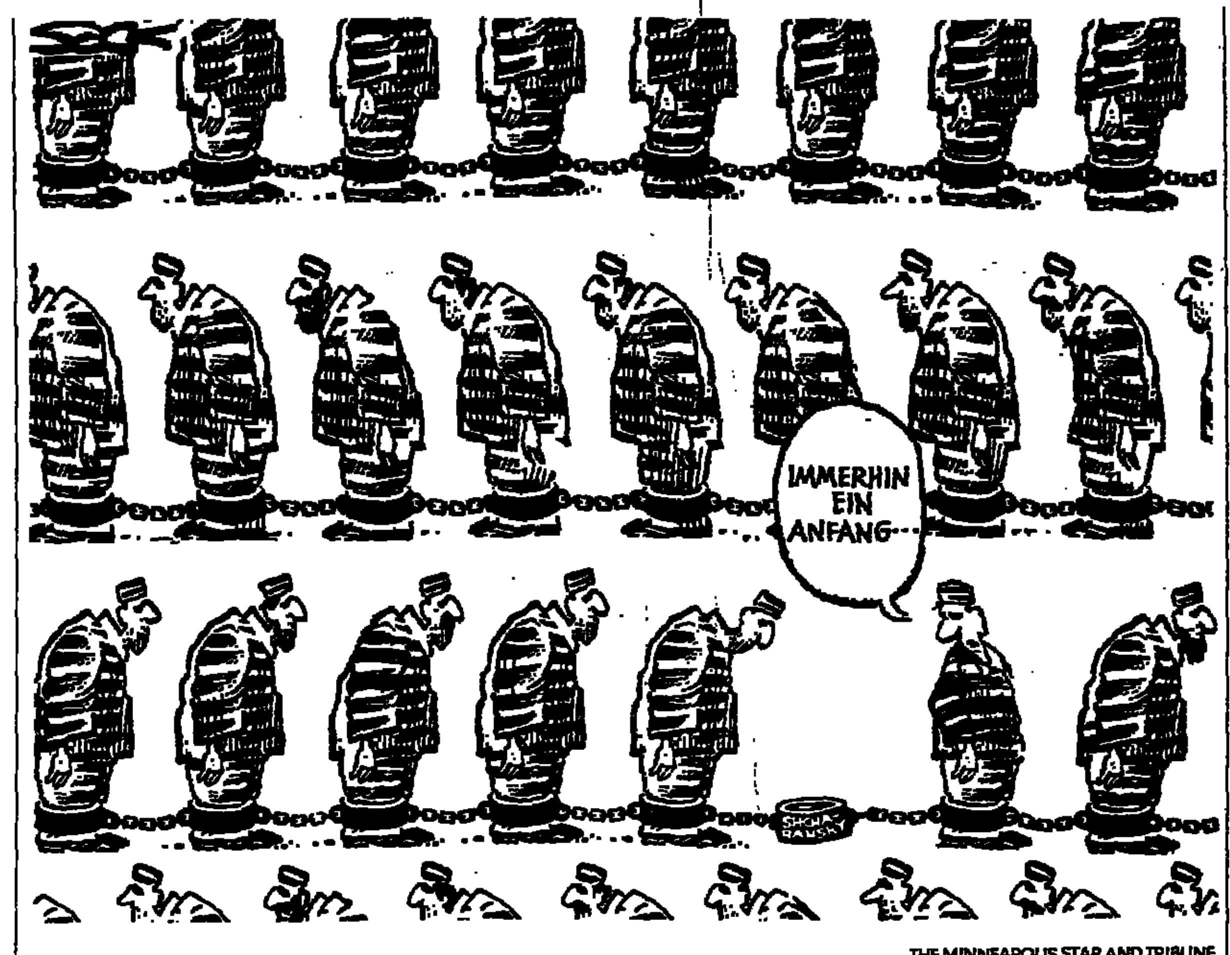
Von Herbert Schütte

Der Wahlkampfauftakt der Hamburger SPD ging gründlich daneben. Selbstbewußt hatte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi verkündet, die Hansestadt brauche die FDP nicht wieder in der Bürgerschaft, denn bei den Hamburger Sozialdemokraten werde „das liberale Erbe gut gehütet".

Tatsächlich? Kurze Zeit später zog der linke Flügel der Partei aus – erbittert darüber, daß ein rechter Gegenkandidat einen auf die Liste für die Bürgerschaftswahl am 9. November gesetzten Linken gekippt hatte. Wütend zischte die Vorsitzende des linken Kreisverbandes Hamburg-Nord: „Wir stehen kurz davor, daß die Partei auseinanderfliegt", und: Auf dem Parteitag werde eine Minderheit „niedergeknüppelt".

Von liberalem Erbgut keine Spur. Eine Veränderung im Kandidaten-Geflecht – und schon ist die Toleranz zum Teufel. Aber die Linken kehrten natürlich in den Saal zurück, wo sie noch bei einer zweiten Gegenkandidatur eine Niederlage einstecken mußten. Auch hier folgten Unterbrechung des Parteitages und Rückkehr mit hängenden Köpfen.

Der wildbewegte Ablauf des Hamburger Parteitages erhellte dreierlei: Der linke Flügel ist zermürbt, er hat weder ein geschlossenes Konzept noch einen zugkräftigen Wortführer. Ein deutlicher Beweis dafür war das Benehmen jener Genossin; rechte Sozialdemokraten sprechen offen die Hoffnung aus, daß diese kämpferische Dame noch recht lange im Amt bleiben möge, um den Sympathiepegel für die Linke weiter nach unten zu treiben. Zweitens: Die Parteirechte ist gut organisiert. Alfons Pawelczyk, zweiter Bürgermeister und Vorsitzender des mitgliederstärksten Kreises Wandsbek, und Fraktionschef Henning Voscherau haben bei dem Parteitag die Weichen dafür gestellt, daß auch in der nächsten SPD-Fraktion der rechte Flügel etwa zehn Abgeordnete mehr in seinen Reihen zählen wird als die Parteilinke. Schließlich: Landesvorsitzender Ortwin Runde, der zu den Linken der Hamburger SPD zählt, gehört zu den Verlierern dieses Parteitages. Er hat den Eklat, der absehbar war, nicht abfangen können.



THE MINNEAPOLIS STAR AND TRIBUNE

Vor der Entscheidung

Von Peter Iseli

Zwei Wochen nach den Präsidentenwahlen auf den Philippinen und eine Woche, nachdem die Nationalversammlung in Manila Ferdinand Marcos trotz massiver Betrugsvorwürfe zum Wahlsieger ausrief, läuft das südostasiatische Archipel Gefahr, in das Chaos eines Bürgerkriegs abzugleiten. Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der stellvertretende Generalstabschef der Streitkräfte, Fidel Ramos, sagten sich am Samstag von Marcos los. „Es ist meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß der souveräne Volkswille respektiert wird", sagte Ramos. „Ich trete aus den Streitkräften von Marcos aus und schließe mich den Streitkräften des Volkes an". Enrile erklärte, das Mandat des Volkes gehöre nicht mehr Marcos. „Wir werden hier bleiben bis zum Tod".

Der 62jährige Enrile ist seit 1978 Verteidigungsminister und galt bis vor kurzem als einer der engsten Vertrauten des Präsidenten. Vertreter der katholischen Kirche und Corazon Aquino, die sich nach wie vor als wahre Siegerin der Präsidentenwahl bezeichnet, riefen die Filipinos auf, sich Enrile und Ramos anzuschließen. Marcos selbst betonte im schwerbewachten Präsidentenpalast, er wolle keine Gewalt. Gleichzeitig warnte er aber die Rebellen, ihr Hauptquartier sei „nur einen Kanonenschuß entfernt". Der Präsident behauptete, die regionalen Armeekommandanten stünden nach wie vor treu zu ihm. Ob er allerdings am Dienstag seine neue vierjährige Amtszeit antreten kann, ist unter diesen Umständen sehr fraglich.

Nach einem großen Teil – wohl dem größten Teil – der philippinischen Bevölkerung, nach der bürgerlichen Opposition und einem Teil der philippinischen Geschäftswelt hat sich nun auch ein Teil der Streitkräfte vom alternden Präsidenten abgewandt. Das Militär aber war die wichtigste Säule seiner Macht. Noch vor einer Woche hatte Marcos die Demission des kompromittierten Generalstabschefs Fabian Ver entgegengenommen und die Beförderung von Ramos in Aussicht gestellt. Die Machtübergabe war aber nicht erfolgt. Und es sieht so aus, als ob Ver nach wie vor an seiner Position festhält.

Ver war nach der Ermordung von Oppositionsführer Benigno Aquino im August 1983 zunächst suspendiert worden. Ein Gericht sprach ihn und fünfundzwanzig weitere Angeklagte Anfang Dezember jedoch von der Anklage der Verschwörung für die Ermordung des Ehemannes von „Cory" Aquino frei. Und Marcos setzte ihn prompt wieder in seine Ämter ein. Ver gilt als enger persönlicher Vertrauter von Marcos und auch von dessen Frau Imelda. Er vertritt eine patriarchalische, auf persönliche Beziehungen aufgebaute Führungsstruktur in den Streitkräften. Allem Anschein nach versuchte er noch in der vergangenen Woche, enge Anhänger in führende Positionen zu bringen. Ramos forderte deshalb Marcos auf, alle Beförderungen bis auf weiteres einzufrieren.

Der 57jährige Fidel Ramos dagegen wird auf den Philippinen eher als pragmatischer und technokratischer Militärführer angesehen. Während der Suspendierung Vers leitete er einige Reformen der militärischen Befehlsstruktur ein, so die Vereinigung der Kommandostrukturen in den Provinzen. Ramos fand vor allem bei jüngeren Kadern Unterstützung, die sich immer stärker gegen die überalterte und von Vetternwirtschaft geprägte Führungsschicht um Ver auflehnten. Zwei Bewegungen jüngerer Offiziere setzen sich seit einiger Zeit für umfassende Reformen ein. Unter Führung von General Vargas, einem früheren Generalsekretär der in den siebziger Jahren aufgelösten Südostasiatischen Verteidigungsallianz (SEATO), bilden sie offenbar jetzt den Rückhalt für Verteidigungsminister Enrile und Generalleutnant Ramos.


Die einstigen Günstlinge erheben sich: Ramos, Enrile FOTO: AFP

Die seit langem bestehenden Divergenzen in der Armee und die Weigerung Vers, Platz zu machen, mögen eine der Hintergründe zu der spektakulären Aktion von Enrile und Ramos sein. Mindestens ebenso wichtig dürfte aber die Erkenntnis gewesen sein, daß Marcos und die Machtclique um ihn herum die Philippinen in die Katastrophe treiben. Die Ohnmacht der Bevölkerung droht sich in einen massiven Zulauf für die Kommunisten niederzuschlagen. Die gemäßigte Opposition um „Cory" Aquino hat es äußerst schwer, Marcos eine Protestbewegung entgegenzusetzen, ohne eine massive Vergeltungsaktion der ihm ergebenen Kräfte in Militär und Polizei hervorzurufen. Nach den Worten Enriles sind schon vor Wochen Pläne für die Verhaftung der wichtigsten Oppositionsführer vorbereitet worden.

Die Frage allerings ist, ob Marcos sich überhaupt noch halten kann, wenn auch nur maßgebliche Teile der Sicherheitskräfte gegen ihn aufstehen. Der Mann wird weithin gehaßt und verachtet. Eigentlich sein einziger Rückhalt ist die allgemeine Annahme, daß die gesamte bewaffnete Macht kompromißlos zu ihm steht. Er hat ja nicht, wie etwa die kommunistischen Diktaturen à la Nicaragua, ein durchorganisiertes Blockwart- und sonstiges Spitzelsystem zur Kontrolle der Bevölkerung. Wenn aber einmal die Vermutung umgeht, daß der Sicherheitsapparat anfällig geworden ist – wie will er ihn wieder hinter sich sammeln? Das Charisma des alternden, kranken Mannes ist verweht. Jeder Anschein einer Legitimation auch. Ihm bleibt im Grunde nichts als das gemeinsame Interesse einer Clique, die durch Geld und Mord, durch die Affären des Regimes, verbunden ist und die Macht nicht loslassen will aus Angst, die neue Ordnung könnte sich gegen sie wenden. Reicht das, um die unteren Chargen und eine öffentliche Meinung für sich zu wenden? Wo eben Haiti das Gegenbeispiel gegeben hat? Die tönernen Füße des Kolosses scheinen immer schneller abzubröckeln.

IM GESPRÄCH Peter Jacoby

Mancher wird staunen

Von Ulrich Reitz

Er reagiert gereizt auf die Frage, ob er für die saarländische CDU denn nicht nur die „beste Notlösung" ist. Immerhin hatten führende CDU-Kreise zunächst den rheinland-pfälzischen Umweltminister Klaus Töpfer als neuen Parteichef auserkoren. Doch der zog es vor, vorerst in Mainz zu bleiben.

Peter Jacoby, der jetzt mit 34 Jahren an der Saar der jüngste aller CDU-Landesvorsitzenden wurde, will sich mit der personellen Konstellation in vier Jahren noch nicht beschäftigen. Doch er sieht sich weniger als Herausforderer Oskar Lafontaines denn als Reformator seiner Partei. Diese Selbstbeschränkung gibt ihm eine Handlungsfreiheit, die er „so nutzen" will, „daß hier noch mancher staunen wird".


Qualitatives Wachstum erst einmal bei der eigenen Partei? Neuer Saar-CDU-Vorsitzender Jacoby FOTO: RUPENTHAL

Der gebürtige Saarbrücker übernimmt die Führung des Landesverbandes, nachdem dreißig Jahre Regierungsverantwortung die Christdemokraten in dem kleinsten Flächenland verschlissen haben. Für die Bemerkung, unter Werner Zeyer habe es „Häuptlinge, aber keine Indianer", gegeben, bekam ein CDU-Mann auf dem Wahlparteitag am Freitag viel Applaus. Jacoby will die Oppositionszeit nutzen, um, wie es so schön heißt, die Parteibasis wieder stärker in die Meinungsbildung einzubinden. Das Wort von der „innerparteilichen Demokratie" fällt oft im Gespräch mit dem Diplom-Soziologen. Also lehnt er den „Personenkult" eines Oskar Lafontaine ab und begreift die Parteiführung als Team. In der Wirklichkeit allerdings sieht ein Team selten so gut aus wie ein – womöglich – in die Rolle des quasi vom Tagesgeschäft abgehobenen Landesvaters hineingewachsener Ministerpräsident. Zum gleichwertigen Gegenpol des SPD-Linken jedenfalls muß der neue CDU-Vorsitzende erst noch aufgebaut werden.

Jacoby, der dem Landtag seit fünf Jahren angehört, bekennt sich zu seiner politischen Sozialisation in der Jungen Union, lehnt gleichwohl das Etikett „Linker" ab – hauptsächlich deshalb, weil es sich um eine unzulässige Verallgemeinerung handle. Die Leitidee der sozialen Marktwirtschaft will er um die ökologische Komponente erweitern, das Wort vom „qualitativen Wachstum" kommt ihm leicht über die Lippen.

Jacoby will die ideologische Auseinandersetzung mit Lafontaine wagen, darauf spekulierend, daß die CDU im Saarland nur als Partei der Werte, der, wie es Jacoby selbst sagt, „Visionen, Utopien und Perspektiven" wieder an Attraktivität gewinnen könne. Dem „ökosozialistischen Denken Lafontaines" stellt Jacoby – Katholik wie der Regierungschef – das Leitbild der „menschlichen Industriegesellschaft" gegenüber.

Die Chancen, eine innerparteiliche und inhaltliche Erneuerung einzuleiten, stehen für den neuen Vorsitzenden nicht schlecht. Die Partei jedenfalls ist bereit, die „Hypotheken der Vergangenheit" abzustreifen. Jacoby ist in dieser Hinsicht vollkommen unbelastet. Nur: eine Landespartei gewinnt selten als Partei der Visionen; was imponiert, ist eine Partei der Tüchtigeren – oder jedenfalls eine Partei, die so aussieht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE WALL STREET JOURNAL

Zu den Auseinandersetzungen um den Wahlausgang auf den Philippinen meint die amerikanische Wirtschaftszeitung:

Der bisher beste Kommentar über die Glaubwürdigkeit der diesmonatigen Wahlen ist vielleicht darin zu sehen, wer den Ausgang gerühmt hat. Am Mittwoch übermittelte der Botschafter des Kremls seine „Glückwünsche" zu der offiziellen Wiederwahl von Marcos zum Präsidenten, während die traditionellen Verbündeten des Landes einschließlich der Vereinigten Staaten nur mit Kritik oder Schweigen reagiert haben.

NEUE RUHR ZEITUNG

In dem Essener Blatt wird Sindermanns Besuch so eingeschätzt:

Ein netter Herr, dieser Horst Sindermann, Präsident des Gremiums, das sich Parlament nennt, Sitz in Ost-Berlin. Der Eindruck: freundlich, jovial, charmant, ein bißchen biedermännisch, lächelnd und immer zu einem Witz bereit. Die Gastgeber des Präsidenten, aber auch die in Bonn Regierenden haben wie mit einem guten alten Bekannten gesprochen. Probleme? Kaum bekannt. Die Grenze, die Mauer, der Todesstreifen? War das ein Thema? Die Vergangenheit hat keine Rolle gespielt. Vergessen, daß auch ein Horst Sindermann zu jenen von Moskau eingesetzten Funktionären gehörte, die mit brutaler Gewalt, mit Druck und Erpressung, die in der damaligen Sowjetzone gerade erst wieder erstandene SPD gezwungen haben, sich dem Kommunismus zu unterwerfen und in der SED aufzugehen?

LE FIGARO

Die französische Zeitung äußert sich zur Vertagung der Verabschiedung der Sicherheitsgesetze im Bundestag:

Die Vorbehalte der Opposition erscheinen für Ausländer ein wenig wie ein Luxus von Muster-Demokraten gepaart mit etwas germanischem Irrationalismus. In die deutsche Diskussion – verschämt wie immer – fließen weder die Zahl der Attentate noch die diskreten Verbindungen bestimmter grüner Abgeordneter zu eben jenen Kreisen ein, auf die das Gesetz zielt.

Lübecker Nachrichten

Zur Pflegeversicherung heißt es hier:

Für die Betroffenen geht es um eine schier existentielle Frage: die finanzielle Absicherung von Pflegebedürftigen. Die seltene Einmütigkeit, mit der Bund und Länder dieses Thema jetzt angehen wollen, läßt hoffen ... Die Pflege in der Familie soll Vorrang vor der Einweisung in ein Pflegeheim haben. Für die Betroffenen zeichnet sich damit eine günstige Perspektive ab. Die Pflegebedürftigen bleiben in ihrer vertrauten Umgebung. Die Zulassung von privaten Pflegeversicherungen war ein erster Schritt, um das komplizierte sozialpolitische Problem zu ordnen.

Amerika und das Aufklärerische in der SPD

Ist Kritik am Antiamerikanismus „manichäisch"? / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Gäbe es Heiner Geißler nicht, die SPD müßte ihn erfinden, um an ihm alle Schlechtigkeit jener Deutschen festmachen zu können, die etwas gegen die SPD und ihre Außenpolitik haben. Geißler hat sich erlaubt, die Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur festzustellen. Das genügt Peter Glotz, um ihn als „Gettokatholiken" abzustempeln, der eine „fundamentalistische Linie" verfechte.

Diese Suche nach dem Bösewicht ist der Aufhänger einer breit angelegten Agitation, mit der sich die SPD gegen den Vorwurf des Antiamerikanismus verteidigt („Neue Gesellschaft"/„Frankfurter Hefte"). Sie nähme die Mühe nicht auf sich, ginge ihr der Vorwurf nicht unter die Haut.

Wie tief er sitzt, verrät die Wortwahl. So strapaziert Erhard Eppler ein „germanozentrisches Weltbild", um seinen politischen Gegnern im gleichen Atemzug ein „manichäisches Weltbild" vorzuhalten. Damit soll ja wohl gesagt sein, daß alle, die der SPD Antiamerikanismus ankreiden, selbst in einem schrecklichen Dualismus von Licht und Finsternis befangen seien.

Ist das Podest überlegener Moral erklommen, so lassen sich trefflich Blitze schleudern. Eppler: „Das Stigma des Antiamerikanismus ist eine allzu schlaue Fortsetzung antidemokratischer deutscher Tradition. Es wurde erdacht, um die Deutschen zu spalten in solche, die gegen den Kommunismus und also für Amerika, und andere, die gegen Amerika und also für den Kommunismus sind." Ergo: „Die Antiamerikanismus-Kampagne soll die nationale Identität der Deutschen – in der Bundesrepublik – zu einer Funktion des Ost-West-Konflikts reduzieren."

Hatten wir das nicht schon mal? Im Aufbruch der sozialliberalen Koalition nach der Bundestagswahl 1969 war viel vom Antikommunismus im Sinn von psychologischer Kriegführung die Rede. Sogar ein Mann wie Walter Scheel proklamierte gesellschaftspolitische Reformen mit dem Ziel, eine „neue deutsche Außenpolitik der Toleranz" zu verwirklichen: „Wir brauchen eine solche Außenpolitik, um die gesellschaftliche Demokratie zu fördern. Wir brauchen die gesellschaftliche Demokratie, um unsere Außenpolitik ... zu unterstützen." Das war der erklärte Machtanspruch der Sozialliberalen, die politischen Eliten auszuwechseln, um so den „gesellschaftspolitischen Status quo" zu überwinden. Nichts anderes hat die SPD für 1987 im Sinn.

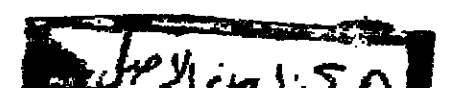
Glotz stellt sich eine Elite der „aufklärerischen Intellektuellen" vor. Eine „aufklärerische Politik" als Gegensatz zu Geißlers angeblichem „christlichen Fundamentalismus" habe eine Mehrheitschance. Glotz überhöht die „zweite Ostpolitik" oder auch „zweite Phase der Entspannungspolitik" zum „linken Patriotismus", den er nicht mit „linkem Nationalismus" verwechselt sehen will.

In diesem Zusammenhang gibt Glotz immerhin einige Klarstellungen. Bei ihrer „zweiten Ostpolitik", schreibt er, müsse die SPD „hart und ohne Verwischung auf der realpolitischen Verbindung von Westbindung und Ostpolitik bestehen". Der ideologischen Konvergenz erteilt er eine Absage. Jeder Versuch der Bundesrepublik Deutschland, aus dem westlichen Bündnis oder auch nur aus der militärischen Integration auszuscheiden, bedeute eine gefährliche Verunsicherung Westeuropas – „jedenfalls in den übersehbaren nächsten Jahrzehnten".

Reicht das aus, um den Vorwurf des Antiamerikanismus inhaltlich zu entkräften? Offensichtlich nicht. Eppler und Glotz versuchen eine derartige Widerlegung an konkreten politischen Sachverhalten gar nicht. Sie ziehen sich auf ein allgemeines Bekenntnis zur „Wertegemeinschaft" des westlichen Bündnisses zurück. Glotz tut den Antiamerikanismus als kulturelles Vorurteil ab, als ein verderbliches Ressentiment, das niemals Inhalt einer „aufklärerischen Politik" sein könne.

Zum Konkret-Politischen macht er allerdings zwei aufschlußreiche Anmerkungen. Er befindet, die Politik Reagans habe im deutschen Volk keine Mehrheit. Sodann gesteht er ein, die entschlossene Verfolgung des außenpolitischen Konzepts, das die SPD durch Initiativen wie chemie- und atomwaffenfreie Zonen vorbereitet habe, „würde die Reibungsflächen zur Führungsmacht des westlichen Bündnisses vergrößern". Es handelt sich um eine Politik nicht mit, sondern gegen Amerika.

Aus amerikanischer Sicht erscheint das als der „Wunsch, eine Arbeitsteilung zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten anzustreben, in der wir für Stärke und Realismus verantwortlich sind, während Europa den Dialog führt" (Richard Burt). Der US-Botschafter nahm kein Blatt vor den Mund: „Manche hier finden es moralisch bequem und wirtschaftlich attraktiv, daß die Vereinigten Staaten die Risiken und Kosten der Verteidigung westlicher Interessen tragen, während Europa wirtschaftliche Brücken zum Osten schlägt." Das wäre eine Wertegemeinschaft besonderer Art.



Schlaraffenland auf Zeit: Moskau ruft zum Parteitag

Die Regale sind voll von ungewohnten Köstlichkeiten, die Stadt blitzt vor Sauberkeit, Plakate und Parolen, Presse und Film feiern den Sozialismus: Moskau vor dem morgen beginnenden 27. Parteitag. Ein Schlaraffenland auf Zeit.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Den ganzen langen Samstag haben sie geschuftet: Mit Pickeln verbissen die Eisplatten auf den Straßen gelockert, Schnee geschippt, Bürgersteige gefegt, Bücher in Bibliotheken geordnet, Abfälle gesammelt, Papier gestapelt und Hausflure gescheuert – kurzum ein ganzes Volk hat „Subbotnik" gemacht, freiwillige Samstagsarbeit. Wozu? Natürlich zu Ehren des 27. Parteitages. „Ein ganzes Volk hilft mit", jauchzte die „Prawda".

Moskau am Vorabend des 27. Parteitages: Die Sowjetkapitale setzt allen Ehrgeiz darein, sich zur „Stadt des wahren kommunistischen Vorbildes" zu machen, für all die Delegierten – 5000 an der Zahl –, die herangekarrt werden, um gehorsamst zu akklamieren, und für die Hunderte und Aberhunderte von Journalisten.

Pressezentren und Fernsehstationen wurden errichtet. Eine geballte Armada vor allem amerikanischer Journalisten flog Moskau entgegen (ansonsten ist die Stadt bis zum 9. März für Fremde gesperrt). Sie alle sollen den allerbesten Eindruck mitnehmen. Und Moskau nun für kurze Zeit Schaubühne des Weltkommunismus kann sich gigantisch in Szene setzen. Da ist man geübt, greift auf die Vorbilder der Vergangenheit zurück, erstellt wieder Potemkinsche Fassaden.

„Remont" hieß in den letzten Wochen eines der am häufigsten gebrauchten russischen Wörter. Remont, das heißt Reparatur und bedeutet oft Ärger. Wegen Remont waren allenthalben Einkaufsläden, Friseursalons, Büros, Hotels und Werkstätten geschlossen. Moskau renovierte, retuschierte, pinselte in aller Eile, übertünchte alle Risse und Sprünge. Öffentliche Gebäude und Denkmäler wurden auf Hochglanz gebracht, um ein makelloses Bild des Kommunismus erstrahlen zu lassen.

Spezialtrupps der Stadtverwaltung haben die Plätze und mächtigen Verkehrsadern im Zentrum mit zigtausend Fahnen und Fähnchen, elektrischen Lichter-Girlanden und frischgemalten Kolossalplakaten im Stil des Sozialistischen Realismus dekoriert. Jedes autoritäre Regime legt nun einmal auf solche Beschwörungen besonderen Wert, und deshalb scheuen die Regisseure denn auch keine Anstrengungen, um diese Massenmobilisierung so perfekt wie nur möglich zu gestalten.

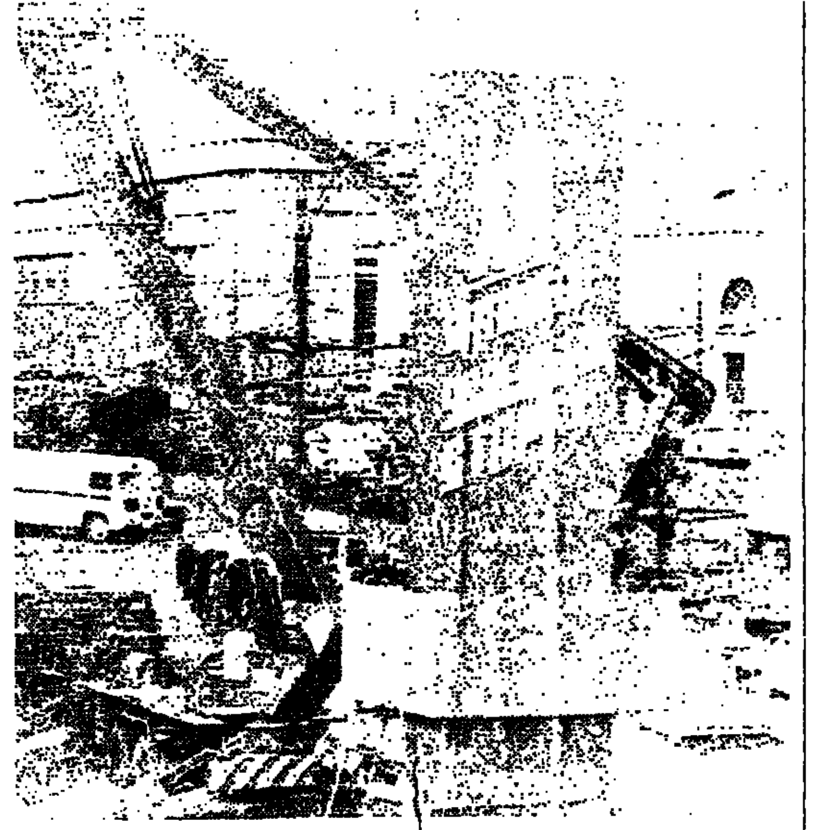
In den Hotels gibt es derzeit auf den Speisekarten „Menjus", die wie aus vorrevolutionärer Zeit anmuten. Tag für Tag sendet das Fernsehen Sonderberichte, um – zum Beispiel – ein Baumwollkollektiv aus Alma Ata zu preisen oder über ein Lokomotivdepot in Kiew zu berichten, wo die „Lokführer-Brigade beschlossen hat, am Eröffnungstag des Parteiforums einen Zug mit gespartem Treibstoff und Kraftstrom über eine bestimmte Strecke zu führen".

Seitenlange Zeitungsbeiträge offenbaren, wer wo was für den Parteitag tut. Denn jeder, so will es die Partei, soll seinen „persönlichen Beitrag" leisten. Ja, selbst eine Raumfahrt-Station „Frieden" wurde zu Ehren des 27. Parteitages errichtet. Seit Monaten wechseln sich Disziplinierungs- und Akklamations-Kampagnen ab. Auf der Moskauer Trolleybus-Linie Nr. 2 erklingt jetzt Sphärenmusik und die „verehrten Fahrgäste" werden höflichst gebeten, fünf Kopeken für die Fahrt zu bezahlen. Neue silberhelle Klänge, nur das Gedränge und Geschubse ist gleichgeblieben.

Unter den schmückenden „Ikonen" von Gorbatschow drängen sich die langen Schlangen der wartenden Moskowiter. Es gilt, um Ungewöhnliches anzustehen. Denn diese wundersame Metamorphose dank des Parteitages hat die Regale gefüllt mit Dingen, die sonst nie hier zu ergattern sind: aus Bulgarien kamen Konserven mit Krautwickeln, aus Kuba die berühmten Havana-Zigarren, aus Marokko Apfelsinen, aus dem Westen Make-up von „Lancôme", Haarspray „Ellnet", Käse und Gebäck aus Dänemark und Baumwollslips aus Frankreich. Ein Schlaraffenland auf Zeit – da lohnt sich das Warten.

Aber nicht nur materiell wird Iwan Normalverbraucher auf dieses „Weltereignis" vorbereitet, auch ideologisch. In der Kunsthalle „Manege" wurde eine gewaltige Ausstellung unter dem Titel „Wir bauen den Kommunismus" eröffnet. Schon im ersten Raum knallt dem Besucher das Gorbatschow-Zitat entgegen „Unsere Politik ist klar – es ist die Politik des Friedens und der Zusammenarbeit", eine Foto-Collage zeigt dazu einen ernst blickenden Parteichef.

Die Ausstellung ist eine seltsame



Moskau in diesen Tagen: Überall gigantische Parolen – hier ein Aufruf zu einem erfolgreichen Start des 12. Fünf-Jahre-Plans

Mixtur aus Bühnen-Entwürfen, Industrie-Design, Wandteppichen und vielen, vielen Gemälden. Sälelang zeigt ein ganzes Volk ein Panorama bemalter Leinwände aus allen sowjetischen Republiken. Wieder dominiert der teils larmoyante, teils triumphierende Plakatstil des Sozialistischen Realismus. Heimkehrer, Flüchtlinge und Schwerverletzte aus dem letzten Weltkrieg werden gezeigt. Daneben wacker entschlossene Kosmonauten, die ins All geschleudert werden (natürlich mit dem Hinweis „No Star wars") und gesunde, kräftige Kerle, die in Sibirien buddeln und schuften.

Ab und zu tauchen daneben die strengen, madonnengesichtigen, kopftuchbehangenen Frauen auf, die diese „Helden" erwarten. Alle Maßstäbe sind relativiert, problematische Themen kommen nicht ins Bild: keine Schlangen vor den Läden, keine Wohnungsnot, kein Ehezwist, kein Alkoholismus. Die sozialistische Welt ist rein und klar, ein verleumderischer Schuft, der anderes denkt. Statt Reflexion – Akklamation.

Da geht es im Lenin-Museum, nur einen Steinwurf weit vom Kreml entfernt, wo die jungen Pioniere ihre ersten Weihen empfangen, verheißungsvoller zu. Da dröhnt optimistisch der Titel der Ausstellung: „Der Sieg des Kommunismus kommt". Hier spürt man noch etwas von der Wucht, die die Massen einst erfaßte. Ein Plakat von 1920 zeigt einen Zug, der über eine Brücke saust. Voran weht die rote Fahne. Die Parole lautet „Die Oktober-Revolution ist die Brücke der Zukunft". 1982 klingt der Slogan bereits wesentlich gedämpfter: Das Plakat zeigt den Astronauten Gagarin mit scharf geschnittenen Gesichtszügen: „Gemeinsam schaffen wir es, im Kosmos den Frieden zu gewährleisten", heißt es auf dem Plakat.

Auch das Medium Film trägt zum Parteitag bei: Ein Kino-Festival läuft derzeit unter dem Titel „Die sowjetische Filmkunst für die Arbeitskollektive". Der Film „Der erste Schritt des Landes zeigt die Errungenschaften des Sowjetvolkes im 12. Jahrfünft" wird zur Pflichtvorstellung für die Delegierten. Herausragende Premieren sind „Hier spricht Moskau" (Thema: die hohe Liebe zweier Menschen während des großen vaterländischen Krieges) und „Die dritte Generation" (Thema: die vielfältigen Probleme von Betriebsleitern).

Aber Moskau ist nicht nur mit Potemkinschen Fassaden, mit Slogans und Fahnen übersät, sondern natürlich auch mit verstärkter Miliz. Unverändert gilt weiterhin der leninsche Satz „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser". Hunderte von zusätzlichen Milizionären wurden nach Moskau abkommandiert, obwohl die Stadt auch zu normalen Zeiten von Polizei voll ist wie keine andere Stadt der Welt.

Die monumentale Moskauer Heerschau erinnert an die gewaltige im Kreml-Gelände ausgestellte Glocke, die größte der Welt, 200 000 Kilo schwer. Auch sie ein Symbol dieses Landes, daß die tiefe Kluft zwischen Wollen und Können, zwischen Slogans und Taten offenbart: Sie läutete nie – sie stürzte bereits beim Aufhängen ab.



Anstehen zur Registrierung: Die 5000 Delegierten des 27. Parteitages der KPdSU müssen sich im Kreml einschreiben FOTOS: AP

„Es sieht nun so aus: Die Katastrophe war vermeidbar"

Für die US-Weltraumbehörde Nasa beginnt die „Woche der Wahrheit". Vor der Kommission zur Untersuchung der „Challenger"-Katastrophe marschieren Belastete und Belastungszeugen auf. Schon jetzt scheint klar zu sein, daß die Techniker einen erbitterten, aber vergeblichen Kampf gegen die Manager führten, um den Start der Raumfähre zu verhindern.

Von FRITZ WIRTH

Es scheint eine größere Fehlfunktion gegeben zu haben", sagte mit kalter, ferner Stimme der Nasa-Kontrollsprecher, als die Raumfähre „Challenger" am 28. Januar um 11.38 Uhr in der Luft explodierte. Heute, knapp vier Wochen später, verdichtet es sich zur Gewißheit: Der Ursprung dieser technischen Fehlfunktion lag offenbar in einer menschlichen Fehlfunktion ein paar tausend Meilen von Cap Canaveral entfernt, in Brigham City in Utah.

Dort wird von der Firma Thiokol jene Festtreibstoff-Rakete hergestellt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit die Katastrophe auslöste, und von dort kam in der Nacht vor dem Start trotz einer Rebellion der Ingenieure, die mit Nachdruck vom Start abrieten, das fatale O. K., dennoch zu starten. Unterzeichnet von Joe C. Kilminster, dem Vizepräsidenten dieses Werks.

Das ist zur Stunde der Stand der Ermittlungen. Nur wenige wissen, was in dieser Nacht vor dem Start wirklich geschah. Die Beteiligten an dieser Rebellion gegen den Start und jene Männer, die diese Rebellion ignorierten, werden am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche vor der Untersuchungskommission Präsident Reagans stehen. Es wird dies auf der Suche nach Ursachen, Fehlern und Kurzschlußhandlungen voraussichtlich „die Woche der Wahrheit" werden.

Einer der wenigen Leute, die mit Beteiligten am fatalen Entscheidungsprozeß in der Nacht vor dem Start sprachen, ist der demokratische Senator Donald Riegle. Sein Hauptgesprächspartner war Allan McDonald, Direktor der Abteilung für Antriebsaggregate bei der Firma Thiokol, und einer jener zehn Rebellen, die vom Start abrieten. Riegle nach dem Gespräch mit McDonald: „Der Mann gab mir einen ausführlichen Bericht darüber, was in der Nacht vor dem Start geschah, und mir standen die Haare zu Berge."

Schwere Vorwürfe gegen den Chef

Der demokratische Senator Ernest Hollings ging nach dem Bericht McDonalds in seinen Schlußfolgerungen noch weiter: „Uns wurde bisher suggeriert, daß dies eine unvermeidbare Katastrophe gewesen sei. Es sieht nun so aus: Sie war vermeidbar." Hollings forderte den unverzüglichen Rücktritt des amtierenden Nasa-Chefs William Graham. Er habe den zuständigen Senatsausschuß irregeführt. Graham habe vor dem Ausschuß nichts von den Widerständen der Ingenieure gegen den Start der „Challenger"-Raumfähre erwähnt.

Jesse Moore, der Direktor des Shuttle-Programms in Cape Canaveral und der Mann, der das letzte und entscheidende „Go ahead" zum Start der „Challenger" sprach, versichert jedoch, bei dieser fatalen Entscheidung nichts von den Bedenken der Ingenieure gewußt zu haben. „Alle Männer, die etwas mit dem Programm zu tun haben, hatten das Gefühl, daß Challenger startfähig sei", erklärte er bereits fünf Stunden nach der Katastrophe in seiner ersten Pressekonferenz.

Verwirrungen, Widersprüche, Behauptungen und Dementis. Sie sind so umfangreich, daß der sonst eher vorsichtige ehemalige Außenminister Rodgers, der die Untersuchungskommission des Präsidenten leitet und erst nach 120 Tagen ein Verdikt vorlegen soll, bereits heute zu dem Schluß kam: „Der Entscheidungsprozeß zum Start der Raumfähre scheint fehlerhaft gewesen zu sein."

Er ist vor allem hochkompliziert. Der Hauptgrund: Die amerikanische Weltraumbehörde ist zu dezentralisiert. So ist das „Marshall-Raumfahrtzentrum" in Huntsville in Alabama für alle Antriebsaggregate zuständig. Die Raumfahrtzentrale in Houston Texas ist für alles verantwortlich, was mit der Raumfähre selbst zu tun hat, und das Zentrum in Cape Canaveral, Florida, ist für alle Startoperationen zuständig.

Im Zentrum des Streits: die Dichtungsringe

Die entscheidenden Kommunikationsmängel sind offensichtlich auf dem Wege zwischen Brigham City in Utah, dem Firmensitz des Raketenbauers Thiokol, und Huntsville sowie zwischen Huntsville und Cape Canaveral aufgetreten.

Im Zentrum der Kontroverse stehen jene Dichtungsringe, die die Nahtstellen der aus mehreren Teilen zusammengebauten Feststoff-Rakete („Booster") isolieren. Diese Verbindung zwischen den Teilen und die dazugehörenden gummiartigen Dichtungsringe sind seit Jahren die Schwachstellen dieser „Booster".

Sie sind es besonders seit August 1983, als Änderungen an den „Boosters" vorgenommen wurden, um ihre Schubkraft zu erhöhen. Ziel dieser Änderungen war es, die Nutzlast der Raumfähre um 4000 Pfund zu steigern. Seit dieser Änderung häuften sich die Schadensmeldungen bei den Dichtungsringen. Am 26. August 1985 machten die Ingenieure von Thiokol dem Raumflugzentrum in Huntsville 43 Vorschläge zur Behebung des Problems. Bei der Nasa entschied man jedoch, daß das Problem nicht schwerwiegend genug sei, um Konstruktionsänderungen anzuordnen.

Folgerichtig hat sich das Interesse der Untersuchungskommission von Cape Canaveral nach Huntsville verlegt. Neil Armstrong, der Mann, der als erster den Mond betrat und heute neben Rodgers die Untersuchungen leitet, flog am Wochenende nach Huntsville, um die zuständigen Nasa-Direktoren zu vernehmen.

Was genau in der dramatischen Nacht vor dem Start der „Challenger" geschah, ist heute noch umstritten und wird wohl erst im Laufe dieser Woche in den Verhören vor der Rodgers-Armstrong-Kommission bekannt werden. Kenner sagen voraus: „Die Enthüllungen werden für die Nasa peinlich sein."

Nach einem Bericht von Senator Riegle gab es eine mehrstündige Diskussion am Telefon zwischen den Ingenieuren von Thiokol und den Nasa-Leuten in Huntsville. Die Ingenieure von Thiokol, so Riegle, hätten dabei einstimmig von einem Start abgeraten. Grund: Die Temperaturen in Cape Canaveral waren 20 Grad Fahrenheit unter den bisherigen Starttemperaturen (50 Grad Fahrenheit). Die umstrittenen Dichtungsringe seien unter diesen Bedingungen nicht mehr zuverlässig. Im Laufe dieser Debatte soll Lawrence Mulloy, Nasa-Direktor in Huntsville, den fatalen Satz gesprochen haben: „Hey, ihr Thiokol-Leute, sollen wir mit dem Start bis April warten?"

Was immer auch geschah: Die Telefon-Konferenz wurde abrupt unterbrochen. Nach einer halben Stunde erfuhren die Ingenieure nur noch, daß die Rakete zum Start freigegeben worden war, und zwar vom Management ihrer eigenen Firma. Thiokol-Vizepräsident Kilminster hatte der Nasa fernschriftlich das O. K. zum Start gegeben. Die Dichtungsringe seien zwar etwas kälter und unflexibler wegen der Kälte und bräuchten deshalb „etwas länger, bis sie richtig sitzen", schrieb Kilminster, doch sonst wird „SRM 25 (die Typenbezeichnung des „Boosters") nicht wesentlich anders sein als SRM 15" (die Typenbezeichnung für die letzte erfolgreiche Festtreibstoff-Rakete).

Mit einem Satz: Die Manager siegten über die Techniker. Eingeweihte zeigen sich darüber nicht überrascht. Sie weisen darauf hin, daß das Management von Thiokol sich zu jenem Zeitpunkt in schwierigen Verhandlungen mit der Nasa über den Bau von 180 Antriebsaggregaten befand.

Als „Challenger" am nächsten Morgen um 11.38 Uhr startete, betrug die Außentemperatur 38 Grad Fahrenheit, also deutlich weniger als sie die Thiokol-Ingenieure für akzeptabel hielten. Schlimmer noch: Die Außentemperatur am rechten Unglücks-„Booster" wurde kurz vor dem Start mit neun Grad Fahrenheit gemessen. Shuttle-Direktor Jesse Moore jedoch behauptet, er habe weder vom Streit zwischen Thiokol und Huntsville noch von den niedrigen Temperaturen gewußt, als er das Startsignal für „Challenger" gab.

Die Stimmung ist auf dem Tiefpunkt

Inzwischen hat die Moral bei der Nasa einen absoluten Tiefpunkt erreicht. Die sich immer schärfer herausschälende Gewißheit, daß menschliches Versagen die Katastrophe auslöste, hat das Selbstbewußtsein dieser erfolggewohnten Behörde zerstört. Dazu kommt, daß die Behörde heute praktisch führungslos ist. Ihr Chef James Beggs hatte sich schon vor der Katastrophe selbst beurlaubt, weil er in einen Betrugsskandal seiner früheren Firma General Dynamics verwickelt gewesen sein soll. Seinem Stellvertreter William Graham ist von einflußreichen Senatoren der Rücktritt nahegelegt worden. Shuttle-Direktor Jesse Moore zieht sich vorzeitig ins Raumfahrtzentrum nach Houston zurück und wurde am Wochenende durch Admiral Richard Truly ersetzt.

So verwirrend und undurchsichtig vieles an dieser Katastrophe des 28. Januar noch sein mag, sicher ist: Die Druckwellen der Explosion dieser Raumfähre haben mehr zerstört als sieben Menschenleben. Sie gehen durch das gesamte Establishment einer einst stolzen und bewunderten Institution, die der Erfolg offenbar fahrlässig gemacht hat.

Lebendige Kultur

Wir Deutsche besitzen eine vielfältige Kulturlandschaft.

- Weit mehr als 200 staatlich oder kommunal geförderte Theater, über 300 Museen von nationalem und internationalem Rang, 30 große Sinfonie-Orchester oder Philharmonien, ungezählte Büchereien, Verlage und private Theatergruppen sind Zeugnis des großen kulturellen Angebots.
- Noch nie zuvor gab es in Deutschland so viele Mitgliedschaften in Klubs, Musikgruppen, Sportvereinen.
- Mit Engagement diskutieren Bürger unterschiedlichster Auffassungen, Künstler, Wissenschaftler, Theologen, Politiker, Betroffene und Interessierte Fragen der Zeit.
- Zusammen mit mehr als 40 Universitäten, 900 Volkshochschulen, über 80 Fachhochschulen und Akademien schafft dies eine lebendige Kulturlandschaft.

All dies ist weder Luxus noch Selbstverständlichkeit. Voraussetzung dafür ist eine freie Gesellschaft und eine gesunde Wirtschaft. Lassen Sie uns dies weiter sichern.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, für das es sich einzusetzen lohnt.

Deutsche Bank

Seite 2

Nachmann hält den Parteien Versäumnisse vor

rtr/KNA, Köln

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, hat Parteien, Kirchen und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, zu wenig gegen das Aufkommen von antisemitischen Gefühlen getan zu haben.

Im Deutschlandfunk bezog er sich gestern auf jüngste Äußerungen von Mandatsträgern der Unionsparteien, die er als „katastrophal" und als „Ungeheuerlichkeit" einstufte. „Wir dür-

ANZEIGE

WBB International Limited zum Thema Geldanlage:

ÖL

Kommt die neue OPEC? Wo Sie mehr darüber erfahren können, lesen Sie unten rechts .....

fen nie vergessen und werden auch nie vergessen", sagte Nachmann. Er bedauerte die nach seiner Einschätzung unter jüngeren Deutschen weitverbreitete Meinung, sie hätten mit den Vorkommnissen während der Nazi-Zeit nichts zu tun.

Er forderte dazu auf, Kindern beizubringen, daß die jüdische Religion die Grundreligion gewesen sei, aus der die evangelische und die katholische Kirche herstammten. Es sei notwendig, darauf hinzuweisen, daß es zwischen Christen und Juden mehr Gemeinsames als Trennendes gebe. Auf diese Weise, so Nachmann, ließe sich ein großes Stück von dem abbauen, was immer wieder Anlaß zu antisemitischen Strömungen gebe.

„Die Anzeige soll den Wahlkampf beeinflussen"

Heiner Geißler geht mit der Anzeige des Grünen-Abgeordneten Otto Schily gegen Bundeskanzler Helmut Kohl hart ins Gericht. In einem WELT-Interview geht der Generalsekretär der CDU aber auch auf offene Tagesthemen ein. Die Fragen stellte Günther Bading.

WELT: Wie beurteilen Sie die Strafanzeige des Grünen Abgeordneten Schily gegen den Bundeskanzler?

Geißler: Ich bleibe bei meiner Auffassung: Das ist ein absolut konstruierter Vorwurf. Die Verdächtigungen gegenüber dem Bundeskanzler sind haltlos. Das Verfahren wird auch eingestellt werden, davon bin ich überzeugt. Im übrigen begrüße ich durchaus, daß die Staatsanwaltschaft diese Anzeige prüft, denn der Bundeskanzler ist ein Bürger wie jeder andere. Ich bin nur der Auffassung, daß dann, wenn eingestellt wird und die Staatsanwaltschaft feststellt, daß Herr Schily den Kanzler ohne Grund angeschwärzt hat, diese Einstellung dasselbe publizistische Echo erfährt wie jetzt die Entscheidung, das Ermittlungsverfahren aufzunehmen.

WELT: Aber sind nicht doch Fragen offengeblieben?

Geißler: Es handelt sich bei dieser Anzeige nicht um den Versuch, *eine* offene Frage rechtlich zu klären. Das geht aus den Protokollen hervor und übrigen auch aus der Anzeige von Herrn Schily selber. Es geht vielmehr darum, daß Schily das Vorwahlgeschäft der SPD betreibt. Es pfeifen in Bonn ja die Spatzen von den Dächern, daß er in die SPD übertreten will. Das alles ist schon ein Bestandteil des Wahlkampfes der Linken. Anstatt politisch zu argumentieren, wird der Versuch unternommen, den Bundeskanzler zu denunzieren. Herr Schily ist ein politischer Denunziant. Ich muß das leider sagen; und jeder Bürger kennt ja das Sprichwort „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant". Dieser Satz stammt von Hoffmann von Fallersleben. Das muß man eigentlich als Überschrift über diesen ganzen Vorgang setzen.

WELT: Die Sozialdemokraten haben den Besuch von Volkskammerpräsident Sindermann als neue Qualität der Deutschlandpolitik bewertet, als ihren Erfolg, von dem die Bundesregierung profitiere. Wie bewerten Sie diesen Besuch?

Geißler: Herr Sindermann ist nicht der erste Vertreter der SED, der die Bundesrepublik Deutschland besucht. Insofern kann man nicht von einer neuen Qualität sprechen. Aber wenn dieser Besuch – und Sindermann hat ja entsprechende Äußerungen gemacht – einer Verbesserung der Beziehungen der Menschen, der Deutschen untereinander dienen kann, dann halte ich das für eine gute Entwicklung.

WELT: Sindermann hat bei der Union doch recht offene Türen gefunden; widerspricht das nicht der Haltung, man wolle keine formellen Kontakte zu dem Scheinparlament in Ost-Berlin unterhalten?

Geißler: Die sind damit nicht aufgenommen worden. Ich sehe hier ohnehin keine allzu großen Probleme. Da die Volkskammer kein Parlament ist *im demokratischen Sinne, hätte ich* auch nie protokollarische Schwierigkeiten mit dem Vertreter einer Diktatur, die die „*DDR*" *nach* wie vor ist. Ich bin der Auffassung, daß wir jeden Vertreter der politischen Führung in der „DDR" bei uns begrüßen können, wenn er deutlich macht, daß er seinen Teil dazu beiträgt, die menschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu verbessern.

WELT: Sie werfen der SPD vor, Nebenaußenpolitik zu betreiben...

Geißler: Lassen Sie mich dazu eine Vorbemerkung machen: Die Einladung von Herrn Sindermann durch die SPD würde ich nicht als eine Nebenaußenpolitik bezeichnen. Unter einer nach meiner Auffassung unzulässigen Nebenaußenpolitik ist zu verstehen, wenn die Sozialdemokratische Partei mit der SED, mit der tschechischen KP oder polnischen Kommunistischen Partei quasi völkerrechtliche Verträge abschließt über atomwaffenfreie Zonen und ähnliches. Damit stellt sich die SPD *als demokratische Partei auf eine* Stufe mit Organisationen, die zwar auch den Namen Partei tragen, die aber im Grunde genommen gleichzusetzen sind mit den Regierungen. Diese wiederum sind in ihrer ihrer Westpolitik von Moskau abhängig. Wir wissen, daß der alte Lenin'sche Grundsatz immer noch Gültigkeit hat, daß nämlich die sowjetische Außenpolitik sich der Innenpolitik der demokratischen Staaten bedient. So gesehen instrumentalisiert sich die SPD im Dienste der sowjetischen Westpolitik. Und das ist eine gefährliche Entwicklung, weil in dem Moment, in dem die SPD einmal wieder an die Regierung kommen sollte, – was so bald mit Sicherheit nicht der Fall sein wird; darauf lege ich Wert, dies zu sagen – sie natürlich *dann* an ihre Verträge mit den kommunistischen Parteien erinnert werden wird.



CDU-Generalsekretär Heiner Geißler
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WELT: Wie sieht Ihre Bilanz der Koalition mit der FDP aus?

Geißler: Ich glaube, daß insgesamt die Zusammenarbeit in der Koalition gut und erfolgreich ist. Die Aufgaben allerdings, die sich uns in dieser Zeit des tiefgreifenden Strukturwandels gerade auch für unsere Wirtschaft stellen, reichen weit über die nächste Legislaturperiode hinaus, und sie können nur von dieser Koalition erfüllt werden und nicht von einer Koalition von Roten und Grünen, von SPD und Grünen, die uns ja nur wieder in die Situation der siebziger Jahre zurückführen würden. Ich hätte *mir allerdings gewünscht, daß in* der einen oder anderen Frage es schneller zu Entscheidungen gekommen wäre, das gilt auch jetzt für die Sicherheitsgesetze.

WELT: Sie setzen auf die Koalition. Nun gibt es allerdings auch Stimmen in der Union, die lieber auf die eigene absolute Mehrheit setzen würden.

Geißler: Also sicher führen wir keinen Koalitionswahlkampf. Die CDU und die CSU machen einen Wahlkampf für ihre Ziele, für ihre gemeinsamen Ziele. Ich glaube auch, daß wir zu einem gemeinsamen Wahlkampfprogramm kommen werden, so wie das bisher auch immer der Fall gewesen ist. Und wir wollen natürlich die Mehrheit erreichen. Wir machen mit Sicherheit keine Zweitstimmen-Kampagne und haben nicht eine einzige Stimme zu verschenken. Aber es muß für die Regierung und auch für das Land nicht von Nachteil sein, wenn in der kommenden Legislaturperiode die jetzige Koalition ihre gemeinsame Arbeit fortsetzt und sich die neue Regierung unter der Führung der CDU auf eine breite Basis im Parlament stützen kann. Dies wird für die Verwirklichung der noch vor uns liegenden großen und schwierigen Aufgaben – ich verweise nur auf die Steuerreform – von großer Bedeutung sein.

WELT: Sie sprachen soeben ein rot-grünes Bündnis im Bund an. Das wird von der SPD in Abrede gestellt, auch von ihrem Kanzlerkandidaten Rau. Wie ernst ist das zu nehmen? Und wie beurteilen Sie den Herausforderer Rau?

Geißler: Rau täuscht die Wähler mit dieser Aussage. Die Sozialdemokraten sind nicht in der Lage, eine absolute Mehrheit zu erreichen. Das ist im übrigen auch die Auffassung der Bevölkerung. Mir liegt eine neueste Umfrage vor, aus der hervorgeht, daß 82 Prozent der Wahlbevölkerung dies für unwahrscheinlich oder ausge*schlossen halten*. Und selbst bei den Anhängern der SPD sagen 67 Prozent, daß sie eine absolute Mehrheit für unwahrscheinlich und ausgeschlossen halten. Diese Aussage, die absolute Mehrheit erreichen zu wollen, ist nichts anderes als der Versuch, der für die SPD peinlichen Koalitionsfrage auszuweichen und zu verschleiern, daß man – wenn es je reichen sollte – natürlich mit den Grünen eine Koalition machen würde. Johannes Rau sagt genau das Gegenteil von dem, was er nach der Bundestagswahl machen würde. Ich sehe keine Veranlassung, ihm mehr zu glauben als Holger Börner, der vor der Landtagswahl in Hessen zweimal die Wähler angelogen hat.

Chancen für Frauen bei der Bundespost

ARNULF GOSCH, Bonn

Die „Christel von der Post" der achtziger Jahre gibt sich nicht mehr mit dem klassischen Job der Telefonvermittlung zufrieden, sondern steigt zunehmend in „männliche" Tätigkeitsbereiche ein. Wie aus der jüngsten Ausbildungsplatz-Statistik der Deutschen Bundespost hervorgeht, sind von den rund 6000 Lehrlingen, die sich dieses Jahr bei der Post allein im gewerblich-technischen Bereich, insbesondere als Fernmeldehandwerker, ausbilden lassen, schon weit mehr als tausend junge Mädchen. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen vier Jahren von 650 auf 1100 fast verdoppelt.

Mehr als die Hälfte dieser 6000 Lehrlinge wird über den posteigenen Bedarf hinaus ausgebildet, jedoch alle ohne Ausnahme – wie schon im Vorjahr – nach erfolgreich bestandener Prüfung vom „Gelben Riesen" übernommen, wenn auch nicht alle „ausbildungsgerecht". Postminister Schwarz-Schilling begründet die Möglichkeit dieser Übernahme vor allem mit dem zügigen Ausbau der Kabelnetze und den Rekordinvestitionen von insgesamt 18,1 Milliarden Mark in diesem Jahr.

Mit insgesamt 18 300 neuen Lehrstellen – ebenfalls ein Rekord – hat die Post 1986 ihr Ausbildungsplatzangebot gegenüber 1985 nochmal um rund 300 Stellen gesteigert. Zur Zeit bildet sie 31 000 Nachwuchskräfte aus und ist damit größter Lehrbetrieb in der Bundesrepublik Deutschland. Die Kosten für Aus- und Fortbildung betragen pro Jahr rund 1,3 Milliarden Mark.

Hamburg: Flügelkämpfe

SPD-Landesparteitag / Linke drohten mit Auszug

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Mehr als zwei Stunden mußte Helmut Schmidt warten, bis er – hingehalten durch ein Auszählungs- und Anfeindungs-Marathon – beim Hamburger SPD-Landesparteitag das Wort erhielt. Die Abschiedsrede des ehemaligen Bundeskanzlers und scheidenden Bundestagsabgeordneten des Kreises Hamburg-Bergedorf fiel kräftig aus: Den Delegierten schlug er um die Ohren, daß er den bei der Kandidatenaufstellung erlebten „Fraktionismus", die Taktiererei und Kungelei schlicht „unerfreulich und zum Kotzen" finde.

Schmidt sieht ein wirksames Mittel nur noch in einer Reform des Wahlrechts – in dem Stadtstaat wird eine lupenreine Listenwahl betrieben. Das *Prinzip der Verhältniswahl mit* einer verbindlichen Kandidaten-Reihenfolge müsse endlich – so empfahl er – von einem Wahlrecht abgelöst werden, wie es für die Bundestagswahl gilt. Danach könnten dann 60 der 120 Bürgerschaftsabgeordnete als „vertrauenswürdige Personen" und nicht als Vertreter „papierner Programme" gewählt werden.

Die Vorgänge, die den schon häufig mit seinen hanseatischen Genossen hadernden Altkanzler erregten, hatten fast zum Bruch geführt: Der linke Flügel wollte den Parteitag platzen lassen, als einer ihrer Exponenten – der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Michael Pape – bei der Verabschiedung der Kandidatenliste für die Bürgerschaftswahl von einem rechten Gegenkandidaten, dem Erziehungswissenschaftler Wolfgang Schulz, gekippt worden war. Die Vorsitzende des linken Kreisverbandes Nord, Helgrit Fischer-Menzel rief mit schneidender Stimme: „Wir sind kurz davor, daß die Partei auseinanderfliegt". Sie kündigte an: „Die Partei wird den Wahlkampf verlieren, wenn ihr meint, die Minderheit niederknüppeln zu können".

Der Parteitag wurde unterbrochen, die Linken berieten, kehrten aber dann wieder in den Saal zurück. Auch bei einer zweiten Gegenkandidatur von rechts unterlag der von den Linken „gesetzte" Bürgerschafts-Bewerber. Die nächste Fraktion dürfte damit nach der Wahl am 9. November ein Kräfteverhältnis zwischen links und rechts aufweisen wie es bei der gegenwärtigen SPD-Parlamentsriege der Fall ist. Die Parteirechte wird künftig über etwa zehn Mandate mehr verfügen als die Linke.

Der Vorsitzende des rechten Kreises Wandsbek, Bürgermeister Alfons Pawelczyk, stellte fest: „Der Parteitag läßt sich nicht erpressen". Mitglieder der SPD-Führungsspitze vom rechten Flügel diagnostizierten nach dieser schrillen Reaktion, daß die Parteilinke offenbar nicht mehr organisierbar sei. „Das ist auch eine Schwächung von Ortwin Runde", sagte ein gestandenes Mitglied der Regierungsfraktion, „er ist nicht in der Lage seinen eigenen Laden zusammenzuhalten". Der Landesvorsitzende Ortwin Runde gehört zum linken Flügel der hanseatischen SPD.

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi wurde mit 275 von 315 Stimmen zum Spitzenkandidaten gewählt. Bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Bundestagswahl wurde der ehemalige Finanzminister Hans Apel, der anstelle des frühereren Bundeskanzlers Helmut Schmidt in dessen Wahlkreis kandidieren wird, auf Platz eins gesetzt.

Seite 2: Links, zwo, drei, vier

Hessen: Börner wurde gestärkt

DW. Darmstadt

Mit einem in dieser Höhe unerwarteten Vertrauensbeweis hat die hessische SPD Ministerpräsident Holger Börner auf weitere zwei Jahre im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt und damit die rot-grüne Zusammenarbeit und die Bildung der Regierungskoalition mit der Umweltpartei bekräftigt. Auf einem Landesparteitag in Griesheim bei Darmstadt konnte Börner in geheimer Wahl von den 225 abgegebenen gültigen Stimmen 207 auf sich vereinigen. 15 Delegierte votierten gegen ihn, drei enthielten sich der Stimme. Dies entspricht einer Zustimmung von 92 Prozent.

Dieses Ergebnis wird lediglich von der ersten Wahl Börners nach Gründung des SPD-Landesverbandes 1977 übertroffen. Vor dem Landesparteitag war allgemein mit einer geringeren Zustimmungsquote als bei der Wahl im November 1983 gerechnet worden (91,3 Prozent). In der Debatte über den Rechenschaftsbericht meldete jedoch nur eine Delegierte Kritik an der rot-grünen Politik an.

Der Ministerpräsident äußerte die *Erwartung, daß die „sozial-ökologische* Koalition" bei den Landtagswahlen im Herbst 1987 mit einer guten Bilanz vor die Wähler treten werde. Die Bildung der rot-grünen Regierung bezeichnete Börner als konsequente Fortsetzung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen im hessischen Landtag. Diese Zusammenarbeit sei schweren Belastungen ausgesetzt gewesen, beiden Seiten sei jedoch klar geworden, „daß nicht der ungesteuerte Konflikt, sondern die faire Zusammenarbeit Erfolg verspricht". SPD und Grüne blieben weiterhin politische Konkurrenten, *sagte Börner. Ein Zweckbündnis* solle „nicht idealisiert und überhöht" werden. Die SPD könne aber mit keiner anderen Partei so viele ihrer Ziele verwirklichen. Börner verzichtete zwar darauf, eine Fortführung dieser Koalition über den Wahltag im Jahr 1987 hinaus zu propagieren. Seine Absage an CDU und FDP machte jedoch deutlich, daß er in den Grünen je nach Ausgang der Wahlen den Partner der Hessen-SPD sieht.



Holger Börner
FOTO: TEUTOPRESS

Als Stellvertreter Börners wurden Landwirtschaftsminister Willi Görlach mit 178 und Finanzminister Hans *Krollmann mit 197 Stimmen* wiedergewählt. Erheblichen Unmut bei den Frauen löste die Wahl der elf Beisitzer im Landesvorstand aus, weil von den zwei weiblichen Kandidaten die Abteilungsleiterin bei der Bevollmächtigten für Frauenfragen der Landesregierung, Antje Arold, durchfiel. Somit kam nur eine Frau in den Landesvorstand, obwohl Börner sich für eine Stärkung der Frauen in Parlamenten und Parteien ausgesprochen hatte.

Saar: Neuer Optimismus

CDU-Landesparteitag / Jacoby will Führungsstil ändern

ULRICH REITZ, Saarbrücken

„Mittlerweile haben wir die Macht verloren, vielleicht gerade deshalb, weil wir vielfach nicht mehr zugehört haben, weil wir arrogant, selbstzufrieden und *wenig* sensibel waren ..." Von den meisten Mitgliedern der saarländichen CDU wäre im Mai vergangenen Jahres, auf dem ersten Parteitag nach der Wahlschlappe, diese Art der selbstkritischen Vergangenheitsbewältigung nur mit einem Kopfschütteln bedacht worden.

Als am Freitag zu später Stunde Peter Jacoby, der danach mit 538 : 77 Stimmen von den Delegierten des Landesparteitages zum neuen Vorsitzenden der Saar-CDU gewählt wurde, diese Töne anschlug, hatte er den Applaus der Parteibasis auf seiner Seite. Mittlerweile hat sich in der CDU die Erkenntnis durchgesetzt, daß dem Neuaufbruch eine Analyse der Fehler der Vergangenheit vorausgehen muß.

Und noch etwas war auffallend: Auf dem ersten Parteitag der CDU als Opposition hatte sich die ganze Enttäuschung über den nicht für möglich gehaltenen Machtverlust an der Bundespartei entladen. Helmut Kohl und der Bonner Konsolidierungspolitik wurde das damals als verheerend empfundene Abschneiden mit 39 Prozent der Stimmen mehr oder weniger unverblümt angekreidet.

Ein dreiviertel Jahr später war es genau umgekehrt: Als der Parteivorsitzende Helmut Kohl die Saarbrükker Kongreßhalle um 21.00 Uhr betrat, konnte er einen triumphalen Einzug feiern. Dies mag ihn dazu bewogen haben, in einem beinahe eineinhalbstündigen Parforce-Ritt durch die Politik der Bundesregierung ein Stück von dem Bonner Optimismus an die in der Vergangenheit arg gebeutelten Parteifreunde an der Saar weiterzugeben. Im Mai 1985 war er erst gar nicht nach Saarbrücken gekommen, sondern hatte sich von Bernhard Vogel vertreten lassen.

Peter Jacoby wurde nicht nur auf *den Schild gehoben*, weil er *der* Wunsch-Landesvorsitzende von Heiner Geißler war. Daß sich der CDU-Generalsekretär mehr oder weniger offen hinter Jacoby und gegen den chancenlosen Mitkandidaten Heinrich Schüssler stellte, stieß nicht nur auf Gegenliebe. Applaus bekam Homburgs Bürgermeister Rainer Ulmcke immerhin für die Bemerkung: „Wir brauchen keine Einmischung aus Bonn."

Der 34jährige wurde gewählt, weil er glaubhaft machen konnte, nicht nur ein „neues Selbstverständnis" *der CDU, sondern auch einen neuen* Stil in der Parteiarbeit etablieren zu können. Denn gerade auf dem Feld der innerparteilichen Demokratie verspürt die Saar-CDU nach dem strengen Regiment Werner Zeyers Nachholbedarf. Und so mußte der frühere Ministerpräsident, der zwar anwesend war, aber nicht zum Mikrophon griff, von Jacoby schwere Breitseiten einstecken, wie: „Ich fordere mehr innerparteiliche Demokratie, denn es ist das Recht der Parteimitglieder, über wichtige politische Fragen ... nicht erst im Nachhinein informiert zu werden ... "

Jacoby will nach dem bis zur Konturenlosigkeit gehenden Pragmatismus der CDU in der Vergangenheit eine Rückbesinnung auf Grundwerte einleiten. Der neue Vorsitzende zielt auf Oskar Lafontaine, wenn er dem „ökosozialistischen Denken des Regierungschefs" die „Vision einer Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht" entgegenstellt.

Seite 2: Mancher wird staunen

Berliner Kripo-Chef mahnt Politiker

AP. Berlin

Der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Manfred Kittlaus, hat im Zusammenhang mit den Beratungen über die Sicherheitsgesetze im Bundestag die Politiker eindringlich davor gewarnt, durch restriktive Maßnahmen die Verbrechensbekämpfung zu erschweren. *In einem Gespräch mit* der „Berliner Morgenpost" sagte der Landeskriminaldirektor, die Bedrohung des Bürgers durch die immer weiter um sich greifende Kriminalität scheine bei den Bonner Beratungen eine untergeordnete Bedeutung zu spielen. Anstatt den Strafverfolgungsbehörden „optimale Bedingungen" zur Verbrechensbekämpfung an die Hand zu geben, sei man in Bonn drauf und dran „der Polizei Fesseln anzulegen". Leidtragender werde der Bürger sein.

Kittlaus wandte sich vor allem gegen Überlegungen, die Erfassung von Daten Unbeteiligter zu verbieten. Die Polizei sei kein „Hellseher", der dem Täter sofort auf der Spur sei. Oft gebe es gar keine andere Wahl, zunächst auch Unbeteiligte zu erfassen, und diese dann „herauszufiltern". Das Prinzip des Herausfilterns des Täters aus einer Anzahl von Personen sei das Grundprinzip der Ermittlungen. Dies zu zerschlagen, könne nur zum Schaden der Bevölkerung sein, sagte Kittlaus. Die oft geäußerte Furcht vor dem „gläsernen Menschen" sei unbegründet. Die Polizei habe schon alle Hände voll damit zu tun, die wirklich relevanten Daten zu verarbeiten. Wer anderes vermute, habe realitätsferne Vorstellungen.

Kittlaus warnte auch davor, die verdeckte Observation und den Einsatz von V-Leuten zu beschränken. Wenn, wie beabsichtigt, dieses Vorgehen bei den Ermittlungen nur noch auf einen Katalog schwerer Straftaten beschränkt werde, dann könne die Kriminalpolizei vor dem organisierten Verbrechen kapitulieren, das eben nicht nur mit schweren Straftaten arbeite.

ANZEIGE

Wählen Sie: 0211·

314086

WBB. Ihr Berater in Sachen dynamischer Geldanlage mit computergesteuerten Termin-Geschäften.

Oder schicken Sie den Coupon ein. Aktuelle Informationen folgen.

Name/Vorname

Straße/Nr.

(PLZ) Ort

Telefon W 9

WBB Marketing Agency GmbH
Brunnenstr. 31 4000 Düsseldorf

Niedersachsen: Albrecht siegessicher

CDU-Landesparteitag lehnt Umwelt-Ministerium ab / Werben um Stimmen der Bauern

MICHAEL JACH, Hannover

Auf weitere vier Jahre hinaus „gibt es für Niedersachsen weit und breit keine regierungsfähige Alternative zur Politik der CDU". Der selbstsichere Anspruch, mit dem Ministerpräsident Ernst Albrecht am Wochenende auf dem CDU-Landesparteitag in Hannover das Startzeichen zur Hauptrunde des Landtagswahlkampfes gab, kennzeichnete die Einschätzung der parteipolitischen Mitbewerber und Gegner ebenso wie die derzeit unerschütterte Siegesgewißheit seiner eigenen Partei.

Allerdings mit einer leichten Akzentverschiebung: Zwar unterstrich Albrecht, nicht anders als Parteichef Winfried Hasselmann, die CDU habe „keine Stimme zu verschenken"; mit Blick auf die koalitionsbereite FDP unausgesprochen, blieb indes diesmal Albrechts „Sicherheitsvorbehalt", allein „stärker als SPD und Grüne zusammen" werden zu wollen.

Kaum Kampfstimmung

Gemäß dem Parteitags-Motto „Niedersachsen kommt voran" wird die CDU im Land sich im Wahlkampf darauf konzentrieren, die Leistungen der „Albrecht-Politik" herauszukehren. Nach Einschätzung ihres Generalsekretärs Martin Biermann werde dem sozialdemokratischen Hauptgegner allenfalls das Thema der zählebigen Arbeitslosigkeit bleiben, „um überhaupt ein Feld zu haben, gegen uns agitieren zu können". Heute fehlende Arbeitsplätze, ergänzte Albrecht, habe das Land dank seiner Forschungs- und Technologiepolitik für morgen sicher in Aussicht.

Bei solcher Grundtönung ließ der Parteitag Kampfstimmung weithin vermissen. Die Wiederwahl des CDU-Landesvorstandes – Wilfried Hasselmann und der drei Stellvertreter Ursula Benedix-Engler, Hermann Schnipkoweit, Rudolf Seiters – wurde ebenso reibungslos abgewickelt wie die Abstimmungsprozedur über das Wahlprogramm.

Inhaltliche „Überraschungen" waren nicht zu erwarten, wo es ausschließlich um Erfolgsbeschreibung und -fortschreibung der „Albrecht-Politik" geht. Ein Umweltministerium, von der Jungen Union wenigstens „zur Prüfung" empfohlen, wurde auf Albrechts persönlichen Debatteneingriff hin abgelehnt, da die Kompetenzverteilung auf mehrere Ressorts sich letztlich bewährt habe. Eine nächste CDU-Regierung wird eine Landesbeauftragte für Frauenfragen berufen und Gleiches den Kreisen und Gemeinden empfehlen.

An Lebhaftigkeit und Eindringlichkeit gewann die Programmdebatte bei der Agrarpolitik – die bäuerlichen Stimmen sind die Hauptsorge der Niedersachsen-CDU vor dem 15. Juni. In seiner Abschlußrede gab Albrecht den dieser Tage gefaßten Entschlüssen der von ihm geleiteten CDU-Agrarkommission (WELT vom 21. 2.) breiten Raum. Der als Parteitagsgast in vorderster Reihe plazierte niedersächsische Landvolkpräsident erfreute sich wiederholter Höflichkeiten und kaum verhohlener Appelle vom Rednerpult her.

Hasselmann warnt

Es war ein Parteitag einträchtiger Selbstgewißheit. Daß die offenkundige Gemütsruhe der Niedersachsen-CDU gewisse psychologische Selbstgefährdungen erzeugen könnte, ist Parteichef Hasselmann erkennbar nicht entgangen. In seinem Schlußwort mahnte er: „Erst säen, dann ernten – erst wenn ausgezählt ist, haben wir gewonnen!" Und zuletzt noch ein „Stoßgebet" gen Bonn: „Hoffentlich bleiben wir vor Irritationen von außerhalb bewahrt!"

CSU contra Zauberling Hiersemann

PETER SCHMALZ, München

In einer bislang ungewohnten Heftigkeit debattierten die beiden bayerischen Landtagsparteien CSU und SPD über die Rolle der bayerischen Sozialdemokraten bei den zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen um den Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage. Die CSU sieht den Zeitpunkt gekommen, den SPD-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, Karl-Heinz Hiersemann, zu verbindlichen Erklärungen zu drängen, „wie er zu den Geistern steht, die er und seine Freunde gerufen haben, und ob und wie er diese wieder losbekommt".

Streit um Zitate

Auslöser der bisher schärfsten Landtagskontroverse dieser Legislaturperiode war die Bemerkung von Justizminister August Lang (CSU) während einer Plenardebatte um die Wiederaufarbeitungsanlage, die SPD und ihr Spitzenkandidat würden sich mit Leuten verbünden, die Sätze wie den folgenden schreiben: „Die Notwendigkeit, daß dieser Staat zerschlagen werden muß, wird immer offensichtlicher, eben nicht nur wegen Wahnsinnsobjekten wie die WAA, sondern wegen dem ganzen Schweinesystem."

Das Zitat stammt aus einer beschlagnahmten Zeitschrift namens „Freiraum", in der auch für anarchistische und terroristische Vereinigungen geworben wird. Die SPD fühlt sich dadurch „in übelster Weise beleidigt und diffamiert" und bezeichnet den Minister als „absolut untragbar". Sie werde, so kündigte Fraktionschef Helmut Rothemund an, keiner Landtagssitzung mehr beiwohnen, in der Minister Lang das Wort ergreift.

Lang seinerseits sieht keinen Grund für eine Entschuldigung und erklärte, „daß sich die SPD nicht länger durch Wort und Tat von solchen Kräften deutlich distanziert".

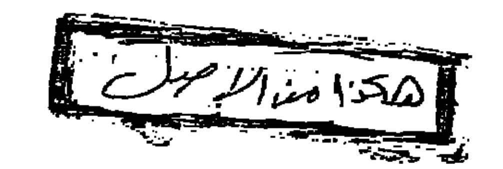
An der SPD-Erklärung ist auffällig, daß sie eine Empörung über die Äußerungen des CSU-Ministers vermittelt, die von der CSU geforderte Distanzierung aber nicht beinhaltet. CSU-Fraktionschef Gerold Tandler will nunmehr Hiersemann zwingen, „Farbe zu bekennen".

In einer mehrere Seiten umfassenden Presseerklärung bittet Tandler den SPD-Politiker um Stellungnahme zu verschiedenen Äußerungen aus den Reihen der SPD. Unter anderem will Tandler wissen, wie es Hiersemann mit dem vier Monate alten Präsidiumsbeschluß der bayerischen SPD halte, in dem es heißt: „Die bayerischen Sozialdemokraten werden diese Transformation des Freistaates Bayern zur atomaren Halbdemokratur nicht unwidersprochen und widerstandslos hinnehmen." Wann, so fragt der CSU-Fraktionsvorsitzende, habe sich Hiersemann beim Innenminister für seine Feststellung entschuldigt, daß dieser „ Recht und Gesetz nach Belieben verbiege"? Auch soll sich Hiersemann erklären zu Äußerungen des bayerischen SPD-Vorsitzenden Rudolf Schöfberger, der den Widerstand gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz mit dem Widerstand der SPD gegen die WAA vergleicht.

Hoffen auf grüne Stimmen

Die Sozialdemokraten, die in der WAA eines ihrer wichtigsten Wahlkampfthemen sehen und im Widerstand gegen die Anlage hoffen, grüne Stimmen zu sich herüberziehen zu können, zeigen sich bisher zu klaren Distanzierungen von Gruppen wie DKP, Anarchistische Arbeiterunion sowie autonomer und alternativer Gruppen auch aus dem terroristischen Umfeld nicht gewillt und übergehen alle Hinweise der CSU, wonach es sich bei dem Bau der WAA um den Vollzug einer unter dem SPD-Kanzler Schmidt gemeinsam beschlossenen Energiepolitik handelt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Nakasone will Amtszeit des Premiers verlängern

Parlamentswahl soll günstige Ausgangsposition schaffen

FRED de LA TROBE, Tokio

Gut acht Monate vor Ablauf seiner Amtszeit hat der japanische Ministerpräsident Nakasone jetzt zu verstehen gegeben, daß er sich für eine um zwei Jahre verlängerte Regierung einsetzen will. Er hofft, die Statuten der Liberaldemokratischen Partei (LDP) ändern zu können, denen zufolge der Premier nur vier Jahre am Ruder bleiben darf.

Dieses Ziel möchte er mit einem taktischen Manöver erreichen: Nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio Anfang Mai will er das Unterhaus des japanischen Parlaments auflösen und für Ende Juni Doppelwahlen für beide Kammern des Parlaments ansetzen – das Votum für das Oberhaus ist termingemäß ohnehin zu diesem Zeitpunkt fällig.

Von einem doppelten Urnengang am gleichen Tage verspricht sich Nakasone einen eindrucksvollen Sieg für die LDP, da dann erfahrungsgemäß die Wahlbeteiligung hoch ist und damit die Konservativen wesentlich besser abschneiden würden. Bei den Wahlen im Jahre 1983 nur für das Unterhaus, bei dem die Beteiligung vergleichsweise niedrig war, konnte die LDP ihre Mehrheit nur knapp behaupten.

Bei einem diesmal guten Ergebnis für die Liberaldemokraten, so rechnet der Ministerpräsident, würde im Volk eine starke Strömung gegen einen Wechsel an der Spitze entstehen und ihm dazu verhelfen, eine verlängerte Regierungszeit ohne allzu großen Widerstand durchzusetzen. Die Popularitätskurve Nakasones liegt ohnehin bei allen öffentlichen Umfragen hoch. Mit einem Erfolg des Weltwirtschaftsgipfels könnte er außerdem hoffen, seiner Laufbahn ein Glanzlicht aufzusetzen, das bis zu den Wahlen nicht verlöschen würde.

Die Parteistatuten können nur mit einer Zweidrittelmehrheit aller LDP-Abgeordneten geändert werden. Ein solches Übergewicht im eigenen Lager fehlt Nakasone aber bei weitem, da die Führer dreier starker Flügel – Außenminister Abe, Finanzminister Takeshita und der Leiter des LDP-Exekutivausschusses Miyazawa – selber Bewerber für das höchste Amt sind und sich gegen eine verlängerte Amtszeit für den Premier ausgesprochen haben.

Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Japans muß vor Neuwahlen erst eine gerechte Neuverteilung von Abgeordnetenmandaten im Unterhaus verwirklicht werden. Nakasone hatte schon im vergangenen Jahr eine entsprechende Vorlage im Parlament eingebracht, konnte sie aber nicht durchboxen, da sowohl die Opposition als auch Teile der LDP dagegen waren. Der Premier will die Vorlage, etwas geändert, erneut einbringen. Die Aussichten auf ihre Verabschiedung sind aber nach wie vor gering, da sie die kleineren Parteien benachteiligen würde. Nakasone deutete jedoch an, daß er die Wahlen dennoch ausschreiben und damit das Risiko eines gerichtlichen Einspruchs in Kauf nehmen will.

Premier Yasuhiro Nakasone FOTO: KNIPPERTZ

Die drei aussichtsreichsten Nachfolgekandidaten Abe, Takeshita und Miyazawa, die auch als „neue Führer" gelten, wollen bis zum Weltwirtschaftsgipfel den Burgfrieden in der LDP wahren. Inzwischen arbeiten sie aber schon fleißig an ihren Startlöchern für die „Thronfolge" und bemühen sich, ihren Basis-Anhang in der japanischen Provinz zu stärken.

Außenminister Abe gilt gegenwärtig als der populärste Anwärter unter den dreien. Finanzminister Takeshita verfügt dagegen über den größten Fonds an Spendengeldern, und Exekutivausschuß-Leiter Miyazawa ist als der Mann mit den besten Alternativprogrammen zur Regierungslinie bekannt.

Übereinstimmung herrscht, daß nach dem Weltwirtschaftsgipfel im Lager der LDP ein Machtkampf mit harten Bandagen zu erwarten ist. (SAD)

Bonn sucht stärkere Asien-Präsenz

Märkte der Asean- und Pazifikländer sollen besser genutzt werden / Tagung in Bangkok

PETER ISELI, Bangkok

Seit Beginn der siebziger Jahre setzte sich in den europäischen Industrieländern – und auch in der Bundesrepublik – nach und nach die Erkenntnis durch, daß Ostasien, vor allem aber auch die Asean-Länder (Malaysia, Philippinen, Indonesien, Singapur, Thailand, Brunei) aufstrebende Märkte für eine von minimalen Wachstumsraten geplagte Wirtschaft bilden können. Die auch in Zeiten allgemeiner Wirtschaftskrisen hohen Wachstumsraten in zahlreichen Ländern dieser Regionen und in jüngster Zeit auch die Öffnung Chinas ließen aufhorchen.

Die Bundesregierung in Bonn und die deutsche Wirtschaft erkannten in den letzten zwei bis drei Jahren, daß vor allem in den Aesan-Ländern die gegebenen Möglichkeiten längst nicht ausgeschöpft worden sind.

Ein Jahr Vorbereitung

Vor einem Jahr wurde das Auswärtige Amt initiativ. Nach einjähriger Vorbereitung beginnt heute in Bangkok ein dreitägiges Regionaltreffen der Wirtschafts-, Entwicklungshilfe- und Wissenschaftsreferenten aus den Botschaften im ost- und südostasiatischen sowie pazifischen Raum mit Vertretern der zuständigen Bundesministerien und der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft.

Vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) über den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bis zur Kreditanstalt für Wiederaufbau (IKFW) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sind alle deutschen Institutionen für Außenhandel vertreten.

Nach einer Bestandsaufnahme der außenwirtschaftlichen Beziehungen sollen praxisorientierte Schlußfolgerungen zur Verbesserung, Abstimmung und Bündelung der deutschen Präsenz in Südostasien und im pazifischen Raum gezogen werden.

Im Vordergrund stehen dabei ein besseres personelles und organisatorisches Instrumentarium sowie die Koordinierung von Maßnahmen unter Berücksichtigung der Entwicklungspolitik. Durch eine engere Zusammenarbeit staatlicher und privater Stellen und einen verstärkten Informationsaustausch soll der deutschen Wirtschaft und vor allem auch den Mittelstandsunternehmen die Möglichkeit gegeben werden, sich in der starken Wettbewerbssituation in diesem Raum zu behaupten.

Staatliche deutsche Stellen wiesen schon vor Jahren auf die Bedeutung einer wirtschaftlichen Entwicklung im Fernen Osten hin, die sich immer stärker positiv vom Gang der Dinge in anderen Regionen abzuheben begann.

Auch die deutsche Wirtschaft „entdeckte" Chancen. Eine Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) unter dem damaligen Vorsitzenden Rodenstock kam 1983 zu positiven Schlußfolgerungen über die Aussichten für den deutschen Handel und deutscher Investitionen. Dabei wurde auch hervorgehoben, daß viele Länder westliche Vorstellungen von einem freiheitlichen, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystem teilen.

Japanische Erfolge

Trotz stetig steigender Zahlen im Handelsaustausch zwischen der Bundesrepublik und den Ländern Ost- und Südostasiens mußte man aber feststellen, daß sich die Beziehungen vor allem Japans und der USA mit dieser Region um einiges dynamischer entwickelten. Die geographische Lage mag einer der Gründe sein.

Vor allem aber im Falle Japans war eine frühzeitige Konzentration staatlicher Entwicklungshilfe für die jetzige dominierende Rolle ausschlaggebend. Thailand zum Beispiel ist heute der größte Empfänger staatlicher japanischer Entwicklungshilfe, was sich in zahlreichen Industrieprojekten äußert, die zum größten Teil mit Mischfinanzierungen zustande kamen. Gerade in Finanzierungsfragen haben die Japaner dank des starken staatlichen Engagements wesentliche Vorteile gegenüber den Europäern.

Kirche auf Haiti mahnt das Volk zur Geduld

Hohe Erwartungen in die Junta nach Duvaliers Sturz

W. THOMAS, Port-au-Prince

Felix Morisseau-Leroy, Schriftsteller und Dichter, ist jetzt, nach 27 Exiljahren in Afrika und den USA, in seine Heimat Haiti zurückgekehrt. „Ich bin hoffnungsvoll", sagt er. Dagegen meint ein Unternehmer, daß er bald die Arbeitsmöglichkeiten in Florida erkunden werde, „sicherheitshalber". Denn man wisse nicht, „was die Zukunft bringt".

Knapp drei Wochen nach dem Ende der Duvalier-Dynastie schwebt Haiti zwischen Hoffnung und Ungewißheit. Die einen setzen Vertrauen in die Zukunft. Die anderen äußern Mißtrauen. Ein diplomatischer Beobachter präzisiert: „Die Machtverhältnisse haben sich geändert, die Probleme dagegen nicht."

Auf dem „Nationalen Regierungsrat", einem Gremium von vier Militärs und zwei Zivilisten, der seit der Flucht des Diktators Jean-Claude Duvalier am 7. Februar die Macht ausübt, lastet ein gewaltiger Erwartungsdruck. „Die meisten Leute erwarten, daß nun alles besser wird", erläuterte der Prieser Marcel Bussels aus Cap Haitien. „Aber sie kann die Verhältnisse nicht über Nacht verbessern."

Juntachef Henri Namphy FOTO: DPA

Claude Levy, der geschäftsführende Direktor des haitianischen Industrieverbandes, teilt diese Lageeinschätzung. Er erinnert an die „wirtschaftlichen Realitäten". Das ärmste Land des amerikanischen Kontinentes sei pleite. „Aber erklärt das einmal den Leuten von Gonaives, die vier Jahre gegen Duvalier gekämpft haben. Erklärt ihnen, daß sie vier weitere Jahre warten müssen, bis sich vielleicht ihre Lage verbessert." Die Stadt Gonaives war die Geburtsstätte der landesweiten Rebellion gegen die Duvalier-Herrschaft.

Das Regime des General Henri Namphy regiert auffällig unauffällig. Namphy hielt bisher lediglich eine Rede zur Amtseinführung und gab anschließend eine Pressekonferenz. Sonst machen sich die neuen Männer nur durch die von den Medien verbreiteten Dekrete (am Wochenende wurden Plünderer vor dem Schußwaffengebrauch der Sicherheitskräfte gewarnt), symbolische Akte wie die Umbenennung öffentlicher Stätten und Einrichtungen mit dem Namen Duvalier. Ab morgen soll Haiti zu den alten Nationalfarben rot und blau zurückkehren.

Die Presse behandelt offen die düstere Vergangenheit. Sie nennt Jean-Claude Duvalier „Baby Doc", eine bisher verbotene Bezeichnung. Sie veröffentlicht gehässige Karikaturen des gestürzten Präsidenten und seiner Frau Michele. Sie übt scharfe Kritik an dem alten System und verteilt gelegentlich Seitenhiebe gegen das Neue. „Le Nouvelliste" druckte einen Kommentar der sowjetischen Parteizeitung „Prawda", in dem es heißt: „Die meisten Junta-Mitglieder leiden unter dem Ruf, ehemalige Duvalier-Diener gewesen zu sein." Oppositionspolitiker wie der Christdemokrat Sylvio Claude fordern eine „Säuberung" des Regierungsapparates von „Duvalieristen".

Die katholische Kirche ist neben der Armee die einflußreichste Institution Haitis geblieben. Der kirchliche Rundfunksender Radio Soleil leistet eine Aufklärungsarbeit, die viele Beobachter bei der Regierung vermissen. So mahnt der Sender zur Geduld. Demokratie sei ein langer Lern- und Erfahrungsprozeß. Bischof François Gayot warnte vor „kommunistischen" Einflüssen.

Die Kirche, die treibende Kraft hinter der Entmachtung Duvaliers, stört das Vokabular einiger Oppositionskräfte. Anonyme Flugblätter empfahlen eine „taktische Kooperation" der „Bourgeoisie" zum Aufbau einer „neuen Gesellschaft". Dann wurde die Einrichtung von Nachbarschaftskomitees zur Denunzierung ehemaliger Duvalier-Anhänger und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen „zu allen Ländern" vorgeschlagen.

Der Kampf um Fao verhärtet sich

DETLEV AHLERS, Basra

Die iranischen Truppen auf irakischem Gebiet westlich des Schatt el-Arab werden täglich mit Mannschaften und Gerät verstärkt. Das sagte der irakische Generalmajor Abdul Raschid auf einer Pressekonferenz. Seit Samstag machten seine Soldaten „erhebliche Fortschritte" bei ihrer Gegenoffensive auf die von Iranern besetzte irakische Hafenstadt Fao. In Berichten aus Teheran heißt es dagegen, die iranischen Streitkräfte hätten die Gegenangriffe auf Fao abgewehrt.

Raschid warf den Iranern vor, „Senfgas und ähnliches Gas" mit Artillerie und Mörsern eingesetzt zu haben. Irak verwende kein Gas.

In der Nacht zum Sonntag war westsüdwestlich von Basra das Sperrfeuer iranischer Leuchtspurfliegerabwehr zu erkennen. Außerdem konnte man einige starke Erschütterungen und verstärktes Artilleriefeuer wahrnehmen. Basra, die zweitgrößte irakische Stadt, liegt 100 Kilometer nordwestlich von Fao.

Die Iraker kämpfen entlang dem Schatt. Dort sind die gut ausgebauten Stellungen der Iraker in iranischer Hand. Raschid sagte, seine Soldaten stünden „wenige Kilometer nördlich von Fao". In der Umgebung von Fao werden 30 000 Iraner vermutet. Nach Raschids Einschätzung muß man sogar von einer höheren Zahl ausgehen.

Raschid sagte, daß Soldaten seines III. Korps und anderer Korps an die Südfront abgezogen worden seien. Gleichwohl meinte er, daß er mit einem iranischen Angriff anderswo rechne. Seit dem Beginn der Offensive vor etwa zwei Wochen hätten die Iraner 40 000 Mann verloren, mindestens dreimal so viele seien verwundet. Die Invasionstruppen bestünden hauptsächlich aus Revolutionsgarden. Angaben über eigene Verluste machte er nicht.

Gefangene hätten berichtet, daß zivile Hilfskräfte bei den iranischen Truppen seien, um Handlangerdienste zu leisten und Verwundete zu transportieren. Er ließ sechs Gefangene vorführen.

„In wenigen Tagen", so sagte der General, werde die irakische Flagge wieder über Fao wehen. Das Wetter habe die Invasion begünstigt. Doch nach dem Regen ist seit Tagen wieder schönes Wetter. Dennoch war in der vergangenen Woche keine einzige Maschine der irakischen Luftwaffe wahrnehmbar, obwohl das Militärkommuniqué Hunderte von Angriffen auf die Invasoren und ihre Nachschublinien meldet.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Neuer Wind in die Segel!

„Bonn gibt mehr Geld für Werften": WELT vom 15. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die berechtigte Forderung von Bundesfinanzminister Stoltenberg an die Tarifpartner nach einem lohnpolitischen Konzept zur Rettung der Schiffbauindustrie dürfte bei allen in dieser Branche Tätigen volle Zustimmung finden. Gelangen die Verantwortlichen in nächster Zeit nicht zu einer vernünftigen Lösung, dann sind die deutschen Werften, einschließlich ihrer Zulieferer, in ihrer Lebensfähigkeit bedroht, und damit der gesamte Lebens- und Wirtschaftsraum Küste.

Die Beschäftigten der Werften nicht nur in Ostfriesland, sondern im gesamten Norddeutschland und sicherlich auch auf den Binnenwerften hoffen, daß schon bald Vernunft über Ideologien siegen möge.

Mit freundlichem Gruß
Heinrich Strack,
Holtland

Schon zu viele

„Politik gegen die Familie ist Politik des Untergangs"; Geistige WELT vom 15. Februar

Ich halte einen Rückgang der Geburtenraten nicht für eine nationale Katastrophe, sondern für einen lebensrettenden Faktor. Da die Bundesrepublik nach Holland und Belgien die höchste Siedlungsdichte Europas aufweist, ist es wohl übertrieben, die Vision eines sterbenden Volkes heraufzubeschwören. Für die geringe Fläche der Bundesrepublik sind wir viel zu viele Menschen.

Christoph Häusler,
Fuldatal 2

Recht auf Frieden

Sehr geehrter Herr Conrad,

zu Ihrem Artikel vom 30. 1. 1986 erlaube ich mir einige Bemerkungen zu machen:

Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser hängt nicht vom Wohlwollen irgendeines Staates oder eines Menschen in dieser Welt ab. Es ist ein Naturrecht, das in keiner Weise tendenziösen oder eigenmächtigen Interpretationen unterliegen darf.

Dieses Recht kann nicht aufgegeben werden, denn es bildet eins der Hauptprinzipien des Völkerrechts und der UNO-Charta. Wenn Sie, als Israels Freund, den Menschen in Israel wirklich helfen wollen, dann müssen Sie hier und jetzt zur Herbeiführung einer Lösung beitragen, die den nationalen Rechten der Palästinenser gerecht wird. Andernfalls müssen wir alle auf den von Ihnen angestrebten „Frieden" sehr lange warten.

Mit freundlichem Gruß
Hassan Hamdan,
Bonn

Goldener Westen

Die Hoffnung der Bundesregierung, daß die DDR nur mehr solche Asylbewerber über ihr Territorium in die Bundesrepublik einreisen läßt, die ein gültiges Einreisevisum besitzten, dürfte weitgehend dadurch zunichte werden, daß West-Berlin von dieser Regelung ausgeschlossen bleibt.

Es muß endlich einmal offen ausgesprochen werden, daß das im Grundgesetz von 1949 festgeschriebene Recht auf Asyl für politisch Verfolgte – das zum größten Teil von Wirtschaftsflüchtlingen in Anspruch genommen wird – nicht mehr länger in seiner bis heute praktizierten Form aufrechterhalten werden kann.

Das großzügige Asylrecht der Bundesrepublik, das liberalste der Welt, muß in entscheidendem Maße auf die wirklich politisch Verfolgten aus dem europäischen Kontinent beschränkt werden. Auch dürfen Deutschland und Europa nicht zum Auffangbekken für die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt werden.

Ruth Freihoffer,
Passau

Respektlos

Die Ausführungen über die Regisseure Zadek und Peymann von Lothar Schmidt-Mühlisch und Carl Gustaf Ströhm finde ich als alter Bochumer Theaterbeflissener sehr interessant.

Man fragt sich allen Ernstes, wie es möglich ist, daß solche Regisseure einen völlig diametralen Standpunkt zur herkömmlich verstandenen Aufgabe des Theaters vertreten können. Man fragt sich, was hier größer ist, die Respektlosigkeit gegenüber dem steuerzahlenden Theaterpublikum oder gegenüber den Bühnenautoren?

Heute ist der Mißklang zwischen Erwartung und Erleben beim Theater schon zu groß geworden. Der Bürger distanziert sich von den Machenschaften der „modernen" Regisseure.

Mit landschaftsgebundenem
Glückauf,
Walter Rüping,
Bochum 1

Brutal erstickt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Marcos hat offensichtlich im Wahlkampf betrogen, aber Entwicklungen auf den Philippinen oder auch zuvor auf Haiti zeigen doch, daß es in diesen Ländern wesentlich freiheitlicher zugeht als in der Sowjetunion oder in den Ostblockländern. Es sollte mit allem Nachdruck – auch in Ihrer Zeitung – darauf hingewiesen werden, daß ähnliche Volksempörung in der DDR oder im restlichen Ostblock nie aufkommen könnte; daß solche – letztes Beispiel von vielen die Solidaritätsbewegung in Polen – im Keim brutal erstickt wird.

Hochachtungsvoll
Dr. Michael Motzki,
Kassel

Widerwillig

„Schulmeisterliche Belehrung": WELT vom 19. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Warnung von Bundessenator Rupert Scholz vor offiziellen Kontakten zwischen dem Deutschen Bundestag und der „DDR"-Volkskammer ist rechtens. Wenn nun führende FDP-Politiker dies als „Anmaßung" und „schulmeisterliche Belehrung" bezeichnen, dann müssen sich die Liberalen fragen lassen, ob sie nicht vielleicht zuerst einmal Unterricht über „Entstehung und Wahl der Volkskammervertreter" nötig haben? Die Herren von der FDP scheinen nicht genügend orientiert zu sein. In der „DDR" werden nämlich die Volkskammervertreter nicht „freiwillig", sondern „widerwillig" vom Volke gewählt, und die „Ewigkeitsdauer" dieser gewählten Funktionäre ist allzeit bekannt.

Mit freundlichen Grüßen
Annarose Nicksch,
Hannover 51

Neurotisch

„CDU plant eine Offensive in der Familienpolitik"; WELT vom 8. Februar

Sehr geehrte Redaktion,

erst jetzt seitens Hamburgs CDU den „Erosionsprozeß in der Familie" zu beklagen ist reichlich spät: Alle Spatzen pfeifen es von den Dächern! 25 bis 30 Millionen wünscht sie also vom Hamburger Steuer- und Gebührenzahler, um damit junge Hamburgerinnen zur Mutterschaft zu bewegen.

Diese Mutterschaft ist im allgemeinen eben nicht teilbar mit einem bezahlten „Arbeitsplatz", was die Jungen schon früh als Schlüsselkinder erfahren mußten. Folglich erntet unser Volk, was eine materialistisch geprägte Industrienation anzubieten hat: rasante Autos, vermarkteten Urlaub, überladene Wohnungen, anonyme Versicherungen gegen Schicksals(rück)schläge, niedrige Renten, hohen Blutdruck und Neurosen!

Mit freundlichen Grüßen
Leonhard Hoffmann,
Hamburg 73

Debakel

Sehr geehrte Redaktion,

nachdem Herr Nitschke die familien- und gesellschaftspolitisch katastrophalen Vorstellungen des derzeitigen Familienministers dargelegt hat, möchte ich mich ganz herzlich bedanken für den Leitartikel „Durchaus ein Abweg" von Herrn von Loewenstern.

Wahrhaftig, man fragt sich immer mehr, warum eigentlich CDU wählen? Diese Meinung verfestigt sich zunehmend in der CDU-Stammwählerschaft und klingt nicht nur an in Professor Günter Rohrmoser, „Das Debakel".

Mit freundlichen Grüßen
Johanne Margarete Marliani,
Velbert 1

Fesselnd

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Januar habe ich 18 Bände „Durant: Kulturgeschichte der Menschheit" gekauft, und ich muß sagen, ich habe es nicht bereut. Die Werke des alten Mr. J. Durant aus Amerika sind aktualisiert worden; sie behandeln allerdings nur die Zeit bis 1815. Dr. Julius Blei hat hervorragend übersetzt. Der Stil ist von der Art Adalbert Stifters, ungemein menschlich und fesselnd. Die sozialkritische Komponente ist durchgehend. Damit wird ein Anspruch der heutigen Zeit erfüllt. Man wird wie an der Hand eines guten Freundes in Zeit und und Völker hineingeführt und kann sich vor die Frage gestellt sehen, ob wir die Aufklärung mit Kultur, d. h. mit dem Vermögen zu Glauben und naiver Freude, nicht zu teuer bezahlt haben.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Joachim Frick,
Hornberg

Wort des Tages

„Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft."

Marie von Ebner-Eschenbach, deutsche Autorin (1830–1916)

Affront

„Bayern droht München mit Millionenklage"; WELT vom 4. Februar

Aus dem geplanten Neubau der Bayerischen Staatskanzlei am Münchner Armeemuseum wurde ein Streit zwischen den Sozis und der Bayerischen Staatsregierung. Wann hört Kronawitter endlich damit auf, von einer Bebauung des Hofgartens zu reden? Das ist eine absurde Entstellung.

Ganz und gar blamiert hat sich ein wohl ortsunkundiger Sozi-Stadtrat, als er feststellte, bei dem Staatskanzlei-Projekt handele es sich um die Dimensionen eines kleinen Stadtviertels. Hinter all dieser ins Feld geführten Argumentation steckt aber noch viel Schlimmeres: Was hat einem Oberbürgermeister eigentlich sein einstiger Vorgänger im Amt, Hans-Jochen Vogel, ins Nest gelegt? Die Rede ist vom Bunkerbau des Kaufhofs, ähnlich einer Festung, fast fensterlos, ein kaltschnäuziger Affront zum Münchner Marienplatz!

H. H. Becker,
München

Quälend

„Sacharow", WELT vom 10. Februar

„Solange solche Herren im Westen Preise statt Verachtung erhalten, kann ein Sacharow weiter gequält werden." Solange aber die Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften, das Königliche Karolinische Medico-Chirurgische Institut und die Akademie der Schönen Künste in Stockholm sowie das norwegische „Storting" bestimmen, wer Nobelpreisträger wird, so lange hat Gorbatschow nicht den geringsten Grund, Sacharow freizugeben!

Mit freundlichen Grüßen,
Hans Schwaabe

Offene Wünsche

„Der Arbeitnehmerflügel der Union legt seine Reform-Wunschliste vor": WELT vom 21. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit sehr großer Aufmerksamkeit las ich die Wunschliste des Arbeitnehmerflügels der Union: Forderungen über weitere Steuervergünstigungen, Erhöhung des Kinderfreibetrages, Erhöhung des Grundfreibetrages etc.

Ich sehe kein Wort in dieser Wunschliste über ausländische Kollegen, noch nicht einmal in einem Nebensatz. Wenn der Arbeitnehmerflügel der Union tatsächlich „christlich" und „demokratisch" denkt, so glaube ich, daß er seine Wunschliste nochmals gründlich bearbeiten muß.

Mit freundlichen Grüßen
Aydin Akin,
Berlin 21

Personalien

VERANSTALTUNG

Es fiel ihm schwer, zwischen „gefrostetem Grünkohl und Spaghetti" die Verbindung zu finden. Nach dem „Missing link" suchte mit Witz der neue Bonner Grünkohlkönig des „Wirtschaftspolitischen Clubs", der italienische Botschafter Professor Dr. **Luigi Vittorio Ferraris**. Mit Eloquenz schließlich gelang dem in der Bundesrepublik inzwischen sehr bekannten Diplomaten das Kunststück, diese ungewöhnliche Verbindung zu schmieden. Ferraris wurde im Club, der von Präsident **Reinhard Hanschild** angeführt wird, der 22. Grünkohlkönig. Der Club in Bonn ist bis heute ein reines Männergremium geblieben. Der Italiener war es, der endlich mal bemängelte: „Die Damen fehlen". Botschafter Ferraris: „Nur über Männer zu herrschen, ist nicht sonderlich reizvoll und keine große Herausforderung für einen Diplomaten." Mit der notwendigen Portion Ironie, die zu solchen Würden gehört, machte sich Ferraris an die Übersetzung des deutschen Wortes „Kohl" ins Italienische. Dabei bemerkte Exzellenz leicht berührt, daß die Übersetzung „cavolo" im Italienischen auch die Bedeutung „Dummkopf" hat. Um so erfreuter zeigte sich Grünkohlkönig Ferraris, daß sein italienischer „Broccoli" inzwischen auch Einzug in die deutschen Küchen und damit auch in den deutschen Sprachgebrauch gefunden hat. Der Wirtschaftspolitische Club hatte seiner Zeit den heute 84jährigen Professor **Alfred Buch** zu seinem ersten Grünkohlkönig gewählt. Die Liste der Nachfolger ist prominent genug. Zu ihnen gehören der ehemalige Botschafter **Sigismund von Braun**, Bauernpräsident **Heereman**, der baden-württembergische Ministerpräsident **Lothar Späth** und als Vorgänger von Ferraris IATA-Generaldirektor Professor Dr. **Günther Eser**.

JUBILÄUM

Prälat **Adalbert Sendker**, von 1960 bis 1981 Generalvikar des Bistums Hildesheim, feierte gestern sein Goldenes Priesterjubiläum. Die Gläubigen begannen dieses seltene Jubiläum mit einem Festgottesdienst im Hildesheimer Dom, bei dem der frühere Oberhirte der Diözese Hildesheim, Bischof Heinrich Maria Janssen, die Predigt hielt. Adalbert Sendker war von 1943 bis 1960 Diözesan-Caritas-Direktor. Maßgeblich war er am Zustandekommen des Niedersachsen-Konkordats und der Hildesheimer Diözesan-Synode beteiligt. Große Verdienste erwarb er sich auch um das katholische Schulwesen, um die Schaffung eines Beamtengesetzes für den kirchlichen Dienst sowie um die kirchliche Gebiets- und Verwaltungsreform. Sendker stammt aus Hamburg. 1956 hatte ihn Papst **Pius XII.** zum Päpstlichen Geheimkämmerer ernannt. Papst **Johannes XXIII.** ernannte ihn zum Päpstlichen Hausprälaten. Papst **Paul VI.** schließlich übertrug ihm das Amt des Apostolischen Protonotars.

EHRUNGEN

Der amerikanische Mediziner Dr. **Abner Louis Notkins** aus Bethesda, erhält in diesem Jahr den Paul Ehrlich und Ludwig Darmstädter-Preis. Die Auszeichnung ist mit 90 000 DM dotiert. Mit diesem Preis gewürdigt werden seine hervorragenden Forschungen auf dem Gebiet der Autoimmunität. Der Preis gehört zu den höchstdotierten Auszeichnungen in der medizinischen Forschung. Er wird jährlich von einem Stiftungsrat vergeben und am Geburtstag von **Paul Ehrlich**, dem Entdecker des Syphilis-Heilmittels „Salvarsan", verliehen.

*

Professor Dr. **Wolfgang Blankenburg**, der Leiter der Psychiatrischen Universitätsklinik in Marburg, erhielt den Preis der schweizerischen „Dr.-Margrit-Egner-Stiftung". Der Preis ist mit 15 000 Mark dotiert. Ausgezeichnet werden die Verdienste Blankenburgs auf dem Gebiet der anthropologischen Psychologie und Philosophie.

*

Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wird heute das tausendste Diplomzeugnis der Studienrichtung Elektrotechnik vergeben. Das ist Anlaß genug für eine akademishe Feierstunde. Das Diplom erhält **Peter Trawinski** aus den Händen des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses der Technischen Fakultät, Professor Dr. **H. J. Schneider**. Vor rund 20 Jahren richtete die Universität den Studiengang Elektrotechnik ein. Heute gibt es rund 1500 Studenten in dieser Fachrichtung. Auch für diees Fach gilt der Numerus clausus. Die Lehrstühle in Erlangen für den Studiengang Elektrotechnik werden jedoch weiter ausgebaut, da es sich hier um ein „sehr aussichtsreiches Studium" für Abiturienten mit mathematisch-naturwissenschaftlichen Neigungen handelt.

Sinnvoller Service: Das „Video-Programm-System"

Bis zum letzten Akkord

Seit der Funkaustellung des vergangenen Jahres gibt es vier Lager von Videoten: Solche, die sich einzig und allein ausgeliehene Filmschätzchen in ihrem Heimkino ansehen, solche, die „normal" vorprogrammieren um sich – beim Abspielen – über fehlende Schlußakkorde zu ärgern, und last but not least solche, die mit VPS zurechtkommen und jene, die daran scheitern.

Mit VPS, dem „Video-Programm-System", wird – so die Werbung – der Besitzer eines VPS-Videorecorders unabhängig von Programmverschiebungen. Diese vollmundige Behauptung stimmt nur zum Teil: Vorprogrammierte Aufnahmen werden durch VPS nicht mehr von der im Recorder eingebauten Uhr zeitgesteuert, sondern durch ein Signal vom Sender programmgesteuert aufgezeichnet, vorausgesetzt allerdings, der Programmierer weiß, wie man's macht.

Festzuhalten bleibt, daß VPS das Aufzeichnen sicherer und das Programmieren einfacher gestaltet, weil der Recorder-Benutzer sich nicht mehr um Reserve-Minuten vor oder nach der Sendung zu kümmern braucht, um eventuelle Programmverschiebungen auszugleichen.

Künftig unabhängig von Programmverschiebungen

Aber nur bei richtiger Eingabe der VPS-Daten (und nur dann) hat er die Sicherheit, daß er seine Aufnahme auch bei Programmverschiebungen oder -unterbrechungen von Anfang bis Ende auf der Cassette vorfindet. Wichtig bei VPS ist, daß die angegebene Anfangszeit bzw. „VPS-Zeit" exakt, so wie in den Programmzeitschriften angegeben, einprogrammiert wird. Individuelle Zuschläge oder Reserven machen das ganze Spiel zunichte. Denn in diesem Fall erfolgt keine Aufnahme, weil der Recorder auf ein falsches VPS-Telegamm vom Sender wartet.

Die in den Programmübersichten genannte Anfangszeit ist, wenn nicht in Klammern anders angegeben, grundsätzlich auch „VPS-Zeit". Bei nachträglichen Änderungen des Programmschemas muß eine einfache Spielregel beachtet werden: Auch bei Verschiebung einer Sendung bleibt ihre zuerst angegebene Anfangszeit als „VPS-Zeit" erhalten. Das ist deshalb erforderlich, damit diese Sendung auch bei denjenigen Benutzern aufgezeichnet wird, die von der Änderung nichts wissen bzw. ihren Recorder schon vor der Änderung programmiert haben.

In den Programm-Tafeln der Fernseh-Anstalten muß dann zusätzlich zu der neuen Anfangszeit gesondert die sogenannte „VPS-Zeit" angegeben werden. Beispiel: Aus aktuellem Anlaß wird die Sendung „Report" von 21.00 Uhr auf 21.30 Uhr verschoben. Dann muß es in der aktuellen Programmvorschau wie folgt heißen: 21.30 (VPS 21.00) Report.

Die Filmaufzeichnung ist in jedem Fall gesichert

Anfangszeit der Sendung und „VPS-Zeit" weichen also nur bei Programm-Änderungen oder -Verschiebungen voneinander ab. In derartigen Sonderfällen muß ein VPS-Recorder grundsätzlich mit der „VPS-Zeit" programmiert werden.

Ein anderer Sonderfall ist die nachträgliche Einfügung einer neuen Sendung in den Programmablauf. Auch hier erleichtert VPS die richtige Programmierung: Der Benutzer muß sich wiederum nur an die angegebenen „VPS-Zeiten" halten. Damit die neue Sendung von der ursprünglichen, die zum selben Zeitpunkt geplant war, unterschieden werden kann, muß sie eine andere VPS-Kennung erhalten. Nach Festlegung ist dies stets die um eine Minute frühere Anfangszeit, weil die tatsächliche Anfangszeit ja bereits als „VPS-Zeit" für die ursprüngliche Sendung vergeben ist.

Beispiel: Um 20.15 Uhr wird eine aktuelle Berichterstattung („Der Dollar wankt") eingeschoben. Dadurch rückt der ursprünglich geplante Spielfilm („Zorros Rache") eine Dreiviertelstunde nach vorne. Dann erhält der aktuelle Beitrag im Programmausdruck neben seiner tatsächlichen Anfangszeit die VPS-Zeit: Anfangszeit minus eine Minute, also 20.14 Uhr. Der Spielfilm hingegen behält seine „VPS-Zeit" 20.15 Uhr, auch wenn er erst um 21.00 Uhr beginnt. Damit ist sichergestellt, daß „Zorro" auch von einem schon vorher auf 20.15 Uhr programmierten VPS-Recorder korrekt und vollständig aufgezeichnet wird.

DIETER THIERBACH

KRITIK

Subtiler Denksport

Daß dieser Charakter ein besonderer werden würde, konnte man bereits kurz nach seiner „Erfindung" ahnen: Ein Gentleman von der Mütze bis zur Sohle, die Krummpfeife im Anschlag, so kombinierfreudig, daß Nick Knatterton als Lehrling dastehen würde, und eben rundherum britisch: Sherlock Holmes.

Britisch war auch diese deutsche ZDF-Premiere: **Der Hund von Baskerville**, schon 1902 von Sir Arthur Conan Doyle erfunden, war als Wochenendspaß so richtig *sophisticated*. Ian Richardson spielte einen Sherlock Holmes aufs I-Tüpfelchen genau, Donald Churchill war als Dr. Watson ein treuer Kompagnon, der gute Dr. Mortimer (Denholm Elliott) und die rätselhaften Stapletons waren von exakt der rechten Mixtur aus britischem Understatement und, wenn's sein mußte, nicht eben zimperlicher Cleverness.

Einzig Regisseur Douglas Hickox' Entscheidung für den aus Amerika zurückgekehrten Erben des verbissenen Sir Charles, Martin Shaw als jungen Sir Henry, schien uns ein wenig halbherzig, etwas blaß, nicht „präsent" genug, wie es in Schauspielkreisen so hübsch heißt, so als habe Shaw, der breitgesichtige Krauskopf aus „Die Profis", ständig seine schlagenden Auftritte im Sonderdezernat im Haupt.

Aber das konnte den Spaß nicht verderben. Die Geschichte vom alten Fluch auf dem Hause Baskerville in Gestalt des glühenden Riesenhundes aus dem nahen Moor, der vor Zeiten den bösen Sir Hugo in den Tod biß und sich Anno 1902 am Ende entpuppt als böse Nahkampfwaffe des erbschleichenden Stapleton, hinter dem sich ebenfalls ein Baskerville verbirgt, diese Geschichte enthielt so viele raffinierte Wendungen, Nebenfährten und schillernde Charaktere, daß für runde 95 Minuten Spannung allemal gesorgt war.

Und gerade dies ist ja die große Gabe der Engländer: „suspense" zu produzieren auch ohne ein Übermaß an spektakulären Aktionen. Diese Kombination von Dandytum und exquisiter Freude am „Fall" als subtilem Denksport hätte, so, aus Deutschland nicht kommen können. Die Kunst lag, wieder einmal, in der Fähigkeit, wegzulassen, auch wenn es an Leichen nicht gerade mangelte...

BERNHARD KESSEL





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
Den Beruf wechseln
10.00 heute
10.05 Die Schwarzwaldklinik
10.50 Gretchens Faust
12.10 Umschau
12.20 Schmuggler aus Barmherzigkeit
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Unglaublich – aber auch wahr?
Reportagen und Gespräche über Legenden und Tatsachen
17.20 Auf und davon
16teiliger australischer Abenteuerfilm von Robert Miriams
1. Allein gegen alle
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Liebling – Kreuzberg
2. Ein dringender Fall
20.59 Ein Platz an der Sonne
21.00 Kein Land für fremde Herren
Impressionen aus dem Nordjemen
Von Walter Helfer
Jemen, eines der ärmsten Länder der Dritten Welt, hat viel von seiner Urwüchsigkeit bewahrt. Doch nun sind seit Jahren Hunderttausende von Jemeniten als Gastarbeiter im Nachbarland Saudi-Arabien tätig. Sie bringen nicht nur Devisen, sondern auch Eindrücke vom Fortschritt des 20. Jahrhunderts zurück in die Berge mit.
21.45 Musikszene 86
Präsentiert von Ron Williams
Schwarzer Popadel: Sade und Prince / Markenzeichen Einsamkeit / Die Fortsetzung von Falcos umstrittenem Song „Jeanny"
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die großen Kinder
Kanadischer Spielfilm, 1979
Mit Gilbert Sicotte, Julie Vincent u. a.
Regie: Paul Tana
0.20 Tagesschau
0.25 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Biotechnologie
8. Klar wie Abwasser
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 Die Maultrommel
Musik und Poesie
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
18.50 Ein Colt für alle Fälle
Doppelgänger gesucht
Dazwischen: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht (1)
Hätte Marion T. mit Gurt überlebt?
Mit Jens Daniel Herzog, Nikl Franz, Marianne Schönen u. a.
Moderation: Petra Schürmann
Regie: Ruprecht Essberger
Ein mit jungen Leuten besetztes Auto beendet seine Fahrt in einem Acker. Die Fahrerin ist tot, aus dem Auto geschleudert.
21.15 WISO
Schluß mit der Ungewißheit – wer kann überhaupt bleifrei tanken? / Umweltschutz – ein gutes Geschäft / Diätkost – zu teuer bezahlt? / Kaffeepreise steigen – werden die Verbraucher verschaukelt? / Tip: Ärger mit der Reinigung – was tun?
Moderation: Felix Tobsdorff
21.45 heute-journal
22.05 denkmal – Auflösung
22.07 Verkehrsgericht (2)
22.55 Was ist deutsch an deutscher Kunst?
Malerei in diesem Jahrhundert
Ein Ausstellungsbericht von Joachim Obst
23.25 Falco live
Konzert aus der Stadthalle in Wien
23.55 heute



Gilbert (François Gonges) lebt in den Tag hinein, bis er Julie (Jeanne Rossi) kennenlernt (Die großen Kinder – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (12)
Die Überschwemmung
20.45 Sport-Platz
Kraft-Werk – Walter Krieg berichtet aus dem Ringerdorf Aldenhoven
21.30 Aktuelle Dokumentation
Wie sicher ist der „Hochtemperatur-Reaktor"?
22.15 „PAN" – der Lichtbildner Pan Walther
Film von Rafael Huy
22.45 Unsere kleine Stadt
Schauspiel von Thornton Wilder
0.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Fußballschule (4)
19.00 Praktische Tips
19.15 Zurück zu den Anfängen – ultraleicht fliegen
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
Dünner zahlt für Dicken
21.00 CHIC Aktuelle Mode
21.45 Das internationale TV-Kochbuch
22.00 Schonungslos
Amerikanischer Spielfilm, 1956
23.15 Nachrichten

HESSEN

18.30 Black Beauty
Die Gangster
18.55 Pimpa (17)
19.05 Drei – D
Das kluge Magazin für dumme Fragen
20.00 Der Erbe von Jalta
Stalins Februar in Prag
20.45 Die Sprechstunde
Fasten als Therapie
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Magnum
Tödliche Klinge
22.35 Im Brennpunkt: Kultur

SÜDWEST

18.35 Fury
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Bonanza
20.15 Große Ärzte aus Südwestdeutschland
Das Kabinett des Dr. Franz Joseph Gall
21.00 Kilimbim
21.45 Arbeit für einen Tag
22.30 Jazz am Montagabend
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Ich zeig' dir meine Welt
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Magnum
Ein Double für das Opfer
23.35 Rundschau

SAT 1

15.00 Kimba, der weiße Löwe
Revolte im Dschungel
15.30 Lassie
Tinti – die Krähe
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
Ich heiße Nomad
18.00 Westlich von Santa Fé
Ein sehr bemerkenswerter Mann
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Extrablatt
Show-Reporter berichten aus aller Welt über Prominente und Prominentes. Moderation: Christiane Krüger und Ulf Pramann
19.45 Fräulein Casanova
Österreichischer Spielfilm, 1952
Mit Angelika Hauff, Gertrud Kückelmann, Josef Meinrad u. a.
Regie: E. W. Emo
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste
Sport, Quiz, Wetter
22.15 TOP Wirtschaftsreportage
Handelsvertreter
22.45 JaxBox Extra
Das Comic-Betthupferl
23.00 Matt Houston
Haie in Malibu Beach
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Montagskino
Das Pendel des Todes
Amerikanischer Spielfilm, 1961
Mit Vincent Price, Barbara Steele, John Kerr u. a.
Regie: Roger Corman
Spanien, Mitte des 16. Jahrhunderts. Der Brite Francis Barnard besucht seinen Schwager Don Nicholas Medina, um Einzelheiten über den plötzlichen Tod seiner Schwester Elizabeth zu erfahren. Doch sowohl Don Medina als auch der behandelnde Arzt Dr. Charles Leon geben nur ausweichende Antworten und berichten von einer rätselhaften Blutkrankheit.
23.05 3SAT-Spielfilmvorschau
23.25 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.15 Augenclip
18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Am Schluß wird abgerechnet
21.50 RTL-Spiel
21.55 Talk Talk in La Medina
22.27 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Heute neu

Frühling '86
Die neuen Autos – schon gefahren



AUTO-BILD fuhr für Sie den Suzuki Alto, Mazda RX-7, Peugeot 205 Cabrio, Ford Orion 1,6 Liter, Volvo 480 ES, Peugeot 309, Fiat Panda 1000, BMW 325i Cabrio, Renault 21, AMC Wrangler, Mitsubishi Allrad, Lancia Delta S4, Lada Samara.

! Radioklau ! die neue Seuche
Spezielle Einsatztrupps der Polizei bemühen sich um das Problem. AUTO-BILD berichtet über die Essener „Asphalt-Cowboys" und gibt Tips, wie Sie selbst Ihr Radio schützen können.

Neu Mercedes Allrad
Jedes Rad denkt mit



AUTO-BILD fuhr exklusiv den Kombi mit dem neuen Allrad-System 4Matic. Unglaublich, was das Auto alles kann!

Weltexklusiv!
Das erste Foto vom neuen Opel
Ende September kommt er auf den Markt: Der neue Opel Omega – Nachfolger des Opel Rekord. AUTO-BILD lüftet als erster sein Geheimnis.

Die Zeitung rund ums Auto



Gesundheit ist ...



... den Wald im Trimm-Trab zu durchstreifen.





DEUTSCHE FLUG-AMBULANZ
Düsseldorf-Flughafen
Notruf 0211/431717
Hilft im In- und Ausland
SPENDENKONTO
Konto-Nr. 2045151
Deutsche Bank Düsseldorf



Schmeckt Ihnen diese Karriere?

Liegen Ihre Erfolge als Verkaufsprofi im Bereich Konsumgüter, Food, Markenartikel? Wollen Sie als Mann der harten Praxis Ihren beruflichen Aufstieg langfristig absichern? Ein bundesweit tätiges, dynamisches Unternehmen hat als Verkaufsgebiete die Postleitzone 2 und Teile von 3 und 4 zu vergeben. In Ihrem Gebiet betreuen Sie völlig selbständig den Großverbraucher- und Gastronomie-Fachhandel.

Diese und viele andere interessanten Stellenangebote finden Sie am Samstag, 1. März, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.





WELTKUNST
Aktuelle Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten

Zweimal monatlich liefert Ihnen die WELTKUNST Berichte von anerkannten Experten auf dem Gebiet der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks, informiert Sie umfassend über bedeutende Ausstellungen, Auktionen, Kunstmessen und den Kunsthandel des In- und Auslandes. In jeder Ausgabe finden Sie den aktuellen Auktions-, Ausstellungs- und Messekalender.

Ein Probeheft zum Kennenlernpreis von DM 7,– erhalten Sie durch WELTKUNST Verlag, Nymphenburger Straße 84, 8000 München 19, Telefon 089/181891

Wir suchen Wirtschafts- und Finanzberater, die neue Produkte suchen.

Erkennen und nutzen Sie jetzt Ihre Chance, mit einem interessanten Angebot (Neuentwicklung) Ihren Kunden mit überdurchschnittlichem Einkommen und hoher Steuerprogression die bessere Beratung zu bieten. Und neue Kunden durch neue Ideen zu gewinnen.

Wir zeigen Ihnen den Weg, wie man Kreditzinsen im Immobilienbereich in voller Höhe über Jahre absetzt. Wie man durch Umschuldung die Möglichkeiten für Steuervergünstigungen voll ausschöpft.

Wenn Sie wissen wollen, worum es geht: Senden Sie uns einfach den Coupon, wir antworten sofort.



DBW Dienstleistung und Beratung für die Wirtschaft GmbH
Reuterstraße 233 · 5300 Bonn 1

COUPON FÜR BLITZINFORMATION
Sie haben mich neugierig gemacht. Bitte informieren Sie mich darüber, wie ich die Steuerlasten meiner Kunden spürbar senken kann.

Name/Vorname: ____

Straße/Ort: ____

Meine Telefon-Nr.: ____

Schmidt über die Kriegsangst: Ich gehöre nicht zur „Friedensbewegung" und habe auch keine besondere Sympathie dafür, aber ich kann die Befürchtungen dieser Menschen sehr gut verstehen.

Schmidt über das Gewicht Europas: Im Augenblick haben wir mehr oder weniger aufgehört, eine eigene Rolle bei der Entwicklung einer gemeinsamen weltpolitischen Strategie für den Westen zu spielen.

Schmidt über Washingtons Wirtschaftspolitik: Die Europäer sind beunruhigt, wenn sie an die möglichen Konsequenzen der Defizite in Haushalt und Handel denken. Nicht zuletzt fürchten sie um ihre Exporte.

Schmidt über die Ostpolitik: Wir wollen Sicherheit vor und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Eine solche Strategie liegt auch im Interesse von Ungarn, Polen, Tschechen, Rumänen und der DDR.

Warum westliche Gipfel nur noch Medienspektakel sind

Von HELMUT SCHMIDT

Von einem europäischen Standpunkt aus könnte man sagen, daß ein Höchstmaß an gemeinsamer westlicher Gesamtstrategie in der Zeit von der Truman-Administration bis zum Ende der Kennedy-Administration erreicht wurde. Ein ziemlich hoher Grad von Gemeinsamkeit herrschte auch während der Nixon-Ford-Kissinger-Ära, obwohl damit eher die Beziehungen des Westens zur Sowjetunion während dieser Ära charakterisiert sind als das Binnenverhältnis der westlichen Staaten. Die Übereinstimmung hinsichtlich der Haltung gegenüber der Sowjetunion war hoch nach dem Harmel-Bericht 1967 und besonders hoch von 1970 bis etwa einschließlich 1975. Danach erschien vielen Amerikanern die Entspannung zunehmend als Illusion oder gar Selbstbetrug; sie sahen sie als eine Phase an, welche die Sowjets zu ihrem eigenen Vorteil ausgenutzt hatten. Die Europäer dagegen betrachteten die Doppel-Philosophie weiterhin als prinzipiell realistisch und angemessen.

So verfiel seit 1977 sowohl auf der politischen als auch auf der wirtschaftlichen Seite zunehmend die gemeinsame westliche Gesamtstrategie. Die Gipfeltreffen des Westens sanken zu bloßen Fernsehereignissen herab. Die USA erheischten von den Verbündeten absurde Leistungen; beispielsweise sollten Ende der siebziger Jahre Japaner und Deutsche die riesige Volkswirtschaft der USA aus ihrer Inflations- und Arbeitslosenmisere herausziehen. Handelsembargos gegen die Sowjetunion wurden einseitig von den Vereinigten Staaten verhängt, zuerst für Getreide (und zwölf Monate später wieder aufgehoben) und dann für Ausrüstungsgegenstände für den Bau einer Erdgasleitung (und drei Monate später wieder aufgehoben) – all dies tat Washington ohne Information geschweige denn Konsultation der verbündeten Regierungen.

Heute sind wir Europäer über die Konsequenzen der amerikanischen Haushaltsdefizite beunruhigt. Die



Gipfelgast in Genf: Michail Gorbatschow FOTO: AP

Europäer sind zutiefst über die hohen *realen* Zinssätze besorgt (also jener Zinsen, die nach einem Abzug der Inflationsrate von den Marktzinsen real wirksam werden).

Die Realzinsen waren die höchsten, welche die Vereinigten Staaten seit dem Bürgerkrieg jemals hatten. Sie sind auch die höchsten, welche Europa in der jüngsten Wirtschaftsgeschichte erlebt hat. Zum anderen sind die Europäer beunruhigt über das amerikanische Handelsbilanzdefizit, das diejenigen Amerikaner bestärkt, welche amerikanische Exporte subventionieren oder Importe in die Vereinigten Staaten beschränken wollen, womit der Freihandel noch mehr geschwächt werden würde. Nicht einmal die Hälfte des Welthandels ist heute wirklich frei: Der größere Teil wird entweder im Export subventioniert oder unterliegt im Import protektionistischen Einschränkungen. Zum dritten sind die Europäer besorgt über den enormen Abfluß von europäischen Ersparnissen, Kapital und Krediten, in die Vereinigten Staaten. Das reichste Land der Welt ist zum größten Nettoimporteur von Auslandsersparnissen und Auslandskapital geworden, und dies hauptsächlich, um damit direkt oder indirekt die Defizite seines Haushalts zu finanzieren.

Nichts von alledem wird unter den verbündeten Regierungen wirksam abgesprochen; es gibt keine gemeinsame Strategie, um mit dem weltwirtschaftlichen Chaos fertigzuwerden. (Diese Feststellung bleibt auch nach dem Treffen von fünf westlichen Finanzministern gültig, das im Herbst 1985 im Plaza-Hotel in New York auf amerikanische Einladung stattgefunden und durch veränderte Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank und veränderte Dollar-Interventionspolitik der japanischen Zentralbank den Wechselkurs des Dollar – vorübergehend? – stark gesenkt hat). Die Amerikaner glauben, die Welt sei in einer Periode wirtschaftlichen Aufschwungs, aber das trifft keineswegs zu. Die Vereinigten Staaten, das ist wahr, haben einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, aber der Rest der Welt nicht. Lateinamerika hat das Gegenteil erfahren; die europäischen Volkswirtschaften – und zwar alle – stagnieren, was zu einem großen Teil auf die hohen Realzinsen zurückzuführen ist, für die nicht die Europäer verantwortlich sind.

Copyright 1986 by
Wolf Jobst Siedler Verlag GmbH Berlin

Selbst auf militärischem Gebiet sind die verbündeten Regierungen nicht auf derselben Wellenlänge. Die europäischen Regierungen haben erhebliche Besorgnisse hinsichtlich des amerikanischen SDI-Programms. Sie sprechen das nicht laut aus, weil sie gegenüber der Sowjetunion nicht den Anschein erwecken wollen, sie hätten einen ernsten strategischen Disput mit ihrem wichtigsten Verbündeten; aber jedermann in Paris, London oder Bonn und jedermann in Washington weiß sehr gut, daß es im Bündnis keine grundlegende Übereinstimmung über die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) gibt. Jede Regierung in Europa und im Fernen Osten weiß auch, daß, selbst wenn eines Tages die SDI-Systeme Realität geworden sein sollten, sie dann aber keinesfalls einen zusätzlichen Schutz, kein Mehr an Sicherheit für die Staaten des Fernen Ostens oder Europas bieten werden. Mit diesem Verteidigungskonzept für das Gebiet der USA wird die Sicherheit Westeuropas und Japans keineswegs erhöht (möglicherweise eher verringert) – und das gilt ebenso für die Asean-Länder (die Philippinen, Indonesien, Thailand, Malaysia und Singapur), die direkt von der Fähigkeit der USA und des Westens abhängen, insgesamt ein militärisches Gegengewicht gegen die Streitkräfte der Sowjetunion zu bilden.

Der Westen ist heute also weit von politischer Einigkeit entfernt, weit davon entfernt, tatsächlich eine gemeinsame Außenpolitik, Sicherheitspolitik oder Wirtschaftspolitik zu betreiben. Ich habe auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die von der amerikanischen Politik ausgehen. Doch wird die gegenwärtige Situation ebenso von Verhaltensweisen der Europäer negativ geprägt: Europa trägt jenes Maß an Verantwortung nicht, das es eigentlich tragen sollte. Dieses europäische Problem will ich eingehender behandeln; doch zuvor ein Wort über die Bundesrepublik.

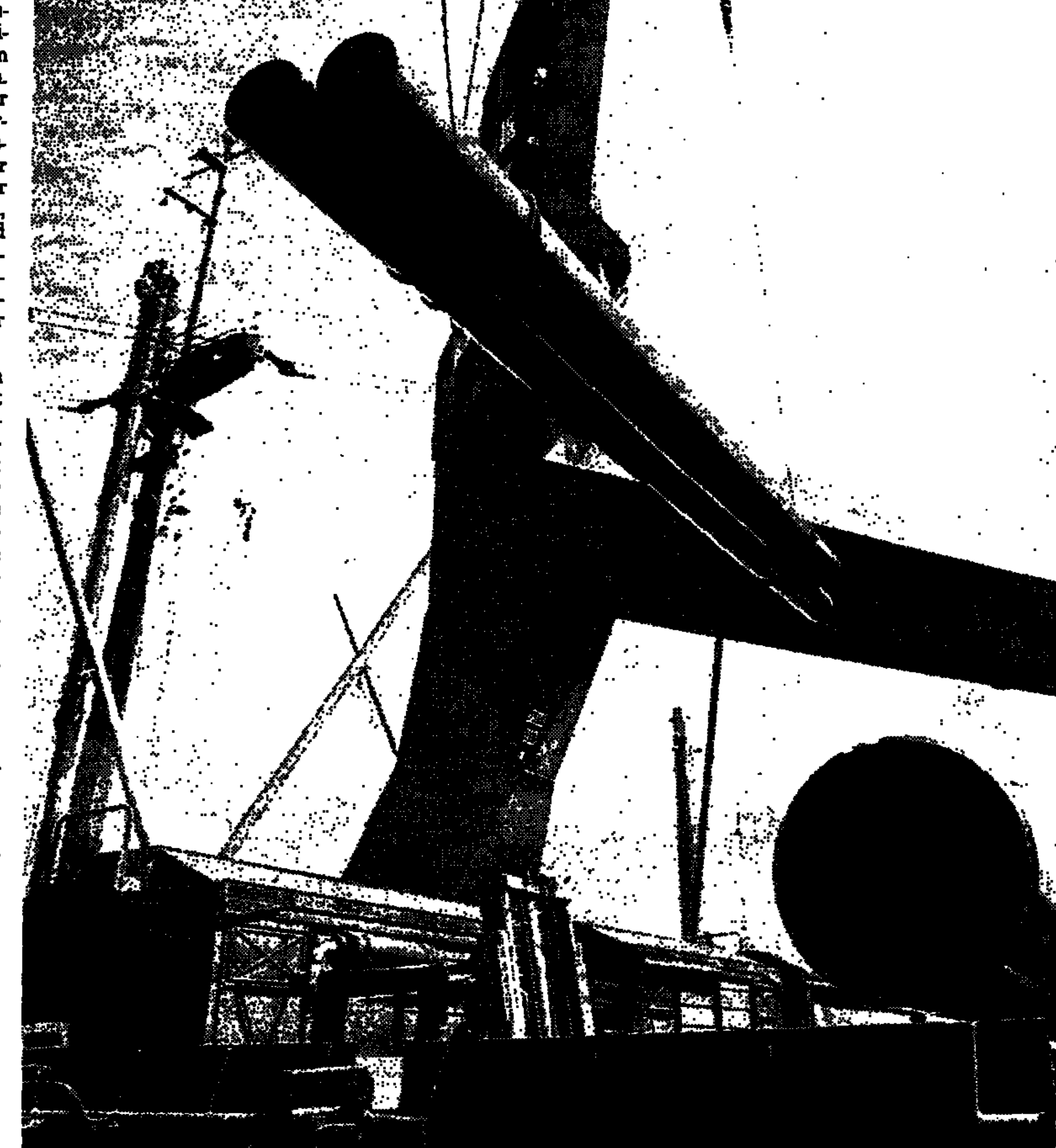
Die besondere Situation der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein kleines Land, ungefähr so groß wie ein durchschnittlicher amerikanischer Bundesstaat, sagen wir Oregon oder Colorado. Aber in Oregon oder Colorado leben nur zwei bis drei Millionen Menschen, Westdeutschland hingegen hat sechzig Millionen Einwohner. Angesichts dieser Bevölkerungsdichte ist natürlich die Konzentration von Streitkräften im gleichen Raum von hoher Bedeutung.

Ich habe erwähnt, daß wir selber ungefähr 500 000 Soldaten haben, dazu kommen amerikanische Streitkräfte mit etwa 200 000 Soldaten, dazu französische, britische, holländische, belgische und kanadische Streitkräfte – sogar einen dänischen General gibt es in Deutschland. All diese Soldaten und ihre Waffensysteme stehen unter ausländischem Oberbefehl. Man stelle sich Oregon oder Colorado mit sechs nicht-amerikanischen Streitkräften unter ausländischem Oberbefehl vor! Man stelle sich vor, daß der ausländische Oberbefehlshaber in Oregon oder Colorado etwa 5000 Atomwaffen unter seinem Kommando hat, die nicht vom gastgebenden Staat kontrolliert werden. Wer das bedenkt, der wird vielleicht verstehen, warum in Deutschland manche junge, aber doch auch ältere Leute, Professoren und Bischöfe, gegen eine solche gemeinsame militärische Struktur protestieren. Ich gehöre nicht zur „Friedensbewegung" und habe auch keine besondere Sympathie dafür, aber ich kann gut verstehen, warum diese Menschen ernste Befürchtungen haben. Es gibt kein anderes Land auf der Welt, das eine derartige militärische Konzentration durch sieben Nationen auf seinem Boden erträgt – und alles unter ausländischem Oberbefehl.

Ich wohne in Hamburg, und wenn ich in mein Auto steige und in östlicher Richtung fahre, gelange ich in etwa fünfundvierzig Minuten an den sogenannten „Eisernen Vorhang". Wenn man mich durchließe, so würde ich weitere dreißig Minuten benötigen, um zu den Kasernen der ersten russischen Panzer zu kommen. Und umgekehrt würden auch die russischen Truppen nur wenig mehr als eine Stunde brauchen, um mein Haus zu erreichen. Die sowjetischen Flugzeuge brauchen nur wenige Minuten, um über dem Hamburger Himmel zu erscheinen. Man stelle sich die Menschen in Oregon mit sieben verschiedenen Armeen und 5000 ausländischen Atomwaffen auf ihrem Boden vor – und die Russen in unmittelbarer Nähe!

Diese Hinweise sollen dazu beitragen, die Situation der Bundesrepublik zu verdeutlichen und auch verständlicher zu machen, warum Menschen, die auf dem potentiellen Kriegsschauplatz leben, militärische Drohungen und Prahlerei nicht so kühl aufnehmen wie Menschen, die weit von den Sowjets entfernt auf dem amerikanischen Kontinent leben. In Oregon oder Colorado gibt es nur amerikanische Soldaten – keine französischen, keine britischen, keine deutschen, keine holländischen, keine belgischen Truppen. Wenn es aber solche fremden Truppen und Waffen dort gäbe, dann würden die Amerikaner die Bewegung der „Grünen" in der Bundesrepublik vielleicht etwas eher verstehen, die seit dem Beginn



Mannesmann-Röhren für eine Pipeline in der Sowjetunion. Washington wollte das Projekt verhindern FOTO: JUPP DARCHINGER

des zweiten Kalten Krieges und seit dem Beginn der massiven Dauer-Arbeitslosigkeit aus dem Boden geschossen ist.

*

Um auf Europa insgesamt zurückzukommen, so will ich eine Tatsache klar aussprechen: Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die drückend geworden sind, haben die europäischen Regierungen im Augenblick mehr oder weniger aufgehört, eine eigene Rolle bei der Entwicklung einer gemeinsamen weltpolitischen Konzeption oder bei der Formulierung einer Gesamtstrategie für den Westen zu spielen. Ob es die Verhandlungen mit der Sowjetunion über Mittelstreckenraketen, einschließlich des berühmten „Waldspaziergangs" vom Juli 1982, waren, ob SDI und Raketenabwehr im Weltraum, ob es sich um den Handel mit sogenannten strategischen Gütern handelt oder um den Kalten Krieg zwischen Ost und West – in allem haben die Europäer mehr oder weniger auf eine aktive Rolle verzichtet. Dies galt zum Beispiel auch für die inhaltliche Vorbereitung des Gipfeltreffens Reagan/Gorbatschow Ende 1985, obgleich diese Konferenz zwangsläufig vitale Interessen Europas berühren mußte.

Ich glaube nicht, daß dieser Zustand lange anhalten wird; im Augenblick liegen die Dinge aber so. Zugleich beobachten die Europäer die Entwicklung in den Vereinigten Staaten und das, was sich im Pentagon, auf dem Capitol-Hügel oder im Weißen Haus tut, mit Besorgnis. Ein Amerikaner hat treffend formuliert: „Es ist nicht der potentielle Gauner, den die Europäer fürchten, sondern eher der ehrliche Mann, der ihrer Meinung nach vielleicht nicht immer weiß, was er tut."

In Japan herrscht ein ähnliches Unbehagen, wenngleich es weniger ausgeprägt ist. Den Japanern ist es in den letzten fünfzehn Jahren wirtschaftlich viel besser gegangen als den Vereinigten Staaten oder Europa – hauptsächlich, weil die Japaner nur ein Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgeben, während wir Europäer zwischen vier und fünf Prozent unseres Bruttosozialprodukts jährlich dafür aufwenden und die Vereinigten Staaten sogar noch mehr. Ihr relativ kleines Verteidigungsbudget läßt den Japanern großen wirtschaftlichen Spielraum, um kapital- und produktivitätssteigernd zu investieren, und sie tun das sehr geschickt. Sie haben eine Nische gefunden, in der sie ihre Wirtschaft hegen und pflegen. Andererseits bleiben die Japaner in bezug auf ihre strategische Verteidigung völlig von den Vereinigten Staaten abhängig. Entsprechend ihrer nach dem Krieg unter General MacArthur eingeführten Verfassung können sie keine ausreichende eigene Verteidigungsstreitmacht aufbauen. In der Tat würde jeder Versuch dazu auf den starken Widerstand der gesamten Region stoßen. China, die beiden Koreas, die Philippinen, Indonesien – sie alle würden sich widersetzen. Japan hat in seiner Region keine engen Freunde oder Verbündeten. Es hat nur einen Verbündeten, und dieser – die Vereinigten Staaten – ist weit entfernt.

Südkorea befindet sich in einer ähnlichen Situation, ohne Freunde in der Region. Und sogar China – diese große Nation mit über einer Milliarde Menschen – hat keine Freunde in Ostasien. China kann es sich leisten, keine Freunde zu haben; für Korea ist das schwieriger. Die Koreaner sind ebenso abhängig von Amerika wie die Japaner. Und das gilt in noch höherem Maße für die Asean-Länder. Das sind Tatsachen, welche die Europäer heute nicht stören; ich muß jedoch hinzufügen, daß in Europa ein gewisses Unbehagen über die jüngste amerikanische Entdeckung des sogenannten Pazifischen Beckens besteht, das angeblich in den Mittelpunkt des amerikanischen geostrategischen Denkens und sogar des geostrategischen Engagements rückt.

Auf die China-Politik werde ich im dritten Kapitel noch eingehen. Zumindest seit dem Ende der sechziger Jahre haben die europäischen Regierungen eine konsistente China-Politik geführt, also bereits zu einer Zeit, als das Wort „China" in den USA noch „Taiwan" bedeutete. Die Europäer begrüßten daher, daß Nixon Anfang der siebziger Jahre Beziehungen zur Volksrepublik China aufnahm. Aber seitdem rätseln wir etwas über einzelne Aspekte der amerikanischen Fernost-Politik; für meinen Teil halte ich den ständigen Druck der Vereinigten Staaten auf Japan für besonders fragwürdig.

*

Den Grundstein jeder kohärenten westlichen Gesamtstrategie bildet naturgemäß die Haltung gegenüber der Sowjetunion. Und der wichtigste Punkt, den ich hier hervorheben will, sind die tiefen historischen Wurzeln und die sich daraus ergebende Kontinuität der Gesamtstrategie Sowjetrußlands. Es lohnt sich, historische Landkarten zu betrachten, um zu sehen, wie klein das Großfürstentum Moskau vor fünfhundert Jahren, vor Iwan III. oder Iwan IV. (dem Schrecklichen), war. Betrachtet man dann die nächste Europa-Karte, sagen wir, am Ende des Dreißigjährigen Krieges: Damals war Moskau schon bis an den Pazifik gewachsen. Auf der nächsten Karte dann, zur Zeit des Wiener Kongresses von 1814/15, dehnt sich Rußland weit nach Süden aus; es hatte auch den Rest Polens geschluckt. Und nun die Karte von heute. Rußland ist unaufhörlich gewachsen – im Westen von einer alten deutschen Stadt – Königsberg, jetzt Kaliningrad genannt – bis nach Kamtschatka im Osten. Eine Zeitlang schloß es sogar Alaska ein, und der Einfluß erstreckte sich die Pazifische Küste entlang in den heutigen Vereinigten Staaten bis zum Russian River, ein paar Meilen nördlich von San Francisco. Ein sehr kluger Amerikaner kaufte den Russen für 7,2 Millionen Dollar Alaska ab – dies war eine der seltenen Gelegenheiten, wo die Russen sich von einem einmal eingenommenen Territorium freiwillig wieder zurückzogen.

Mehr als fünfhundert Jahre lang verfolgten alle Zaren eine Politik, die als „Sammlung der russischen Erde" bekannt ist, was in der Praxis bedeutete, fremdes Land zu erobern und danach die Einwohner zu russifizieren. Diese Gesamtstrategie vorsichtiger aber ständiger Expansion hat die sowjetische Führung Rußlands weitergeführt und sogar verstärkt. Im Gegensatz zu vielem Unsinn, den man in ideologischen Schriften und Büchern über die Sowjetunion lesen kann, besteht die Gesamtstrategie Moskaus zu drei Vierteln aus traditioneller russischer und nur zu einem Viertel aus kommunistischer Strategie. Für einen Mann wie Andrej Gromyko, der, bis zu seiner kürzlichen Beförderung auf eine wahrscheinlich unbedeutendere Position als Präsident, achtundzwanzig Jahre lang Außenminister war, ist die Verbreitung kommunistischer Ideologie immer ein Mittel gewesen, die russische Gesamtstrategie zu verfolgen. Michail Suslow, der Gralshüter der Ideologie, dachte natürlich etwas anders, aber in jedem Land gibt es Meinungsunterschiede über die eigene Strategie. In der Sowjetunion haben die traditionellen und historischen Triebkräfte die ideologischen immer dominiert.

Wenn es zutrifft, daß dieser Expansionsdrang schon seit fünf Jahrhunderten besteht, so ist es offensichtlich notwendig, die weitere Expansion der Sowjetunion einzudämmen. Das Wort „Eindämmung" *containment*, die Leser werden sich erinnern, wurde kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von einem hervorragenden amerikanischen strategischen Denker, George F. Kennan, geprägt, der damals im diplomatischen Dienst stand. Ich habe keinen Zweifel daran, daß die Eindämmung der russischen Expansion weiterhin eine sehr wichtige Komponente der westlichen Gesamtstrategie bleiben muß.

Gewachsene Bindungen in Handel und Kultur

Andererseits suchen wir Europäer, die wir nahe am Eisernen Vorhang leben und seit über tausend Jahren in der Nähe der Russen gelebt haben, den falschen Eindruck zu vermeiden, daß wir unsrerseits die Absicht hätten, Rußland zu überwältigen. Wir könnten es nie, und wir wollen sie weder ängstigen, noch einen Kampf der gegenseitigen Angstmacherei beginnen. Wir wollen auch keinen wirtschaftlichen Zermürbungskrieg. Meine Heimatstadt Hamburg lebt seit über tausend Jahren vom Seehandel, und viele Jahrhunderte lang war Nowgorod einer unserer Handelspartner. Auch andere Städte an der Ost- und Nordsee zählten dazu; erst in den letzten vierhundert Jahren hat sich der Schwerpunkt unseres Außenhandels nach Afrika, Asien und Amerika verlagert.

Auf kulturellem Gebiet sind wir einander immer nahe gewesen, und das gilt auch für die Amerikaner, obwohl es ihnen nicht wirklich bewußt ist. Ich kann mir das Konzertleben in Boston, New York, Chicago oder Los Angeles ohne Tschaikowskij, Mussorgskij, Rimskij-Korsakow, Schostakowitsch und Prokofjew nicht vorstellen. Ich kann mir niemanden von uns irgendwo in der Welt vorstellen, der in der Welt der Kultur zu Hause ist oder die Kultur des 19. Jahrhunderts untersucht, ohne vertraut zu sein mit Dostojewskij, Tolstoj, Lermontow, Puschkin, Turgenjew, Gogol oder heutzutage mit Pasternak und Solschenizyn. Die Russen haben viel zu unserer westlichen Zivilisation beigetragen, wie umgekehrt auch Italien, Frankreich, Deutschland, England und Amerika zu der ihrigen beigetragen haben.

Diese gegenseitige kulturelle Befruchtung läßt uns Europäer wünschen, die nachbarschaftlichen Beziehungen mögen aufrechterhalten bleiben, statt daß Argwohn und Angst und Feindschaft wachsen. Darum wollen die meisten Europäer und die europäischen Regierungen – ob konservativ, liberal, sozialdemokratisch oder sozialistisch – zu der Doppel-Philosophie gegenüber den Russen zurückkehren, die ich oben behandelt habe. Sie wollen also einerseits jede erforderliche Anstrengung unternehmen, um sich vor russischem Druck, vor Erpressung oder Aggression sicher fühlen zu können. Auf der Grundlage dieser Sicherheit aber wollen die Europäer andererseits mit den Russen zusammenarbeiten. Überdies ist es diese Doppel-Philosophie, an der den Ungarn, den Polen, den Ostdeutschen, den Tschechen und den Rumänen am meisten gelegen ist. Eine solche westliche Gesamt-Strategie würde ihnen größeren Raum für ihre autonomen Entscheidungen und ihre autonome Entwicklung geben. Und umgekehrt: Je größer die Polarisierung zwischen West und Ost in Europa, desto kleiner ist sodann die ohnehin sehr begrenzte Freiheit der Staaten in Osteuropa, die gegenwärtig unter der Spaltung des Kontinents leiden.

Heute beurteilen die West-Europäer das Maß an sorgfältigem Nachdenken, das in der Gesamtstrategie ihres wichtigsten Verbündeten und Freundes deutlich wird, mit großer Skepsis. Sie erkennen in der amerikanischen Strategie der letzten Jahre Unbeständigkeit und Diskontinuität, und das macht sie besorgt. Andererseits scheinen die Europäer zur Zeit ihr eigenes, ganz natürliches Interesse an einer vollen Beteiligung an der Gestaltung der gemeinsamen Gesamtstrategie des Westens aufgegeben zu haben.

Im letzten Kapitel will ich auf die entscheidenden Fragen zurückkommen: Können die Vereinigten Staaten allein die westliche Gesamtstrategie definieren und durchführen? Und, falls ja: in welchem Ausmaß? Oder ist solch ein Vesuch in sich anachronistisch und deswegen aussichtslos?

*

Europa hat also in den letzten Jahren offenkundig darauf verzichtet, an der Formulierung einer Gesamtstrategie des Westens mitzuwirken. Dieser Verzicht fällt in eine Zeit vermehrter Spannungen, in der ein zweiter Kalter Krieg die Beziehungen zwischen Moskau und Washington kennzeichnet; er macht die gegenwärtige Schwäche Europas überdeutlich. Europa verfügt noch immer über ein enormes wirtschaftliches, finanzielles, währungspolitisches, industrielles und militärisches Potential. Aber dieses Potential liegt brach, weil es an Führung fehlt – damit ob gemeinsame Führung nach außen gemeint ist oder Führung in der Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Staaten, ob Führung durch einen einzelnen Staat oder durch eine einzelne Führungspersönlichkeit. Führung all dieser Art wäre in Europa möglich, doch augenblicklich gibt es sie nicht.

Diejenigen, die ungeduldig auf eine wirkliche europäische Zusammenarbeit warten, möchte ich daran erinnern, daß die Vereinigten Saaten nur wenig älter als zweihundert Jahre sind und seit über zweihundert Jahren die gleiche Sprache gesprochen haben, während die meisten europäischen Staaten sehr viel älter sind. Italien ist über zweitausend Jahre alt, Frankreich über tausend, Polen genau tausend Jahre, Deutschland etwas über tausend Jahre und England tausend Jahre. Und in all diesen Ländern gibt es seit mehr als einem Jahrtausend unterschiedliche Sprachen. Der Differenzierungsprozeß der Kulturen währt seit unvorstellbar langen Zeiten. Es ist ausgeschlossen, das Erbe von Jahrhunderten im Handumdrehen oder gar nur durch die mitreißende Rede eines einzelnen Staatsmannes zu überwinden.

Es dauert wahrscheinlich viele lange Jahre, bis die Europäer eine Europäische Union zustandebringen. Ich bin Pragmatiker, ich habe nie viel



Gipfelgast in Genf: Ronald Reagan FOTO: POLY-PRESS

von Sonntagsreden über Europa gehalten. Ich bezweifle, daß ich zu meinen Lebzeiten die Europäische Union sehen werde. Eine enge Zusammenarbeit der Europäer könnte dagegen durchaus erreicht werden. Sie würden Europa befähigen, solche amerikanischen Vorstellungen zurückzuweisen, die für Europa schädlich sind.

Wenn die Amerikaner glauben, was gut ist für Amerika, sei auch immer gut für Europa, so sind sie im Unrecht. Was gut ist für Europa, ist auch nicht notwendigerweise gut für Amerika. Und was gut ist für Japan, ist nicht unbedingt gut für Amerika. Und was gut für Amerika ist, ist nicht unbedingt gut für Japan. Zunächst braucht man ein klares Bild von den eigenen nationalen Interessen. Darüber hinaus muß man aber bereit sein, einen Kompromiß mit den nationalen Interessen der Partner, Verbündeten oder Freunde einzugehen. Dies setzt voraus, daß alle Beteiligten offen ihre Meinung äußern – was heute nicht der Fall ist.

In meinen Augen ist Westeuropa keineswegs dem endgültigen Verfall preisgegeben. Ich muß jedoch zugeben, daß Europa infolge seines Mangels an Zusammenarbeit und Führung gegenwärtig immer mehr an wirtschaftlichem und politischem sowie militärischem Gewicht in der Welt verliert. Jemand sagte einmal: „Es bedeutet einen ungeheuren Vorteil, nichts getan zu haben, aber man sollte ihn nicht mißbrauchen." Die Europäer haben in den letzten paar Jahren nicht viel getan, aber sie sollten das nicht übertreiben.

Morgen in der Welt:

Warum das politische Potential Europas brachliegt – Die militärische Bedrohung aus dem Osten – Ohne amerikanische Präsenz ist kein Gleichgewicht möglich – Die sechs Prinzipien der Militärstrategie

In Sorge um Schwedens Neutralität

Will Palme die Beziehungen zur Sowjetunion auf eine neue Grundlage stellen?

G. MEHNER, Stockholm

Nach Jahren eines abgekühlten Nebeneinanders ist Schweden in seinen Beziehungen zur Sowjetunion zu einem Neuanfang bereit. Im April wird Ministerpräsident Olof Palme zu einem offiziellen Besuch in Moskau erwartet. Es müßten schon erneut gravierende „Unterwasserereignisse" vorkommen, falls dieser Besuch noch verlegt oder abgesagt werden sollte. Beide Seiten gehen seit Mitte 1985, als der erste stellvertretende sowjetische Außenminister Viktor Maltsew den Besuch vorbereitete, betont nachsichtig miteinander um.

Jüngster Höhepunkt war ein Statement des Flottenadmirals und stellvertretenden Verteidigungsministers Tschernawin, der als Oberbefehlshaber der sowjetischen Marine „mit höchster Ernsthaftigkeit" erklärte, „daß sich keines unserer Unterseeboote in den Hoheitsgewässern Norwegens oder Schwedens befindet". Ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums sekundierte, schwedische Berichte über angebliche russische Verletzungen der territorialen Integrität des Landes gingen von „gewissen antisowjetischen Kreisen" aus, die eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und Stockholm zu hintertreiben trachteten. Nachdem 1981 das sowjetische U-Boot „U 137" im militärischen Sperrgebiet vor Karlskrona strandete, war dies der Beginn einer Frostperiode zwischen Moskau und Stockholm.

Das sicherheitspolitische Muster in Nordeuropa bestehe weiterhin, und die schwedische Neutralität sei ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung dieser Region, hatte Palme zu Beginn der jüngsten Regierungsperiode erklärt. Beide Aussagen werden vom nördlichen Partner und NATO-Mitglied Norwegen mittlerweile massiv in Frage gestellt. Norwegische Offiziere fürchten, das schwedische Verteidigungspotential könne sich zur Bedrohung dieser Region wandeln. Im Rahmen einer von der norwegischen Verteidigungshochschulenvereinigung arrangierten Konferenz wurde ganz unverhohlen die Frage gestellt, ob die nachlassenden schwedischen Verteidigungsanstrengungen und das schwedische Auftreten gegenüber der Sowjetunion „eine beginnende Anpassung an neue machtpolitische Realitäten" sei. Der schwedische Neutralitätsbegriff, so die Meinung vieler Konferenzteilnehmer, schließe heute nicht mehr aus, daß das schwedische Territorium oder der schwedische Luftraum für eine Aktion gegen Norwegen ausgenützt werde. Die herrschende NATO-Verteidigungsdoktrin unterstellt aber eben dies, daß der schwedische „Schutzschild" noch intakt ist.

Dabei erkennen auch die Norweger durchaus an, daß für die Sowjetunion im Bereich Nordeuropa, dem Ausfalltor zu den Weltmeeren, „lebenswichtige Interessen" auf dem Spiele stehen. Die NATO-Abschreckung in diesem Bereich dürfe nicht provozierend wirken: keine Stationierung von fremden Truppen oder Atomwaffen im Norden tragen dem Rechnung. Aber selbst auf einem abgesenkten Niveau scheint Schweden den norwegischen Verteidigungserwartungen nicht mehr zu entsprechen.

Der konservative schwedische Reichstagsabgeordnete Carl Bildt kritisiert, daß die schwedische Außen- und Sicherheitspolitik in einem „wolkigen Internationalismus" schwelge, Schweden aber über keine Europapolitik verfüge, die ihren Namen wert sei.

Sacharow gab Gorbatschow ein Versprechen

SAD, London

Der sowjetische Regimekritiker Andrej Sacharow hat nach Darstellung der britischen Wochenzeitung „Sunday Observer" schriftlich auf das Recht verzichtet, ins Ausland zu reisen, um seiner Frau Jelena Bonner eine ärztliche Behandlung im Westen zu ermöglichen. Außerdem verpflichtete er sich, jede politische Stellungnahmen zu unterlassen. Dies berichtet die Zeitung im zweiten Teil ihrer Serie über Briefe, die Sacharow an Verwandte seiner Frau in den USA geschmuggelt haben soll.

Aus den Schreiben geht hervor, daß Sacharow am 29. Juni 1985, zwei Monate nach dem Beginn seines vierten Hungerstreiks, direkt an den sowjetischen Parteichef Gorbatschow schrieb. Darin gab er das Versprechen ab: „Ich wünsche, die Teilnahme an öffentlicher Betätigung restlos einzustellen und mich stattdessen auf meine wissenschaftliche Arbeit zu konzentrieren."

Den Entschluß zu einem weiteren Hungerstreik wollte Sacharow Anfang 1985 in einem offenen Brief publik machen. Der Brief wurde jedoch abgefangen. Am fünften Tag seines Hungerstreiks wurde Sacharow gegen seinen Willen ins Krankenhaus gebracht und auf brutale Weise zwangsernährt: „Ich wurde gefesselt und so heftig aufs Bett gedrückt, daß mein Gesicht schwere Quetschungen erlitt. Mit einem Löffel wurde mir der Mund geöffnet und mit einem zweiten Löffel die Nahrung eingeflößt."

Zwei Wochen nach der Entlassung aus dem Krankenhaus nahm er den Hungerstreik am 25. Juli wieder auf. Zwischen den beiden Phasen dieses Hungerstreiks spielte das KGB über den sowjetischen Journalisten Viktor Louis den westlichen Medien am 29. Juli Filmaufnahmen zu, die Sacharows gute gesundheitliche Verfassung und sein relativ freies Leben im Verbannungsort Gorkij beweisen sollten. Jelena Bonners Angehörige in Amerika haben die Aufnahmen inzwischen analysieren lassen und sind zu der Überzeugung gelangt: „Es handelt sich um Aufnahmen, die über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr mit einer versteckten Kamera gefilmt und so geschickt zusammengeschnitten wurden, daß sie den Eindruck erwecken, im Juni 1985 entstanden zu sein."

„DDR"-Medien zitieren Sindermanns Satz: „Wir machen deutsche Politik"

Bericht über Honeckers geplante Reise in die Bundesrepublik / Was die SED verschweigt

hrk. Berlin/Bonn

„DDR"-Leser erfuhren an diesem Wochenende erstmals offiziell, was bisher nirgends in den Ost-Medien stand: Erich Honecker, so wurde Volkskammerpräsident Horst Sindermann zitiert, kommt „noch in diesem Jahr" zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland. Die SED-Führung läßt „keinen Zweifel daran, deutsche Politik zu machen", so der Orginalton von Horst Sindermann in der „DDR"-Presse.

Ost-Berlin mußte zur Kenntnis nehmen, daß auch die SPD in der Staatsbürgerschaftsfrage zum Grundgesetz steht. Die „DDR" nahm außerdem die kritische Bemerkung von Hans-Jochen Vogel entgegen, auch die West-Berliner müßten „in vollem Umfang" an den Vorteilen deutsch-deutscher Entspannung beteiligt werden. Dies alles war seitenlangen Berichten im SED-Organ „Neues Deutschland" zu entnehmen, das am Wochenende minuziös nahezu jeden Schritt von Sindermann in der Bundesrepublik mit derselben Intensität verfolgte, wie sonst Reisen von Moskauer Parteigrößen durch die „DDR" geschildert werden. Bei der Wiedergabe fielen jedoch mehrere Punkte besonders auf:

- Die „DDR"-Presse verzeichnete nicht das Schreiben von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, das er bereits am Donnerstag an Sindermann überreichen ließ. Darin hatte er im Hinblick auf seine späte Rückkehr von seiner Asienreise erklärt, dies zwinge ihn, vorläufig noch allen Terminen fernzubleiben. Ost-Berlin hätte selbstverständlich gern einen Fototermin mit von Weizsäcker publiziert.
- Bei der Berichterstattung über den Empfang, den der Ständige Vertreter der „DDR", Ewald Moldt, am Donnerstag in der „Redoute" gab, wurde die Abwesenheit der Ostblock-Botschafter bei diesem Ereignis unterschlagen. Es hieß lediglich, „Chefs der in Bonn akkreditierten diplomatischen Missionen" sowie der Apostolische Nuntius seien der Einladung gefolgt.
- Durch Auszüge der Rede bei dem Treffen Sindermanns mit SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel – in seinem Godesberger Stammrestaurant „Cäcilienhöhe" – erfuhren die „DDR"-Leser zum ersten Mal von 19 000 Familienzusammenführungen 1985 – das heißt Ausreisen aus der „DDR" – und somit offiziell von der Beibehaltung dieser Praxis.
- Bei der Aufzählung der Gäste Vogels – etwa 30 Anwesende – unterschlug die Ostberliner Seite, daß Vogel ausdrücklich als Vertreter des Landes Berlin den bisher schärfsten Kritiker von Kontaktaufnahmen mit der Volkskammer innerhalb der CDU, Berlins Bundes- und Justizsenator Rupert Scholz, am Haupttisch plaziert hatte. Auch der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Löffler war eingeladen.
- Ebenfalls nicht zum Ausdruck kam der tatsächliche Inhalt der Sindermann-Rede an jenem Abend seines ersten Besuchstages: Der Gast legte nämlich seine vorbereitete Rede beiseite, wandte sich mehrfach an Herbert Wehner – ihm aus gemeinsamer Dresdener KPD-Zeit wohlbekannt –, philosophierte über die versäumte Aktionseinheit von SPD und KPD gegenüber den Nazis und sprach später auch von den „beiden Teilen Deutschlands".

Briten mißtrauisch gegenüber den USA

gtm. London

Zwar mögen 66 Prozent der Briten die Amerikaner, und 64 Prozent möchten auch in den USA Urlaub machen, aber insgesamt 67 Prozent sind der Ansicht, der amerikanische Einfluß auf Londons Verteidigungspolitik sei zu groß. Das ist das Ergebnis einer von der Londoner Zeitung „Sunday Times" in Auftrag gegebenen Umfrage. Danach meinten genau 59 Prozent der befragten Personen, US-Präsident Reagan nehme in seiner Politik keine größere Rücksicht auf britische Interessen. Und für 20 Prozent der befragten Bürger stellen die USA sogar die größte Gefahr für den Weltfrieden dar, 34 Prozent verteilten die Schuld gleichermaßen auf Washington und Moskau, während 38 Prozent die Sowjetunion als alleinigen Störenfried sehen.

Die Umfrage zeige, so die „Sunday Times", den stark verwurzelten Antiamerikanismus der Briten.

Sokolow betont die Rolle der Partei

dpa, Moskau

Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Sergej Sokolow (74) hat gestern die Führungsrolle der KPdSU herausgestellt. In einem Artikel für das Parteiorgan „Prawda" zum heutigen Tag der sowjetischen Armee und Kriegsmarine schrieb Sokolow, die Führung der Partei sei die „entscheidende Quelle der Schlagkraft" der sowjetischen Streitkräfte.

In der komplizierten und gespannten internationalen Lage betrachte die Partei die Leitung des militärischen Aufbaus als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Unter der Führung der KPdSU, so Sokolow, würden die Militärpolitik und die Militärdoktrin ausgearbeitet und in der Praxis verwirklicht. Der Verteidigungsminister bezeichnete Moskaus Politik als eine „klare und konsequente Friedenspolitik". Dies zeigten die jüngsten Abrüstungsangebote von Parteichef Michail Gorbatschow.

Reist Gorbatschow nach Ost-Berlin?

hrk. Berlin

In diplomatischen Kreisen Berlins und innerhalb der SED halten sich seit längerer Zeit Gerüchte über eine mögliche Teilnahme des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow am 11. Parteitag der SED vom 17. bis 21. April in Ost-Berlin. Eine derartige Ehre wäre für die SED von herausragender Bedeutung, da sich seit Anfang Oktober 1979 kein Chef der KPdSU mehr in Ost-Berlin aufhielt. Leonid Breschnew hielt seinerzeit zum 30. Jahrestag der „DDR" eine Rede in Ost-Berlin.

Vor einer „DDR"-Visite Gorbatschows, die eine Anerkennung der Ost-West-Mittlerrolle für Honecker wäre, ist jedoch mit einem offiziellen Besuch des SED-Generalsekretärs in Moskau zu rechnen. In dieser Woche wird bereits eine hochrangige SED-Delegation zum turnusmäßigen nächsten Parteitag an die Moskwa reisen.

Bangemann bezweifelt Bendas Seriosität

gba. Bonn

Zu Beginn der Sitzungswoche des Bundestages, in der am Mittwoch und Donnerstag in einer zweitägigen Expertenanhörung die Verfassungsmäßigkeit des neuen Neutralitätsparagraphen 116 AFG erörtert werden wird, hat die Bundesregierung Kritik an der Neufassung energisch zurückgewiesen. Im Mittelpunkt des Meinungsstreits zwischen Regierung, Gewerkschaften und Opposition stand am Wochenende die Äußerung des früheren Verfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda, der den Gesetzentwurf für den neuen Paragraphen 116 als in Teilen verfassungswidrig bezeichnet hatte.

Die Gewerkschaften, voran die IG Metall, kündigten indessen eine Dauer-Auseinandersetzung über den umstrittenen Paragraphen an. Möglicherweise könne die Verabschiedung auch noch aufgehalten werden, obwohl der Entwurf bereits zu einer „Prestigefrage" für die Regierung geworden sei, meinte der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr in einem Interview mit dpa. Sollte die Regierungskoalition im Bundestag eine Neufassung durchsetzen, würden die Gewerkschaften „nicht aufhören zu fordern, daß dieser Paragraph dann verschwindet".

Die geplante Änderung des meist sinnentstellend als „Streikparagraph" bezeichneten Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz, in dem die Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf geregelt wird, verstoße gegen die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit und gegen das Eigentumsrecht, hatte Benda argumentiert.

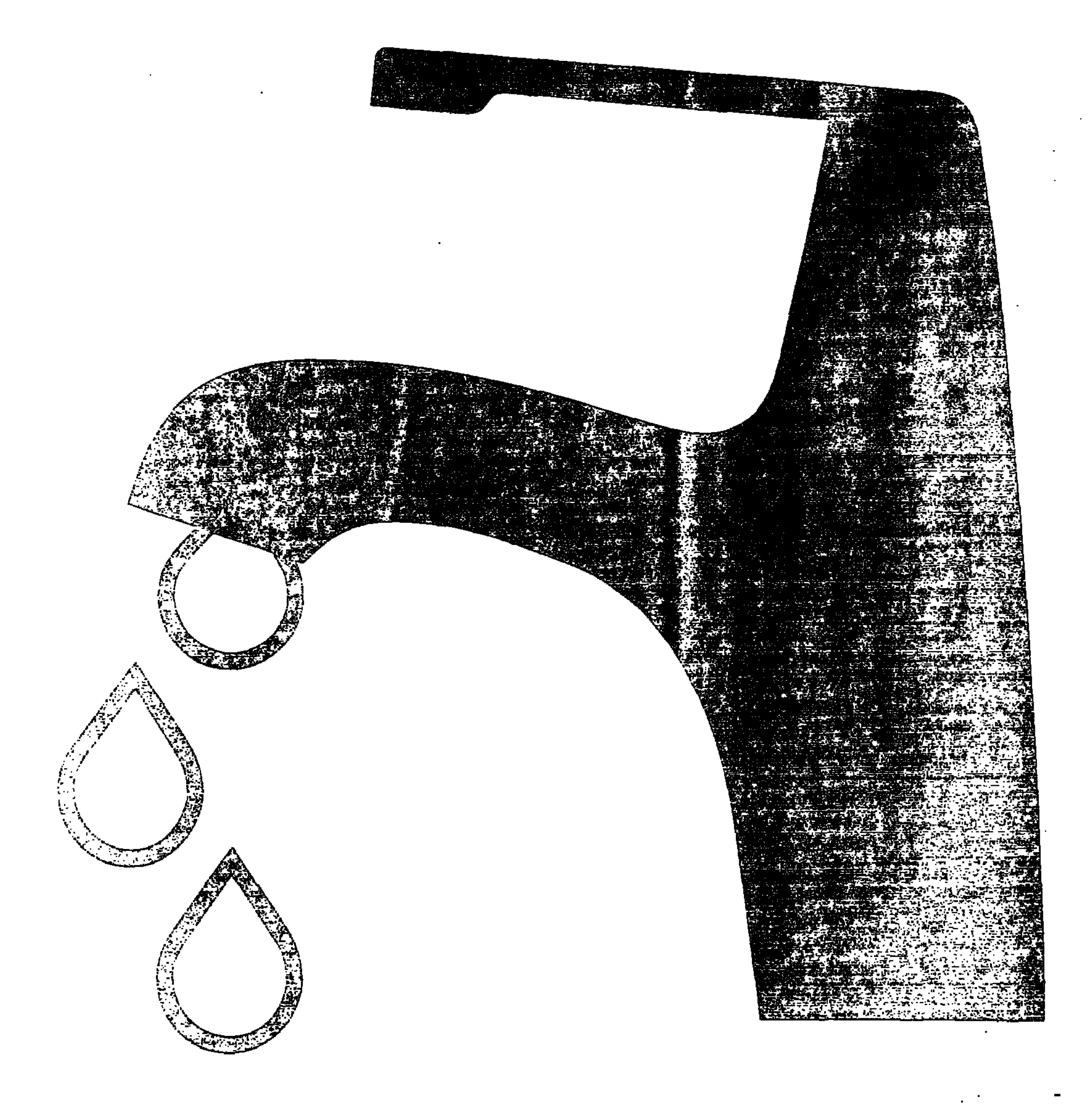
Dem hielt Bundesjustizminister Hans Engelhard entgegen, Benda solle seine als „Gedankenskizze" bezeichnete vorläufige Äußerung noch einmal überdenken, da er damit in Widerspruch zu anderen namhaften Rechtswissenschaftlern stehe.

Es sei unrichtig, erklärte Engelhard, wenn Benda sage, mit der Änderung des § 116 greife der Gesetzgeber in Eigentumsrechte – nämlich den Versicherungsanspruch der durch den Arbeitskampf kurzfristig Arbeitslosen – ein. Denn: „Niemand hat ein Recht auf Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit, wenn dadurch gegen die Neutralitätspflicht des Staates bei Arbeitskämpfen verstoßen und die Waffengleichheit der Tarifpartner beeinträchtig werde." Auch werde nicht, wie von Benda behauptet, ein Teil des Arbeitskampfrechts geregelt – es gehe nur um die Neutralität der Bundesanstalt.

Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann sagte dazu im ZDF, da man wisse, daß Bendas Gutachten von der Regierung Rau in Düsseldorf bezahlt werde, müsse sich Benda sagen lassen: „Ein Mensch, der sich vor einen Wahlkampfkarren spannen läßt, diskreditiert dadurch seine eigene Seriosität."

Die Steinkohle zum Thema „Umwelt":

Wie unser Trinkwasser sauber wird, ist auch eine Frage der Kohle.



Aus heimischer Steinkohle wird ein Drittel unseres Stroms erzeugt und Koks für unsere gesamte Stahlproduktion. 400.000 Menschen sichert die Steinkohle Beschäftigung und Einkommen.

Das sind direkte Beiträge der Steinkohle zu unserem Wohlstand.

Aber sie trägt auch indirekt dazu bei, unsere Lebensbedingungen zu verbessern.

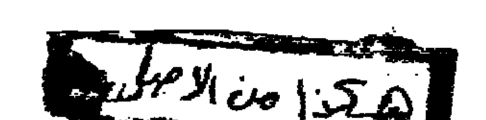
Steinkohle in Form von Aktivkoks wird in vielen wichtigen Bereichen als Filter verwendet. Zum Beispiel zur Abluftreinigung, zur Bindung von Kraftstoffdämpfen in Pkws, zur Reinigung von Rauchgasen.

Und sogar dort, wo es täglich um unsere Gesundheit geht, bei der Reinigung des Trinkwassers, leistet die Kohle als Filterstoff einen wesentlichen Beitrag. Nichts daran ist ungewöhnlich. Unsere Kohle ist ein wertvoller Rohstoff für viele Verwendungsmöglichkeiten. Aktivkoks ist ein Beispiel dafür.

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle", Glückauf-Haus, 4300 Essen.



14b/86 RMZ



Auf der Rolltreppe

HH – Wenn er Kanzler wird, will Johannes Rau (SPD) eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer für Besserverdienende einführen. Ergänzungsabgabe, das klingt eher nach vorübergehend als nach endgültig. Damit kann man sich schon mal anfreunden – für ein paar Jahre, bis die Steuereinnahmen wieder stimmen.

Das suggeriert der Vorschlag der Ergänzungsabgabe. Es gab sie schon mal. Sie wurde ab 1968 als dreiprozentige Abgabe auf die Einkommensteuerschuld erhoben. Auch nur vorübergehend? Selbstverständlich. Am 31. Dezember 1974 wurde sie wieder abgeschafft.

Am 1. Januar 1975 wurde im Zuge der „Jahrhundertreform" (Finanzminister Hans Apel) der Spitzensatz der Einkommensteuer um drei Prozentpunkte von 53 auf 56 Prozent erhöht. Da ist er bis heute geblieben, und die Diskussion um eine Senkung wird uns noch lange beschäftigen.

Damals, als Kanzler Helmut Schmidt noch den „öffentlichen Korridor" verbreitern wollte, herrschte die Vorstellung, daß man bei den Spitzenverdienern ordentlich zulangen sollte. Sie hat sich bei Rau bis heute gehalten. Dabei geht die internationale Entwicklung (zum Beispiel USA und Großbritannien) in die entgegengesetzte Richtung. Allein aus Wettbewerbsgründen kommt die Bundesrepublik an massiven Steuersenkungen nicht vorbei. Hinzu kommt, daß Raus Adressaten, Einkommensbezieher ab 60 000 (Verheiratete 120 000) Mark, derzeit von der Progression besonders hart angefaßt werden, also kein Ergänzungsbedarf besteht.

Gerangel

J. G. – Rund 250 000 Tonnen Altpapier, immerhin sechs Prozent vom Einsatzgewicht dieser „heimischen Faserrohstoffquelle" in den Papierfabriken, würden von umweltbewußten Haushalten und fleißigen Sammlern nun schon über den Jahresbedarf der Papierfabriken hinaus zusammengetragen – und wanderten dann doch nur in die Müllverbrennung. So sagte es in der letzten Woche der Bundesverband der Deutschen Rohstoffwirtschaft für seine damit befaßten Altstoffhändler. Das sei eine „mit nichts belegbare" Falschaussage, konterte sofort der Verband Deutscher Papierfabriken und appellierte an den Gesetzgeber, mehr Altpapier vor Mülltonne und Verbrennung zu retten, weil man es künftig dringend brauchen werde. Der umweltbewußte Bürger steht verdutzt vor solchem Gerangel der Verbände. Wollen etwa die Fabriken den im letzten Jahr halbierten Altpapierpreis nun auf Normalniveau halten und die Händler zu ihren Gunsten einen neuen Preisanstieg aus reduzierter Sammelei herbeireden? Die Antwort bleibt offen.

ROHSTOFFMÄRKTE / Die Verbraucherländer gaben ihren Widerstand auf

Unter Druck von Downing Street eine Lösung der Zinnkrise in Sicht

WILHELM FURLER, **London**

Die Regierungsvertreter der 22 Mitgliedsländer im Internationalen Zinnrat kehren heute nach London zurück, um einen Schlußstrich unter die viermonatige Zinnkrise zu ziehen. Am Wochenende haben sie in einer 18stündigen Verhandlungsrunde mit den Gläubigerbanken und den Metallhändlern an der Londoner Metallbörse einen Lösungsentwurf ausgearbeitet, der den einzelnen Regierungen am Sonntag vorgelegt worden ist. Alles deutet daraufhin, daß die Vorschläge akzeptiert werden.

Auf den Tag genau vor vier Monaten war der Zinnhandel an der Londoner Metallbörse ausgesetzt worden, als der Verwalter des Ausgleichslagers des Internationalen Zinnrats seine Zahlungsunfähigkeit bekanntgeben mußte. Er hatte immer häufiger durch Käufe preisstützend eingreifen müssen, um die auf den Markt drängenden Zinnmengen auch aus den Außenseiterländern, aufzunehmen.

Der von den Mitgliedsländern des Internationalen Zinnrats auf der einen und den Gläubigerbanken und Metallhändler auf der anderen Seite nach wochenlangen, zähen Verhandlungen ausgearbeitete und den 22 Regierungen jetzt vorgelegte Lösungsentwurf basiert auf der Gründung einer neuen Abwicklungsgesellschaft namens Newco. Sie soll mit insgesamt 270 Mill. Pfund (900 Mill. DM) ausgestattet werden.

Obwohl noch keine endgültigen Details vorliegen, dürfte der Schlüssel für die Beteiligung an der Newco wie folgt aussehen: Die Gläubigerbanken steuern 30 Mill. Pfund bei, die Metallhändler 70 Mill. Pfund und die 22 Produzenten- und Verbraucherländer 170 Mill. Pfund. Ursprünglich waren die Banken nur zu einem Beitrag in Höhe von 20, die Metallhändler von 50 und die Mitgliedsländer im Zinnrat in Höhe von 100 Mill. Pfund bereit.

Doch auf den immer stärker werdenden Druck der britischen Regierung hin, wobei sich Premierministerin Thatcher wiederholt in persönlichen Telefongesprächen und Briefen an die Regierungschefs in Bonn, Tokio und Den Haag wandte, gaben die Verbraucherländer ihren Widerstand auf und erklärten sich zu einer Anhebung ihrer Beiträge bereit. Erleichtert wurde ihnen dieser Entschluß durch die Zusage Londons, den eigenen Beitrag auf 50 Mill. Pfund zu verdoppeln, falls die übrigen 21 Regierungen bereit wären, 120 Mill. Pfund beizusteuern.

Londons Interesse an einer möglichst raschen Beilegung der Krise ist verständlich. mit jedem weiteren Tag, an dem der offizille Zinnhandel in London an der größten Metallbörse der Welt ausgesetzt bleibt, mehrt sich der Schaden für das internationale Ansehen der Metallbörse und der in die hunderte von Millionen Mark gehende Schaden für die Metallhändler. Ein nicht unerhebliches Volumen im Metallhandel ist bereits in die USA abgewandert.

Dem Lösungsentwurf zufolge wird die Newco die Verbindlichkeiten des Zinnrates sowie die Zinnvorräte des Ausgleichslagers übernehmen. Die Außenstände des Internationalen Zinnrats gegenüber den Gläubigerbanken und den Metallhändlern werden auf bis zu 900 Mill. Pfund beziffert. Die Zinnvorräte in der Größenordnung von 85 000 Tonnen sollen im Zeitraum von drei Jahren vorsichtig am Markt untergebracht werden, um den Zinnpreis nach Wiederaufnahme nicht zusätzlich zu belasten.

Offenbar ist es auch bei der Frage der Veräußerung der 85 000 Tonnen Zinnreserven zu einer Einigung gekommen. Ursprünglich war vorgesehen, daß die Newco unabhängig von der Zinnpreisentwicklung in jedem Quartal acht Prozent der Gesamtmenge abstoßen sollte. Vor allem die Verbraucherländer verlangen jedoch mehr Flexibilität, also weniger Zinnverkäufe bei niedrigen und mehr Verkäufe bei höheren Preisen.

Als der Zinnhandel am 24. Oktober letzten Jahres ausgesetzt wurde, lag der offizeille Zinnpreis bei 8140 Pfund je Tonne. Sollte die Londoner Metallbörse den Handel, wie jetzt vorgesehen, in den ersten Märztagen wieder aufnehmen, dürfte sich der Preis bei nur 5000 bis 6000 Pfund einpendeln.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street folgt nun den Signalen von James Baker

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die US-Aktienmärkte glauben nicht mehr an delphische Orakel, wie sie der Chef des Federal Reserve Board, Paul Volcker, gern von sich gibt. Wonach sie greifen, sind die konkret geäußerten Wünsche des Finanzministers James Baker, der zweimal hintereinander im Kongreß erklärte, ein graduell weiter sinkender Dollar, ausgelöst durch niedrigere Zinsen, sei willkommen. Was die Administration will, sind rasche Erfolge im Export und bei der Drosselung der Importe, um dem neu belebten Konjunkturaufschwung Stützbalken einzuziehen.

Mit anderen Worten: Baker ist das Leuchtfeuer, auf das jetzt die Wall Street blickt. Nur so ist zu verstehen, daß nach dem von Volcker verursachten steilen Sturz am Donnerstag und Freitag die Hausse geradezu explodierte. Trotz der am Mittwoch verlorenen 20,52 Punkte schoß der Dow-Jones-Industrie-Index in der durch George Washingtons Geburtstag verkürzten Börsenwoche um 33,26 (Freitag: 24,89) auf 1697,71 Punkte – der elfte Rekord in diesem Jahr. Damit hat das populärste Barometer seit Ende 1985 nahezu zehn Prozent zugelegt.

Eindrucksvoll war jedoch auch die Breite des Spurts. So stieg der Standard & Poor's 500 im Wochenverlauf um 4,86 (Freitag: 2,40) auf 224,62 und der umfassende Nyse-Index um 2,76 (1,41) auf 129,41 Punkte. Die großen Gewinner waren Chemiefirmen wie Dow Chemical, Monsanto und Du Pont, die von den gesunkenen Geldpreisen profitierten. Erheblich höher schlossen auch „High-Tech"-Werte wie Digital Equipment, IBM, Data General und Sperry sowie Coca-Cola, die Dr. Pepper kauft, und Pioneer, die ein Übernahmeangebot von Pickens Mesa Limited erhalten hat.

Vorangetrieben wird die spektakuläre Hausse, die im August 1982 begann und im letzten September den Schnellgang einlegte, durch technische Faktoren, wie die inzwischen zu teuren Terminkontrakte, so daß die institutionellen Anleger direkte Aktienkäufe vorziehen. Der stärkste Antriebsmotor sind zur Zeit aber die Ölpreise. Wie Baker, unterstellt die Wall Street, daß sie die Inflationsrate so weit drücken, daß der Markt auch ohne Volckers Hilfe die Zinsen nach unten treibt.

Bisher ist diese Rechnung aufgegangen. Denn innerhalb einer Woche fielen 30jährige Treasury Bonds von 8,93 auf 8,70 (Vorjahr: 11,70) Prozent. Es ist das niedrigste Niveau seit Anfang 1979. Siebenjährige Notes verbilligten sich auf 8,37 (11,69) Prozent. Nur im kurzfristigen Bereich war der Fall weniger steil: Dreimonatige Treasury Bills brachten Freitag immerhin noch 6,96 (8,38) Prozent, während Notenbanktaggeld 7,65 (8,50) kostete.

Der Ölpreis wird mithin zum wichtigsten Orientierungspunkt. Steigt er jedoch wieder, wie Volcker befürchtet, ist der Zinsrutsch und damit die Hausse vorbei.

Konzentrations-Probleme

Von JOACHIM WEBER

Konzentration ist wieder „in" in der deutschen Wirtschaft. Nach einer Phase der Rückbesinnung darauf, daß auch klein fein sein kann, und nach den sichtbaren Bereinigungen einiger Konzerngebilde scheint nun wieder eine Welle von Fusionen anzulaufen. Die Motive sind unterschiedlich. Von wachsender Bedeutung scheint aber der Zugriff auf zukunftsträchtige Techniken. Jüngstes Beispiel: Der Einstieg von Daimler-Benz in Elektrik und Elektronik durch die Übernahme der AEG.

So wohlklingend und vertrauenerweckend auch die Namen der neuen Partner sein mögen – bei derlei Elefantenhochzeiten bleibt ein etwas ungutes Gefühl, auch jenseits aller ordnungspolitischen Bedenken, allem grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber jeglicher Konzentration wirtschaftlicher Macht.

Denn auch aus der Sicht der beteiligten Unternehmen stellen sich etliche Fragen, auf die es keineswegs nur positive Antworten geben muß. Die Frage beispielsweise, ob die Partner überhaupt zusammenpassen, wird sich – wie bei jeder Ehe – erst nach einigen Jahren beantworten lassen. Sie sollte nicht unterschätzt werden: Auch Unternehmen haben ihre eigene Persönlichkeit, ihre interne Mentalität und Philosophie. Soweit es nur um Probleme zwischen den Führungsmannschaften geht, liegt die Lösung auf der Hand. Manager sind austauschbar.

Eine andere Frage mit dicken Fragezeichen ist die nach dem Wert der Größe an sich. Nicht immer muß die Anreicherung des Konzernvolumens auch eine Bereicherung für das Gesamtgebilde sein (wie die AEG in ihrer eigenen Geschichte hinlänglich bewiesen hat) – zu viel Speck kann auch zum Infarkt führen. Und nicht immer ist Größe schon gleichzusetzen mit Stärke.

Große Wirtschaftseinheiten erweisen sich nicht selten als kreativitätshemmend, schwerfällig und wasserkopfsüchtig. Das liegt in der Natur der Sache: Mit der Größe wächst auch der interne Organisationsbedarf, und das aller Erfahrung nach überproportional. Die Alternative dazu liegt einmal mehr in der „langen Leine", dem Prinzip der dezentralen Führung, und im Feingefühl für Knoten im Organisationsgeflecht.

Eins der gewichtigen Argumente, die gemeinhin zur moralischen Untermauerung von Konzentrationsvorhaben strapaziert werden, zieht im Falle Daimler/AEG nicht: daß Fusionen nötig seien, um im weltweiten Wettbewerb der Riesen mithalten zu können. Keins der beiden Unternehmen hat große Mühe, im Feld der internationalen Konkurrenten gesehen zu werden. Ob sich aus der Verknüpfung der Technologien – vor allem der für Daimler interessanten Nutzung der Elektronik im Automobilbau – Marktchancen ergeben, wird sich erst langfristig zeigen.

Bleibt noch die Diversifikation als Vorsorge-Maßnahme eines Unternehmens, das bislang ausschließlich von einem einzigen Markt abhängt. Der Schritt in die Elektrotechnik macht – wenn auch im speziellen Fall mit einem gewissen Risiko behaftet – für Daimler durchaus Sinn. Das um so mehr, als zur AEG neben Kühlschränken und Waschmaschinen auch so intelligente Bereiche wie die Prozeßsteuerung, die Solartechnik oder die elektronische Zugsteuerung zählen.

Für die AEG selbst hat das Daimler-Engagement zunächst einmal nur Vorteile. Mit dem finanzstarken Gesellschafter im Rücken kann sie ihre Existenz erstmals seit Jahren wieder als gesichert ansehen. Doch schon diese Sicherheit hat ihre Kehrseite. Das Wissen um den großen Geldgeber mit seinen Milliarden im Säckel könnte den gerade erst mühselig motivierten Bürokratenhaufen der AEG zum Rückfall in alte Gewohnheiten verleiten.

Vorstandschef Heinz Dürr hegte schon seit Vergleichsende die Befürchtung, daß „die die Füße wieder auf den Tisch legen", wenn der Druck der Pleite erst einmal genommen ist. Und von jüngeren Managern ist bereits über erste Signale einer solchen Entwicklung zu hören. Bekommt das AEG-Management das Problem nicht selbst in den Griff, dann könnte sich der Elektrokonzern schnell als Klotz am Bein der Auto-Kollegen erweisen.

Die Stuttgarter Konzernzentrale wird sehr viel Fingerspitzengefühl benötigen, will sie einerseits die sinnvollen Synergieeffekte des Zusammenschlusses nutzen, andererseits aber das ungleiche Paar nicht so eng aneinanderfesseln, daß zu hohe Energieverluste durch Reibung entstehen. Und für das Daimler-Management gilt, was bei jeder Fusion zu beachten ist: Die Aufmerksamkeit für das neue Objekt darf nicht so groß werden, daß der eigene Laden vernachlässigt wird.

AUF EIN WORT



„Unternehmer und Verbraucher können besser wirtschaften als Beamte oder Parlamente. Darum ist sauer verdientes Geld auch weitaus besser in den Taschen der Steuerzahler und in den Kassen der Unternehmen aufgehoben als in öffentlichen Budgets."

Ernst-Günter Plutte, Präsident von Gesamttextil FOTO: DIE WELT

Interesse an „sauberen" Autos

adh. **Frankfurt**

Im Januar lag die deutsche Automobilproduktion mit insgesamt 410 000 gefertigten Einheiten um vier Prozent unter dem Stand vom Januar 1985. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Produktion im Vorjahresmonat im Gefolge der Nachholbemühungen nach dem Streik aufgebläht war, erklärte der Verband der Automobilindustrie (VDA). Mit 238 600 Fahrzeugen wurden die Exportergebnisse des Vorjahresmonats um 4 Prozent unterschritten. Das Interesse der Bundesbürger gilt vor allem dem „sauberen" Auto. Modelle mit Katalysator und Diesel sind besonders gefragt.

BLEIFREIES BENZIN

Schon jetzt an jeder dritten Tankstelle verfügbar

Go. **Bonn**

Das Netz von Tankstellen, an denen der Autofahrer bleifrei tanken kann, wird immer dichter. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, Martin Grüner, teilte jetzt mit, daß Anfang 1986 in der Bundesrepublik an über 5300 Tankstellen und damit bereits an jeder dritten Station Bleifrei-Normal erhältlich war. An den Autobahntankstellen führen sogar zwei Drittel aller Stationen diesen umweltfreundlichen Kraftstoff. Auch das Angebot an bleifreiem Super kommt nach Grüners Worten schnell voran. An über 3100 Tankstellen und damit praktisch an jeder zweiten Autobahnstation wird Bleifrei-Super angeboten.

Diese zügige Umrüstung der Tankstellen einerseits, aber vor allem die erneute Senkung der Mineralölsteuer auf unverbleites Benzin um drei Pfennig pro Liter zum 1. Januar dieses Jahres haben bewirkt, daß der Anteil bleifreien Benzins am gesamten Absatz von Vergaserkraftstoff in diesem Januar bereits fast fünf Prozent betrug. Noch im Dezember 1985 hatte der Anteil unverbleiter Ware nämlich bei nur 2,5 Prozent und im Durchschnitt des gesamten Jahres sogar erst bei einem Prozent gelegen.

Da mehr als die Hälfte aller im Verkehr befindlichen auf Normalbenzin ausgelegten Pkw unverbleite Ware ohne irgendeinen Schaden für den Motor vertrügen, könnte der Anteil des unverbleiten Benzin am Gesamtabsatz noch erheblich größer sein als fünf Prozent. Grüner appellierte an die Autofahrer, im Interesse des Umweltschutzes noch mehr bleifreien Kraftstoff zu tanken. Das wäre außerdem billiger. Inzwischen hat die Deutsche Shell unterstrichen, daß unverbleiter Superkraftstoff auch weniger Benzol als verbleite Ware enthalte. Andere Darstellungen seien falsch.

WECHSELKURSE

US-Experten zweifeln an der Wirksamkeit von Zielzonen

Sbt. **Washington**

Skeptisch sind amerikanische Währungsexperten, daß eine größere Stabilisierung der Wechselkurse durch Eingriffe in das seit 1973 geltende Floatingsystem erreicht werden kann. Diese Ansicht wird auch in der Bundesrepublik geteilt. Eine Studie darüber mit der Aussicht auf eine Konferenz der wichtigsten Industriestaaten im kommenden Jahr hatte Präsident Reagan bei US-Finanzminister James Baker in Auftrag gegeben. In seinem Bericht zur Lage der Nation erklärte er am 4. Februar, die USA würden keine wild ausschlagenden Paritäten mehr hinnehmen.

In einem Anhörverfahren vor dem Gemeinsamen Wirtschaftsausschuß des Kongresses äußerten die Professoren William Brandon (Princeton), Richard Cooper (Harvard), Rudiger Dornbush und Paul Krugman (Massachusetts Institute of Technology) sowie Rimmer de Vries (Morgan Guaranty Trust Co.) übereinstimmend Zweifel an der Wirksamkeit sogenannter Zielzonen, die nur bestimmte Abweichungen erlauben würden. Krugman sprach sich für gelegentliche Interventionen aus, hielt die Zeit für eine grundlegende Reform jedoch nicht für gekommen.

Ähnlich urteilte Cooper, unter Carter Chefökonom im US-Außenministerium. Für ihn wäre auch eine Währungskonferenz „in hohem Maße verfrüht". Branson, de Vries und Dornbush warnten, daß keine Regierung ihre fiskalische Autonomie der Zielzone opfern würde. Die Voraussetzungen für eine bessere Koordinierung seien deshalb nicht gegeben. Die Gruppe war sich auch darin einig, daß der Dollar weiter fallen wird. Bis auf Krugman hielt sie die amerikanische Währung für immer noch überbewertet, „so daß die US-Exporteure ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht wiedererlangt haben".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Währungsfonds weniger in Anspruch genommen

Washington (Sbt.) – Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist im vergangenen Jahr von den Mitgliedsländern weniger in Anspruch genommen worden. Sie zogen zur Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Anpassungsprogramme nur 4 Mrd. Sonderziehungsrechte (SZR) oder umgerechnet 10,6 Mrd. DM, gegenüber 7,3 und 12,6 Mrd. SZR 1984 und 1983. Wegen der hohen Rückzahlungen (3,6 Mrd. SZR) sanken die Nettoziehungen mit 0,4 (1984: 5; 1983: 10,6) Mrd. SZR auf den niedrigsten Stand seit 1980.

BFH zu Werbungskosten

München (Kl.) – Hat ein Arbeitnehmer zwei Wohnungen, so können auch die Fahrtkosten von der weiter entfernt liegenden Wohnung zur Arbeitsstätte als Werbungskosten zu berücksichtigen sein, wenn diese Wohnung den Mittelpunkt der Lebensinteressen des Arbeitnehmers darstellt. Dieser Grundsatz gilt nach geänderter Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (VI R 7/83) nunmehr unabhängig von der Entfernung dieser Wohnung zur Arbeitsstätte. In dem entschiedenen Fall hatte ein lediger Zeitsoldat der Bundeswehr mehr als 200 Kilometer zurückgelegt, um zu seiner Wohnung im Heimatort zu gelangen.

Stahlexporteure gewarnt

Washington (AP) – Das amerikanische Handelsministerium hat Exporteure von Stahl in die USA davor gewarnt, Liefergrenzen auf Umwegen zu überschreiten. Amerikanische Stahl-Hersteller hatten ihren ausländischen Konkurrenten in jüngster Zeit mehrfach vorgeworfen, sie umgingen die von der US-Regierung verhängten Importbeschränkungen mit Tricks wie dem, den Stahl über Drittländer in die USA zu exportieren. Die amerikanische Regierung hatte mit 27 Staaten Abkommen getroffen, die zum Ziel hatten, den Anteil der ausländischen Exporteure zu verringern.

Breitbandnetz-Studie

Bonn (Go.) – Ein Breitbandnetz in optischer Nachrichtentechnik amortisiert sich nur bei schnellem Ausbau. Anderenfalls kann die Wirtschaftlichkeitsschwelle nicht erreicht werden. Zu diesem Ergebnis gelangt eine Studie des Heinrich-Hertz-Instituts für Nachrichtentechnik (HHI) in Berlin. Die Kosten für den Ausbau eines solchen Netzes bis zum Jahre 2010 werden auf 150 Mrd. DM geschätzt.

Facheinzelhandel 1985

nominale Umsatzveränderung gegenüber 1984 in %

Lebensmittel	+1
Reformhäuser	+3
Textilien	+2
Schuhe	+1
Möbel	−1
Glas, Porzellan, Keramik	0
Eisenwaren, Hausrat	0
Unterhaltungselektronik	−2
Farben, Tapeten etc.	−5
Drogerien	+1
Leder- u. Galanteriewaren	+3
Fotoartikel	+4
Uhren und Schmuck	+1
Sportartikel	+5
Spielwaren	+5
Musikinstrumente	0
Bücher	+5
Büroartikel	+3
insgesamt	+1

Quelle: HDE

Handelsrenner waren im letzten Jahr Bücher, Sportartikel und Spielwaren. Größter Verlierer war der Fachhandel mit Farben, Tapeten und Bodenbelägen. Die Anzeichen für das Jahr 1986 stehen günstig. Steuerersparnis und Preiseinbrüche im Energiesektor dürften sich im Anstieg des privaten Verbrauchs bemerkbar machen. QUELLE: IMU

Täglicher Ölpreis

Mexiko-Stadt (AP) – Mexiko wird nach einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur Notimex künftig den Ölpreis täglich und nicht mehr wie bisher am Ende eines jeden Monats festlegen. Diese Regelung tritt am 1. März in Kraft. Weiter hieß es, die staatliche Ölgesellschaft werde nicht versuchen, die durch die sinkenden Ölpreise entstehenden Mindereinnahmen durch eine Erhöhung der Ölexporte auszugleichen.

Nuklearabkommen

Bonn (Go.) – Die Kerntechnische Gesellschaft (KTG) und ihr Pendant in der Volksrepublik China, die chinesische kerntechnische Gesellschaft CNS, wollen auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet zusammenarbeiten. Einen entsprechenden Vertrag wird der Vorsitzende der KTG, Claus Berke, am 25. Februar in Peking unterzeichnen.

So macht Schleswig-Holstein Investitionen möglich.

Unsere Bilanz im verarbeitenden Gewerbe: Umsatzzuwachs 16%, Beschäftigungswachstum 6%, Wachstum des Exportumsatzes 46%

Der **KREIS SEGEBERG** macht Unternehmen ein Angebot:

Standort für Handel, Handwerk, Industrie im Wirtschaftsraum Hamburg. Brückenfunktion zwischen der EG und den skandinavischen und osteuropäischen Märkten. Zonenrandgebiet, Sonderabschreibungen bis zu 50 % neben der linearen Abschreibung.

Förderungspräferenz bis zu 15 %
- steuerfreie 10%ige Investitionszulage
- Investitionszuschüsse aus GA-Mitteln
- zinsgünstige Darlehen
- Zinszuschüsse

Ein Beispiel: Industriepark Kieler Straße in Wahlstedt mit 40 ha uneingeschränkt nutzbarem Industriegebiet, Preis: DM 20,– pro m². Dieses ist verkehrsmäßig durch die Bundesstraßen 404, 205 und 206 überregional gut erschlossen. Nur 40 Minuten zum Wirtschaftsraum Hamburg.

Der Bürgermeister der Stadt Wahlstedt
Markt 3
2362 Wahlstedt
Tel. 0 45 54 / 7 01 10



KREIS SEGEBERG
Informationen und Beratung über Amt für Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr des Kreises Segeberg
Hamburger Straße 25, 2360 Bad Segeberg
Telefon 0 45 51 / 5 12 04



Der Bürgermeister der Stadt Bad Segeberg
Lübecker Straße 9
2360 Bad Segeberg
Tel. 0 45 51 / 57 71





Walter Englert wird 65 Jahre



FOTO: DIE WELT

Wenn das Bausparen aus dem Spektrum der Wohnungsbaufinanzierung nicht mehr wegzudenken ist, dann darf sich dies zu einem erheblichen Teil Walter Englert, der langjährige Sprecher der Bausparkasse GdF Wüstenrot und deren Muttergesellschaft, der Wohnungswirtschaft Wüstenrot Verwaltungs- und Finanzierungsgesellschaft, beide in Ludwigsburg, als sein Verdienst zurechnen. Englert, der morgen sein 65. Lebensjahr vollendet, und der seit nunmehr 18 Jahren auch Vorsitzender des Vorstands der Privaten Bausparkassen ist, läßt keinen Zweifel daran, daß bei aller Kreativität der Branche das Ziel einer noch breiteren Wohneigentumsbildung im Auge behalten werden müsse. Unter seiner „Stabführung" ist die Wüstenrot-Gruppe aufgebrochen, den Fächer an Finanzierungsdienstleistungen mehr und mehr zu verbreitern. (nl.)

NAMEN

Johanna Quandt wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats der BMW AG, München, gewählt. Sie tritt die Nachfolge von **Joachim-Hans von Hinkeldey** an, der Ende 1985 ausgeschieden ist.

Rechtsanwalt **Heinz-Günter Gondert** wird in gegenseitigem Einvernehmen als Geschäftsführer aus der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH, Mainz, mit sofortiger Wirkung ausscheiden, bleibt der Firma aber als Berater weiterhin verbunden.

Heinz Pabst, Vorsitzender des Betriebsrats des VW-Werks Braunschweig und Mitglied des Aufsichtsrats der Volkswagen AG, ist am Freitag völlig überraschend im Alter von 54 Jahren gestorben.

ISRAEL / Lebenshaltungskosten sinken zum ersten Mal seit neun Jahren – Abbruch des Gesundungsprogramms?

Peres plant eine Änderung der Wirtschaftspolitik

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die Optimisten im israelischen Finanzministerium sahen sich bestätigt, als Mitte Februar der Index der Lebenshaltungskosten für Januar veröffentlicht wurde: Er war um 1,3 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken. Nach dem Jahr 1985, in dem der Index um 185 Prozent gestiegen war und dem verheerenden Anstieg um 371 Prozent im Jahr 1984, war das Ergebnis für Januar erstaunlich. Der Index sank damit zum ersten Mal seit neun Jahren.

Die Wende hatte im August 1985 begonnen, nachdem das wirtschaftliche Gesundungsprogramm am 1. Juli in Kraft getreten war. Ohne die Bildung der großen Linksrechtskoalition hätte sich das Programm überhaupt nicht durchführen lassen, denn keine Partei wäre bereit gewesen, allein die Verantwortung für die einschneidenden Sparmaßnahmen zu tragen.

So ist beispielsweise der Bruttolohn im Schnitt um 20 Prozent gesunken und beträgt jetzt umgerechnet 1143 DM. Infolge der Haushaltskürzungen mußten mehrere große Fabriken Insolvenz anmelden. Die staatliche Bautätigkeit ist um die Hälfte gesunken. Zwei große Bauunternehmen und mehrere kleinere sind bankrott. Dabei wurden 3000 Arbeiter entlassen und Hunderte von Familien obdachlos, weil diese ihre alten Wohnungen schon verkauft, aber die bestellten noch nicht bekommen hatten.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter und nähert sich der Zehn-Prozent-Marke. Es hat sich ein paradoxer Zustand ergeben, in dem die klassische Methode der Inflationsbekämpfung mit dem Opfer kurzfristig steigender Arbeitslosigkeit gerade durch eine Regierung angewandt wird, die unter der Führung der Arbeiterpartei steht. Dies ist den führenden Mitgliedern der Partei nicht entgangen. Ministerpräsident Peres, unterstützt vom Minister für Wirtschaftsplanung, Gad Jacobi, hat einen umfassenden Plan entwickelt, der vorsieht, daß „die Bremsung der Wirtschaftstätigkeit jetzt einem neuen Wachstum weichen soll".

Auslöser ist die Erkenntnis, daß in neun Monaten die „Rotation" fällig ist. Dann wird laut Koalitionsabkommen Yitzhak Shamir, Obmann des „Likud", das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen, während Peres neuer Außenminister wird. „Soll dann die Arbeiterpartei", so fragt Peres, „als Bösewicht dastehen, der die große Entlassungswelle vornahm, während der Likud dann das Lob für den darauffolgenden Aufschwung einheimst? Wir wollen das Wachstum jetzt beginnen." Zu diesem Zweck, kündigte Peres vorige Woche an, möchte er noch in diesem Frühjahr nach Washington fliegen und um eine „einmalige Wachstumshilfe von 750 Millionen Dollar nachsuchen".

Der Likud ist auf das strikteste dagegen und hat die Fachleute auf seiner Seite. „Wenn wir jetzt das Sparprogramm aufgeben, so werden alle Errungenschaften hinweggefegt", wettert Finanzminister Yitzhak Modai. Alle Wirtschaftsprofessoren, die von der Regierung bisher befragt wurden, geben Modai recht. Sie fordern die Weiterführung der Deflationspolitik und sogar eine weitere Kürzung des Haushalts um 500 bis 600 Millionen Dollar.

Die US-Agentur für Auslandshilfe lobte zwar in ihrem Jahresbericht den Erfolg des israelischen Gesundungsprogramms, meinte jedoch, es müsse fortgesetzt werden, und erst „in einigen Jahren" könnten sich Ansätze zu einem Wachstum zeigen. US-Außenminister George Shultz ließ dabei durchblicken, er könne Peres' Antrag auf zusätzliche Wirtschaftshilfe nicht unterstützen.

Die letzte Regierungssitzung befaßte sich hauptsächlich mit dem Wachstumskonflikt und artete in eine gegenseitige Beschimpfung aus, bis Peres erklärte, er sei nicht gewillt, „noch einmal so etwas mitzuerleben". Als Kompromiß hat Peres nun vorgeschlagen, das „Wachstumsprogramm" zu verschieben. Als Gegenleistung jedoch möchte er auch nach der Rotation mit der obersten Führung des Wirtschaftsprogramms betraut werden. Aber dem widersetzt sich der „Likud". Der Konflikt schwelt weiter und stellt eine größere Gefahr für den Fortbestand der großen Koalition dar als jede bisherige Kabinettskrise. (SAD)

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Michael Jungblut: Wege aus der Wirtschaftsmisere, Goldmann Verlag, München 1986, 304 S., 16,80 Mark.

Es ist inzwischen zwar für jedermann einfach einzusehen, daß das Machbare in der Wirtschaftspolitik Grenzen hat, doch erweist es sich in der Praxis als sehr schwierig, anstelle einer alten, „abgenutzten" Wirtschaftspolitik ein neues, besseres Konzept durchzusetzen. Eine weltweite Krise, wie sie der Autor unterstellt, muss nach seinen Worten nicht Schicksal sein. Allerdings komme es darauf an, von den herkömmlichen Wachstumsvorstellungen Abschied zu nehmen.

Willi H. Grün: Geld verdienen mit Aktien, Ullstein Sachbuch, Frankfurt/Berlin 1986, 139 Seiten, 9,80 Mark

Die Erstherausgabe dieses Buches zur Frankfurter Buchmesse 1984 war schon nach wenigen Wochen vergriffen. In diesem Monat kommt schon die sechste und aktualisierte Auflage auf die Buchtische. Gründe für den Erfolg gibt es mehrere: Der Autor ist an der Börse kein Neuling. Sein zusätzliches Plus: Er schreibt flott und unterhaltsam. Wie sehen Aktien überhaupt aus? Was bringen Börseninformationsdienste? Wie wird der Kassakurs gemacht? Dem Anfänger wird die Angst vor dem rutschigen Börsenparkett genommen, aber auch der Profi findet manch neues. So ist wohl nur wenigen bekannt, daß die amerikanischen Steuerbeamten ihren deutschen Kollegen jede noch so kleine Miniausschüttung eines US-Investmentfonds melden, die der deutsche Anleger in seiner Steuererklärung vielleicht vergessen hat. Die sechste Auflage wird wohl nicht die letzte dieses einzigen deutschsprachigen Taschenbuchs zum Thema Börse bleiben.

Anton Kovacic: Suppe genug, aber Seele kaputt – Die Neue Armut in der Industriegesellschaft, Heyne-Verlag, München 1986, 186 S., 7,80 Mark.

Gibt es eine „Neue Armut" in der Bundesrepublik Deutschland? Stimmt das von den Gewerkschaften und der Opposition propagierte Bild von der „Republik des Elends"? Der Report schildert anhand vieler Beispiele und Aussagen die Folgen von Arbeitslosigkeit, Alter und Kinderreichtum. Dabei beläßt es der Autor nicht dabei,die wirtschaftlichen Aspekte zu analysieren, sondern erforscht auch Ursachen und Hintergründe der von ihm recherchierten Einzelfälle. Ein streitbares Buch, das leider keine Vorschläge zur Verbesserung der tAusgangslage anbietet.

Ludwig Krämer: EWG-Verbraucherrecht, Nomos Verlag, Baden-Baden 1985, 456 S., 98 Mark.

Die erste umfassende Darstellung des Verbraucherrechts in der EG. Fragen zum Arzneimittelrecht, zur Produkthaftung, des Weinrechts, des Werberechts werden ebenso behandelt wie das Reinheitsgebot für Bier, die Bestrahlung von Lebensmitteln sowie die Bedeutung des Seveso-Giftes. Die zunehmende Integration der Märkte innerhalb der EG beeinflußt schon gegenwärtig das Recht der einzelnen Mitgliedstaaten zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher. Diese Tendenz wird sich noch verstärken. In zehn Kapiteln wird eine ausführliche Darstellung des geltenden und des in Vorbereitung befindlichen EG-Rechts unternommen. Weitere Kapitel befassen sich mit Preisen, Verbraucherinformationen, Gesundheit und Sicherheit des Verbrauchers und der Qualität von Produkten.

Mißbrauch bei Bauherrenmodellen

Kl. München

Die Vereinbarung unangemessen hoher Gebühren bei sogenannten Bauherren-Modellen kann einen Mißbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten darstellen und führt dazu, daß erstrebte Steuerminderungen nicht eintreten. Diese Entscheidung traf der Bundesfinanzhof (Az.: IX R 107/82) im Fall einer Verlustzuweisungsgesellschaft, die mittels überhöhter Gebühren für Finanzierungsvermittlungen Aufwendungen in den Bereich der sofort abziehbaren Werbungskosten verlagert hatte.

Der Bundesfinanzhof sah in dem Unterschied zwischen den marktüblichen und den tatsächlich geltend gemachten Gebühren den Tatbestand einer Steuerumgehung verwirklicht und ließ insoweit einen Werbungskostenabzug nicht zu. Bei vom Normalbild abweichenden rechtlichen Gestaltungsformen müsse dargetan werden, daß sie auf vernünftigen Erwägungen beruhten. Diese Voraussetzung hielten die Richter im entschiedenen Fall nicht für gegeben; die Höhe des Steueranspruchs habe sich daher nach einer den wirtschaftlichen Vorgängen angemessenen rechtlichen Gestaltung zu richten.

ITALIEN / Stimmrechtlose Spareraktien sind gefragt

Höhere Dividende ist sicher

ds, Mailand

An der Mailänder Wertpapierbörse häufen sich gegenwärtig die Fälle, in denen die Vorstände von Unternehmen die Emission von Spareraktien beschließen. Spareraktien sind Aktien, die steuer- und ausschüttungsbegünstigt sind, dafür aber kein Stimmrecht besitzen. Der Gesetzgeber schreibt vor, daß die Dividende für eine Spareraktie mindestens zwei Prozentpunkte höher sein muß als die für eine Stammaktie.

Die Spareraktien wurden 1974 mit dem Zweck eingeführt, das damals in der Krise befindliche Aktiensparen zu fördern. Zu einem richtigen Start dieser Aktienform kam es vor etwa zwei Jahren, als die Unternehmen wieder Gewinne zu machen begannen. Gegenwärtig sind an der Mailänder Börse 46 Spareraktien notiert.

Mailänder Börsenexperten erwarten, daß die Praxis der Spareraktien in nächster Zeit noch weiter um sich greifen wird. Hinweise darauf liefern nicht nur die letzten von Olivetti beschlossene Operation, die die Emission einer in Spareraktien umtauschbaren Obligationenanleihe vorsieht, sondern auch die vor wenigen Tagen von den Aktionären genehmigte Kapitalaufstockung des Warenhauskonzerns Rinascente sowie die Pläne des Chemieunternehmens Montedison, die ebenfalls die Ausgabe von Spareraktien vorsehen. Selbst im Falle Fiat sehen es Börsenkreise schon jetzt als gesichert an, daß die nächste Aufstockung – für die als möglicher Termin Ende dieses oder Anfang kommenden Jahres genannt wird – auch aus Spareraktien bestehen wird.

Seit Anfang des Jahres wurden von Mailänder Börsengesellschaften insgesamt zwölf Emissionen von Spareraktien entweder genehmigt oder bereits durchgeführt. Dabei sind die Reaktionen auf diese neue Welle zwiespältig. Während eine Reihe von Beobachtern die Verbreitung dieses Instruments begrüßt, um die kleinen Portefeuillesparer wieder an den Aktienmarkt zu holen, sehen andere darin lediglich den Versuch der Mehrheits- oder Kontrollaktionäre, die Unternehmen auf billige Weise zu finanzieren, ohne Kontrollquoten einzubüßen oder selbst Geld aus der Tasche ziehen zu müssen.

RENTENMARKT / Warten auf die Bundesbank

Zinsen auf Tiefststand

Die Zinsen am deutschen Kapitalmarkt sind in der vorigen Woche auf den niedrigsten Stand während dieses Zinszyklus gesunken. Damit haben sie auch gleichzeitig ihren bisherigen tiefsten Stand vom September letzten Jahres unterschritten. Die Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland verlief parallel zu dem Zinsabbau in den Vereinigten Staaten. Ihre Schwungkraft bezieht die Abwärtsbewegung der Zinsen vom weltweit preisdämpfenden Effekt des gesunkenen Ölpreises. Zwar darf man nicht damit rechnen, daß sich der Rückgang der Geldentwertungsrate in der Bundesrepublik Deutschland das ganze Jahr über im augenblicklichen Tempo fortsetzt; dennoch spricht einiges dafür, daß nun auch die Bundesbank den inzwischen gewonenen Spielraum demnächst für eine Leitzinssenkung nutzen wird. Als am wahrscheinlichsten gilt eine Senkung des Diskontsatzes, womit die Nutzung dieser nur zum Teil ausgeschöpften Quelle der Zentralbankgeldversorgung für die Banken wieder attraktiver gemacht werden könnte. (cd.)

Emissionen	21.2. 86	14.2. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,63	5,73	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,07	6,13	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,72	5,79	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,20	6,16	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,78	5,90	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,38	5,50	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,47	6,58	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,77	5,89	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,63	6,67	6,82	7,20	8,08

Kapitalanleger

Wenn Sie unsere Ansicht teilen, daß die optimale Kapitalanlage einen hohen Gewinn, eine totale Absicherung und Anonymität bieten muß, dann sind Sie unser Partner.

Unser Angebot im März:

- Anlageobjekt auf einer kanarischen Insel
- stark expandierender Touristik-Sektor
- 15% Rendite
- grundbuchmäßige Absicherung
- auf Wunsch absolute Anonymität
- Abwicklung durch Luxemburger Gesellschaft

Zuschr. unt. H 8994 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min.) Fragen Sie uns, wir informieren Sie gern.

Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik

3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Telefon: 05193/1031 · Telex 924153

Moderne Yachten und Jollen!

Richtige Seemannschaft für jedermann im DHH.

Deutscher Hochseesportverband „Hansa" e.V. Postfach 13 20 34 2000 Hamburg 13 Tel. 0 40 / 44 11 42 50

Bitte Jahresprospekt anfordern!

„SEE-SEMINARE" IM NORDSEEBAD ST. PETER.

Für erfolgreiche Tagungen bieten wir Meer. 5 Räume für Seminare, Tagungen, Festlichkeiten bis zu 250 Personen, modernste Konferenztechnik, 90 Zimmer, Swimmingpool, Fitness-Center, direkt am Meer

Best Western AMBASSADOR International

Im Bad 26 · 2252 St. Peter-Ording Tel. 04863/1091 · Tlx. 28 420 ambad

Boodschap

bel even op a.u.b. Hilde, Jo, Lieve, Harry, Mietje, Pal, Koen, Ingrid, Hilde.

Aluminium – Ihre Zukunft?

Fünfzig Mitarbeiter sind in der Fertigung tätig. Aluminium-Output pro Tag: mehrere hunderttausend Stück. Können Sie als Produktionsleiter Termine, Qualität und Motivation zu Ihrer Sache machen? Dafür sollten Sie Maschinenbau-, Fertigungs- oder Produktionstechnik studiert haben und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung in der Massenfertigung mitbringen.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 1. März, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

FINANZANZEIGEN

Auslosungsbekanntmachung

In der am 17. Februar 1986 vorgenommenen Auslosung wurden zur Rückzahlung per 1. Juni 1986 gezogen:

1) 6½ % Pfandbriefe Ausgabe 62 – 264 061 –
die Endnummern: 42, 43, 64, 69, 82, 95, 96

2) 8 % Pfandbriefe Ausgabe 69 – 264 068 –
die Endnummern: 28, 37, 49, 59, 85

Als ausgelost gelten alle Pfandbriefe mit den jeweils vorgenannten Endnummern.

Die Einlösung der am 17. Februar 1986 ausgelosten Stücke erfolgt vom **1. Juni 1986** ab zum Nennwert gegen Einreichung der Pfandbriefe mit Zinsscheinen per 1. Dezember 1986 uff. bei der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –, Hamburg, bei allen anderen Girozentralen und Landesbanken sowie bei den Sparkassen.

Mit Ablauf des 30. Mai 1986 hört die Verzinsung der zum 1. Juni 1986 gelosten Pfandbriefe auf. Der Betrag fehlender Zinsscheine wird von dem Kapitalbetrag gekürzt.

Restanten: 6½ % Pfandbriefe Ausgabe 62

Auslosung per 1. Juni 1981: Stücke mit der Endnummer: 88
Auslosung per 1. Juni 1983: Stücke mit den Endnummern: 23, 67
Auslosung per 1. Juni 1985: Stücke mit der Endnummer: 83

Restanten: 8 % Pfandbriefe Ausgabe 69

Auslosung per 1. Juni 1984: Stücke mit der Endnummer: 36
per 1. Juni 1985: Stücke mit den Endnummern: 01, 21, 24, 68

Hamburg, im Februar 1986

HAMBURGISCHE LANDESBANK

STADT KOBE

6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1972
– WKN 461 641/50 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 13. Februar 1986 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 1 – WKN 461 641 –
Serie 9 – WKN 461 649 –
Serie 10 – WKN 461 650 –

mit Stücknummern

1– 10 000
80 001– 90 000
90 001–100 000 zu je DM 1000,–

im Nennbetrag von insgesamt DM 13 508 000,– zur Rückzahlung zum 1. Mai 1986 ausgelost. Weitere nom. DM 68 000,– Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden ab 2. Mai 1986 gegen Einreichung der Wertpapiermäntel und Zinsscheine per 1. Mai 1987 zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
The Bank of Tokyo, Ltd.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Marcard & Co.
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt Kommanditgesellschaft auf Aktien
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken:

Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam
Banca Commerciale Italiana, Mailand
The Bank of Tokyo Ltd., Brüssel, London, Mailand und Paris
Banque Paribas, Paris
Generale Bank N.V.
The Taiyo Kobe Bank Ltd. London

Die Verzinsung der gelosten Teilschuldverschreibungen endet am 30. April 1986. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die am 1. Mai 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 3, 4 und 6 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Kobe, Japan, im Februar 1986

STADT KOBE

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geltel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 22 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Zeitung aus dem Zentrum der Politik
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
W 3405

HYPOBANK / Verdächtigungen zurückgewiesen

„Berater nicht aufgedrängt“

DANKWARD SEITZ, München

Ganz entschieden hat die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, Verdächtigungen zurückgewiesen, in einigen Sanierungsfällen dem jeweiligen Unternehmen immer wieder ultimativ das Frankfurter Institut für Management (FI) als Unternehmensberater aufgedrängt zu haben (WELT vom 22. 2.). Aktueller Anlaß für diese Vorwürfe ist die Münchner Tiefdruckerei Karl Thiemig AG, die Mitte des Monats Vergleich beantragen mußte.

Grundsätzlich stellten Vorstandssprecher Wilhelm Arendts und seine Vorstandskollegen Klaus Geiger und Erich Schmitt fest: „Das FI hat keinem unserer Mitarbeiter irgendwelche Provisionen gezahlt und wir sind an diesem Institut weder direkt noch indirekt beteiligt – das gilt auch für die Vergangenheit.“ Dem FI habe man vertraut, weil es der Bank von einer ganzen Reihe namhafter Firmen (beispielsweise PWA) empfohlen worden sei.

Nach ihrer Darstellung ist es eher ein unglücklicher Zufall, daß bei mehreren Pleitefällen (Carrera, Götz, Louisoder und jetzt Thiemig) das FI als Beratungsgesellschaft fungierte. In jedem einzelnen Fall habe man den Unternehmen als Hausbank mehrere Beraterfirmen vorgeschlagen. Auf das Bankgeheimnis berief sich Geiger bei der Frage, ob ein Junktim zwischen der Kreditzusage und der Beauftragung eines speziellen Beraters bestanden habe. Geiger: „Wir oktroyieren keinen Berater auf.“ Wenn man Schwachstellen bei einem Unternehmen erkenne, bitte und dränge man schließlich darauf, daß diese behoben werden. Im Krisenfall Thiemig habe man der Unternehmensleitung schon 1981 dringend empfohlen, eine Beratungsgesellschaft zu engagieren.

Aufgrund des harten Wettbewerbs hatte das Tiefdruckunternehmen, wie von anderer Seite verlautete, im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) einen Verlust erlitten, der die Eigenmittel weitgehend aufgezehrt hatte. Das FI hielt das Familienunternehmen (Umsatz etwa 110 Mill. DM) dennoch für sanierungsfähig. In der Folgezeit seien dann allerdings erhebliche Managementfehler gemacht worden. So seien der Umsatz auf über 140 Mill. DM mit Kampfpreisen aufgebläht, Betriebsverluste vergangener Jahre nicht aufgefangen und große Investitionen ohne entsprechende Vorfinanzierung getätigt worden.

In den letzten Monaten sei die Hypobank, so Geiger, bis „an die Grenzen des Möglichen gegangen“, um die 700 Arbeitsplätze bei Thiemig zu erhalten. Daß die Bank (mit vermutlich 30 bis 40 Mill. DM größter Gläubiger) zu einer konstruktiven Lösung bereit sei, verdeutliche auch, daß man am vergangenen Freitag die Lohnzahlungen übernommen habe.

Hauptaktionäre des Unternehmens, das Verbindlichkeiten von 50 bis 70 Mill. DM haben soll, ist die Familie Thiemig. Im Zuge einer Kapitalerhöhung auf 12,5 (7,0) Mill. DM haben 1985 der Vorstandsvorsitzende Björn Fokko Voigt und der Generalbevollmächtige Paul Josef Barb – beides ehemalige FI-Mitarbeiter – einen Anteil von 3,5 Mill. DM erworben. Barb, dem Unregelmäßigkeiten vorgeworfen werden, ist inzwischen aus dem Unternehmen ausgeschieden.

DEUTSCHER WEIN / Der Qualitätsgedanke kann sich weiterhin nicht durchsetzen

Mengenbegrenzung im Streit der Interessen

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Die Frage, ob es in der Bundesrepublik gelingen wird, ihr auf dem Dubliner EG-Gipfel abgegebenes Versprechen einzulösen und ihren Weinmarkt selber in Ordnung zu bringen, wird immer komplizierter. Jeder weiß: Wenn es nicht gelingt, drohen drakonische und für die deutsche Weinwirtschaft unter Umständen verhängnisvolle Maßnahmen aus Brüssel.

Noch vor wenigen Monaten schien vor allem das Problem der Weinmengen durchaus lösbar. Jedermann beteuerte, er sei für Mengenbegrenzung und Hektarhöchstertrag. Doch von der Aussicht, vielleicht schon die Weinernte 1987 nach den neuen Regeln durchführen zu können, ist nichts geblieben. Der vom Deutschen Weinbauverband anvisierte Kompromiß (100 Hektoliter Wein pro Hektar als Höchstgrenze) ist inzwischen durch Einzelforderungen so verwässert, daß von einer Mengenbegrenzung kaum noch die Rede sein kann. Über die Begrenzung hinausgehende Mengen sollen ganz allgemein nicht etwa aus dem Verkehr gezogen, zu Tafelwein heruntergestuft oder destilliert werden, sondern man soll sie für Zeiten mit geringerem Ernteertrag einlagern dürfen.

Zwar ist das Argument, die Ernteschwankungen bei deutschem Wein (z. B. 1980 4,8 Mill. hl und 1982 16 Mill. hl) machten eine starre Mengenregelung hierzulande unmöglich, nicht von der Hand zu weisen. Aber eine so weitherzige Einlagerungserlaubnis, wie sie inzwischen im Gespräch ist, käme im Endeffekt nur auf eine dirigistische Steuerung des Weinverkaufs heraus. So hat sich massive Kritik angesammelt. Die Württemberger, die praktisch keine Vermarktungsprobleme haben, sind neuerdings gegen jede Mengenbegrenzung. Die Franken, die im Durchschnitt der letzten Jahre sowieso kaum 80 hl/ha ernteten, fordern eine wesentlich schärfere und einheitlichere Regelung für alle Gebiete.

Karl Fuhrmann, der angesehene Vizepräsident des Deutschen Weinbauverbandes, schockierte den Pfälzischen Weinbautag mit einem völlig neuen (mit dem Verband nicht abgestimmten) Modell. Jeder Betrieb solle sich jährlich bis zum 15. Dezember mit seinen Weinbergsflächen selber einstufen. Wählt er Stufe 1, muß er unter 75 hl/ha bleiben und nur qualitätsbetonte Rebsorten verwenden, darf dann dafür aber bei entsprechender Qualität Prädikatsweine produzieren und auf dem Etikett die Einzellage angeben. Schon in Stufe 2 (bis 120 hl/ha) sollen Prädikatsweine verboten und nur noch die Großlagebezeichnung gestattet sein. Bei Stufe 3 (bis 180 hl/ha) gibt es nur noch Tafel- bzw. Landwein und bei Stufe 4 (über 180 hl/ha) EG-Verschnitt oder Verarbeitungswein.

So bestechend dieser Vorschlag (er ist qualitäts- und marktorientiert) sein mag – er ist politisch nicht durchsetzbar, weil er die mächtigen Genossenschaften, die dann Einstufungsprobleme bekämen und ihre großen Lagerkapazitäten nicht sinnvoll nutzen könnten, benachteiligt. Auch Brüssel wäre wohl nicht zufrieden, wenn ausgerechnet der Tafelwein fast ohne Begrenzung davonkäme. Schließlich geriete auch das System der deutschen Qualitätsweinprüfung ins Wanken.

Was die Weinmenge betrifft, sind die Deutschen sowieso – relativ gerechnet – Weltmeister. Mit ihren gut 100 000 ha Weinbergsfläche liegen sie in der Welt an 18. Stelle, mit der darauf geernteten Menge aber an Platz acht. Franzosen und Italiener kommen im Schnitt auf eine Menge von ca. 50 hl/ha, also halb soviel wie bei uns. Für Qualitätsweine ist der Hektarertrag noch strenger begrenzt. Aber bei einer Weltweinernte von rund 350 Millionen hl und einem Weinverbrauch von 250 Millionen hl scheint eine „Mengenbegrenzung“, wie sie hierzulande in der Diskussion ist, höchst unzulänglich.

Wie nötig eine Begrenzung, vor allem aber eine Kontrolle der deutschen Weinmengen ist, zeigt auf überraschende Weise ein öffentlicher Streit zwischen dem Verbandsbürgermeister Franz Dötsch von der Untermosel und der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz. Dötsch, nebenbei Vorsitzender der Erzeugergemeinschaft Deutsches Eck, warf der Kammer – die auch für die amtliche Qualitätsweinprüfung zuständig ist – vor, sie sei unfähig, überhaupt festzustellen, ob sie nicht am Ende mehr Rieslingweine durch die Prüfung schleuse, als überhaupt gewachsen sein können.

Die Kammer wehrte sich vehement – aber bezeichnenderweise nur mit dem Argument, zu einer genauen Mengenerfassung bei der Qualitätsweinprüfung sei sie weder von ihrem gesetzlichen Auftrag noch von ihrer Finanzausstattung her in der Lage.

TOSHIBA / Die Nummer zwei auf dem Kopierermarkt

Eigene Produktion in der EG

HARALD POSNY, Düsseldorf

Als einen harten Rückschlag für die Neuinstallationen im Kopierermarkt befürchtet die Toshiba GmbH, Neuss, für den Fall, daß sich die europäischen Hersteller im Brüsseler EG-„Antidumping-Verfahren“ durchsetzen. Im Gespräch mit der WELT sieht Generalmanager Friedrich W. Becker-Birck voraus, daß der vorgesehene 25prozentige Zollaufschlag für importierte Kopierer voll auf die Preise weitergewälzt wird und es anschließend zu drastischen Verkaufsrückschlägen kommt, die erst ab 1988 wieder ausgeglichen würden.

Die Kopierer-Importe stammen zu etwa 87 Prozent aus Japan. Nimmt man die von europäischen oder US-Firmen mitvertriebenen japanischen Produkte hinzu, dürfte der Importanteil bei 90 Prozent liegen. Becker-Birck bezeichnete die Dumping-Vorwürfe als unberechtigt. Sie dürften Ausfluß von Auseinandersetzungen über die Öffnung der Märkte zwischen der EG und Japan sein. Auf dem europäischen wie auf dem deutschen Markt operieren vor allem acht japanische Kopiererhersteller. Vor deutschen Händlern hatte Toshiba-Präsident Akira Inai kürzlich mitgeteilt, daß das Unternehmen noch 1986 die Kopierer-Produktion innerhalb der EG aufnehmen werde.

Toshiba ist 1985 mit der Geschäftsentwicklung zufrieden gewesen. Mit 16 000 verkauften Geräten, das war eine Steigerung um 17 Prozent, hat sich das Unternehmen, das Anfang der achtziger Jahre auf dem deutschen Markt noch bedeutungslos war, auf den zweiten Platz (hinter Canon und vor Rank Xerox) vorgearbeitet. Toshiba erreichte einen Anteil am 175 000 (153 000) Installationen umfassenden Markt von neun Prozent. Marktführer ist Canon (21 Prozent), wobei über die Hälfte aller Canon-Geräte Kleinkopierer mit einem Preis bis 2500 DM sind. Der Kleinkopierermarkt dürfte 1985 bei 35 000 Einheiten gelegen haben.

Grundlage für den Toshiba-Erfolg ist für Becker-Birck die Treue zum Büromaschinen-Fachhandel und das kooperative Konzept, das die Belange des Fachhandels in Schulungs-, Aus- und Weiterbildungsprogrammen und in der Werbung unterstützt. In der Produktpalette wurde die Herkunft des Konzerns auf dem Bereich der Mikroelektronik mit den dazugehörenden enormen Qualitäts- und Zuverlässigkeitsansprüchen genutzt.

Anzeige

DekaDespa-Info Nr. 13

DekaRent – weil die US-Renditen hoch sind.

Und bei sinkenden US-Zinsen Kursgewinne winken.

Mehr über DekaRent erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage.

Deka

Toshiba Europa, zuständig für ganz Europa (ohne UdSSR und Griechenland), zählt rund 250 Mitarbeiter. Becker-Birck bezifferte den Umsatz auf etwa 250 Mill. DM, von denen 40 bis 45 Prozent auf den deutschen Markt entfallen.

Für 1986 und bis zum Ende der achtziger Jahre erwartet Toshiba ein überdurchschnittliches Wachstum von jährlich 20 Prozent und sieht sich damit wachstumsstärker als der Gesamtmarkt (13 Prozent). Die „Antidumping“-Unwägbarkeit ist dabei jedoch nicht berücksichtigt.

MCDONALDS / In der Bundesrepublik 225 Restaurants

Expansion wird fortgesetzt

Py. Düsseldorf

Die Expansion des Marktführers in der deutschen Schnellgastronomie, der McDonalds-Restaurantkette, ist noch nicht zu Ende. Die Imbißkette, die 1985 weltweit in über 8900 Restaurants, davon knapp 7000 in den USA, 11 Mrd. Dollar umsetzte, will in der Bundesrepublik jährlich 25 Lokale neu öffnen. Die Zahl interessierter Lizenznehmer sei ein Vielfaches davon.

Das Unternehmen, das 1971 in München begann und inzwischen auf 225 Restaurants in 125 Städten wuchs, ist nicht nur vom Produkt „angenommen“ worden, sondern auch zu einem Wirtschaftsfaktor gewachsen. Rolf Kreiner, Mitglied der Geschäftsführung der McDonalds System of Germany Inc, München: „In jedem neuen Restaurant mit durchschnittlich 100 Plätzen werden 50 neue Arbeitsplätze geschaffen. Mehr, deutlich mehr als in der klassischen Gastronomie“.

In den 102 firmeneigenen und 123 Lizenznehmer-Lokalen arbeiten 15 000 Menschen. Und in der Bundesrepublik sind im letzten Jahr 661 (593) Mill. DM mit Big Mac, Pommes frites, Fish Mac usw. umgesetzt worden. Seit dem Start erreichten die Investitionen 540 Mill. DM., im laufenden Jahr sind 100 Mill. DM vorgesehen. An interessanten Standorten ist das Unternehmen meist Hauseigentümer, was das Risiko rasanter Mietsteigerungen mindert. Das Angebot „guter, schneller und preiswerter Verpflegung“ soll künftig auch in freistehenden Standorten am Stadtrand geboten werden. Dazu gehören vor allem die neuen „Mac Drive“ mit Autoschaltern an stark frequentierten Ausfallstraßen.

Die drittgrößte MacDonalds-Kette außerhalb der USA (hinter Japan und Kanada) spürt bei allen geschäftlichen Erfolgen (seit 1981 sei das Unternehmen „in schwarzen Zahlen“) doch häufig Animositäten. Der Erfolgsidee aus den USA wird die Beschäftigung meist jugendlicher Kurzzeit-Mitarbeiter vorgehalten. Kreiner und die Personalchefin Eva Maria Sachse verwahrten sich aber gegen den immer wieder geäußerten Vorwurf, man behindere Betriebsratswahlen. Man befrage niemanden nach seiner Zugehörigkeit zur Gewerkschaft. Es gibt jedoch nur in Duisburg und Oldenburg solche Gremien.

Wochenschlußkurse

New York

	21.2.	14.2.
Adv. Micro Dev.	37,625	30,875
Aetna Life	61,25	59
Alcan Aluminium	32,375	31,25
Alcoa	45,75	44,875
Allied Signal	50,125	49,625
AMR Corp.	52,125	51,5
Amax	13,5	12,75
Am. Cyanamid	65,125	62,75
Am. Express	64,5	62,125
Am. Motors	2,875	2,75
Am. Tel. & Telegr.	22,375	21,75
Amoco Corp.	59,5	57,625
Asarco	20,625	20,25
Atlantic Richfield	52,5	52,75
Avon Products	30,5	29,375
Bally	18,625	17,875
Bk. of America	14,375	13,625
Bethlehem Steel	19,625	19,5
Black & Decker	23,75	22,75
Boeing	50,125	49,75
Brunswick	27,375	28,125
Burroughs	70,75	69,75
Caterpillar	48,75	49,5
CBS	125,625	118,375
Celanese	199	184
Chase Manhattan	37,875	38,75
Chrysler	58,625	52,5
Citicorp	50	51,375
Clorox	47,375	48,5
Coca-Cola	91,375	86
Colgate	34,625	34,75
Commodore	7,625	7,125
Comwth. Edison	33,75	33
Comm. Satellite	38,5	39,375
Control Data	24,5	22,75
CPC Int.	56,5	56,25
Curtiss Wright	47,25	47,375
Deere	31	32,375
Delta Airlines	45,625	44,625
Digital Equipm.	162,75	157,125
Dow Chemical	51,25	45,5
Du Pont	72	72
Eastern Gas-Fuel	24,375	23,625
Eastman Kodak	52,375	52,5
Exxon	52,75	51,75
Firestone	30,375	25
Fluor	17	15,5
Ford	71,75	70,25
Foster Wheeler	13,625	13,125
Fruehauf	31	27,375
GAF Corp.	66,375	62
General Dynamics	75	74,625
General Electric	78	74,75
General Instr.	20,75	20,75
General Motors	80,5	79,875
Gen. T. & E.	49,5	50
Global Nat. Res.	3,125	3,25
Goodrich	41,875	39,375
Goodyear Tire	35,75	34,125
Grace	55,875	53
Halliburton	25,5	27,5
Heinz	35,5	31,75
Hewlett Packard	44	43,125
Homestake	25,875	25,875
Honeywell	80,5	79,375
IBM	159,875	156,5
Int. Tel. & Tel.	42,125	41,875
Int. Harvester	–	8,875
Int. Paper	57,5	55,75
Int. North. Inc.	41,75	40,875
Jim Walter	51,125	46
Litton Industries	81,5	79,625
Lockheed Corp.	52,5	50,75
Loew's Corp.	63,25	67,25
Lone Star	30,625	32
Louisiana Land	26,5	24,75
LTV Corp.	6,875	6,75
Mc Dermott	14,75	14,875
Mc Donnel Doug.	79,875	78,25
Merck & Co.	152,5	144
Merrill Lynch	40	39,25
Mesa Petroleum	3	2,875
MGM (Film)	25	24,875
Minnesota M.	98,875	96,75
Mobil Oil	28,75	28,125
Monsanto	59,25	53,5
Morgan J.P.	66,375	66,5
Nat. Semiconductor	14,25	14,625
NCR	46,5	46,375
Newmont	48,125	47,5
PanAm World	8,5	8,625
Pantry Pride	12	11
Pfizer	52,125	51,5
Phibro	49	49,625
Philip Morris	101,25	99,125
Phillips Petroleum	10,25	9,5
Pittston	13,375	13,125
Polaroid	61,5	64,625
Prime Computer	27,625	26,875
Procter & Gamble	68	68,375
RCA	61,875	61,875
Reynolds Ind.	35,75	36,25
Rockwell Int.	39,625	38
Rorer Group	33,25	35,875
Schlumberger	29,75	30,25
Sears, Roebuck	43,625	42
Singer	49,5	48
Sperry Corp.	53,875	51,375
Stand. Oil Calif.	35,875	35,75
Storage Techn.	3,375	3,5
Tandy	41,75	39,25
Teledyne	334,75	331,25
Telex Corp.	67,5	63,875
Tesoro	8,25	8,625
Texaco	29	28,75
Texas Instrum.	125	124,25
Tosco	2,625	3,125
Trans World Corp	41,875	40
Transamerica	38,25	36,75
Travelers	54,625	53,5
UAL	59,75	56,75
Uccel Corp.	18,625	17,75
Union Carbide	86,625	86,75
Union Oil of Calif.	22,75	22,25
US Gypsum	58	54,5
US Steel	22,25	22,625
United Technologies	53,875	53
Walt Disney	127,375	129,375
Warner Comm.	37,375	39
Westinghouse El.	49,125	47
Weyerhaeuser	35,75	34,625
Whittaker	21,25	20,25
Woolworth	67,375	70,5
Xerox	69,5	67
Zenith Radio	22,25	20,375
Dow Jones Index	1697,71	1664,45
Stand. & Poors	224,62	219,76

Toronto

	21.2.	14.2.
Abitibi-Price	23	23
Alcan Alu.	45,25	43,5
Bk. of Montreal	29,5	28,625
Bk. of Nova Scotia	13	12,5
Bell Cda Enterprises	38,625	37,875
Bluesky Oil	2,2	2,15
Bow Valley Ind.	10,625	10,625
Brenda Mines	8	8
Brunswick M & Sm.	13,25	13,125
Cdn. Imperial Bk.	19,625	19,125
Cdn. Pacific Ltd.	17,5	16,5
Cominco	11	10,75
Coseka Res.	1,65	1,65
Denison Mines	10,25	10,25
Dome Petroleum	1,99	2,23
Domtar	27,625	27,25
Falconbridge Ltd.	21,625	21
Great Lakes Forest	20,75	20,75
Gulf Canada	15	15,25
Gulfstream Res.	0,69	0,72
Hiram Walker Res.	28	27,25
Hudson Bay Mng. Sp.	7,125	7,25
Husky Oil	7,125	8,375
Imperial Oil -A-	42,875	42,25
Inco	19,75	19,25
Inter City Gas Ltd.	14,625	15,5
Interprov. Pipeline	39	38,5
Kerr Addison	16,5	17,5
Lac Minerals	37,5	36,875
Massey Ferguson	2,83	2,76
Moore Corp.	31,625	30
Noranda Mines	15,5	15,125
Norcen Energy Res.	13,125	13,375
Northgate Expl.	4,5	4,3
Northern Telecom.	39	39
Nova An Alberta 'A'	6,125	6,25
Nu West Group	0,35	0,36
Oakwood Petrol	–	6,125
Placer Development	22,5	23
Provigo Inc.	18,5	17,25
Ranger Oil	3,85	4,15
Revenue Properties	2	1,9
Rio Algom	25,5	24,125
Royal Bk. of Can.	28,375	28,75
Seagram	73,25	73,125
Shell Canada	19,875	20
Sherritt Gordon	6,75	6,75
Stelco -A-	26	25,125
TransCdn. PipeLines	18	18
Westcoast Transm.	14	14,75
Index: TSE 300	2809,70	2761,30

Tokio

	22.2.	15.2.
Alps	1780	1850
Bank of Tokyo	698	725
Banyu Pharma	859	726
Bridgestone Tire	540	543
Canon	1000	1020
Daikin Kogyo	655	657
Daiwa House	896	910
Daiwa Sec.	890	846
Eisai	1390	1400
Fuji Bank	1540	1560
Fuji Photo	1900	1880
Fuji Radio	–	2520
Hitachi	745	745
Honda	1040	1090
Ikegai Iron	387	395
Isetan	700	768
Ito Yokado	–	3200
Japan Air	12640	12980
Japan Mot.	–	358
Japan Syn. Rubber	433	435
Kajima	513	511
Kansai Elec.P.	2070	2030
Kao Soap	1120	1090
Kawasaki H	161	150
Kawasaki S	144	137
Kirin Brewery	883	825
Komatsu	465	465
Kubota Iron	342	342
Kyocera	4540	4500
Makita El.	950	940
Marui	1770	1780
Matsushita El. Ind.	1220	1260
Matsushita El. Wks.	890	875
Mitsubishi CP	520	595
Mitsubishi El.	339	339
Mitsubishi Estate	1130	1130
Mitsubishi Heavy I.	372	370
Mitsui Co. Ltd	426	417
Mitsukoshi	668	670
Mitsumi El	1000	1060
Nichicon	–	–
Nihon Cement	365	369
Nikko Sec.	711	745
Nippon El.	1220	1210
Nippon Kokan	131	129
Nippon Oil	828	871
Nippon St.	164	157
Nippon Yusen	307	305
Nissan Motor	549	550
Nomura Sec.	1190	1180
Olympus	1010	991
Penta-Ocean	–	588
Pioneer	1800	1920
Renown	794	755
Ricoh	954	970
Sankyo	1150	1140
Seiyu Stores	–	1110
Sekisui Pref.	–	856
Sharp	875	872
Shiseido	1400	1450
Sony	3670	3570
Sumitomo Bank	1660	746
Taisei Corp.	353	350
Taisho Marine	553	567
Takeda Chem.	1020	1000
Teijin	465	470
Tokyo Elec.	–	1210
Tokyo Gas	329	303
Tokio Marine	891	904
Tokyo El. Power	2890	2870
Toray Ind.	519	498
Toshiba Elec.	370	369
Toto	935	956
Toyo Kogyo	–	181
Toyota Motor	1220	1230
Yamaichi	740	743
Yamanouchi	3070	3030
Yamaha	674	685
Yamazaki	965	951
Index	1072,17	1063,70

FERNWÄRME / Plädoyer für umweltfreundliche Heizform

Weiter Wachstum erwartet

J. G. Düsseldorf

Mindestens die aus den letzten Jahren gewohnte Wachstumsrate von drei Prozent pro Jahr, rechnerisch bis zu 130 000 neuangeschlossenen Wohneinheiten, erhoffen sich die deutschen Fernwärmeversorger auch für die Zukunft. Mit einem Plädoyer für diese besonders umweltfreundliche Heizform erklärte die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), deren Mitgliedsunternehmen neun Zehntel allen deutschen Fernwärmeangebots bestreiten, daß die Stromversorger den Ausbau der Fernwärme voll unterstützen.

Die VDEW verbindet das mit klarer Absage an alle Maßnahmen hoheitlichen Zwangs wie Erdwärmenutzungsgebote, Anschluß- und Benutzungszwang oder steuerähnliche Abgaben. Derartiges sei aus Unternehmens- wie Verbrauchersicht nicht erforderlich. Wohl aber hätte man sich für die vielfachen dezentralen Anlagen der gemeinsamen Strom-Fernwärmeerzeugung, die von den äußerst scharfen Auflagen der Luftreinhaltung stark betroffen seien, angesichts der hier ohnehin geringen Emissionen, eher einen „Umweltbonus“ gewünscht.

Bei den anstehenden Kraftwerk-Neubauprojekten seien die Stromversorger bereit, verbrauchsnahe Standorte zu nutzen und Fernwärme auszukoppeln, „wenn diese Standorte genehmigungssicher zur Verfügung stehen“. Die Vorrangstellung jedoch, die Hessen dem Bau kleiner dezentraler Heizkraftwerksanlagen einräumen wolle, stehe im Widerspruch zu den energiepolitischen Zielen der Bundesregierung. Denn solche Kleinanlagen ließen sich nur noch auf Öl/Gas-Basis sinnvoll betreiben.



Bevor Sie woanders einen Mietwagen nehmen, schauen Sie doch mal, was Sie bei uns für Ihr Geld bekommen. Für DM 69,–/Tag + 0,59/km (oder 190,–/Tag ohne km-Begrenzung) gibt es einen Mercedes 190 E. Sie finden uns weltweit an über 3.100 Stationen. Buchen Sie Ihr Wunschauto zum Ortstarif unter 0130-3366. FIRSTCLASS FAHREN, ECONOMY BEZAHLEN.

Sixt Autovermietung

Budget rent a car

ERGEBNISSE

Bremen – Düsseldorf	7:3	(3:0)
M'gladbach – Nürnberg	3:0	(2:0)
München – Köln	3:1	(2:0)
K'lautern – Frankfurt	1:1	(1:0)
Stuttgart – Hamburg	ausgefallen	
Schalke – Saarbrücken	ausgefallen	
Dortmund – Bochum	ausgefallen	
Leverkusen – Mannheim	ausgefallen	
Hannover – Uerdingen	ausgefallen	

DIE SPIELE

Bremen – Düsseldorf 7:3 (3:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop – Wolter (81. Ordenewitz), Sidka, Hermann, Okudera, Meier (46. Votava) – Neubarth, Burgsmüller. – **Düsseldorf:** Schmadtke – Fach – Keim, Kuczinski – Bockenfeld, Zewe, Dusend, Weikl, Grabotin – Del'Haye (46. Thomas), Demandt. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 1:0 Burgsmüller (3.), 2:0 Burgsmüller (10.), 3:0 Neubarth (18.), 3:1 Bockenfeld (64.), 4:1 Neubarth (70.), 4:2 Dusend (72.), 5:2 Neubarth (73.), 6:2 Burgsmüller (77.), 7:2 Neubarth (85.), 7:3 Demandt (90.). – **Zuschauer:** 14 600.

München – Köln 3:1 (2:0)

München: Aumann – Augenthaler – Eder, Pflügler – Nachtweih, Matthäus, Schwabl, Willmer – Mathy (46. Kögl), Wohlfarth, Rummenigge. – **Köln:** Schumacher (77. Illgner) – van de Korput – Prestin, Steiner, Geils – Lehnhoff, Häßler (31. Dickel), Gielchen, Hönerbach – Littbarski, Allofs. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 Matthäus (5., Foulelfmeter), 2:0 Wohlfarth (25.), 2:1 Lehnhoff (64.), 3:1 Matthäus (77., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karte:** Prestin. – **Rote Karte:** Schumacher.

M'gladbach – Nürnberg 3:0 (2:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Krisp, Borowka – Winkhold (85. Krauss), Drehsen, Hochstätter, Lienen, Frontzeck – Criens, Mill. – **Nürnberg:** Heider – Reuter – Giske, Güttler – T. Brunner, Geyer, Lieberwirth, Philipkowski, Wagner – Andersen, Eckstein (59. H.-J. Brunner). – **Schiedsrichter:** Zimmermann (Kiel). – **Tore:** 1:0 Hochstätter (28.), 2:0 Mill (40., Foulelfmeter), 3:0 Winkhold (73.). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** Frontzeck (3), Wagner (4/1).

K'lautern – Frankfurt 1:1 (1:0)

K'lautern: Ehrmann – Geye – Wolf, Dusek – Schupp, Melzer, Wuttke, Brehme (74. Eilenfeldt), Spielberger – Allofs, Roos. – **Frankfurt:** Gundelach – Theiss – Körbel, Kraaz, Caspary – Berthold, Sievers (80. Bühler), Falkenmayer, Kitzmann – Krämer, Svensson (46. Friz). – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tore:** 1:0 Melzer (25.), 1:1 Kitzmann (82.). – **Zuschauer:** 11 529. – **Gelbe Karten:** Wuttke (4/1), Sievers (4), Berthold (4), Falkenmeyer (2).

Anzeige

erdgas
IST EINE
SAUBERE
SACHE.

VORSCHAU

Dienstag, 25. 2., 19.30 Uhr:

Mannheim – Dortmund	(0:0)
Saarbrücken – Stuttgart	(1:3)

Mittwoch, 26. 2., 20 Uhr:

Uerdingen – Frankfurt	(1:1)
Hannover – Schalke	(2:2)

Samstag, 1. 3., 15.30 Uhr:

Düsseldorf – M'gladbach	(1:5)
Nürnberg – München	(1:2)
Mannheim – Bremen	(2:2)
Bochum – Leverkusen	(2:4)
Frankfurt – Dortmund	(2:4)
Uerdingen – K'lautern	(1:5)
Saarbrücken – Hannover	(0:2)
Hamburg – Schalke	(0:1)
Köln – Stuttgart	(0:5)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

*

Die Spiele am Dienstag und Mittwoch sind die Begegnungen, die am 23. Spieltag ausfielen. Eines dieser Spiele wurde bereits gestern erneut abgesagt: Köln gegen Mönchengladbach. Kölns Geschäftsführer Michael Meier: „Der Platz ist knochenhart gefroren. Eine Austragung ist undenkbar." Ein neuer Termin steht noch nicht fest.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Köln – Hertha BSC	1:0	(0:0)
BW Berlin – Osnabrück	0:0	
TB Berlin – Aschaffenb.	2:1	(1:0)
Homburg – Stuttgart	1:0	(0:0)
Bayreuth – Duisburg	ausgefallen	
Kassel – Freiburg	ausgefallen	
Wattenscheid – Aachen	ausgefallen	
Karlsruhe – Darmstadt	ausgefallen	
Braunschweig – Oberhausen	ausgefallen	
Bielefeld – Solingen	ausgefallen	

DIE TABELLE

1.Homburg	25	15	5	5	59:27	35:15
2.Köln	24	14	4	6	44:31	32:16
3.Bielefeld	25	13	6	6	43:27	32:18
4.Aachen	24	10	9	5	38:22	29:19
5.Karlsruhe	25	11	7	7	42:32	29:21
6.Stuttgart	25	11	7	7	45:37	29:21
7.BW Berlin	25	9	10	6	46:31	28:22
8.Wattenscheid	25	11	6	8	39:41	28:22
9.Darmstadt	24	10	7	7	43:32	27:21
10.Kassel	24	12	3	9	36:34	27:21
11.Braunschweig	24	8	8	8	45:40	24:24
12.Solingen	25	8	7	10	34:47	23:27
13.Aschaffenb.	26	10	3	13	39:45	23:29
14.Osnabrück	24	6	10	8	30:35	22:26
15.Oberhausen	25	7	8	10	36:42	22:28
16.Hertha BSC	26	4	12	10	32:45	20:32
17.Bayreuth	24	7	4	13	26:50	18:30
18.TB Berlin	25	6	6	13	36:52	18:32
19.Freiburg	23	5	6	12	29:43	16:30
20.Duisburg	24	3	4	17	19:48	10:38

DIE VORSCHAU

Freitag, 28. 2., 20 Uhr: Duisburg – Karlsruhe. – **Samstag, 1. 3., 15 Uhr:** Freiburg – TB Berlin, Stuttgart – Bielefeld, Aschaffenburg – BW Berlin; **15.30 Uhr:** Hertha BSC – Kassel, Darmstadt – Wattenscheid, Aachen – Braunschweig. – **Sonntag, 2. 3., 15 Uhr:** Solingen – Köln, Osnabrück – Bayreuth, Oberhausen – Homburg.

FUSSBALL / Wieder Diskussionen um Platzverweis – Die deutschen Schiedsrichter brauchen Hilfe

Ein neuer Fall für das DFB-Fernsehgericht: Torwart Schumacher

ULFERT SCHRÖDER, Bonn

In dieser Woche ist in Frankfurt wieder Fernsehgericht. Die Fälle Bruno Pezzey und Harald Schumacher, sogenannte Rot-Sünder beide, stehen an. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat Video-Kassetten und Sachverständige angefordert und eingeladen. Unzulängliche, überforderte, verunsicherte, ausgeflippte Schiedsrichter haben wieder Unheil angerichtet. Und das Sportgericht muß nun die Pannen ausbügeln. Die Tendenz ist seit langem erkennbar: Die Schiedsrichter kommen nicht mehr mit. Die eigene Erkenntnis läßt sie ihr Selbstvertrauen verlieren. Durch die zum Teil äußerst harte Kritik haben sie Augenmaß und Fingerspitzengefühl eingebüßt.

Der erste Fall ist bekannt: Bruno Pezzey, Bremens Libero, stoppt im Spiel gegen Nürnberg einen angreifenden Stürmer regelwidrig. Schiedsrichter Wolf-Dieter Ahlenfelder erkennt auf Vorsätzlichkeit des Fouls, hält Pezzey die gelbe Karte unter die Nase. Danach kommt wieder ein Nürnberger zu Fall, obwohl ihn Pezzey kaum berührt hat. Ahlenfelder erkennt erneut auf Gelb, was in der Summierung nun Rot ergibt.

„Was unserem Schumacher widerfuhr, ist eine exakte Parallele des Falles Pezzey", sagt jetzt Karl-Heinz Thielen, der Vizepräsident des 1. FC Köln. „Deshalb darf Schumacher trotz der roten Karte nicht gesperrt werden. Was für Pezzey recht ist, muß für Schumacher billig sein."

In der Tat hat das Sportgericht des DFB im Fall Pezzey das Unheil, das der Schiedsrichter Ahlenfelder anrichtete, zumindest fürs erste gleichsam außer Kraft gesetzt. Die Sperre für Pezzey, automatisch nach roten Karten, wurde ausgesetzt. Am Donnerstag schauen sich die Herren Richter in Frankfurt nun die Fernseh-Aufzeichnungen der von Ahlenfelder beanstandeten Pezzey-Aktionen an. Rudi Michel, Sportchef des Südwestfunks, wird als Fernsehsachverständiger gehört.

In München überschritt der Schiedsrichter Werner Föckler die Grenzen des Zumutbaren. Dritte Minute: Mathy strebt allein auf das Tor zu. Schumacher kommt heraus. Mathy schiebt den Ball vorbei. Schumacher bringt den Gegner zu Fall. Elfmeter und gelbe Karte. 74. Minute: Diesmal kommt Wohlfarth mit dem Ball am Fuß. Schumacher wirft sich, verfehlt Ball und Gegner, aber Wohlfarth stürzt. Elfmeter, als zweite gelbe nun die rote Karte.

Schon im Stadion, mit bloßem Auge, hatten selbst Kölns Gegner richtig gesehen. „Das war kein Foul von Schumacher", sagt Bayern-Trainer Udo Lattek. Fernsehleute kommen schon wenige Minuten später aus ihrem Aufnahmewagen, bestätigen den Augenschein: Wohlfarth wurde von Schumacher gar nicht angerührt.

Der Kölner Torwart kocht vor Wut. Aber der Ausbruch des rheinischen Vulkans findet nicht statt. Schweigend trat Schumacher in die Kabine. Dort schmeißt er die Schuhe knallend an die Wand. Im warmen Wasser des Entmüdungsbades sucht er die Entspannung. „Ich habe ihn gar nicht angefaßt", sagt Schumacher. Sein Manager Rüdiger Schmitz will die für den nächsten Morgen auf der ISPO vereinbarten Termine absagen. Aber dann gehen die beiden doch hin.

Die ganze Branche ist verunsichert. „Was soll ein Torwart denn tun?" fragt Karl-Heinz Förster, Stopper des VfB Stuttgart und der Nationalelf. „Er muß den Gegner doch angreifen, muß sich ihm entgegenwerfen. Solange ich denken kann, war das so." Förster hat den Beginn der unheilvollen Entwicklung miterlebt. Stuttgarts Torwart Helmut Roleder war der erste, der bei einem Spiel in Bochum für den regelwidrigen Versuch, einen allein anstürmenden Gegner zu stoppen, mit der roten Karte beschieden wurde.

Der Gedanke, die sogenannte „Notbremse" zu verhindern, erschien vom Grundsatz her nicht schlecht. Den Gegner am sicheren Torerfolg (wenn er das leere Tor vor sich hat) durch einen Regelverstoß zu hindern, konnte auch als Kavaliersdelikt, als sogenanntes „Profifoul", nicht mehr akzeptiert werden. Die wachsende Unzulänglichkeit der Schiedsrichter und die Regelung, wonach zwei gelbe Karten zu einer roten werden, haben die gute Idee freilich dann ins Gegenteil verkehrt.

Die Regelmacher und der DFB haben die Schiedsrichter zudem allein gelassen und verunsichert. Das Gezeter von der „wachsenden Brutalität", von gedrillten Knochenbrechern, trieb sie in die eine Richtung. Das Geheul über die „Schwalben", die auf den freien Fall, aufs Provozieren von Elfmetern trainierten Stürmer, hetzte die Schiedsrichter auf den entgegengesetzten Weg.

Sie machten Jagd auf die „Schwalben". Plötzlich hatten die Treter allesamt ihren Persilschein. Und sie hatten die Brutalität zu bekämpfen. Jeder Angriff auf den Gegner erschien fortan suspekt. Die gelben Karten setzten dem Irrsinn endgültig die Narrenkappe auf. Jetzt gibt es für einen Fehler (der schließlich dem besten Schiedsrichter unterlaufen kann) die rote Karte. Die Schiedsrichter brauchen schleunigst Hilfe.

Erstens muß die fatale Rechnung „zweimal Gelb gleich Rot" abgeschafft werden.

Zweitens muß, wie es jetzt im Fall Pezzey und wohl auch im Fall Schumacher geschieht, bei der Beurteilung das Fernseh-Material herangezogen werden.

Drittens muß ein zweiter, gleichberechtigter Schiedsrichter auf den Platz. Denn dieser Grundsatz ist noch älter als der Fußball: Vier Augen sehen mehr als zwei.



Wut und Freude: Nationaltorwart Schumacher schleudert seine Handschuhe weg. Wurde er zu Unrecht vom Platz gestellt? – Frank Neubarth läßt sich feiern. Ein Mann für Mexiko? FOTOS: WEREK/SCHMIDT

1. FC Köln steckt in Abstiegsgefahr

						Heim			Auswärts	
1. Bremen	24	17	4	3	70:35	38:10	47:12	23:1	23:23	15:9
2. München	24	15	4	5	53:25	34:14	39:10	22:2	14:15	12:12
3. M'gladbach	23	13	7	3	53:31	33:13	34:13	21:5	19:18	12:8
4. Leverkusen	23	10	7	6	46:33	27:19	30:14	19:5	16:19	8:14
5. Hamburg	23	11	4	8	35:23	26:20	22:6	16:6	13:17	10:14
6. Stuttgart	22	9	5	8	40:34	23:21	24:10	13:9	16:24	10:12
7. Uerdingen	22	9	5	8	33:49	23:21	18:18	14:6	15:31	9:15
8. Mannheim	20	8	5	7	30:25	21:19	23:10	16:6	7:15	5:13
9. Bochum	21	10	1	10	41:35	21:21	28:15	15:5	13:20	6:16
10. Frankfurt	23	5	11	7	25:34	21:25	15:10	15:9	10:24	6:16
11. Schalke	22	7	5	10	34:35	19:25	22:11	14:8	12:24	5:17
12. Dortmund	22	7	5	10	35:45	19:25	27:17	15:9	8:28	4:16
13. K'lautern	23	6	7	10	29:34	19:27	18:10	15:9	11:24	4:18
14. Nürnberg	24	7	5	12	34:39	19:29	21:20	11:13	13:19	8:16
15. Köln	22	5	8	9	32:41	18:26	20:14	12:8	12:27	6:18
16. Düsseldorf	24	6	4	14	35:57	16:32	22:17	14:10	13:40	2:22
17. Saarbrücken	22	4	7	11	28:43	15:29	19:14	13:7	9:29	2:22
18. Hannover	22	5	4	13	34:69	14:30	16:21	9:11	18:48	5:19

Neubarth: Vier Tore

DW. Bonn

Was die Bremer in diesen Tagen anpacken, es scheint ihnen alles zu gelingen. Gestern kehrte Mittelstürmer Rudi Völler nach seiner Leistenoperation im Universitäts-Krankenhaus Löwen (Belgien) nach Bremen zurück. Im Spiel gegen Düsseldorf, das nur unter Protest (Trainer Dieter Brei: „Das ist ein Novum und gleichzeitig Wettbewerbsverzerrung") spielte, durften sie ihren Libero Bruno Pezzey wieder einsetzen, der in der letzten Woche in Nürnberg vom Platz gestellt wurde. Dann präsentierten sich Frank Neubarth und Manfred Burgsmüller beim 7:3 über Düsseldorf als neues Traumpaar des Tabellenführers: Neubarth traf viermal, Burgsmüller dreimal.

Heute wird Rudi Völler mit Trainer Otto Rehhagel ein klärendes Gespräch darüber führen, was der 25 Jahre alte Fußball-Profi in den kommenden Wochen zur Genesung unternehmen wird. Manager Willi Lemke meint: „Das Beste wäre, wenn Rudi für zwei Wochen Urlaub nimmt. Er sollte in den Süden fahren und sich einmal richtig ausspannen." Völler muß acht Wochen pausieren und könnte Anfang Mai wieder spielen, wenn die Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft beginnt.

Frank Neubarth und Manfred Burgsmüller sorgen derzeit dafür, daß die Bremer Torfabrik auch ohne Völler auf Hochtouren arbeitet. Um beide entfachte sich wieder eine Diskussion um eine Mexiko-Berufung. Neubarth hält sich zurück: „Wenn das Telefon klingelt, ist es okay. Ich kann aber auch auf die Zeit nach der Weltmeisterschaft warten." Neubarth ist erst 23 Jahre alt.

Der 35 Jahre alte Manfred Burgsmüller, immerhin zweimaliger Nationalspieler, kann sich eine Rückkehr in die Nationalmannschaft nicht vorstellen: „Vielleicht ein Gespräch und eine Tasse Kaffee mit Franz Beckenbauer. Mehr aber nicht." Zutrauen würde er sich einen Einsatz im Nationalteam jedoch schon: „Schließlich habe ich mich auch nicht gescheut, zu Werder Bremen zu gehen."

Frank Neubarth liegt jetzt in der Torschützenliste mit 18 Treffern an erster Stelle. Auf acht Tore in neun Spielen erhöhte Burgsmüller sein Trefferkonto. Otto Rehhagel ist von dem als schlitzohrig verschrieenen Manfred Burgsmüller besonders angetan: „Seine Heber sind allein das Eintrittsgeld wert. Mannie gehört zu den Größten der vergangenen zehn Jahre."

Taktiker Neuberger ein „verständiger Partner"

BERND WEBER, Bonn

Impressionen eines erneut winterstrengen Bundesliga-Samstags, dem fünf Erst- und genauso viele Zweitliga-Begegnungen zum Opfer fielen: In Mönchengladbach überlegte Nürnbergs Trainer Heinz Höher kurz vor der Halbzeit, ob er zum Kollegen Jupp Heynckes gehen und mit ihm zusammen den Schiedsrichter überreden sollte, abzupfeifen. Höher: „Ich hatte nämlich echte Angst um die Gesundheit der Spieler." Als seine Mannschaft dann aber bis zum Seitenwechsel noch zwei Treffer kassierte, hat Höher seine Idee wieder verworfen. Aber nur deshalb: „Wenn ich beim 0:2 für Abbruch plädiert hätte, hätte das mit Sicherheit zu Mißverständnissen geführt."

Rudi Gutendorf, Trainer vom Zweitligaklub Hertha BSC Berlin, führt den Fußbruch, den sein Mittelfeldspieler Torsten Schlumberger beim 0:1 gegen Fortuna Köln erlitt, ausschließlich auf die widrigen Platzverhältnisse zurück. Gutendorf sagte gestern: „Ich halte es für eine strafbare Handlung, Spiele bei solchen Bedingungen anzupfeifen. Der Fußbruch stellt eine vorsätzliche Körperverletzung derjenigen dar, die für diese Ansetzung verantwortlich sind."

Weil die Bundesliga-Präsidenten am vergangenen Freitagabend in Frankfurt beschlossen haben, ab der nächsten Saison schon die verlängerte Winterpause (von Anfang Dezember bis Ende Februar) einzuführen, wird es solche massiven Attacken wohl nicht mehr geben – und allein schon deshalb muß die Tagung mit der DFB-Spitze als Erfolg gewertet werden. Aber die Vereinsbosse hatten noch andere Gründe, die Sitzung „hocherhobenen Hauptes" (so ihr Sprecher Reinhard Rauball von Borussia Dortmund) zu verlassen. Sie haben durchgesetzt, daß zukünftig zwei ihrer Vertreter im DFB-Vorstand und vier weitere im DFB-Beirat sitzen werden. Das bedeutet ganz eindeutig: Die Vereine haben den Macht- und Einflußbereich in ihrem eigenen Haus Bundesliga ausgeweitet. Rauball zur WELT: „Was uns besonders zufriedenstellt, ist die Tatsache, daß wir uns durchgesetzt haben, ohne eine Palastrevolution anzetteln zu müssen. Wir haben in DFB-Präsident Hermann Neuberger einen verständigen Gesprächspartner gehabt." Freilich fügte Rauball auch hinzu: „Neuberger ist ein viel zu kluger Taktiker, als daß er nicht sofort erkannt hätte, mit welch einheitlicher Willensbildung die Bundesliga angetreten ist."

Was wiederum nicht ausschließt, daß es in der Frage der Bundesliga-Reduzierung auf 16 Vereine nicht nach wie vor unterschiedliche Auffassungen gibt. Neubergers Standpunkt: „Die Verkleinerung muß kommen. Ich werde weiterhin dafür kämpfen." Die Vereinspräsidenten haben indes beschlossen, diese Reduzierung zumindest für die nächsten beiden Jahre zurückzustellen. Die Einhelligkeit dieses Beschlusses überraschte, denn immerhin hatten die Vertreter der renommierten Klubs (Bayern München, HSV, VfB Stuttgart) bis zuletzt noch die Neuberger-Auffassung vertreten. Davon ließen sie jedoch ab, als sie bei einer gemeinsamen mehrstündigen Zusammenkunft vor der offiziellen Tagung schnell spürten, daß dafür keine Mehrheit herzustellen war. VfB Stuttgarts Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder: „Mir war die Solidarität der Liga mehr wert als ein Machtkampf untereinander. Zudem ist die Liga-Verkleinerung ja nur aufgeschoben und nicht nicht in Bausch und Bogen aufgehoben worden."

Unter dem Strich läßt sich sagen, daß der Wille zur guten Zusammenarbeit bei allen Tagungsteilnehmern ganz vorne anstand. Das zeigte sich besonders, als die heikle Personalfrage des Münchner Liga-Ausschußvorsitzenden Wilhelm Neudecker behandelt wurde. Der war noch einen Tag vorher von Wolfgang Klein, Präsident des Hamburger SV, als nicht mehr tragbar angesehen worden, weil er – obwohl Interessenvertreter der Vereine – die letzte Zusammenkunft der Präsidenten und der massiven Angriffe gegen den angeblich zu schwerfälligen DFB-Apparat so interpretiert hatte: Da hätten sich einige Scharfmacher (gemeint waren vor allem Klein und Mayer-Vorfelder) zu unqualifizierten Angriffen verstiegen. Neudecker nahm diese Behauptung zurück, die Präsidenten akzeptierten, daß er bis zum DFB-Bundestag im Oktober in Bremen im Amt bleiben wird. „Danach", so stellte Rauball allerdings unmißverständlich klar, „wird das Amt neu besetzt werden."

Über Geld wurde bei der Tagung natürlich auch gesprochen. Der ersten Bundesliga liegt ein neun Millionen Mark Saison-Angebot des Fernsehprivatsenders SAT 1 vor, der für diesen Preis jeden Samstag ein Erstliga-Spiel live übertragen will. Zudem hat eine Firma den Antrag gestellt, die Tornetze aller 18 Vereine für je 100 000 Mark als Werbeflächen nutzen zu dürfen. Über beide Offerten soll schnell entschieden werden.

LEICHTATHLETIK / Zwei deutsche Olympiasieger von Los Angeles wurden in Madrid auch Europameister in der Halle

Claudia Losch rettete Wettbewerb und Sieg mit der eigenen Kugel

OLAF BROCKMANN, Madrid

Zwei Goldmedaillen – mit diesem Erfolg begannen die Hallen-Europameisterschaften der Leichtathleten in Madrid für die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland. Gold für die beiden Olympiasieger von Los Angeles, für Claudia Losch im Kugelstoßen und für Dietmar Mögenburg im Hochsprung.

20,48 m – das war in Los Angeles die Siegesweite für Claudia Losch. Als sie gestern im Madrider Sportpalast die Kugel im zweiten Versuch wiederum auf exakt 20,48 m wuchtete, bedeutete das auch diesmal Platz eins. Geschlagen waren Heidi Krüger aus der „DDR" mit 20,21 m und auch Michaela Loghin aus Rumänien, die es auf 19,07 m gebracht hatte.

Bevor die elf Teilnehmerinnen aber überhaupt mit dem Kugelstoß-Finale beginnen konnten, machte sich erst mal allgemeine Ratlosigkeit breit. Die Frage war, ob man überhaupt einen Wettkampf durchführen könne?

Beim Einstoßen stellten die Athletinnen nämlich fest, das 80 Prozent der vom spanischen Veranstalter bereitgestellten Kugeln nicht rund waren, ihr Schwerpunkt nicht in der Mitte lag. Mit solcherart Geräten einen ordnungsgemäßen Wettkampf auszuführen hätte einem Lotteriespiel geglichen, wäre da nicht Christian Gehrmann, der Trainer von Claudia Losch, in letzter Minute der Retter in der Not gewesen.

Gehrmann hatte zufällig eine genormte und geeichte Kugel von leuchtend gelber Farbe in seinem Gepäck. Mit ihr gingen nun die Athletinnen zu Werke – mit Genehmigung und zur Genugtuung des Kampfgerichts. Vize-Europameisterin Heidi Krieg aus der „DDR": „Mit der eigenen Kugel zu stoßen, bedeutete keinen besonderen Vorteil für Claudia Losch. Wir waren alle froh, daß diese Kugel überhaupt vorhanden war, um überhaupt einen Wettkampf durchführen zu können."

Eine Athletin von Weltrang mußte der Entscheidung allerdings fernbleiben: Weltmeisterin Helena Fibingerova aus der Tschechoslowakei. Sie lag mit 39 Grad Fieber im Hotelbett – Grippe. Claudia Losch, die erst vor wenigen Tagen eine Grippe überstanden hatte (Gehrmann: „Sonst hätte sie fünfzig Zentimeter weiter gestoßen") meinte: „Schade, denn ich hätte gern auch mal gegen Helena gewonnen." Aufgeschoben ist ja nicht aufgehoben ...

Carlo Thränhardt oder Dietmar Mögenburg – wer von den beiden würde in Madrid Hallen-Europameister im Hochsprung? Thränhardt hatte sowohl bei den deutschen Hallen-Meisterschaften in Sindelfingen als auch beim internationalen Wettkampf in Berlin gewonnen und dort die in der Halle bisher noch niemals übersprungenen 2,40 m nur knapp gerissen. Schon damals hatte Bundestrainer Dragan Tancic gesagt: „Es ist sehr gut möglich, daß Dietmar nun in Madrid Europameister wird, denn diese zweite Niederlage durch Carlo hat ihn sehr getroffen."

Mögenburg wurde in der Tat in Madrid Europameister mit übersprungenen 2,34 m, und das war für ihn nach 1980, 1982 und 1984 bereits der vierte Titel. Eine entscheidende Rolle dabei spielten diesmal eine Toilette, eine Zigarette und ein wohl doch zu selbstsicherer Carlo Thränhardt.

Beide Springer hatten sich nämlich von einem Kampfrichter (so sieht es die Wettkampfordnung vor) während des Wettbewerbs zu einer Zigarettenpause auf die Toilette begleiten lassen. Wegen der beengten Verhältnisse in der Madrider Halle sagte Thränhardt zu Mögenburg: „Weißt du, Didi, ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, daß du mit sechs Schritten Anlauf 2,34 m hochspringen kannst." Was bedeuten sollte: Also nun sieh doch schon endlich ein, daß du heute nicht gewinnen kannst. Mögenburgs Reaktion: „Ich habe auf die Zigarette verzichtet und bin gegangen. Carlos Spruch war die beste Motivation für mich."

Also ging er hin, sprang im letzten Versuch über 2,34 m, kam dabei kopfüber auf und zog sich eine Zerrung im Nacken zu. So saß er denn eher etwas zerknirscht als freudig erregt danach im deutschen Mannschaftshotel und befand: „Ich habe mich selten über einen Sieg so wenig gefreut wie diesmal. Die Hallensaison hat mich in diesem Winter ohnehin nicht so richtig begeistert, und Carlo zu schlagen macht auch keinen richtigen Spaß mehr. Schließlich sind wir ja Freunde."

Ulrike Denk aus Leverkusen ist in den letzten eineinhalb Jahren zu einer ganz exzellenten Hürdenläuferin geworden. Im Gegensatz zu den Hochspringern bot sie auch ohne Medaille eine Glanzleistung. Ulrike Denk verfehlte als Vierte über 60 Meter Hürden in der bestbesetzten aller 22 EM-Disziplinen zwar die Bronzemedaille, verbesserte aber ihre eigene, international hochwertige deutsche Hallenbestleistung von 7,93 auf 7,91 Sekunden. Einen Favoritensieg gab es dabei durch Cornelia Oschkenat („DDR"), die mit 7,79 Sekunden deutlich überlegen war.

Zum 17. Mal fanden in Madrid Hallen-Europameisterschaften in der Leichtathletik statt, und zwölfmal haben dabei im Dreisprung nunmehr sowjetische Athleten gewonnen. Diesmal gelang das dem 23jährigen Rigaer Soldaten Maris Bruschiks mit 17,54 m, was zugleich Hallen-Weltbestleistung bedeutet. Er hatte damit die fünf Wochen alte Marke des Amerikaners Charles Simpkins um vier Zentimeter verbessert.

NACHRICHTEN

Marokko überraschte

Doha (dpa) – Mit einer Überraschung endete das Internationale „U18"-Turnier in Katar. Der Fußball-Nachwuchs von Marokko gewann das Finale durch ein 5:4 (0:0) nach Verlängerung und Elfmeterschießen über Uruguay und sicherte sich damit die Siegprämie von 30 000 Dollar. Für die Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) gab es bei der Siegerehrung den „Fairneß-Pokal".

Langer wurde noch Vierter

Melbourne (sid) – Golf-Profi Bernhard Langer aus Anhausen konnte seinen Titel bei den Australian Masters in Melbourne nicht verteidigen. Langer benötigte für die vier Runden 72+73+71+71=287 Schläge. In der letzten Runde konnte er sich noch vom neunten auf den vierten Rang vorarbeiten.

Engelskirchen problemlos

Magnago (dpa) – Eine Woche nach dem klaren 31:21 über den italienischen Vertreter Cassano Magnago gewann der VfL Engelskirchen auch das Viertelfinal-Rückspiel im Handball-Europacup im Pokalsieger-Wettbewerb der Damen mit 27:21. Damit steht die Bundesliga-Mannschaft wie erwartet im Halbfinale. Mit neun Treffern war Corinna Kunze die erfolgreichste Werferin.

Segeln: Titel schon sicher

Rio de Janeiro (sid) – Ex-Weltmeister Albert Batzill (Schlier) und die Brüder Jörg und Eckard Diesch (Kiel/Friedrichshafen) werden auf der letzten Wettfahrt bei der Flying-Dutchman-Weltmeisterschaft vor Rio de Janeiro den Titel unter sich ausmachen. Nach der sechsten Wettfahrt führt Batzill mit 30,0 Punkten vor den Gebrüdern Diesch (32,1).

Ernst Vettori holte auf

Gstaad (sid) – Der Österreicher Ernst Vettori gewann mit 222,8 Punkten das Weltcup-Skispringen von der 70-m-Schanze in Gstaad (Schweiz). Zweiter wurde der Norweger Rolf-Age Berg (219,5) vor dem Finnen Matti Nykänen (218,6) und Jens Weißflog (217,8) aus der „DDR". Bester Teilnehmer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) war Thomas Klauser aus Reit im Winkl mit 194,2 Punkten auf dem 36. Rang. Im Weltcup liegt Vettori nur noch zwei Punkte hinter dem führenden Nykänen (169 Punkte).

Basketball: Play-off

Düsseldorf (sid) – Nach Abschluß der Vorrundenspiele in der Basketball-Bundesliga der Herren stehen die vier Paarungen für die erste Play-off-Runde um die deutsche Meisterschaft am 8., 15. und im Falle eines Entscheidungsspiels am 19. März fest: TSV Bayer 04 Leverkusen – ASC Göttignen, SSV Hagen – BSC Köln, BG Bayreuth – 1. FC Bamberg, DTV Charlottenburg – MTV Gießen. Das Damen-Finale bestreiten Agon 08 Düsseldorf und die SG München.

Stanggassinger Dritte

Bad Kleinkirchheim (sid) – Die Berchtesgadenerin Ulrike Stanggassinger gewann bei den alpinen Ski-Weltmeisterschaften der Junioren im österreichischen Bad Kleinkirchheim in der Kombination mit 51,25 Punkten die Bronze-Medaille. Es siegte Lucia Mezihraska (21,47) aus der CSSR vor der Schweizerin Annick Chapot (50,25).

Startverbot aufgehoben

Frankfurt (sid) – Die deutschen Kunstschwimmerinnen können ab sofort wieder international starten. Das Präsidium des Deutschen Schwimmverbandes (DSV) hob bei seiner Sitzung in Frankfurt das Wettkampf-Verbot für den A- und B-Kader auf, das es im Herbst letzten Jahres wegen interner Querelen im Kunstschwimm-Lager verhängt hatte.

Dynamo Ost-Berlin führt

Ost-Berlin (dpa) – „DDR"-Meister Dynamo Ost-Berlin kam zum Auftakt der Oberliga-Rückrunde gegen Aufsteiger 1. FC Union zu einem 1:1. Die Mannschaft behielt mit 21:7 Punkten die Tabellnspitze, da Verfolger Dynamo Dresden (19:9) bei Wismut Aue ebenfalls nur 1:1 spielte.

Auch Schweden qualifiziert

Mülheim (dpa) – England, Dänemark und Schweden vertreten jeweils mit ihren Damen- und Herrenteams Europa bei den Mannschafts-Weltmeisterschaften im Badminton vom 22. April bis 3. Mai in Djakarta. Nachdem England und Dänemark am Samstag bei der Qualifikation in Mülheim durch das Erreichen des Finales als Teilnehmer feststanden, zogen die Schweden gestern durch Erfolge im Plazierungsspiel um die dritten Plätze nach. Die deutschen Mannschaften waren in ihren letzten Gruppenspielen jeweils gegen Dänemark und England ausgeschieden.

Sieg vor Frankreich

Vittel (dpa) – In einem Junioren-Hallenländerkampf in Vittel in Frankreich gewann der deutsche Leichtathletik-Nachwuchs mit 286,5 Punkten vor den Vertretungen von Frankreich A (256), Frankreich B (164) und Griechenland (108,5).

TENNIS / Steffi Graf kam wieder etwas näher an Chris Evert-Lloyd heran

„Ich glaube, ich kann Chris besiegen. Und ich kann Nummer eins werden"

sid/dpa, **Boca West**

Es bleibt dabei – Steffi Graf kann gegen die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd nicht gewinnen. Wenn überhaupt, dann ist die Heidelbergerin ihr aus sportlicher Sicht bestenfalls wieder etwas näher gerückt. Denn noch nie hat die 16 Jahre alte Deutsche ihre fast doppelt so alte Gegnerin so unter Druck gesetzt wie bei ihrer 4:6, 2:6-Niederlage im Endspiel des 1,5-Millionen-Dollar-Turniers von Boca West. 82 Minuten mußte Chris Evert-Lloyd kämpfen, um die von ihr selbst als Kronprinzessin eingestufte Deutsche zu bezwingen.

„Einen kurzen Moment habe ich an eine Chance geglaubt", meinte Steffi Graf nach dem Spiel, doch sie schränkte gleich ein, „endlich einmal einen Satz gegen Chris zu gewinnen." Auch im *sechsten Aufeinandertreffen* ging Steffi Graf leer aus und *muß* weiter darauf warten, wenigstens einmal einen Satz gegen die Amerikanerin zu gewinnen. Sie sagt: „Chris ist eben doch viel routinierter als ich und weiß, was sie tun muß. Sie brachte mich immer wieder aus dem Rhythmus." Dennoch hat ihr das Spiel die Erkenntnis gebracht: „Ich glaube, ich kann Chris schlagen. Ich glaube auch, daß ich die Nummer eins in der Welt werden kann. Allerdings muß ich meinen Aufschlag und mein Volleyspiel verbessern."

Steffi Graf startete vor 10 500 Zuschauern bei 30 Grad im Schatten genau wie bei ihrem triumphalen 6:2, 6:1-Halbfinalsieg über Helena Sukova (CSSR) – nämlich mit einem Aufschlagverlust und sofort folgendem Re-Break. Dann zog sie gar auf 3:1 davon. Die Amerikanerin begann das Match gegen Steffi Graf äußerst nervös. Im fünften Spiel profitierte Chris Evert-Lloyd von ihrer großen Routine: Das Endspiel war immerhin ihr *1201. Profi-Spiel.* Steffi Graf, die sich trotz ihrer erst 16 Jahre schon seit drei Jahren im Profi-Tennis etabliert hat, gab das Spiel mit einem leichtfertig verschlagenen Überkopf-Ball ab. Die Entscheidung fiel im neunten Spiel des ersten Durchgangs, als die Heidelbergerin ihre sonst so starke Vorhand ins Aus setzte. Ihre Gegnerin sicherte sich nach insgesamt 44 Minuten den ersten Satz, aber sie mußte zugeben: „Ich habe im ersten Satz viel Glück gehabt. Steffi ist sehr stark geworden. Ich mußte mich selbst aus dem Schlamassel herausziehen."

In dieser knappen Dreiviertelstunde wurde den begeisterten Zuschauern absolutes Weltklassetennis geboten. Wenn auch beide Spielerinnen fast ausschließlich von der Grundlinie spielten, ergaben sich doch häufig herrliche Ballwechsel. Dabei merkte man Chris Evert-Lloyd deutlich den riesigen Respekt vor der Vorhand von Steffi Graf an. So war denn auch ihre Taktik deutlich darauf ausgerichtet, ständig die schwächere Slice-Rückhand der deutschen Ranglisten-Zweiten anzuspielen. Dabei wurde sie allerdings ab und zu überrascht, wenn Steffi Graf ihre Rückhand voll durchzog.

Im zweiten Durchgang wurde Chris Evert-Lloyd in dem Maße sicherer wie ihre Kontrahentin abbaute. Obwohl Steffi Graf keineswegs schlecht war, verlor sie im dritten und fünften Spiel jeweils ihren Aufschlag. Chris Evert-Lloyd dagegen brachte ihre Aufschläge sehr sicher durch. Nur noch selten konnte ihre Gegnerin mit ihrer knallharten Vorhand punkten. Chris Evert-Lloyd: „Viele junge Mädchen spielen im ersten Satz riesig, dann fallen sie aber ab."

Von ihrer deutschen Gegnerin hat die Amerikanerin eine hohe Meinung: „Für mich ist Steffi die kommende Nummer eins. Weil sie nicht nur eine gute Athletin ist, einen guten Aufschlag hat und sich gut bewegt, sondern weil es bei ihr auch im Kopf stimmt. Das ist ja im Tennis so wichtig!" Am Ende blieben Steffi Graf außer der Erkenntnis, daß sie weiter hart arbeiten muß, um Chris Evert-Lloyd noch näher zu kommen, immerhin 56 000 Dollar. Chris Evert-Lloyd aber bekommt auf ihr ohnehin schon prall gefülltes Konto sogar die doppelte Summe dazu.

Jimmy packte seine Sachen

Drei Stunden und 41 Minuten habe er „bis aufs Blut geakkert", wie Jimmy Connors hinterher formulierte. Zigmal hatte ihn Jeremy Shales, seines Zeichens einer der vier Profi-Schiedsrichter der Tenniswelt, mit (angeblichen) Fehlentscheidungen schon bis zur Weißglut getrieben. Bis sich nach 16 Jahren und diesen 281 Spielminuten für Jimmy Connors „einfach mal alles entladen mußte".

Die Szene wurde zum Tribunal: Fast drei Minuten lang tobte Connors und schrie seine Empörung hinaus. Er packte schließlich beim Stand von 2:3 und 0:30 im fünften Satz seine Sachen und ging.

Zu entschuldigen ist sein Verhalten nicht, Verständnis darf der 33jährige jedoch beanspruchen. Connors: „Schieds- und Linienrichter sind auch nur Menschen. Aber ich spiele seit Jahren nicht zur Gaudi, sondern um Geld. Wir Spieler rennen und schwitzen oft stundenlang – und werden dann von irgendeinem Typen klein gemacht. Was ist denn der Tennissport ohne uns Spieler? Nichts. Weder die Veranstalter, die Industrie noch die Sponsoren könnten sich ohne uns so ins Rampenlicht setzen. Aber was haben wir? Nur Pflichten, keine Rechte. Es gibt nur einen Strafenkatalog gegen uns. Und die Schiedsrichter denken dann auch noch, sie sind exzellent. Das stinkt mir."

Selbst Ivan Lendl, der von der freiwilligen Aufgabe profitierte und zum 6:2-Sieger im letzten Satz erklärt wurde, unterstützte seinen Konkurrenten. „Ich verstehe Jimmy und bin überhaupt nicht über so einen Sieg glücklich. Der Schiedsrichter hatte die Kontrolle über das Match verloren."

STABHOCHSPRUNG / Wieder eine Weltbestleistung in der Halle

Bubkas Schlag gegen den kleinlauten Olson

sid/dpa, **Los Angeles**

Nun hat der Sowjetrusse Sergej Bubka die Hallen-Bestmarke im Stabhochsprung zurückerobert. In Inglewood (US-Bundesstaat Kalifornien) überquerte er 5,94 Meter und verbesserte damit die alte Bestmarke des Amerikaners Billy Olson, aufgestellt am 8. Februar in East Rutherford, um einen Zentimeter. Innerhalb von zwei Monaten wurde die Hallen-Weltbestleistung im Stabhochsprung siebenmal verbessert. Dreimal gelang das Bubka, dreimal Olson, einmal dessen Landsmann Joe Dial.

Olson hatte bei einer Höhe von 5,60 m in den Wettkampf eingegriffen und dafür drei Versuche gebraucht, Bubka hatte bei 5,65 m begonnen und die Höhe im ersten Anlauf bewältigt. Olson meisterte dann 5,75 m mit dem zweiten Sprung, Bubka antwortete mit einem erfolgreichen Versuch über 5,85 m. Dann übersprang Bubka im zweiten Versuch 5,94 m. Der Versuch von Olson, sich im direkten Gegenzug die Weltbestmarke zurückzuholen, schlug fehl. Der Amerikaner scheiterte an 5,98 m und blieb mit übersprungenen 5,75 m Zweiter.

14 500 Zuschauer reagierten auf den Erfolg Bubkas kühl, verabschiedeten den geschlagenen Billy Olson aber mit großem Applaus. Als Bubka bei seinem dritten Sprung über den Lautsprecher um Ruhe für seinen Anlauf bitten ließ, antwortete ihm das Publikum mit Buhrufen. Die Gründe dafür hatte Bubka ganz offensichtlich vor dem Wettkampf geliefert, als er die Stimmung durch giftige Äußerungen über Olson und den ebenfalls zur Zeit in Amerika startenden französischen Olympiasieger Pierre Quinon verdorben hatte. Er könne Olson als Konkurrenten keinesfalls ernst nehmen, hatte Sergej Bubka gesagt, denn „Olson ist doch nicht fähig, einen wirklich großen Wettkampf zu gewinnen".

Der Sieg in Inglewood war für Bubka dann der Beweis seiner zuvor geäußerten Ansichten: „Jetzt habe ich allen gezeigt, daß ich der stärkste Stabhochspringer bin." Olson gab sich hingegen nach seiner Niederlage recht kleinlaut: „Mir bleibt nur die Hoffnung, den Rekord bald wieder zu haben. Bubka hat mich geschlagen, das ist bitter."

Billy Olson hat allerdings einen Trost – das Geld. Pro Start erhält er 5500 Dollar, während sich Bubka die 8000 Dollar Auftrittsgage mit den vier übrigen Athleten der sowjetischen Delegation teilen muß.

Schneller Generationswechsel im Florett-Fechten

JÖRG STRATMANN, **Bonn**

Die Stimmung im Publikum war schnell dahin. Zumindest diejenigen Zuschauer bei den deutschen Einzelmeisterschaften im Damen- und Herrenflorett-Fechten in Bonn, die auf den Sieg eines Außenseiters oder des Lokalmatadoren gehofft hatten, hielten sich spätestens nach den Halbfinal-Gefechten merklich zurück. Der FC Tauberbischofsheim, ohnehin erfolgsverwöhnt, bot noch einmal eine Steigerung und gewann alle sechs zu vergebenden Medaillen. So galten gestern auch beide Tauberbischofsheimer Teams als sichere Titelanwärter bei den Mannschaftswettbewerben (Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß nicht vor).

Was die Franken am Samstag ausgerechnet auf den Fechtbahnen des ehemals hartnäckigen Widersachers OFC Bonn veranstalteten, geriet zur reinen Vereinsmeisterschaft, die die 17jährige Anja Fichtel mit 8:3 gegen die erst 16 Jahre alte A-Jugendmeisterin Sabine Bau und der erfahrene Mathias Gey (25) mit 10:8 gegen den Junioren-Weltcup-Sieger Thorsten Weidner (18) für sich entschieden. Bei den Herren konnten lediglich der 38jährige Bonner Klaus Reichert und überraschend der Offenbacher Jörg Siebert in das Finale der besten acht eindringen. Reichert unterlag im ersten Gefecht Weidner und wurde Sechster, Siebert belegte nach einer Niederlage gegen den späteren Dritten Ulrich Schreck Rang acht. Im Damen-Finale ließen die Tauberbischofsheimerinnen gar nur eine vereinsfremde Fechterin zu. Die enttäuschte Titelverteidigerin Christiane Weber (23) aus Offenbach wurde nach Niederlagen gegen Sabine Bau und Carmen Engert (19) Vierte.

Der größte Teil des Publikums schwieg angesichts derart einseitiger Endkämpfe. Aber auch das Tauberbischofsheimer Lager nahm die Ergebnisse wie selbstverständlich hin. Bundestrainer Emil Beck verschaffte sich als Zuschauer des verspätet begonnenen Herren-Finales nur noch schnell Gewißheit, daß mit Klaus Reicherts früher Niederlage auch dieser Titel seinem Fechtzentrum sicher war – und reiste noch vor den letzten Kämpfen ab, in Mainz den „Ball des Sports" zu feiern. Solche Dominanz ließ den anderen Klubs nur bescheidene Zielsetzungen. „Der optische Eindruck war für uns nicht der beste", meinte Manfred Kiy vom OFC Bonn, „aber wir haben alles erreicht, was wir uns vorgenommen haben." In dieser Atmosphäre ging fast unter, was Max Geuter, den Sportwart des Fechterbundes, besonders erfreute. Da war auch in den vereinsinternen Duellen kein verhaltenes Taktieren zu erkennen, „das war Weltklasse, auch bei den jungen Fechtern wie Weidner und Christen".

Aber auch Anja Fichtel, die völlig unbeeindruckt von dem Rummel um ihre jüngsten Erfolge ihre Siegesserie fortsetzte, ist nur das Paradebeispiel für den schnellen Generationswechsel, der sich auch im deutschen Damen-Fechten vollzieht. Keine ihrer Vereinskameradinnen, Sabine Bau, Carmen Engert, Susanne Lang, Annette Klug oder Hedwig Funkenhauser, allesamt Finalistinnen von Bonn, ist älter als 19 Jahre. Für Hedwig Funkenhausers 18 Jahre alte Schwester Zita, die Mannschafts-Olympiasiegerin von Los Angeles, war nicht einmal mehr Platz in der Endrunde.

Von Cornelia Hanisch, die Repräsentationspflichten beim „Ball des Sports" vorzog und gestern nur beim Mannschaftswettbewerb für ihr Offenbacher Team starten wollte, war da kaum mehr die Rede. Auch Christiane Weber gilt mit 23 Jahren schon als ältere Dame, die, so sieht es Damen-Bundestrainer Horst-Christian Tell, um ihre Position im Nationalteam kämpfen muß. Trotzdem mag Tell weder auf sie noch auf seine bewährten Kräfte Zita Funkenhauser oder die Meisterschafts-Achte Sabine Bischof (27) verzichten. „So erfreulich die Entwicklung auch ist", meinte der Trainer, der demnächst wohl seinen Stützpunkt Offenbach aufgeben muß und nach Tauberbischofsheim gehen wird, „aber jetzt besteht auch die Gefahr, daß sich die Unerfahrenen und damit Falschen für die Weltmeisterschaften qualifizieren."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 31. Spieltag: Coventry – Southampton 3:2, Liverpool – Everton 0:2, Manchester United – Bromwich 3:0, Queens Park – Luton 1:1, Sheffield – Tottenham 1:2. – Tabellenspitze: 1. Everton 62 Punkte, 2. Manchester United 59, 3. Liverpool 54, 4. Chelsea 54. – **„DDR"-Oberliga**, 14. Spieltag: *Karl-Marx-Stadt – Rostock* 1:0, Magdeburg – Lok Leipzig 1:0, Union Berlin – Dynamo Berlin 1:1, Riesa – *Brandenburg* 0:0, *Frankfurt* – Zwickau 3:1, Aue – Dresden 1:1. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 21:7, 2. Dresden 19:9, 3. Jena 16:10, 4. Brandenburg 16:12. – **WM-Testspiel**: Saudi-Arabien – Algerien 1:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 22. Spieltag: Göttingen – SSV Hagen 84:82, Bamberg – Leverkusen 77:92, Langen – Bayreuth 73:92, TSV Hagen – Charlottenburg 81:96, Köln – Oldenburg 92:70, Osnabrück – Gießen 65:31. – **Damen**, Zwischenrunde, 6. Spieltag: Osterfeld – Barmen 90:96, Düsseldorf – München 67:61.

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, 12. Spieltag: Hannover – Leverkusen 11:19, Nürnberg – Berlin 13:16, Auerbach – Frankfurt 19:18. – **Europapokal**, Viertelfinalrunde, Frauen, Rückspiele: Magnago – Engelskirchen 21:27. – **IHF-Pokal**: Lützellinden – Topolniky 19:21. – **Länderspiel** in St. Gallen: Schweiz – Ungarn 18:17.

HOCKEY

DM, Halle, Damen, Endrunde, Halbfinale: Brandenburg Berlin – Frankfurt 6:3, Leverkusen – Klipper Hamburg 6:7. – Spiel um Platz drei: Frankfurt – Leverkusen 10:8.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Grenzau – Reutlingen 8:8, Saarbrükken – Steinhagen 9:4, Jülich – Berlin 9:4. – **Damen**, 13. Spieltag: Ahlem – Frankfurt 3:9, Reinickendorf – Donauwörth 9:4, Kaiserberg – Kleve 9:2.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Hamburg – Fort. Bonn 3:2, Paderborn – Celle 3:1, Friedrichshafen – München 3:2, Dachau – Berlin 3:0. – **Damen**: Münster – Berlin 3:0, Oythe – Vilsbiburg 2:3, Feuerbach – Ettlingen 3:0, Lohhof – Rüsselsheim 3:1, Augsburg – Stuttgart 3:1.

TENNIS

Grand Prix in Boca West, Herren, Halbfinale: Lendl (CSSR) – Connors (USA) 1:6, 6:1, 6:2, 2:6, 6:2 (Connors disqualifiziert), Wilander – Edberg (beide Schweden) 6:4, 1:0 (Edberg aufgegeben). – Damen, Finale: Evert-Lloyd (USA) – Graf (Deutschland) 6:4, 6:2. – Doppel, Halbfinale: Evert-Lloyd/Turnbull (USA/Australien) – Fernandez/White (Puerto Rico/USA) 6:1, 6:2, Shriver/Sukova (USA/CSSR) – Garrison/Rinaldi (USA) 6:2, 6:2. – Mixed, Finale: Fitzgerald/Smylie (Australien) – Sanchez/Graf (Spanien/Deutschland) 6:4, 7:5. – **Internationales Turnier** in Münster, Halbfinale: Beutel (Deutschland) – Lindgren (Schweden) 6:4, 6:2, Stenlund (Schweden) – Meinecke (Deutschland) 7:6, 7:6.

WASSERBALL

Bundesliga, 1. Spieltag: Spandau – Hamm 8:5, Braunschweig – Hannover-Linden 6:9, Düsseldorf – Würzburg 8:7, Duisburg 98 – Offenbach 9:5, Esslingen – ASC Duisburg 13:14.

BIATHLON

Weltmeisterschaften, 10 km in Oslo: 1. Medwedtsew (UdSSR) 28:02,8 Min./0 Strafrunden, 2. Angerer (Deutschland) 28:09,9/1, 3. Schuler (Österreich) 28:55,3/1, ... 17. Pichler 29:47,2/2, 18. Fischer 29:49,5/4, ... 32. Hüttner (alle Deutschland) 30:30,7/1. – **4×7,5-km-Staffel**: 1. UdSSR (Wasiljew, Kaschkarow, Medwedtsew, Bulygin) 1:39:23,2, 2. „DDR" 1:40:02,3, 3. Deutschland (Fritzenwenger, Wudy, Angerer, Fischer) 1:41:02,6, 4. Italien 1:41:07,0, 5. Finnland 1:42:11,4, 6. Norwegen 1:42:57,5.

SKI NORDISCH

Weltcup der Damen, 10 km (klassischer Stil) in Leningrad: 1. Jahren 30:15,72 Min., 2. Dahlmo (beide Norwegen) 30:24,06, 3. Smetanina 30:43,48, 4. Pfitzyna 30:45,1, 5. Korolewa (alle UdSSR) 30:48,3, 6. Pettersen (Norwegen) 30:52,8. – Stand im Weltcup: 1. Dahlmo 96 Punkte, 2. Pettersen und Matikainen (Finnland) 69.

EISSCHNELLAUF

17. **Sprint-WM**, Damen in Karuizawa/Japan, 500 m: 1. Kania-Enke 40,00 Sek., 2. Rothenburger (beide „DDR") und Blair (USA) je 40,08, ... 5. Holzner-Gawenus (Deutschland) 40,76 (Deutscher Rekord). – 1000 m: 1. Stahnke 1:20,76 Min., 2. Kania-Enke 1:21,40, 3. Ehrig-Schöne (alle „DDR") 1:21,54, ... 10. Holzner-Gawenus 1:24,75. – Gesamtklassement: 1. Kania-Enke 160,060 Punkte (Weltrekord), 2. Rothenburger 162,720, 3. Blair 163,695, ... 8. Holzner-Gawenus 166,575 (Deutscher Rekord), ... 23. Hassmann (Deutschland) 173,345.

SKI ALPIN

11. **Weltcup-Abfahrt**, Herren in Aare/Schweden: 1. Heinzer (Schweiz) 1:55,74 Min., 2. Girardelli (Luxemburg) 1:56,25, 3. Assinger 1:56,38, 4. Stock (beide Österreich) 1:56,68, 5. Bell (England) 1:56,70, 6. Boyd (Kanada) 1:56,76, 7. Alpiger (Schweiz) 1:56,83, ... 15. Wasmeier (Deutschland) 1:57,40. – Gesamtweltcup: 1. Girardelli 247 Punkte, 2. Müller 199, 3. Wasmeier 170, 4. Wirnsberger 143, 5. Stock 142, 6. Zurbriggen 141.

LEICHTATHLETIK

Hallen-Europameisterschaften in Madrid, erster Tag, Männer, 60 m: 1. Desruelles (Belgien) 6,61 Sek. – Hochsprung: 1. Mögenburg 2,34 m, 2. Thränhardt 2,31, ... 12. Nagel (alle Deutschland) 2,20. – Weit: 1. Emmijan (UdSSR) 8,32. – Kugel: 1. Günthör (Schweiz) 21,51 m, ... 6. Stolz 19,63, 7. Gelhausen 19,36, ... 13. Kassubek (alle Deutschland) 17,73. – Frauen, 60 m Hürden: 1. Oschkenat („DDR") 7,79 Sek., ... 4. Denk (Deutschland) 7,91 – Weit: 1. Drechsler („DDR") 7,18 m, ... 4. Hirsch 6,68, ... 6. Feige 6,62, ... 10. Braun (alle Deutschland) 6,55. – Zweiter Tag. Frauen: Kugelstoßen: 1. Losch (Deutschland) 20,48 m, 2. Krieger („DDR") 20,21, 3. Loghin (Rumänien) 19,07, ... 5. Leidinger 18,26, ... 7. Storp (beide Deutschland) 17,80. – 3000 m: 1. Bibernell („DDR") 8:54,52 Min., 2. Murray (England) 9:01,31, 3. Tschistjakowa 9:01,72. – Männer, Dreisprung: 1. Bruschiks 17,54 m 2. Pleschanow (beide UdSSR) 17,21, 3. Bakosi (Ungarn) 16,93, ... 13. Knabe (Deutschland) 16,03.

BOXEN

Bundesliga, Gruppe Nord: Leverkusen – Ahlen 14:13, Flensburg – Mülheim 15:12. – Gruppe Süd: Leonberg – Frankfurt 15:11, Landshut – Eichstätt 16:11.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R. Afriola (Frl. S. Spohn), 2. Francis Daughter, 3. Grandios, Toto: 28/13, 26, 22, ZW: 364, DW: 2624, 2. R.: 1. Nahema (D. Richardson), 2. Zodiak, 3. Tristan, Toto: 28/13, 16, 46, ZW: 160, DW: 2500, 3. R.: 1. Naseweis (H.P. Barthelmes), 2. Fritzchen, 3. Rouen, Toto: 124/26, 30, 17, ZW: 1300, DW: 7784, 4. R.: 1. Tamarin (T. Kelleher), 2. Lord Rocky, 3. Only Second, Toto: 80/34, 16, 15, ZW: 712, DW: 1840, 5. R.: 1. Gipsy King (S. Gröger), 2. Blue Pearl, totes Rennen Grand Latour/Leda Mantegna, Toto: 196/66, 22, 10/24, ZW: 2964, DW: 7468/19 916, 6. R.: 1. Aljischka (G. Catrini), 2. Patrick, 3. Be-Lolshan, Toto: 104/20, 34, 34, ZW: 1748, DW: 37 356, 7. R.: 1. Octavus (G. Bocskai), 2. Agrarminister, 3. Karras.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 6, 10, 18, 27, 41, 48, Zusatzzahl: 17. – **Spiel 77**: 1 3 8 6 0 7 6. – **Toto, Elferwette**: 1, 1, 1, 1, 1, 0, 2, 1, 2, 0, 1. (Ohne Gewähr).

SKI ALPIN

Slalomfahrer Zurbriggen

sid, **Are**

Die Abfahrer dominieren im Slalom, die Slalom-Spezialisten setzten sich bei den Abfahrten in Szene – Weltcup verkehrt. In Are (Schweden) siegte der Schweizer Abfahrts-Weltmeister Pirmin Zurbriggen im Slalom vor dem Liechtensteiner Paul Frommelt und dem schwedischen Weltmeister Jonas Nilsson.

Einen Tag zuvor hatte Zurbriggens Landsmann Franz Heinzer die Abfahrt von Are gewonnen. Zweiter war der für Luxemburg startende österreichische Slalom-Spezialist Marc Girardelli geworden, der damit seine Führung im Gesamt-Weltcup auf 247 Punkte ausbaute.

Im ersten Slalom-Durchgang hatte der Jugoslawe Rok Petrovic, einer der führenden Slalomläufer dieses Winters, geführt. Doch im zweiten Durchgang erreichte er nicht das Ziel. Zu den Ausgeschiedenen gehörten aber noch andere Prominente, und das bereits im ersten Durchgang: der Schwede Ingemar Stenmark und Marc Girardelli, der überragende Slalomläufer des letzten Winters.

Die Abfahrt von Are wiederum brachte auf dem vierten Rang die Placierung eines früheren Olympiasiegers, der in diesem Winter fleißig und mit Erfolg bemüht ist, wieder nach vorn zu kommen: Leonhard Stock aus Österreich. Sein Landsmann Peter Wirnsberger, im Januar viermal hintereinander Abfahrtssieger, wurde diesmal nur 23.

Der Schweizer Peter Müller, Sieger der ersten Abfahrt von Are am Freitag, stürzte beim zweiten Rennen in der Nähe des sogeannten „Olympiasprungs." Er geriet in die Rücklage, wollte sich dann mit einem Seitwärtssatz noch retten, schlug bei hoher Geschwindigkeit aber hart auf und versank in einer gewaltigen Schneewolke. Müller wurde zur Untersuchung ins Krankenhaus gebracht.

DER SPIEGEL

In dieser Woche:
CDU-Spitze: Kanzler Kohl muß gehen, wenn Anklage erhoben wird ■ SPIEGEL-Gespräch mit VW-Chef Hahn über den Kauf von Spaniens Auto-Firma Seat: „Es geht um fünf Milliarden Mark" ■ Stromgigant RWE: Filz und Allmacht im Revier ■ Parteitag in Moskau: Schafft Michail Gorbatschow die Wende? ■ Kalzium-Tabletten, der neue Medizin-Bestseller.



EISSCHNELLAUF

Schnelle Mütter aus Deutschland Ost und West

sid/dpa, **Karuizawa**

Sie sind schon eine Klasse für sich, die 24jährige Dresdnerin Karin Kania-Enke und die 31jährige Monika Holzner-Gawenus aus Inzell. Ein Jahr lang pausierte Karin Kania-Enke nach der Geburt ihres Sohnes, um nun in Karuizawa (Japan) mit der Weltrekord-Punktzahl von 160,060 zum fünften Mal nach 1980, 1981, 1983 und 1984 Sprint-Weltmeisterin im Eisschnellauf zu werden. Gewissermaßen als Zugabe lief sie mit 1:18,84 Minuten auch noch Weltrekord über 1000 m.

Monika Holzner-Gawenus, die Mutter zweier Kinder, hat ihre große Laufbahn vor 14 Jahren in Japan begonnen, mit dem überraschenden Sieg über 1000 m bei den Olympischen Spielen in Sapporo. Noch immer gehört sie zu den besten Eissprinterinnen der Welt. Bei den Weltmeisterschaften in Karuizawa wurde sie mit 166,575 Punkten Achte, was zugleich ein neuer Rekord für den Bereich der Deutschen Eisschnelllauf-Gemeinschaft war. Eine weitere Bestzeit erzielte sie über 500 m mit 40,76 Sekunden.

Zurück zu Karin Kania-Enke, die auch schon zweimal Weltmeisterin im Großen Vierkampf (500 m, 1000 m, 1500 m und 3000 m) war: 1980 und 1984. In Karuizawa stand sie bereits nach drei von vier Strecken als Sprint-Weltmeisterin fest. Wie sehr sie inzwischen der Konkurrenz überlegen ist, zeigt vor allem ihr 1000-m-Weltrekord von 1:18,84 Minuten. So schnell waren in den siebziger Jahren nur die schnellsten Männer: der berühmte Holländer Ard Schenk (1:18,8) und der Münchner Doppel-Olympiasieger Erhard Keller (1:18,5).

Bei den Herren lag der 22 Jahre alte Sowjetrusse Igor Schelesowski (149,085 Punkte) am Ende ganz knapp vor dem Amerikaner Dan Jansen (149,595). Die Bronzemedaille ging an den Japaner Kuroiwa.

Dan Jansen hatte am zweiten Tag den 500-m-Weltrekord des sowjetischen Läufers Pawel Pegow (36,56 Sekunden) auf der über 900 m hoch gelegenen Bahn mit 36,57 Sekunden hauchdünn verfehlt. Wie sehr diese Bahn für schnelle Rennen geeignet ist, bewies aber schon der erste Tag, als zehn Sprinter über 500 m unter 38 Sekunden blieben.

BIATHLON / Über 10 Kilometer erfüllte Peter Angerer die Erwartungen

Bronze für die Staffel zum Abschluß Fritz Fischers große Aufholjagd

dpa, Oslo

Ende gut, alles gut: Zum Abschluß der Weltmeisterschaften in Oslo gewannen die Biathleten aus der Bundesrepublik Deutschland gestern in der 4x7,5-km-Staffel wie vor einem Jahr in Ruhpolding und 1978 in Hochfilzen die Bronzemedaille. Herbert Fritzenwenger (Ruhpolding), Franz Wudy (Rabenstein) und die überragenden Peter Angerer (Hammer) und Fritz Fischer (Ruhpolding) erliefen und erzielten in 1:41:02,6 Stunden den dritten Platz. Weltmeister wurde in einem dramatischen Duell erwartungsgemäß die Sowjetunion (1:39:23,2 Stunden) mit Wasiljew, Kaschkarow, dem nun dreimaligen Weltmeister Waleri Medwedtsew und Bulygin vor der um 39,1 Sekunden bezwungenen „DDR" (Wirth, Roetsch, Jacob, Sehmisch).



Auch das ist ein Grund für Peter Angerer, über einen Abschied vom Sport nachzudenken: Freundin Mona, eine Stewardeß aus Norwegen. Doch es gibt noch mehr: In Hammer wird ein Freizeitzentrum unter seinem Namen eröffnet, der Olympiasieger will eine Schule für Fremdsprachen besuchen.
FOTO: DPA

Bereits am Samstag war Angerer über 10 km hinter Walerij Medwedtsew (UdSSR) Zweiter der Weltmeisterschaft vor dem Österreicher Franz Schuler geworden und hatte damit das enttäuschende Abschneiden des Teams vom Donnerstag über 20 km vergessen gemacht. „Unsere Biathleten haben ihre Zugehörigkeit zur Weltklasse bestätigt. Für uns ist die Staffel der Maßstab aller Dinge. Daß Peter Angerer die Erwartungen erfüllte und Silber holte, zeigt, daß es gegenüber der Ruhpoldinger WM 1985 eine Steigerung gab." Wolfgang Kindinger, der Koordinator des Bundesausschusses Leistungssport (BaL), zog nach dem erfolgreichen Abschluß ein positives Fazit. Auch Bundestrainer Jürgen Seifert war mit dem Abschneiden seiner Skijäger hoch zufrieden: „Peters zweiter Platz und eine Medaille mit der Staffel, mehr konnten wir nicht erwarten."

Vor 10 000 Zuschauern am sonnenüberfluteten Holmenkollen hatte Startläufer Fritzenwenger, der beim Stehend-Schießen eine Strafrunde laufen mußte, mit 1:50,5 Minuten Rückstand auf die führende „DDR" als Neunter an Wudy übergeben. Der WM-Neuling wechselte zu Angerer, der 3:10 Minuten hinter der UdSSR und 65 Sekunden hinter den drittplacierten Finnen zurücklag. Mit seinem neuen Ski fegte der 26jährige durch die Loipe, rollte das Feld trotz eines Sturzes nach dem Liegend-Schießen, bei dem er dreimal nachladen mußte, auf und schickte Fischer als Fünften mit einem Rückstand von 38 Sekunden auf die drittplacierten Italiener auf die letzte Schleife.

Der 29 Jahre alte Routinier überholte mit einer großartigen Leistung die Finnen und entschied den spannenden Kampf um Bronze beim letzten Schießen gegen den Italiener Andreas Zingerle für sich. Unter dem Jubel seiner Staffel-Kameraden kämpfte sich Fischer mit einem Vorsprung von 4,3 Sekunden auf Zingerle ins Ziel und kommentierte: „Ich wußte, daß ich in der Staffel besser schießen würde als in den Einzel-Wettbewerben." Tatsächlich hatte Fischer, der seine Chancen durch mäßige Schußleistungen über 10 und 20 km eingebüßt hatte, die Konzentration zum richtigen Zeitpunkt wiedergefunden.

Freilich verschleiert der Erfolg von Peter Angerer, der von seinen neuen Skiern beflügelt schien, etwas die Lücke, die hinter dem 26jährigen Olympiasieger aus Hammer klafft. „Außer Peter haben wir keinen Siegläufer", sagt Seifert. Im nüchternen Vergleich der Resultate von Ruhpolding und Oslo gab es sogar einen Rückschritt: 1985 hatte der DSV über 20 und 10 km fünf Placierungen unter den ersten 15, am Holmenkollen schaffte dies nur Angerer, der übrigens seinen Abschied nach diesem Winter erwägt. Über 20 km löste das DSV-Quartett Fahrkarten in die Mittelmäßigkeit (16. Fritzenwenger, 17. Wudy, 22. Fischer, 35. Angerer), im Sprint war das Abschneiden (2. Angerer, 17. Walter Pichler, 18. Fischer, 32. Florian Hüttner) positiver. „Auch Fischer hatte es in der Hand, Sprint-Weltmeister zu werden", deutet BaL-Koordinator Kindinger allerdings die kleine Spanne zwischen Triumph und Mißerfolg an.

Durch das Skating ist die Weltspitze im Biathlon ganz eng zusammengerückt. Gleichzeitig hat sich der Kreis der Favoriten enorm erweitert. „Wenige Sekunden entscheiden heute über Medaillenrang und Platz 40", analysiert Seifert. Am Holmenkollen wurde auch die vor der WM aufgestellte These als unrichtig entlarvt, wonach die Titel am Schießstand vergeben werden. So konnte sich der 21jährige Walerij Medwedtsew, der erste dreimalige Weltmeister in der Geschichte des Biathlon-Sports, über 20 km sogar zwei Strafminuten erlauben.

Zu den Siegern dieser WM gehörten überraschend Österreich (zweimal Bronze) und die läuferisch starken Italiener. Trotz einiger Einbrüche konnten die UdSSR und die „DDR" ihre führenden Positionen behaupten, während die gastgebenden Norweger, wie vor einem Jahr die DSV-Skijäger, die Erwartungen vor eigenem Publikum nicht erfüllen konnten und als Mitfavoriten leer ausgingen.

BOB / WM eine neue Werbung für Berchtesgaden

Fischer und Langen verloren noch Platz drei

sid/dpa, **Königssee**

Nur um 45 Hunderstelsekunden schlidderten Toni Fischer und Christoph Langen bei der Zweierbob-Weltmeisterschaft am Königssee an der Bronzemedaille vorbei und wurden nach Platz drei bei Halbzeit am Ende in 3:22,86 Minuten Fünfte. Obwohl damit der gastgebende Verband leer ausging, werden die Titelkämpfe auf der Kunsteisbahn am Königssee als Weltmeisterschaft der Superlative in die Geschichte dieser Sportart eingehen.

36 Zweierbobs aus 19 Verbänden (Rekordbeteiligung !), rund 15 000 Zuschauer an beiden Tagen und ein fantastischer Bahnrekord trotz reformierter Konstruktionsvorschriften sprechen für sich. Obwohl die Schweizer Ralph Pichler und Celest Poltera mit 49,65 Sekunden (Spitzengeschwindigkeit: 117,36 Kilometer in der Stunde) einen hervorragenden Bahnrekord aufstellten, mußten sie sich mit der Silbermedaille begnügen.

Der Sieg ging an Wolfgang Hoppe und Dietmar Schauerhammer, die nach dem Olympiasieg 1984 ihren im Vorjahr in Cervinia (Italien) eroberten WM-Titel erfolgreich verteidigten. Nach vier Läufen wiesen die ehemaligen Zehnkämpfer in 3:21,11 Minuten einen Vorsprung von 1,09 Sekunden auf Pichler/Poltera (3:22,20) auf. Die Bronzemedaille ging an den zweiten „DDR"-Schlitten mit Detlef Richter/Steffen Grummt (2:22,36), die Erich Schärer/Andre Kiser (3:22,44) aus der Schweiz auf den vierten Platz verwiesen.

Die mögliche Medaille dieser spannenden Entscheidung vergaben Fischer/Langen bereits durch einen verpatzten Start im ersten Lauf, als der 23 Jahre alte Bremser nur mit Mühe auf den Schlitten geklettert war. „Ich bin einen Schritt zuviel gelaufen," meinte Langen. „Er wollte es eben besonders gut machen. Da merkt man eben, daß ihm noch die Erfahrung fehlt," sagte Fischer. Da die Geschwindigkeit eines fehlerfreien Starts fehlte, lagen die deutschen Meister in diesem Lauf in den Zwischenzeiten weit zurück, beim sogenannten Jodlerweg sogar nur auf Platz 18. Dank Fischers Steuerkünsten sprang dann immerhin noch eine respektable Zeit von 50,14 Sekunden heraus.

Im dritten Lauf, als das Schneetreiben einsetzte, fielen als viertletzte Starter Fischer/Langen auf Rang fünf zurück. Fischer: „Die Bahn war schon brutal ausgefahren". Mit Christian Schebitz/ Leory Hieber (Königssee), die in 3:23,76 Minuten auf Rang acht kamen, erfüllten jedoch beide Teams des Deutschen Bob- und Schlittenverbandes (DBSV) die realistischen Erwartungen von Sportdirektor Sigfried Radandt.

Nach dem weißblauen Kaiserwetter vom Samstag trübten gestern der zunächst wolkenverhangene Himmel und später der Schneefall über dem Königssee die Festtags-Stimmung. Neben 15 000 Besuchern an beiden Tagen erlebten trotz des verschneiten Sonntags Klaus Kotter, der Präsident des deutschen und internationalen Verbandes, neun Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), sowie die NOK- Präsidenten Willi Daume (Deutschland), Manfred Ewald („DDR") und Ivan Slavkov (Bulgarien) am sonnigen Samstag Bobsport wie aus dem Bilderbuch – als Werbung für die Olympischen Winterspiele 1992 im Berchtesgadener Land.

„Weil ich überzeugt bin, daß die Olympischen Winterspiele 1992 hierher gehören, werde ich im Oktober in Lausanne für Berchtesgadsen so viele Lanzen brechen, wie für den Zuschlag nötig sind." Mit diesen Worten hat zuvor der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß bei einem Empfang der 50. Bob-Weltmeisterschaften in Berchtesgaden die Bewerbung des Berchtesgadener Landes und des Chiemgaues für die Spiele unterstrichen. Strauß griff auch die Gegner der Spiele an, die sich am Rande der Bob-WM wieder bemerkbar gemacht haben: „Die Dauergegner und Nörgler sollten sich allmählich zurückhalten und verstummen. Die sind auf dem falschen Weg."

Strauß, der nicht müde wurde, auf die Vorzüge der sich bewerbenden Region zu verweisen, zitierte in diesem Zusammenhang auch Goethe: „Nach seinem Wort, daß nur die Lumpen bescheiden seien, wäre es geradezu sträflich, wollte sich Berchtesgaden nicht mit lauter und klarer Stimme als bestmöglicher Austragungsort hören lassen."

SPORTBUND

Weyer-Nachfolge: Sichere Mehrheit für Hans Hansen?

dpa/sid, **Frankfurt**

Vier Wochen nach dem Verzicht von Willi Weyer (69) auf eine vierte Amtsperiode als Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB) scheint der 60 Jahre alte Hans Hansen über eine komfortable Mehrheit zu verfügen, um am 3. Mai in Saarbrücken fünfter DSB-Chef nach Willi Daume (1950 bis 1970), Wilhelm Kregel (1970 bis 1974), Hans Gmelin (1974) und Weyer (1974 bis 1986) zu werden. Hansen, Vizepräsident des DSB, Präsident des Landessportverbandes Schleswig-Holstein und Sprecher des Landtags in Kiel, gilt als einziger Kandidat.

Nachdem sich Weyer am Abend seiner Verzichterklärung in Frankfurt, am 24. Januar, ganz offensichtlich schon auf Hansen eingestellt hatte, stellte er auch während eines Kurzurlaubs im Berchtesgadener Land, wo er seinen 69. Geburtstag feierte, erneut Hansen heraus und nannte auch drei Vizepräsidenten.

Die Versammlung der 39 Spitzenverbände schwenkte nun in Frankfurt auf diese Linie ein, stellte Hansen als ihren Kandidaten vor und nannte als Vize-Präsidenten Erika Dienstl, Dieter Graf Landsberg-Velen und Professor Ommo Grupe. Einer, der weder von Weyer noch von den Spitzenverbänden genannt worden ist, der Vorsitzende des Landessportbundes Berlin, Manfred von Richthofen, will allerdings, wie er auf dem Ball des Sports in Mainz sagte, als DSB-Vize gegen Dienstl, Landsberg und Grupe antreten.

Der Präsident des Hamburger Landessportbundes, Friedel Gütt, soll Schatzmeister werden und Volleyball-Verbandspräsident Roland Mader die Nachfolge des Radsport-Präsidenten Werner Göhner als Sprecher der Spitzenverbände übernehmen.

Bereits vor der Tagung der ständigen Konferenz in Frankfurt ist eine Vermarktungsgesellschaft vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) und der Deutschen Sporthilfe (DSH) gegründet worden. In dieser Gesellschaft sollen unter anderem die Embleme des NOK und die der DSH zur Förderung des Spitzensports gemeinsam vermarktet werden. Wie Göhner betonte, sei aus komplizierten steuerrechtlichen Gründen, die noch geklärt werden müssen, bisher keine Entscheidung über die Gesellschaftsform gefallen.

Jetzt gibt's eine Million und vier Gründe für den Ford Sierra L. Welche, steht im Kleingedruckten.



Grund eins bis eine Million: der Ford Sierra selber. So oft lief er bis jetzt in Europa vom Band.

Und die weiteren vier Gründe: ein Sonderausstattungspaket für einen besonderen Preis. Metallic-Lackierung, Schiebedach, Heckscheiben-Wisch-Wasch-Anlage und Zentralverriegelung. Für nur tausend DM (Unverbindliche Preisempfehlung).

Dieses Angebot gilt für den Sierra L mit seiner gesamten umweltfreundlichen Motorenpalette. (Die Motoren vertragen alle unverbleites Superbenzin.) Vom 1.6-l über den 1.8-l bis zum 2.0-l.

Hinzu kommen der schadstoffarme 2.0-l-i mit Katalysator (für unverbleites Normalbenzin) und der ebenfalls schadstoffarme 2.3-l-Diesel.

Angenehmer Nebeneffekt: Die schadstoffarmen Motoren fahren eine Zeitlang steuerfrei.

Mehr darüber und über den Sierra L erfahren Sie beim Ford-Händler.





Pankraz, 1936 und der synoptische Computer

Auch in einigen deutschen Spielhallen sind sie bereits aufgestellt: die „synoptischen Computer", niedliche Datenbanken, in die man nach Entrichtung eines Obolus seinen Geburtstag oder ein anderes Datum der letzten hundert Jahre einspeisen kann. Man bekommt dann einen Zettel heraus, auf dem verzeichnet ist, was an dem fraglichen Tag „sonst noch" passierte. Pankraz speiste aufs Geratewohl den 26. Mai 1936 ein und bekam folgende Auskunft:

„Die britische Krone dementiert, daß der Buckingham-Palast verkauft werden soll – Hermann Göring verfügt die Überführung Carl v. Ossietzkys aus dem KZ Esterwegen in ein Krankenhaus – Bern eröffnet eine große Hodler-Ausstellung – Der FBI entlarvt die „United Brotherhood of America" als Filiale des Ku-Klux-Klan – Der sowjetische Rat der Volkskommissare verbietet Schwangerschaftsabbruch und setzt hohe Strafen dafür fest – In Frankfurt am Main wird die Oper „Doktor Johannes Faustus" von Hermann Reutter uraufgeführt – In Koblenz beginnt ein Prozeß gegen 200 Franziskanermönche, denen Sittlichkeitsverbrechen vorgeworfen werden."

Ein hübsches kleines Sammelsurium. Nur fragt sich, ob sich damit außer dem Ausruf „Aha, so war das also damals!" noch irgendwelche dauerhafte Belehrung mit nach Hause nehmen läßt. Pankraz fürchtet: nein. Die Synopse, der pure historische Querschnitt, gibt im Unterschied zum Längsschnitt kaum etwas her. Ihr Erkenntniswert entspricht dem des täglichen Horoskops oder dem jener Sinnsprüche, die man in besseren chinesischen Restaurants im Teegebäck findet. Denk- und Lebensanstöße allenfalls, denen man nachgeben kann oder nicht.

Sicherlich, man kann sich – im Wissen darüber, daß die russische Revolution noch wenige Jahre vor 1936 eine extrem permissive Haltung zu Sexualleben und Kinderkriegen einnahm – tief verwundern über die scharfe Kehre der sowjetischen Volkskommissare. Man kann – betroffen von der hohen Zahl der am 26. Mai 1936 angeklagten Franziskaner – in die Archive gehen, um die Sache näher zu untersuchen, und entdeckt vielleicht ein Komplott der Reichsregierung, die mit diesem Prozeß die ungeliebte katholische Kirche blamieren wollte. Die Betroffenheit führt dann also zu vertiefenden Studien und möglicherweise zu einem besseren Verständnis geschichtlicher Abläufe. Notwendig ist das aber nicht. Synopse allein erzeugt noch keine Betroffenheit, noch nicht einmal wirkliches Interesse.

Deshalb lockt der synoptische Computer auch nicht mit den bloßen Daten aus den letzten hundert Jahren, sondern hebt ausdrücklich auf den Geburtstag des potentiellen Kunden ab. Die Daten werden gewissermaßen zu persönlichen Accessoires des Kunden, sie treten freilich ganz unverbindlich vor ihn hin, er braucht sich nicht über sie aufzuregen. Da es historische Daten sind, Daten der Vergangenheit, entfällt sogar jener milde Schock der Gleichzeitigkeit, der uns anrührt, wenn wir etwa in der Zeitung von einer Hinrichtung lesen und uns erschauernd fragen, was denn *wir* zum Zeitpunkt ihres Stattfindens getan haben: „Mein Gott, während der seinen letzten Gang antrat, hast du ganz gemütlich deinen Garten umgegraben!"

Pankraz hegt den Verdacht, daß es gerade die Unverbindlichkeit historischer Synopsen ist, die sie zur Zeit so beliebt macht. Wir installieren ja nicht nur synoptische Computer in den Spielhallen, sondern unser ganzes „neuerwachtes" historisches Interesse ist synoptisch.

Soeben hat Bodo Harenbergs „Chronik-Verlag", als Start einer langen Reihe ähnlicher Bände, den Band „Chronik 1936. Tag für Tag in Wort und Bild" herausgebracht, ein typisches Synopse-Unternehmen, in dem alle möglichen gleichzeitigen Daten wie Kraut und Rüben nebeneinander stehen, die französischen Parlamentswahlen und der Tod von Ferdinand Tönnies, die Entdeckung der Hormone und der neue Stromlinienwagen der Adler-Werke, der Bankrott der Phönix-Versicherungsgesellschaft in Wien und die Uraufführung des Filmes „Arzt aus Leidenschaft" mit Karin Hardt und Hans Söhnker.

Das Gute der Synopsen liegt zweifellos darin, daß sie energischen Widerstand leisten gegen jegliche Funktionalisierung von Geschichte, wie sie in jüngster Vergangenheit nur allzu oft betrieben worden ist. Geschichtliche Fakten wurden da in politischer oder pädagogisch-didaktischer Absicht skrupellos selektiert und demagogisch montiert, um dieses oder jenes zu „beweisen", und das Resultat war, daß sehr schnell die Geschichte insgesamt auf der Strecke blieb. Gegen solchen Zynismus ist die disparate Datenfülle der Synopse allemal eine wirksame Medizin.

Auf der anderen Seite führt aber auch das unverbindliche Sichbegnügen mit Datenfülle in den historischen Zynismus und Nihilismus. Wir schaffen uns die Geschichte dadurch nicht weniger gründlich vom Hals als der skrupellose Didaktiker, sie wird uns zum billigen Spiel und dient am Ende nur noch der persönlichen Selbstbespiegelung. Einen Weg zu finden zwischen besserwisserischer Funktionalisierung und gleichgültiger Aneinanderreihung historischer Daten – darauf kommt es heute an. Das hatte auch der Deutsche Philologenverband im Auge, als er in der vergangenen Woche vor einem bloßen „Abkochen von Quellen-Bruchstücken" im Geschichtsunterricht warnte.

Geschichte ist immer *Bewegung in der Zeit* und muß auch als solche vermittelt werden. Nur so können wir aus ihr lernen, nur so können wir an ihr unsere Sinne schärfen für politische Ursachen und Wirkungen, unser existentielles Erfahrungsbild vertiefen, Chancen und Risiken nationaler oder sozialer Bewegungen richtig einschätzen. Und nur so können wir auch begreifen, daß es kein identifizierbares „Ziel" der Geschichte gibt, daß ein Schleier der Maja über ihren Kehren und Wenden liegt, den zu lüften kein Computer, und schon gar kein synoptischer, in der Lage ist.

Pankraz

Muse der Surrealisten, Fotomodell, Kriegskorrespondentin: Das aufregende Leben der Lee Miller

Ein böses Auge auf dem Metronom

Bitte hole du mich am Schulzug ab", bat der kleine Internatszögling Antony Penrose seine Nanny, „ich habe Angst, daß ich Mami nicht wiedererkenne." Die vage Erscheinung seiner Kinderjahre wurde zur erklärten Feindin des Heranwachsenden. Erst viel später, als er selbst Kinder hatte, schloß Antony Penrose Waffenstillstand mit seiner Mutter.

Tatsächlich entdeckt, kennengelernt und verstanden aber hat er Lee Miller erst nach ihrem Tode 1977. In Kartons und Kästen fand er 40 000 Negative, 500 Fotos und unzählige Briefe, Manuskripte und Souvenirs ihrer vielen Reisen. Aus diesen Funden rekonstruierte er die intensiv gelebten Rollen einer ungewöhnlich begabten Frau: Fotomodell, Muse der Künstler, Fotografin, Kriegskorrespondentin, Autorin und schließlich Köchin der Haute Cuisine.

Die Biographie „The Lifes of Lee Miller" von Antony Penrose (Thames and Hudson, London, 16 £) wurde nicht zur anprangernden Mutter-Abrechnung im derzeit üblichen Hollywood-Stil. Es ist vielmehr eine Begegnung aus der Erinnerung, die ihre hervorragenden Eigenschaften wie ihre dunklen Seiten verstehen lehrt: „Ein Paradox aus Jähzorn und Wärme, aus kraftvollem Talent und hoffnungsloser Unfähigkeit, ritt Lee ihr eigenes Temperament durchs Leben, als klammere sie sich an den Rücken eines durchgehenden Drachens."

Welch hervorragende Fotografin die Amerikanerin war, dokumentierte gerade eine Retrospektive in der Londoner Photographer's Gallery. Ihre Modeaufnahmen, Porträts, surrealistischen Fotos, vor allem aber ihre bewegenden Dokumentaraufnahmen aus dem Zweiten Weltkrieg machen neugierig auf die Person, die hinter der Kamera stand.



Ein Paradox aus kraftvollem Talent und hoffnungsloser Unfähigkeit: Lee Miller, wie sie Man Ray 1930 fotografierte FOTO: SCHIRMER-MOSEL VERLAG

Lee Miller, Jahrgang 1907, besaß offensichtlich die Gabe, zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu sein. Die Zwanzigjährige rettete in New York ein distinguierter Herr vor einem Straßenunfall: Dank dieses Entrees mit Condé Nast, Verleger der „Vogue", posierte sie bald vor den Kameras berühmter Fotografen wie Edward Steichen, Horst P. Horst und George Hoyningen-Huene. Schlank, mit prägnantem Profil, blondem Bubikopf und kühlem Blick war sie genau der Typ der zwanziger Jahre.

Bald jedoch wollte sie selbst fotografieren, und zwar in Paris. Über einem Pernod im Café bot sie sich dem überraschten Fotokünstler Man Ray als Schülerin an. Die, so erklärte er seiner unbekannten Landsmännin, nehme er im Prinzip nicht an. Und sowieso wolle er gerade verreisen. „Ich sagte, ich weiß, ich gehe mit Ihnen – und das tat ich auch. Wir lebten drei Jahre zusammen."

In dieser Zeit inspirierte Lee Miller Man Ray zu seinen ungewöhnlichsten Bildern. Mit Schattenstreifen im Gesicht verewigt er sie als „Leebra". Zusammen entwickelten sie die viel beachtete Technik der „Solarisation". Und während sie noch als Starmodell vor der Kamera stand, arbeitete sie gleichzeitig an Porträt-Aufnahmen und experimentellen Fotos im eigenen Atelier. Sie war eine vertraute Erscheinung im Surrealisten-Zirkel und spielte für Cocteau in seinem Film „Das Blut des Poeten" eine Statue mit abgeschlagenen Armen.

Daß sie das surrealistische Prinzip der Freiheit in der Liebe für sich in Anspruch nahm, stellte Man Ray auf harte Proben. Als sie schließlich vor ihren Affären nach New York flüchtete, klebte Man Ray verletzt ihr Auge auf ein Metronom als „Objekt der Zerstörung". Später wurden sie wieder Freunde.

In New York baute Lee Miller trotz der Depression ein erfolgreiches Studio auf, in dem sie die Reichen, die Film- und Society-Schönheiten und Künstler porträtierte und sich auch mit Werbeaufnahmen einen Namen machte. Doch kaum war sie arriviert, trieb es sie zu weiteren Abenteuern. Durch ihre Heirat mit dem Ägypter Aziz hoffte sie ein Leben der Reisen und ständigen Abwechslung zu finden. Aber lange hielt sie es in dem „Seiden- und Perlen-Set" von Alexandria nicht aus. So begab sie sich auf immer ausgedehntere Streifzüge durch Ägypten. Ihr surrealistisches Flair prägt auch viele dieser Fotos. Da stechen Klosterkuppeln wie üppige Brüste in den Himmel, erscheinen Felsen wie zerzauste Riesenvögel.

Nach drei Jahren kehrte sie nach Europa zurück. In Paris begegnete sie dem englischen Maler und Kunsthistoriker Roland Penrose, ihrem künftigen Mann, der den Surrealismus nach England brachte und dort das Institut für Zeitgenössische Kunst gründete. Man traf sich mit Paul Eluard, Man Ray, Max Ernst und Picasso, die nun inzwischen alle arriviert waren.

Am schöpferischsten aber wurde ihre rastlose Energie im Zweiten Weltkrieg kanalisiert. In London, wo sie mit Penrose lebte, machte sie die Fotos zu dem Buch „Grimmige Glorie", das die zerbombte Stadt zeigt. Ihre Aussagen sind präzise und beredt. Zu den bekanntesten Fotos gehört die am Boden liegende Statue einer Frau, der ein Eisenrohr den Atem nimmt, ein Backstein die Brust beklemmt. „Rache an der Kultur" hat sie das genannt. Und ihr scharfäugiger Humor blitzt auf, wenn Geröll aus einer Nonkonformistenkirche quillt, wie eine Gemeinde übereifriger Gläubiger.

Als offizielle US-Kriegsreporterin hatte sie carte blanche, von den vordersten Kriegsschauplätzen zu berichten. Und sie nutzte sie aus. Im verknitterten Kampfanzug erschien das ehemals so elegante Modell bei der Bombardierung von St. Malo und bei den letzten Kampfaktionen im Elsaß. Sie war dabei, als Paris befreit wurde, und gehörte zu den ersten Berichterstattern, die die Welt mit Fotos aus Dachau schockierten. Sie saß in Hitlers Badewanne in seinem Münchner Haus Prinzregentenplatz Nr. 27 und war als erste mit ihrer Kamera zur Stelle, als sein „Adlernest" in Berchtesgaden in Flammen aufging. Sie dokumentierte Operationen im Feld, tote Soldaten im Schützengraben und die Bürgermeisterstochter in Leipzig, die mit ihrer Familie Selbstmord begangen hatte. Mit den Fotos lieferte sie brillant geschriebene Artikel, denen man die Qual des Schreibens, die nur durch Drogen und Alkohol erträglich wurde, nicht anmerkte.

Unter großen Schwierigkeiten reiste sie durch Österreich und Ungarn. In Rumänien schloß sich der Kreis. Hier hatte sie bereits vor einigen Jahren die Zeugnisse einer untergehenden Kultur in Fotos festgehalten. Hier erschöpfte sich jetzt das Hochgefühl des Abenteuers.

Sie kehrte zu Penrose zurück und lebte von nun an in London und einem Farmhaus. Vor Depressionen und drohender Selbstzerstörung rettete sie doch ihre letzte Leidenschaft: Kochen. Auch hier machte sie nicht halt. Binnen kurzer Zeit häufte sie eine Bibliothek von 2000 Kochbüchern an, sammelte sie internationale Preise ein und experimentierte endlos zum Kummer der Familie, die nach einem Stew statt exotischer Gerichte verlangte.

„Sie ist eine Frau, die besser als jede andere versteht, anderen Arbeit zu machen", konstatierte einmal Man Ray. Antony Penrose stimmt ihm zu: Doch die Entdeckung von Lee Miller hat sich für ihn gelohnt. Und für uns.

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Karajan-Konzert zum Intendanten-Wechsel

dpa, Berlin

Der neue Intendant des Berliner Philharmonischen Orchesters, Hans-Georg Schäfer, ist mit einem Konzert unter Chefdirigent Herbert von Karajan festlich in sein Amt eingeführt worden. Der frühere künstlerische Leiter der Jahrhunderthalle Hoechst tritt die Nachfolge des 81jährigen Interimsintendanten Wolfgang Stresemann an. Unter Ovationen des Publikums, darunter der Jury-Vorsitzenden der Berlinale, Gina Lollobrigida, dankten Kultursenator Volker Hassemer, Karajan und das Orchester Stresemann für seine Arbeit. Der Sohn des früheren Reichskanzlers und Außenministers Gustav Stresemann hatte das Intendantenamt bereits 19 Jahre bis 1978 inne und war 1984 während des Streites zwischen Karajan und dem Orchester erneut gerufen worden.

Kölner Staatenhaus bleibt erhalten

dpa, Köln

Das ehemalige Staatenhaus, das auf dem Kölner Messegelände als wichtiger Beitrag zur Baugeschichte der 20er Jahre gilt, darf nicht angetastet werden. Einen entsprechenden Beschluß, die architektonische Hinterlassenschaft der legendären Internationalen Presseausstellung in Köln zu schützen, traf der nordrhein-westfälische Minister für Stadtentwicklung, Christoph Zöpel (SPD). Die Kölner Messegesellschaft hatte beantragt, für Erweiterungsbauten Teile des Staatenhauses abreißen zu dürfen.

Bayerische Staatsoper hat technische Probleme

AP, München

Wegen Schwierigkeiten bei der Sanierung der Untermaschinerie der Bühne der Bayerischen Staatsoper in München in den Theaterferien 1984 und 1985 wird die Oper erst vom Sommer 1987 an wieder ohne Einschränkungen spielen können. Die Bezirksregierung von Oberbayern teilte mit, daß es wegen der Komplexität des Systems nicht gelungen sei, die Betriebsabläufe sicherzustellen. Bei der Synchronfahrt der Bühnenwagen und Hubpodien seien Probleme aufgetreten, die die Ursache für die Einschränkungen des Probe- und Spielbetriebs seien.

Triennale moderner Kunst in Indien eröffnet

dpa, Neu-Delhi

In der indischen Hauptstadt Neu-Delhi ist die „6. Triennale" moderner Kunst eröffnet worden, die als umfassendste Ausstellung ihrer Art in der Dritten Welt gilt. Einen Monat lang zeigen Künstler aus 36 Ländern in der Lalit Kala Akademie ihre Arbeiten, darunter Grafiken, Malereien und Skulpturen. Aus der Bundesrepublik kamen u. a. die Bildhauer Karl Manfred Rennertz und Hilmar Böhle.

„Césars" für Woody Allen und Coline Serreau

dpa/SAD, Paris

Als bester französischer Film ist in Paris der Streifen „Trois Hommes et un Couffin" von Coline Serreau mit dem „César" 1986, dem französischen Filmpreis, ausgezeichnet worden. Der „César" für den besten nichtfranzösischen Film ging an Woody Allens „Purple Rose of Cairo". Der neue Filmstar aber heißt Charlotte Gainsbourg, die erst 14 Jahre alte Tochter des Skandal-Sängers Serge Gainsbourg. Die Jury sah in ihr das „vielversprechendste Nachwuchstalent".

Karl-Kraus-Symposion zum 50. Todestag

DW. Wien

Ein Karl-Kraus-Symposion veranstaltet die Österreichische Gesellschaft für Literatur aus Anlaß des 50. Todestages des Literaten im Rahmen der Wiener Festwochen. In den Vorträgen wird u. a. über die politische Entwicklung von Karl Kraus, sein Verhältnis zu den Zeitgenossen, seine Nachwirkung oder seine Wirkung in der englischsprachigen Welt gesprochen werden. Das Symposion findet vom 12. bis 15. Mai im Palais Palffy statt.

Forschungsprojekte der Historischen Kommission

DW. Berlin

Berlin und Brandenburg im historisch-politischen Umfeld, Preußen und seine Nachbarn sowie deutsche und europäische Fragen bilden künftig die Forschungsschwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit der Historischen Kommission zu Berlin. Das gaben der bisherige Kommissionsvorsitzende, Prof. Wolfgang Treue, und sein Nachfolger, Prof. Klaus Zernack, nach der Jahresversammlung in Berlin bekannt. Zugleich wurde mitgeteilt, daß die Kommission bisher mehr als 60 internationale Tagungen und Colloquien organisiert habe. Außerdem hätten 140 Wissenschaftler aus 18 Nationen Forschungsvorhaben durchgeführt.

Platte: „Topsy" mit dem Modern Jazz Quartet

Von den Ferien zurück

So zerbrechlich, daß sie förmlich in sich und durch sich selbst verhauche, nannte der amerikanische Jazzpublizist Nat Hentoff die Poesie ihres Spiels, ihre Polyphonie „mal elegisch, mal spielerisch" und ihren Jazz sich stets seiner Wurzeln bewußt. Kunst-Musik in Reinkultur, das ist die Klangwelt des Modern Jazz Quartet in der Tat immer gewesen, in ihrer Gestaltung ohne Zweifel auffallend intellektuell, „cool", europäischen Kriterien verpflichtet, aber doch immer auch von überragender stilistischer Klar- und Reinheit.

Im Juli 1974 hatte sich das Quartett in seiner zweiten Besetzung mit John Lewis, Piano (Jahrgang 20), Milt Jackson, Vibraphon (Jahrgang 23), Percy Heath, Baß (Jahrgang 23), und Connie Kay, Schlagzeug (Jahrgang 27), nach 22 Jahren getrennt, sich, wie John Lewis heute sagt, „auf Urlaub begeben". Als das Kleeblatt um den Harvard-Lehrer Lewis 1984 wieder zusammenfand und sein Comeback mit der Langspielplatte „Echoes (Together Again)" einsegnete, da war diese Wiedergeburt des „MJQ" eine perfekte Sensation. Seit 1981 hatten die vier stets im Smoking auftretenden Gentlemen zwar hier und da wieder konzertiert, nun aber war die Reunion auf Platte festgeschrieben.

Jetzt aber, mit ihrem zweiten Album, meint John Lewis, sei die Phase der Wiedervereinigung glücklich abgeschlossen: Das MJQ ist da, als wäre es seit 1952 nie fort gewesen. „Topsy – This one's for Basie", so ist die neue LP betitelt, als Hommage an den kürzlich verstorbenen großartigen Bandleader William „Count" Basie, für den einst sein musikalischer Mitstreiter, der Posaunist/Gitarrist Eddie Durham, jenes berühmte Blues-Stück „Topsy" schrieb.

Sechs Stücke inklusive eines sozusagen „geläuterten" „Topsy" bietet das Quartett nun auf dieser LP (Pablo 2310-917), die eröffnet wird mit einem dem Anlaß gerechten „Reunion Blues", der, wie alle anderen Stücke, immer wieder neu die Wurzeln des Jazz, voran den Blues, bestätigt. In „Nature Boy" stellt sich – gelungenes Wagnis – Milt Jackson ganz solistisch auf seinem Vibraphon vor, und auf „Topsy" folgt dann jenes „D And E", das dereinst vom Quartett schon vor dessen offizieller Gründung eingespielt worden war und das Count Basie so beeindruckt hatte, daß er Lewis um ein Big-Band-Arrangement bat. Dies kam nie zustande, dafür nun aber diese neue, gereifte Quartett-Fassung, in der besonders Bassist Percy Heath zu „Wort" kommt.

Auch „Valeria" ist ein *re-take*, dem eine neue Version von „Milano" folgt, ein Lewis-Feature, destilliert aus dessen Filmkomposition für Eriprando Viscontis „Una Storia Milanese". Den Abschluß der B-Seite bildet dann „Le Cannet", ein der Nachbarstadt von Cannes gewidmetes Stück, an dessen Beginn Lewis dem großen Trompeter Miles Davis (bei dem er 1949 spielte) seinen Tribut zollt, indem er aus dessen „Milestones" zitiert, delikat, nirgends plump oder anbiedernd, sozusagen taubenfüßig wie alle MJQ-Musik, federleicht und von feinstem Strich und reinstem Zusammenspiel – zeitloser Jazz für kunstsinnige Hörer.

ALEXANDER SCHMITZ

Ein Vers auf feine englische Art: Deutsche Limericks

Die Erben des Mr. Lear

Der Limerick ist eine englische Krankheit, die durch Edward Lear und sein „Book of Nonsense" epidemische Ausmaße gewann. Von Zeit zu Zeit überfällt sie jedoch auch die Deutschen. Da ist es allerdings mit schlichten Reimen nach dem Schema aabba, was den Briten mit ihren kurzen Wörtern recht leichtfällt, nicht getan. Im Deutschen erfordert es viel Denkarbeit, um sich mit Witz oder Nonsens einen solchen Vers zu machen.

Lear stellte in der ersten Zeile stets eine Person vor, die er in der Schlußzeile genauer charakterisierte. So korrespondiert bei ihm das „There was an Old Man of Cape Horn" mit einem „That dolorous Man of Cape Horn". Dieser lakonische Nonsens hat allerdings seine Tücken. Das ist nicht zu verkennen, wenn man die Originale mit deutschen Übersetzungen (z. B. von Grete Fischer, einst bei Heimeran, oder, von Hans Magnus Enzensberger, im Insel-Taschenbuch noch zu haben) vergleicht, die recht steif und selten komisch wirken.

Deshalb ist es einfacher, sich einen eigenen Vers auf den Limerick zu machen. Das läßt sich aus zwei Taschenbüchern ablesen, die der Heyne-Verlag vorgelegt hat: „Limericks", herausgegeben von Alexander Benjamin (144 S., 9,80 Mark), ein Sammelband mit Beiträgen verschiedener Autoren, und „Limericks und Schlimmericks" von Werner Horand (120 S., 7,80 Mark).

Bei Werner Horand reimt nicht nur Lippe auf Kippe und Gerippe, sondern er stellt uns auch den „munteren Opa aus Peiskretscham" vor, dem „Bräutigam", „Trimmprogramm", „sportlich-stramm", „Kilogramm", „in memoriam" und „Cherchez la femme" zugedichtet werden. Ein beliebter Gag ist die Transkription eines deutschen Wortes in die Schreibweise eines englischen oder anderssprachigen Ortsnamens. Bei Benjamin kann man in einem Limerick von Alfred Dürr eine „Lady aus Worcester" kennenlernen, die „einst an Keuschheit und Sitte ein Morcester" war, doch später „sündigt sie immer beworcester". Und Rolf Sonderborg spottet über die Fremdnamenbeflissenen mit der Wortkette „Poznan", „Roznan", „Hoznan" (zu lesen: Posen, Rosen, Hosen).

Selbst Abkürzungen sind limerick-fähig. Das exemplifiziert Horand an einem „Dr.", der „i. d. R." (d. h. „in der Regel") studiert bei „H. und Schl.", was sich dann wiederum auf „P." zu reimen hat. Und als besonderen Gag präsentiert Benjamin Limericks von Günther Braun, bei denen jeweils Postleitzahlen statt des Reimwortes benutzt werden. Wer sich in diese Feinheiten vertieft, gerät schnell in Gefahr, mit der englischen Krankheit namens Limerick infiziert zu werden.

PETER JOVISHOFF

Wollte ein ernsthafter Maler sein und wurde durch Nonsens berühmt: Edward Lear in einem karikierten Selbstporträt FOTO: HEIMERAN-VERLAG

Berlin: Boleslaw Barlog inszeniert Shaws „Helden"

Theaterhasen mit Tränen

Ein Benefiz in Berlin: für den verdienten Gründer und Prinzipal des Schloßpark-Theaters, Boleslaw Barlog. Er hatte den kleinen Vorstadtschuppen gleich im Herbst 1945 im Handstreich an sich gerissen, hatte die liebe, alte Kunstscheune im Berliner Vorort besetzt und mit unverdrossenem Elan sofort spielfertig gemacht. Er hat das Theater (und daneben seit dem Jahre 1951 auch gleich noch das große Schiller-Theater) als Generalintendant der Städtischen Bühnen von Berlin bis 1972 geleitet.

Er ist der in allen Theaterstürmen dienstlängste Prinzipal deutscher Zunge gewesen. Demnächst feiert er seinen 80. Geburtstag. Es war ein schöner Gedanke, daß ihn sein dritter Nachfolger auf dem Berliner Generalintendanten-Stuhl, Heribert Sasse, einlud, zur Feier des Tages, ohne festliche Faxen, endlich wieder in seinem eigenen Gründungshause eine Jubiläumsregie zu übernehmen. Ein Benefiz, eine Huldigung für den verdienstvollen und standfesten Theatermann.

Als er am letzten Sonnabend sich wieder inmitten vieler seiner alten Bühnenkinder und Mitarbeiter von einst für den Beifall bedanken konnte: Ach, was war das eine schöne, rührende Familienszene!

Barlog war, so lange er das freundliche Zepter in seinen Bühnenhäusern geführt hatte, immer und vor allem ein Meister des behenden Komödienspiels gewesen. Er hat Feydeau, übrigens als erster in Deutschland wieder, vorgeführt, so alert, so lustig, so doppelsinnig bei aller Parforce-Komik wie kein anderer. Er hat in den immerhin 27 Jahren seiner milden und formenden Herrschaft an den Staatsbühnen die Fahne einer entzückenden Bühnenfreundlichkeit aufgezogen. Zu seiner ehrenvollen Rückkehr ans Regiepult wollte er neuerlich eine Komödie zeigen.

Er zeigt Bernard Shaws frühes Antikriegsstück „Helden". Unter den Komödien des witzigen Iren ist diese die haltbarste sicher nicht geblieben. Sie ist heute sozusagen immer nur mit ständigem Rückblick auf seine Entstehung (im Jahre 1894) verständlich. Shaw kratzt an der Montur der Krieger vor der letzten Jahrhundertwende noch mit fügsamer Vorsicht.

Er verlegt sein satirisches Soldatenstück in den reinen Balkan. Dort spielt ein Schweizer Leihsoldat vor, wie wenig heldisch alle Kriegshelden im Grunde doch seien. Der Witz der Enthüllung aller Kriegsleute ist heute, in der Epoche weltweiter Friedensbewegungen, sicher etwas altbacken geworden. Damals war er explosiv, war er überaus mutig, hat er regelrecht gezündet.

Aber Barlog will die alte Vorlage gar nicht verschärfen. Er spielt sie vom alten Blatt. Er bringt eine seiner frühesten Entdeckungen, Horst Buchholz, jetzt in die unheroische Zentralrolle. Buchholz spielt sie, wunderbar schwyzerisch parlierend, sicher in ihre Wirkung. Carl Raddatz poltert einen müden balkanischen Pantoffelkrieger mit gewohnter Rauhbeinigkeit.

Die beiden Liebesdamen, Heidrun Siebert und vor allem die oft leidenschaftlich bewegte Susanne Ruppel, lassen einige verdutzte oder frischweg echte Herzlichkeit vernehmen. Regina Lemnitz füllt ihre Rolle einer balkanischen Mutter-Glucke mit viel lustiger Fülle und souveräner Betulichkeit. Rüdiger Kirschstein karikiert einen dummen Helden mit einiger klirrender Unvernunft. Alle anderen funktionieren, wie bei Barlog eben immer noch zu erwarten, in freundlicher Kompetenz.

Das Stück selber ist so operettennah, daß der eilfertige Oscar Straus aus der Shaw-Vorlage gleich eine richtige Operette daraus gefertigt hat, zehn Jahre später, 1908. Das kleine Stück, neu übersetzt von Wolfgang Hildesheimer, macht geruhsam heute noch, wenn auch sicher etwas antiquiert schmeckend, seine Wirkung.

Als Boleslaw Barlog, der alte Theaterquirl und verdienstvolle Alt-Intendant, sich mit seinen Spielern zum Schluß zeigte, umwogten ihn Dank und Bewunderung für seine aktive Beständigkeit. Ein paar alte Berliner Theaterhasen hatten sogar Tränen in den Augen. Barlog hatte sich zu seinem hohen Geburtstag selber gefeiert. Das mußte genügen.

FRIEDRICH LUFT

Nächste Aufführung: 26. 2.; Karteninformationen: 030 / 7 91 12 13.

Spekulationen um gesunkenen Sowjet-Liner

JÜRGEN CORLEIS, Sydney

Neuseeländische Taucher haben das Wrack der „Michail Lermontow" inspiziert, das in 33 Meter Tiefe auf seiner Steuerbordseite liegt. Sie fotografierten das Leck, das in den Rumpf gerissen wurde, als der sowjetische Luxusliner vor einer Woche auf ein Riff vor der neuseeländischen Küste lief. Nach ihren Angaben ist es etwa 10 Meter lang und an seiner weitesten Stelle nur so breit, daß man einen Arm hindurchstecken kann.

Schiffahrtsexperten in Wellington sind überrascht, daß ein derart „geringfügiger Schaden" zu solchen Konsequenzen führen konnte. Jedes gemäß den Vorschriften des internationalen Sicherheitsstandards gebaute Passagierschiff hätte ein Leck dieser Größe verkraften können. Ein Abkommen aus dem Jahr 1929 schreibt den Einbau von Schotten vor, die den Rumpf eines Schiffes in wasserdichte Abteilungen trennen. Auch bei zwei oder drei gefluteten Abteilungen hätte die „Michail Lermontow" schimmfähig bleiben müssen. Das 10-Meter-Leck hätte keinesfalls mehr als zwei Abteilungen unter Wasser setzen können – es sei denn, die Schotten hätten nicht geschlossen werden können oder es hätte nicht ausreichend wasserdichte Abteilungen gegeben. Wieviele Schotten in die „Michail Lermontow" eingebaut waren, ist unbekannt. Auch nach dem Unglück machten die Sowjets keine Angaben darüber.

Mehr Elektronik als für ein Passagierschiff nötig

Solche Geheimniskrämerei hat Spekulationen Nahrung gegeben, nach denen das Schiff nicht nur als Vergnügungsdampfer im Pazifik kreuzte. Britische Verteidigungsexperten hatten unmittelbar nach der Indienststellung des Liners im Jahre 1972 darauf hingewiesen, daß die elektronische Ausrüstung der „Michail Lermontow" umfangreicher sei als für ein Passagierschiff nötig. So ließe sich die Absicht der Sowjetunion erklären, das 20 000-Tonnen-Schiff zu bergen. Am Wochenende traf eine Gruppe von vier Sachverständigen aus Leningrad in Wellington ein.

Das Haupthindernis für eine Hebung der „Michail Lermontow" ist ihre Größe. Da die größten Bergungsschiffe der Welt höchstens 12 000 Tonnen heben können, müßte dem Wrack durch Preßluft oder Schaumstoff-Kugeln zusätzlicher Auftrieb gegeben werden. Die Sowjets werden wahrscheinlich versuchen, den Rumpf abzudichten und dann einzelne Abteilungen leerzupumpen. Dieses sehr teure Verfahren wurde in den 20er Jahren von einem schottischen Bergungsunternehmer angewandt, der zwei von ihren Mannschaften versenkte deutsche Schlachtschiffe hob.

(SAD)

Glanzvolles Ereignis in der Mainzer Rheingoldhalle: „Ball des Sports '86"

Neckermanns Geheimnis: Jeder Gast ein Mäzen

Daß sie alle kommen – darin liegt die Faszination dieses Balles. 2350 Gäste, Hochkaräter der Gesellschaft. Fast jedes Meeting gerät zum Gipfeltreffen. An Tisch 20 beispielsweise begegnen sich so en passant Catarina Valente und Marlene Charell, beide Rücken an Rücken mit Fritz Walter, der sich gerade nach dem Bundespräsidenten umschaut, dabei Helmut Schön streift, der just Philipp Jenninger zunickt, was der aber nicht bemerkt, weil er seinerseits Friedhelm Ost zulächelt, was dieser jedoch ebenfalls nicht mitbekommt, da ihm Heinz Riesenhuber, von Klaus von Klitzing unbeabsichtigt geschubst, den Blick versperrt. Bernhard Wicki – und das sollte eigentlich geschildert werden – Wicki also, der Valente die Hand küssend, sieht sich außerdem Aug' in Aug' mit Franz Beckenbauer, um den sich ganze Trauben von Anbetern bilden, sofern sie nicht durch die Kreise, die Ex-Rivale Paul Breitner als Nachbar zieht, gestört werden.

Sportler – kein Wunder, ist hier doch vom „Ball des Sports" die Rede. Dabei muß noch mitgeteilt werden, daß am Tisch nebenan Uschi Glas von Verteidigungsminister Manfred Wörner auf die Tanzfläche gebeten wird, wo der Kanzler gerade Rhythmus beweist. Und dies ist nur die Geschichte von zwei Tischen, ja weniger noch, von den Kopfenden zweier Tische, von denen es alles in allem mehr als 50 gab. Wem immer man also im Gedränge '86 den Ellbogen in die Rippen preßte oder gepreßt bekam – der andere war Wirtschaftkapitän, Minister, Professor, Talkmaster, Schauspieler, Diplomat, Raumfahrer oder sonst jemand, den zu kennen eine Selbstverständlichkeit zu sein hatte.

Die „Nacht der Blumen" lautete das Motto dieses 17. Sportlerballs unter der Schirmherschaft des Bundespräsidenten und der Regie Josef Neckermanns, der einem Ondit zufolge auch in diesem Jahr so lange durchgehalten hat wie im vergangenen. Damals war es – und dafür verbürgen sich etliche – acht Uhr morgens. Kompliment für den fast 74jährigen früheren Dressur-Olympiasieger. Diese Blumen, nahezu eine Million Exemplare, davon 200 000 Margariten, verwandelten die Mainzer Rheingoldhalle in einen Ball der Düfte, ehe sich im Laufe des Abends doch andere Wohlgerüche durchsetzten. Vielfalt als Schlager dieser Veranstaltung, deren Reingewinn zum Wohle der Athleten diesmal auf 1,3 Millionen Mark geschätzt wird.

Kein Gast, der sich lumpen läßt, vielmehr jeder ein Mäzen. Darin liegt das Neckermann'sche Geheimnis dieses Abends. So hat ein Unbekannter, wenn auch offenbar nicht Unbetuchter, dem deutschen Sport 50 000 Mark gespendet, obschon der Abend ohnehin nicht ganz billig verläuft. 2000 Mark pro Paar lassen sich spielend auf den Kopf hauen: 1040 Mark für zwei Personen kostet allein der Eintritt. Dazu kommen 500 Mark fürs Hotel, macht 1540 Mark. Getränke und Lose, das Los zu 20 Mark, nicht inbegriffen. Sieben Lose aber werden für eine einzige Gewinnchance gebraucht. Dafür locken exzeptionelle Preise. Hauptgewinn war eine Luxuskarosse für 52 000, die sich ein Möbelfabrikant einverleibte. Die Spielleidenschaft trug großartige Züge. Für 14 000 Mark kaufte da jemand ein.

Billiger, wenn auch kaum weniger energiegeladen, ging es in der Bar zu, wo ein entfesselter Peter Krauss zu „Sugar Baby" Nostalgie der 50er Jahre versprühte. Auf die gleichwohl eher rhetorisch gemeinte Frage, ob sich jemand nach diesen Zeiten zurücksehne, nickte sich Starfighter-Pilot Manfred Wörner wie selbstvergessen zu, „ja, warum eigentlich nicht?"

Einer, der trotz glänzender Vergangenheit den Blick wieder voll nach vorn gerichtet hat, war der polnische Olympiasieger im Stabhochsprung von 1980, Wladislaw Kozakiewicz. Trotz schlechter Lichtverhältnisse sprang der Neu-Hannoveraner erstklassige 5.72 Meter. „Blacky" Fuchsberger, die Zigarette im Mund, klatschte begeistert.

So war es bei allem gesellschaftlichen Rahmen doch ein Sportler, der für die größten Sprünge sorgte. Das gab selbst Super-Höhenjäger Ulf Merbold neidlos zu. KNUT TESKE



Die Ballzeitung der WELT: Uschi Glas und Manfred Wörner – zwei amüsierte Leser
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Hinrichtungen sind in China Tagesgespäch

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die Hände auf dem Rücken festgebunden und den Kopf auf die Brust gesenkt, knieten die drei Delinquenten nieder. Kurz zuvor waren Chen Xiaomeng, Hu Xiaoyang und Ge Zhiwen in die Mitte eines Basketballfeldes in Shanghai geführt worden. Vor den Augen von 3000 Zuschauern kippten sie wenig später vornüber in den Staub, tödlich getroffen von den Kugeln eines Dienstrevolvers.

Die Anträge ihrer Anwälte, die Vollstreckung der Todesstrafe für zwei Jahre auszusetzen, lehnte der Oberste Volksgerichtshof ab. Die Behörden wies das Gericht an, sich von den Familien der Hingerichteten je einen Yuan (umgerechnet 80 Pfennig) erstatten zu lassen – als Gegenwert für eine Kugel.

Der Fall der drei jungen Männer, die einer Serie von Vergewaltigungen in mehreren Provinzen überführt worden waren, ist Tagesgespräch in China. Nicht etwa wegen des Außergewöhnlichen der begangenen Verbrechen, sondern wegen der illustren Namen: Bei zweien der drei Verbrecher handelte es sich um die Söhne hoher Parteikader aus Shanghai. „Alle sind vor dem Gesetz gleich", schrieb die „Volkszeitung" dazu.

„Ungesunde Tendenzen mit Stumpf und Stiel ausrotten"

Das Organ der Kommunistischen Partei Chinas wollte deutlich machen, daß die vor Monatsfrist gestartete Kampagne der Pekinger Führung gegen den „üblen Wind" der Korruption und des Verbrechens keine leere Floskel sei. Selbst hohe und höchste Vertreter der Partei würden strafrechtlich verfolgt.

Von Hu Qili, einem führenden Mitglied der Kommunistischen Partei, stammt die Drohung, man müsse „einen hohen Kader hinrichten, um Hunderte abzuschrecken". Scheinbar ist Peking entschlossen, die „ungesunden Tendenzen" in der Partei und im Lande mit Stumpf und Stiel auszumerzen. Die Wirksamkeit all der Warnungen dürfte allerdings nicht so sehr davon bestimmt sein, ob die straffällig gewordenen Kinder von Kadern verurteilt werden. Schwerer wiegt, ob es der chinesischen Führung gelingt, auch die kriminellen Drahtzieher in der Partei – die „Tiger" – nach dem Buchstaben des Gesetzes zu bestrafen.

Die bisherige Praxis, untergeordnete Parteimitglieder mit drastischen Strafen zu belegen, die hohen Kader aber lediglich zu verwarnen oder schlimmstenfalls aus Amt und Würden zu entlassen, stärkte nicht unbedingt das Vertrauen der Massen in das Rechtssystem. Jüngstes Beispiel dafür ist der Fall des früheren Raumfahrtministers Zhang Jun: Für seine Beteiligung an einem Schmuggelskandal um 180 000 Farbfernsehgeräte (Wert: 40 Millionen US-Dollar) kam er mit einer geradezu läppischen Disziplinarstrafe davon.

Geiselnehmer-Frau wegen Totschlags vor Gericht

dpa, Düsseldorf

Eine der längsten Geiselnahmen der deutschen Kriminalgeschichte, die zunächst glücklich ausgegangen war, jedoch tragisch endete, wird jetzt vor dem Düsseldorfer Schwurgericht verhandelt. Die 27jährige Frau eines der beiden Bankräuber und Geiselnehmer muß sich wegen Totschlags verantworten. Sie war mit ihrem Auto – die Polizei hatte die Täter wenige Minuten zuvor überwältigt – in eine Gruppe Schaulustiger gerast. Ein 14jähriger Schüler wurde getötet. Die Frau war, so die Anklage, von ihrem Mann angerufen worden. Dieser schilderte ihr, daß er „in Schwierigkeiten" sei, jedoch habe er sie, wie er als Zeuge aussagte, „nicht zur Bank bestellt". Sie selbst hatte vor Beginn der Verhandlung erklärt, daß sie auf dem Weg zur Bank im Autoradio von einer Schießerei gehört habe, darauf sei sie in Panik geraten. Mehr wisse sie nicht mehr. Der Banküberfall und die anschließende Geiselnahme hatte im August 1984 rund 36 Stunden gedauert. Die beiden Männer waren im Düsseldorfer Stadtteil Mörsenbroich durch einen Lichtschacht in eine Sparkassenfiliale eingestiegen und hatten den herzkranken Filialleiter mit einer Schrotflinte bedroht.

Suche eingestellt

dpa, London

Die Suche nach 14 vermißten Seeleuten des 500 Kilometer westlich von den Äußeren Hebriden gesunkenen französischen Trawlers „Snekkar Arctic" ist in der Nacht zum Sonntag offiziell abgebrochen worden. Drei Leichen wurden geborgen. Neun Besatzungsmitglieder des Fabrik-Schiffes konnten von dem französischen Schiff Dogger Bank gerettet werden, wobei jedoch ein Matrose über Bord gespült wurde und ums Leben kam.

Shuttle-Start im Herbst?

dpa, Washington

Die Nasa wird ihre Shuttle-Flüge möglicherweise im Oktober mit dem Testflug einer Fähre mit zwei bis drei Mann Besatzung, minimaler Last und zahlreichen Kontrollinstrumenten wieder aufnehmen. Aus der Nasa hieß es weiter, man sei auch mit drei Fähren in der Lage, jährlich bis zu 18 Shuttle-Flüge zu starten. US-Raumfahrtexperten brachten unterdessen eine weitere Theorie über die Ursache der „Challenger"-Explosion vom 28. Januar in die Diskussion: Windströme könnten vom Außentank des Shuttles mit seinem extrem kalten flüssigen Wasserstoff so abgekühlt worden sein, daß sie Teile der Feststoffraketen eingefroren und zum Reißen gebracht haben könnten.

Zwei Orte überflutet

AP, Marysville/Kalifornien

Nach Tagen heftiger Regenfälle hat am Freitag der kalifornische Fluß Yuba Uferbefestigungen durchbrochen und mit seinen Wassermassen zwei Ortschaften überschwemmt. Nach Angaben der Behörden mußten 26 000 Menschen aus ihren Wohnungen flüchten. In Booten und Hubschraubern suchte man nach möglicherweise vom Wasser Eingeschlossenen. Helfer versuchten das 50 Meter breite Loch im Damm zu schließen.

Lösung des China-Rätsels

hhh, Bonn

Mehr als 4500 richtige Einsendungen gab es beim China-Rätsel in der Taiwan-Beilage der WELT vom 15. Januar. Den 1. Preis der insgesamt 200 Preise gewann Aenna von Pannewitz aus Bielefeld. Es sind zwei Flugtickets nach Taipeh und zurück. Die Lösung lautete „Freies China".

61jähriger erschoß Familie

dpa, Konstanz

Drei Menschen sind am Samstag abend in Konstanz von einem 61jährigen Mann erschossen worden. Er war gegen acht Uhr, mit zwei Pistolen bewaffnet, in die Wohnung seiner früheren Ehefrau gestürmt und erschoß sie sowie deren jetzigen Ehemann und dessen Sohn. Die Freundin des Sohnes, die unverletzt geblieben war, alarmierte die Polizei, die die Opfer tot vorfand.

„Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Sonder-Spielschein-Kombination: mittwochslotto-SystemService 7008, Zahlenlotto-SystemService 007 der Westdeutsche Lotterie GmbH & Co. bei. Wir bitten um Beachtung."

LEUTE HEUTE

Verjüngt

Bei „Rocky" ist alles echt, vom verhangenen Blick bis zu den Bizeps. **Sylvester Stallones** Mutter allerdings muß sich jetzt von einem Gericht in Las Vegas sagen lassen, sie habe sich mit fremden Federn geschmückt. In Anzeigen für ihren Kosmetiksalon hatte **Jacqueline Stallone** (60) damit geworben, schon **Sophia Loren** und **Pierre Trudeau** seien bei ihr „verjüngt" worden. Staatsanwältin **Anne Terry**: „Diese Kunden entstammen genauso der Phantasie der Dame wie ihr Chemie-Diplom."

Hochbetagt

Viel Fleisch, Aal, zwischendurch ein Glas Cognac: Ungeachtet moderner Ernährungstheorien feierte **Gertrud Müller** gestern im badischen Schramberg ihren 105. Geburtstag. Der älteste Erdenbürger ist indessen auf der japanischen Insel Tokunoshima gestorben – im Alter von 120 Jahren, sieben Monaten und 22 Tagen. Auch Shigechiyo Izumi hatte stets auf leibliche Genüsse geschworen. Ihm wurde der tägliche Griff zu einem gut gefüllten Glas „Shochu"-Schnaps nachgesagt.

Vielversprechend

Mit **Charlotte Gainsbourg** feiert Frankreich „den vielversprechendsten Nachwuchs-Star": Die Tochter von **Serge Gainsbourg** und **Jane Birkin** – beide gestanden sich einst singenderweise „Je t'aime moi non plus" ihre verzehrende Liebe – wurde mit einem „César" ausgezeichnet. Die 14jährige erhielt den „französischen Oscar" für ihre reife Leistung im Film „L'Effrontée". Gleich nach der Zermonie wurde der frühreife Sprößling des ehemals skandalträchtigen Paares allerdings ins Bett geschickt.

Ausgedient

007-Fans kommen am 28. Juni auf ihre Kosten: Im New Yorker Auktionshaus „Sotheby's" kommt der Aston Martin, mit dem **Sean Connery** in „Goldfinger" über die Leinwand brauste, unter den Hammer. Schätzwert: 200 000 Dollar. Extras: Hinter den einklappbaren Scheinwerfern erscheinen Maschinengewehr-Attrappen, Düsen am Heck versprühen Nebel oder spucken Nägel aus. Seit 1971 steht das Auto gut gepflegt in der Garage des pensionierten Juweliers **Richard Loose** in Utah.

WETTER: Kalt

Lage: Während der Norden von Ausläufern eines Tiefs gestreift wird und der Süden von einem von Frankreich zum Mittelmeer ziehenden Tief erfaßt wird, herrscht im übrigen Bundesgebiet weiterhin Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Montag: Norden: Bewölkt, leichter Schneefall. Temperaturen minus 6, nachts minus 12 Grad. Süden: Bewölkt bis bedeckt und Schneefall. Temperaturen bei Minus 5, nachts minus 10 Grad. Übriges Bundesgebiet: Wolkenarm und trocken. Tageserwärmung auf minus 2, im Bergland minus 7 Grad. Nachts strenger Frost von minus 10 bis minus 15 Grad.

Weitere Aussichten: Allgemein gering bewölkt, nachts sehr kalt.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.17 Uhr*, Untergang: 17.15 Uhr; **Mondaufgang:** 19.02 Uhr, Untergang: 7.59 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 24. Feb., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Berlin	-7	he
Bielefeld	-6	he
Braunlage	-9	he
Bremen	-8	he
Dortmund	-8	wl
Dresden	-9	bw
Düsseldorf	-4	he
Erfurt	-10	he
Essen	-6	he
Feldberg/S.	-5	S
Flensburg	-5	be
Frankfurt/M.	-2	bw
Freiburg	-5	S
Garmisch	-5	S
Greifswald	-5	he
Hamburg	-6	bw
Hannover	-12	wl
Kahler Asten	-10	he
Kassel	-8	wl
Kempten	-3	S
Kiel	-4	he
Koblenz	-6	bw
Köln-Bonn	-2	he
Konstanz	-5	S
Leipzig	-12	Ne
List/Sylt	-5	he
Lübeck	-5	he
Mannheim	-1	bw
München	-7	S
Münster	-5	wl
Norderney	-3	he
Nürnberg	-4	bw
Oberstdorf	-4	S
Passau	-5	S
Saarbrücken	-4	bd
Stuttgart	-6	S
Trier	-3	he
Zugspitze	-10	S

Ausland:

Algier	21	he
Amsterdam	-4	he
Athen	15	bw
Barcelona	20	he
Belgrad	0	bd
Bordeaux	11	bd
Bozen	7	bw
Brüssel	-4	he
Budapest	-1	bw
Bukarest	3	Ne
Casablanca	23	bw
Dublin	1	bw
Dubrovnik	13	bw
Edinburgh	0	bw
Faro	14	be
Florenz	5	Ne
Genf	4	R
Helsinki	-13	S
Hongkong	15	bw
Innsbruck	-2	S
Istanbul	10	Rs
Kairo	23	he
Klagenfurt	-1	bd
Konstanza	4	bd
Kopenhagen	-4	be
Korfu	15	he
Las Palmas	20	bd
Leningrad	-12	bw
Lissabon	15	bw
Locarno	7	he
London	-1	S
Los Angeles	13	he
Luxemburg	-1	he
Madrid	14	bw
Mailand	4	bd
Malaga	21	he
Mallorca	16	he
Moskau	-9	S
Neapel	13	bw
New York	2	bd
Nizza	14	he
Oslo	-7	bw
Ostende	0	he
Palermo	15	he
Paris	-1	bd
Peking	15	bw
Prag	-8	bw
Rhodos	15	bd
Rom	12	bw
Salzburg	-4	bd
Singapur	32	he
Split	11	bw
Stockholm	-11	S
Straßburg	-1	bw
Tel Aviv	22	he
Tokio	12	bw
Tunis	19	he
Valencia	20	he
Varna	7	bd
Venedig	8	bw
Warschau	-8	wl
Wien	-4	bw
Zürich	-3	S

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel, Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel, R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Des Präsidenten Kutsche war aus Holz

DW. Bonn

Von heute an gibt es eine neue Autozeitschrift auf dem Markt. Mit einer Startauflage von drei Millionen Exemplaren erscheint „Auto Bild" jeden Montag am Kiosk. Die erste Ausgabe enthält unter anderem einen Bericht über den Porsche 959, das teuerste und schnellste Serienfahrzeug der Welt. Eine der schönsten Geschichten in der vom Springer-Verlag herausgegebenen Fachzeitschrift erzählt das Wiedersehen des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker mit seinem ersten Auto. Die Wochenzeitung kostet eine Mark, die erste Ausgabe gibt es für 30 Pfennig. Die Redaktion der WELT wünscht „Auto Bild" viel Erfolg.

Er stand draußen im Regen, und das Wasser perlte über den roten Lack. Bundespräsident Richard von Weizsäcker (65) lächelte durchs Fenster der Villa Hammerschmidt in den Regen hinaus: „Ja, das ist er. Genau so einen habe ich vor 36 Jahren gefahren."

„Auto Bild" hatte dem ersten Mann im Staat sein erstes Auto vor die Tür gestellt: Ein DKW-Cabrio vom Typ F5K, Baujahr 1935, mit knallroter Holzkarosserie und schwarzen Ledersitzen. Es wurde ein fröhliches Wiedersehen unter dunklen Wolken.

„Das Auto hat mir damals gute Dienste geleistet", erzählte Richard von Weizsäcker.

„Ich habe es kurz nach dem Krieg für ein paar hundert Mark gekauft. Als Referendar war ich viel damit unterwegs und bei meiner Braut konnte ich damit Eindruck schinden. Sie sehen, es hat geklappt. Sie ist seit 35 Jahren meine Frau." Eine Besonderheit des Traumwagens von einst: Hatte der DKW eine Beule, mußte er zum Tischler – wegen der Holzkarosserie.



Neu auf dem Markt

Trotz des strömenden Regens setzte sich der Bundespräsident in den feucht gewordenen Zweitakter und griff entschlossen zum Schaltknüppel. Mit einem Griff hatte er den Krummstock aus dem Armaturenbrett bis unter die Achsel gezogen. Kein Problem: Oldtimer-Besitzer Ferdinand Herbst zurrte die Motorhaube auf und hängte die ausgeleierte Schaltung wieder ein.

Danach erklärte der Bundespräsident entschlossen: „Jetzt dreh' ich 'ne Runde." Gab Gas und knatterte davon. Allerdings: Die letzten 20 Meter mußte er zu Fuß in die Villa Hammerschmidt zurück, weil dem Veteranen bei der kleinen Steigung die Puste ausgegangen war.

„Ich wäre gerne wieder vorgefahren", schmunzelte Richard von Weisäcker, „aber der DKW ist eben nicht mehr der Jüngste." Kleine Macken hatte das eigene Cabrio (Neupreis 1935: 1850 Reichsmark) auch schon damals.

Der Bundespräsident erzählt: „Einmal bin ich von Essen nach Düsseldorf gefahren. Immer Vollgas, so ungefähr 70 Stundenkilometer. Als ich ankam, ließ sich das Verdeck nicht mehr schließen, weil sich die Holzkarosserie bei dieser Fahrt verzogen hatte."

ZU GUTER LETZT

„Mit Aufstiegschancen unzufrieden – Finanzbeamter kassierte selbst", meldete dpa.

Das große WELT-Prämien-Angebot

Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, haben Sie freie Auswahl unter vielen wertvollen Prämien. Hier nur einige Beispiele: Stereo-Radiorecorder, 4-teiliges Patchworkleder-Reiseset, Schallplatten oder aktuelle Bücher. Weitere Prämien im WELT-Katalog.

Bitte anfordern!

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bitte informieren Sie mich über die wertvollen Prämien, die ich erhalte, wenn ich für die WELT neue Abonnenten gewinne.
Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Vorw./Tel.:
01-944